



universität
wien

MASTERARBEIT

Für ein Europa der Nationen.

**Zur Kooperation rechtsnationaler Parteien in der Europäischen Union
unter besonderer Berücksichtigung der Freiheitlichen Partei Österreichs.**

Verfasser:

Maximilian Freissler, Bakk. phil.

zur Erlangung des akademischen Grades

„Master of Arts (M.A.)“

Wien, 2011

Studienkennzahl: 066/905

Studienrichtung: Masterstudium Soziologie

Betreuung: Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe

Persönliche Erklärung

Ich versichere mit dieser Erklärung, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfasst habe. Dafür habe ich nur die in dieser Arbeit in nachprüfbarer Weise zitierte und aufgelistete Literatur bzw. Quellen verwendet. Alle Ausführungen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß übernommen wurden, sind als solche gekennzeichnet. Weiters versichere ich, dass ich diese Arbeit noch an keinem anderen Institut oder an einer Universität zur Beurteilung vorgelegt habe.

Datum: 19.01.2011

Unterschrift:

Maximilian Freissler

Danksagung

Die erfolgreiche Absolvierung eines Studiums erscheint nur auf den ersten Blick als die Leistung einer einzelnen Person; ebenso dürfen dabei auch jene Menschen bedacht werden, ohne deren vielfältige Zuwendung ein solches Projekt wohl kaum hätte erfolgreich sein können. Meine Gedanken richten sich hierbei insbesondere an meine Eltern, Andrea und Herwig Freissler, welche meinen Bildungsweg stets wohlwollend begleitet haben und mir dabei jede ihnen mögliche Unterstützung zukommen ließen. Auch meinen Großeltern, Marlene und Stefan Blassnigg, bin ich zu großem Dank verpflichtet - durch ihren Beistand konnte ich mein Studium auch in finanziell knappen Situationen ohne größere Verzögerungen fortsetzen. Danken möchte ich zudem Iga Ziarko für ihre bemerkenswerte Geduld, ihr fachkundiges Interesse sowie das kritische Lektorat - ohne sie hätte ich meiner Forschung wohl kaum in der gegebenen Form nachgehen können. Ebenso danke ich Herrn Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe für die umfassende, mich in zusätzlichem Maße motivierende Betreuung.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich auch nochmals herzlich für die Gesprächsbereitschaft und freundliche Unterstützung meiner Interviewpartner bedanken. Ohne das Sachverständnis wie auch das terminliche Entgegenkommen von Mag. Ulrike Lunacek (Die Grünen), Ass.Prof. Mag. Dr. Josef Melchior (Universität Wien), Wendelin Mölzer (FPÖ), Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka (Central European University of Budapest), Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntscher Riekmann (Universität Salzburg), Dr. Hannes Swoboda (SPÖ), Dr. Bernhard Tomaschitz (FPÖ), Dr. Peter Ulram (GfK Austria) und Mag. Patrick Voller (ÖVP) wäre die vorliegende Arbeit wohl nie zustande gekommen.

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Forschungsinteresse und Fragestellung	4
3. Theorie der europäischen Vergesellschaftung	8
3.1. Die europäische Integration	8
3.1.1. Pläne zur europäischen Einigung bis 1945	9
3.1.2. Geschichte der europäischen Integration nach 1945	11
3.1.3. Die europäische Integration als Elitenprozess	16
3.2. Horizontale Europäisierung	20
3.3. Subjektive Europäisierung	22
3.4. Genese einer europäischen Gesellschaft?	25
4. Methodisches Vorgehen	30
4.1. Experteninterviews	31
4.2. Inhaltsanalyse	35
5. Das transnationale Netzwerk der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)	39
5.1. Über das Erstarren der europäischen Rechten	41
5.1.1. Hintergründe und Ursachen	42
5.1.2. Entwicklung der freiheitlichen Europapolitik	46
5.2. Formen der Zusammenarbeit und Kooperation	51
5.2.1. Bilaterale Beziehungen, „Freundschaften“	52
5.2.2. Parteienbündnisse: Allianzen, Föderationen	58
5.2.3. EU-Parlamentsfraktion	63
5.2.4. Europapartei	69
5.2.5. Globales Bündnis	74
5.3. Mögliche Partner und deren Legitimation	77
5.4. Motivlagen und Nutzenziehung	81
5.4.1. Symbolische Politik	83
5.4.2. Instrumentelle Politik	86

5.5. Gemeinsame Themenfelder.....	89
5.5.1. Nationalstaatliche Autonomie und Souveränität.....	91
5.5.2. Demokratiedefizit der Europäischen Union.....	92
5.5.3. Europa der Vaterländer.....	93
5.5.4. Migration und Zuwanderung.....	94
5.5.5. Christliches Abendland vs. Islam.....	96
5.5.6. Kritik am europäischen Integrations- und Erweiterungsprozess.....	97
5.5.7. Globalisierungskritik.....	99
5.6. Schwierigkeiten, Herausforderungen.....	100
5.6.1. Systeminhärente Hürden.....	101
5.6.2. Soziostrukturelle Entwicklungen.....	104
5.6.3. Heterogenität der Rechtsparteien.....	107
6. Fazit.....	112
6.1. Zusammenfassung der Ergebnisse.....	113
6.2. Schlussfolgerungen.....	116
6.3. Anschlussfragen.....	119
Literaturverzeichnis.....	120
Anhang.....	126
A1. Interviewtranskript Wendelin Mölzer.....	126
A2. Interviewtranskript Bernhard Tomaschitz.....	134
A3. Interviewtranskript Hannes Swoboda.....	140
A4. Interviewtranskript Ulrike Lunacek.....	144
A5. Interviewtranskript Patrick Voller.....	149
B1. Interviewtranskript Peter Ulram.....	153
B2. Interviewtranskript Sonja Puntischer-Riekmann.....	162
B3. Interviewtranskript Anton Pelinka.....	170
B4. Interviewtranskript Josef Melchior.....	175
C. Beispiel für Interviewleitfaden.....	182
D. Grafik: Codesystem.....	183
Abstract.....	184

1. Einleitung

Schon seit langem beschäftigt sich die Soziologie im Rahmen der Sozialstrukturforschung mit den Mechanismen und Auswirkungen des stetig anhaltenden Prozesses der europäischen Integration. Hierbei geht es vor allem um die Frage, inwieweit die zunehmende Verflechtung von ehemals weitgehend autonomen, nationalstaatlich verwalteten Teilsystemen zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung führt.

Die Geschichte der Europäischen Union, beginnend mit der Gründung ihrer Vorläufer Anfang der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, stellte die sozialwissenschaftliche Forschung immer wieder vor große Herausforderungen. Als ein von der Politik initiiertes, mehrere Ebenen umfassendes Gebilde *sui generis* mit supranationalen Entscheidungsstrukturen und sich teils überlappenden Autoritäten stellte die Europäische Union hinsichtlich ihrer Entwicklung und Struktur etwas gänzlich Neues dar. Der Versuch seitens der Sozialwissenschaften, den Prozess der europäischen Integration und seine Auswirkungen auf die beteiligten Nationalstaaten und deren Bevölkerung zu untersuchen, machte bislang etablierte Modelle unbrauchbar und erforderte die Entwicklung neuer theoretischer Konzepte. Die Genese der europäischen Gemeinschaft hin zu einem Staatenverbund mit Binnencharakter rückte die bislang übliche Unterscheidung von intern/extern immer mehr in den Hintergrund; selbst der bis dahin gebräuchliche Begriff der Integration bedurfte einer Neudeutung, da dessen Anlehnung an nationalstaatliche Vorstellungen wie zum Beispiel Staatsvolk, räumliche Grenzen, Zugehörigkeit oder nationale Identität dem Anspruch einer der Realität angemessenen Operationalisierung nicht mehr genüge wurde. Dennoch findet ein solcher „methodologischen Nationalismus“ (Wimmer/Glick Schiller 2002: 217) - und damit einhergehend auch die Annahme, nationalstaatliche Territorien könnten in politischer, ökonomischer oder soziodemographischer Hinsicht als weitgehend unabhängige Systeme behandelt werden - in vielen Fällen auch weiterhin Verwendung.

Es zeigte sich, dass für eine Analyse der europäischen Integration die Unterscheidung einer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich-kulturellen Prozessebene besonders zweckdienlich war. Hierdurch ließ sich mitunter nachweisen, dass die Geschwindigkeit der Integration auf den jeweiligen Ebenen verschieden ist. So schreitet die wirtschaftliche Verflechtung innerhalb Europas, gemessen am Grade der gemeinschaftlich

koordinierten, grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten, nach wie vor stetig voran. Die politische Integration, definiert als eine Vergemeinschaftung der europäischen Staaten in allen Politikfeldern, kommt im Vergleich hierzu nur langsam weiter. Und auch auf gesellschaftlich-kultureller Ebene lassen sich durchaus Integrationstendenzen feststellen, die Entwicklung einer ausgeprägten „europäischen Identität“ - inwieweit eine solche tatsächlich realistisch ist, wird im noch Abschnitt zum theoretischen Hintergrund behandelt - ist bei einem Großteil der in Europa lebenden Bürger allerdings nicht zu verzeichnen. In der vorliegenden Arbeit soll nun - ohne zu vernachlässigen, dass sich zwischen den verschiedenen Dimensionen des europäischen Integrationsprozesses durchaus wechselwirkende Einflüsse feststellen lassen - insbesondere auf die politische Strukturebene eingegangen werden.

Im Laufe der vergangenen Jahre haben sich eine Vielzahl von soziologischen Studien mit dem Prozess der europäischen Integration und einer Untersuchung der hiermit einhergehenden Phänomene befasst; stets verbunden mit der Frage, in welcher Weise sich vormalig nationalstaatlich verortete Strukturen im Rahmen einer stetig zunehmenden Verflechtung weiterentwickeln. Insbesondere die Ebene der politischen Integration als Wegbereiter einer europäischen Vergesellschaftung erfuhr hohe Beachtung. Mit einem bislang eher seltener behandelten Themengebiet innerhalb dieses Forschungsfeldes soll sich die vorliegende Arbeit befassen. Es geht hierbei um die Frage, wie politische Parteien auf das kontinuierliche „Schrumpfen des Bereichs relevanter politischer Regelungen, die von Regierungen autonom gestaltet werden können“ (Bach 2000: 11) reagieren. Welche Bedeutung wird der europäischen Union zugeschrieben, welche Handlungsstrategien ergeben sich hieraus, inwieweit lässt sich auch für nationale Parteien eine gewisse Form der Europäisierung feststellen?

Von diesem grundlegenden Interesse ausgehend ergab sich vor dem Beginn weiterer Recherchen die Frage nach einem adäquaten Forschungsobjekt. Die Wahl fiel letztendlich auf die Freiheitliche Partei Österreichs, welche in den vergangenen Jahren auf europäischer Ebene durchaus Engagement gezeigt hatte – was womöglich mitunter darauf zurückzuführen ist, dass sie in dieser Entwicklung im Vergleich zu anderen österreichischen Parteien erst sehr spät Fuß fassen konnte. Die Betrachtung der Freiheitlichen Partei erschien nicht zuletzt dadurch vielversprechend, als dass sie im Vergleich zu den anderen in Österreich etablierten Großparteien äußerst nationalverbunden und wertorientiert auftritt, wodurch die Effekte einer europäischen Integration umso deutlicher erkennbar waren und sich somit leichter analysieren ließen. Inwieweit sich die hieraus gewonnenen

Erkenntnisse durch eine mittels Experteninterviews generierte Perspektivenvielfalt weiter abstrahieren ließen, soll im Kapitel zum methodischen Vorgehen noch näher erklärt werden.

In diesem Sinne noch ein paar Worte zum Aufbau der vorliegenden Arbeit. Um dem recht engen Rahmen einer Masterthesis gerecht zu werden, musste von der Untersuchung eines österreichischen oder gar europäischen Querschnitts repräsentativer Parteien abgesehen werden, da dies angesichts des vorgegebenen Umfangs einen Verlust an analytischer Tiefe bedeutet hätte. Es schien somit von Vorteil, den Schwerpunkt der Arbeit auf eine exemplarische Studie zu legen.

Im ersten Abschnitt wird, aufbauend auf einem kurzen Einblick in das Europaengagement der Freiheitlichen Partei, die der Arbeit zugrundeliegende Forschungsfrage vorgestellt und erläutert. Im nächsten Teil erfolgt eine Darlegung des theoretischen Hintergrundes, insbesondere den Prozess der europäischen Integration betreffend, gefolgt von einer Beschreibung des methodischen Vorgehens bei der Datenerhebung und -analyse. Im Hauptteil der Arbeit werden, basierend auf der inhaltlichen Auswertung mehrerer Interviews schließlich die wichtigsten empirischen Erkenntnisse geordnet zusammengefasst. Das abschließende Fazit endet mit einer Listung von an dieser Arbeit anschließenden Forschungsfragen.

2. Forschungsinteresse und Fragestellung

Als im Europäischen Parlament zu Beginn des Jahres 2007 die Gründung einer neuen Fraktion erfolgte, wurde dies vonseiten der Medien, der teilhabenden Öffentlichkeit sowie einem Großteil der anderen Parlamentsfraktionen weitgehend kritisch kommentiert.

„Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS), so der Name der neuen Fraktion, stellte den ersten erfolgreichen Zusammenschluss rechtsdemokratischer Parteien auf Ebene der Europäischen Union seit 1994 dar und erfuhr von Beginn an vehementen Widerstand. Die in der ITS vereinten Politiker bezeichneten sich selbst als „rechtsdemokratisch“ bzw. „patriotisch und national“ (Freiheitliche Akademie 2005) und stammten aus verschiedenen ins Europaparlament gewählten Parteien wie bspw. dem belgischen Vlaams Belang, der französischen Front National, der italienischen Alternative Sociale oder der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Ermöglicht wurde die Gründung dieser Fraktion letztendlich durch den am 01. Jänner 2007 offiziell erfolgten EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien. Einige der aus diesen beiden Ländern ins Europaparlament entsendeten Abgeordneten schlossen sich der ITS an, so dass die für eine Fraktionsgründung notwendige Zahl von 20 Abgeordneten aus sechs Ländern erreicht werden konnte. Bereits wenige Tage später, am 09. Jänner 2007, erfolgte die Verabschiedung einer politischen Charta; am 15. Jänner fand schließlich mit dem ersten Sitzungstag im neuen Jahr die Konstituierung der ITS im Europaparlament statt (vgl. Süddeutsche Zeitung 2007; NZZ 2007; Wiener Zeitung 2007). Die Fraktion wurde von weiten Teilen des Parlaments angegriffen und ausgegrenzt, zudem gab es auch grundlegende innere Spannungen, bspw. zwischen FPÖ und Alternativa Sociale hinsichtlich der Frage um die Autonomie Südtirols (vgl. Die Presse 2007). Im November 2007 kam es schließlich nach Streitigkeiten zwischen den Abgeordneten der rumänischen und italienischen Parteien zum Austritt der fünf rumänischen Abgeordneten. Grund waren fremdenfeindliche Äußerungen seitens der Abgeordneten Alessandra Mussolini gegenüber ihren rumänischen Kollegen gewesen. Da die Fraktion nun nicht mehr über die für ihr Bestehen notwendigen 20 Mitglieder verfügte, wurde die ITS am 14. November 2007 offiziell aufgelöst (vgl. PEP 2007).

Wenngleich die Geschichte der ITS eine somit wohl eher kurze war, stellt sich die Frage, welche Erkenntnisse sich hinsichtlich der politischen Vernetzung der europäischen Rechten und deren zukünftigen Rolle in der Europäischen Union gewinnen lassen.

So verweist die Gründung einer solch nationalorientierten, gegenüber der Europäischen Union durchwegs kritisch eingestellten Fraktion auf ein weitreichendes und insbesondere für die weitere Entwicklung des europapolitischen Systems wesentliches Phänomen. Europa wird in einem zunehmenden Maße als gemeinsamer Raum erlebt, Kommunikationsnetzwerke verdichten sich, Infrastrukturen werden homogenisiert, staatliche wie private Organisationen überschreiten nunmehr weggefallene Hürden, expandieren und suchen neue Partner (vgl. Busek 2005; Kaelble 2007; Müller 2007, Wagner 2005). Ermöglicht wird dies mitunter durch ein den einzelnen Mitgliedsstaaten übergeordnetes politisches System, dessen Kompetenzen sich in zunehmenden Maße ausweiten (vgl. Mau/Verwiebe 2009; Münch 2000). Dass sich hiervon insbesondere nationalistisch ausgerichtete Parteien bedroht fühlen ist nicht weiter überraschend (vgl. Zier 2005). Weit interessanter ist der Umstand, dass sich einzelne Vertreter dieser Parteien dazu entschlossen haben, zur Wahrung ihrer nationalen Interessen ein transnationales Bündnis einzugehen. Es wurde somit deutlich, dass es nationalorientierten Parteien nicht mehr möglich ist, die Institution der Europäischen Union aus der Ferne zu kritisieren oder einfach zu ignorieren. Nur durch Partizipation und transnationale Zusammenarbeit können Anliegen eingebracht und bestimmte Vorhaben erreicht werden, einhergehend mit der Notwendigkeit zur Kooperation und Kompromissbildung (vgl. Lachauer 2005).

Blickt man auf die Europapolitik der Freiheitlichen Partei, so erkennt man hier seit den 1990er Jahren durchaus eine gewisse Form der Zurückhaltung, verbunden mit verschiedenen, teils widersprüchlichen Einstellungen zur Europäischen Union (vgl. Riess-Passer 1996; Mölzer 2005). Insbesondere die weitgehend populistische Ausrichtung der FPÖ führte dazu, dass von ihr verfolgte europapolitische Strategien zumeist von eher kurz- bis mittelfristig relevanten Anliegen geprägt waren und so in einem nur geringen Maße stringent blieben.

Eine neue Phase freiheitlicher Europapolitik wurde mit der Europawahl vom 13. Juni 2004 eingeleitet, als der dem deutschnationalen Flügel zurechenbare Andreas Mölzer mittels eines konzentrierten Vorzugsstimmenwahlkampfes das Mandat des eigentlichen Spitzenkandidaten Hans Kronberger übernahm und sich so als einziger Kandidat der FPÖ den Einzug in das Europäische Parlament sicherte.

Mölzer, welcher bislang vor allem als ehemaliger Chefideologe der FPÖ, Bundesratsabgeordneter sowie Herausgeber und Chefredakteur der deutschnationalen Wochenzeitschrift „Zur Zeit“ bekannt geworden war, bemühte sich als Abgeordneter im Europäischen Parlament von Beginn an um Nähe und Kontakt zu den Vertretern anderer Rechtsparteien. Zeugnis dieser Bemühungen ist die bereits 2005 verabschiedete „Wiener

Erklärung der europäischen patriotischen und nationalen Parteien und Bewegungen“ (Freiheitliche Akademie 2005), welche das Ergebnis eines im November desselben Jahres in Wien stattgefundenen „Parteikontaktforums“ darstellt. An diesem von der Freiheitlichen Akademie organisierten Treffen nahmen führende Vertreter rechtsnationalistischer Parteien aus sechs europäischen Ländern teil. Neben der bereits zuvor genannten Front National, Alternativa Sociale und Vlaams Belang fanden sich hier mit der Großrumänienpartei und der bulgarischen Ataka nicht zuletzt auch jene Parteien wieder, welche sich später zur ITS vereinen sollten. Zweck dieses Forums war die Diskussion über die zukünftige Entwicklung Europas und die Möglichkeiten zur Kooperation für die europäischen Rechtsparteien; auch die Möglichkeit einer eigenen Fraktion im EU-Parlament wurde offiziell angesprochen. Die aus diesem Treffen resultierende „Wiener Erklärung“, ein von Andreas Mölzer verfasstes Papier, beinhaltet die gemeinsamen Forderungen und Grundsätze der Teilnehmer (siehe dazu Kapitel 5.5) und diente so auch der rund zwei Jahre später konstituierten ITS als Arbeitsgrundlage.

Die Mitgliedschaft in der ITS stellt bis heute den Höhepunkt der freiheitlichen Europapolitik dar. Durchaus wurde auch nach der EU-Parlamentswahl von 2009 eine Fraktionsbeteiligung angestrebt, dieses Vorhaben scheiterte allerdings an dem Widerstand einiger Mitglieder der jeweiligen Fraktionen. So fällt auf, dass die freiheitlichen Bemühungen um transnationale Bündnisse und Kooperationen in den vergangenen Jahren an Stärke gewonnen haben. Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit die Vorstellung von einem offenen Europa und den sich hieraus ergebenden Möglichkeiten transnationaler Zusammenarbeit auch auf eine derart national ausgerichtete, politische Organisation wie die Freiheitliche Partei übertragbar ist. Dies führt zu den grundlegenden Forschungsfragen der vorliegenden Masterthesis:

Welche Formen und Möglichkeiten der Kooperation ergeben sich für die Freiheitliche Partei vor dem Hintergrund der europäischen Integration hinsichtlich der transnationalen Zusammenarbeit mit anderen Parteien?

- *Welche Typen der transnationalen Kooperation lassen sich für die Freiheitliche Partei benennen? Durch welche strukturellen Merkmale unterscheiden sich diese Kooperationsformen voneinander? Wer sind die Partner in solchen Bündnissen?*
- *Welchem Zweck dienen diese Kooperationen? Was ist deren ideologische und inhaltliche Grundlage?*

- *Wo liegen für die Freiheitliche Partei die Grenzen einer solchen Zusammenarbeit und worin lässt sich dies gegebenenfalls begründen?*
- *Inwieweit lassen sich die Bemühungen der Freiheitlichen Partei um transnationale Kooperation in die Theorie der europäischen Integration einbetten?*

3. Theorie der europäischen Vergesellschaftung

Zum besseren Verständnis jener Prozesse, in welchen sich das seit mehreren Jahren intensivierende europapolitische Engagement der europäischen Rechtsparteien begründen lässt, soll im vorliegenden Kapitel eine theoretische Aufarbeitung der in Europa gegebenen Vergesellschaftungsprozesse erfolgen.

Im Zentrum der Betrachtung steht hierbei der Prozess der europäischen Integration, welcher in politischer, wirtschaftlicher, rechtlicher sowie sozialer Hinsicht den immer stärker werdenden Zusammenschluss der europäischen Nationalstaaten bedingt. Weiters wird der Prozess der horizontalen Europäisierung behandelt, welcher sich, begünstigt durch die rasant erweiterten Möglichkeiten zur Kommunikation und Mobilität, auf die zunehmende soziale Verflechtung der europäischen Bevölkerung bezieht. Ebenso findet auch das Phänomen der subjektiven Europäisierung Erwähnung. Dieses verweist auf die mit der europäischen Integration und grenzübergreifenden Verflechtung einhergehende Abschwächung einer nationalstaatlichen Fixierung und Emergenz Europas als weitere subjektive Referenzebene. Abschließend soll danach gefragt werden, ob sich infolge der beschriebenen Prozesse die Genese einer neuen europäischen Gesellschaft feststellen lässt.

3.1. Die europäische Integration

Unter dem Begriff der europäischen Integration versteht sich ein gesellschaftlich vertikal verlaufender Prozess, bei welchem sich die „politischen Akteure in unterschiedlichen nationalen Kontexten mit ihren Loyalitäten, Erwartungen und politischen Aktivitäten auf ein neues Zentrum richten“ (Mau/Verwiebe 2009: 235). Einher geht dies mit der Schaffung von supranationalen Institutionen und entsprechenden grenzübergreifenden Rechtsnormen, welche die Bildung einer neuen politischen Einheit begründen und damit die Politsysteme der Nationalstaaten, etwa in Hinsicht auf deren Kompetenzen im Bereich der Handels- oder Finanzpolitik, beeinflussen und teils überlagern können.

Im Folgenden soll nun der Versuch unternommen werden, den Prozess der europäischen Integration vor allem aus historischer Sicht zu beschreiben. Dabei soll vor allem vermittelt werden, dass dieser Prozess in der europäischen Geschichte stets gegeben war, jedoch infolge der Bestrebungen einer politischen Elite in den vergangenen 60 Jahren deutlich an Geschwindigkeit gewonnen hat.

3.1.1. Pläne zur europäischen Einigung bis 1945

Ihren Ursprung findet die Idee eines geeinten, gemeinschaftlich gestalteten Europas bereits im Mittelalter. Ausgehend vom dem Gedanken, dass es mithilfe eines europäischen Bundes möglich sei, bestimmte von den einzelnen Staaten nur schwer zu erfüllende Funktionen auf eine höhere, übergeordnete Ebene zu übertragen, arbeiteten Gelehrte, Staatsmänner und Philosophen schon zu Beginn des 14. Jahrhundert an Plänen für einen solchen Zusammenschluss (vgl. Clemens et al. 2008: 45f).

So bewirbt bereits der französische Scholastiker Pierre Dubois (ca. 1255 - ca. 1321) in seiner berühmten, anlässlich der christlichen Kreuzzüge um 1306 veröffentlichten Schrift „De recuperatione terre sancte“ („Über die Rückeroberung des Heiligen Landes“) den friedenssichernden Charakter eines politischen Bündnisses zwischen den weltlichen Herrschern Europas. Eine ebenso hohe Bedeutung kann dem böhmischen König Georg von Podiebrad (1420 - 1471) zugeschrieben werden. Von ihm stammt der erste konkret ausformulierte Plan zur Bildung einer europäischen Föderation. Dieser sah mitunter auch die Gründung von übergeordneten Institutionen vor, beispielsweise die Rechtsprechung, das Militär oder den Finanzhaushalt betreffend. Ein weiterer wichtiger Vertreter der europäischen Einigungsbestrebungen war der französische Militär und Staatsmann Maximilien de Béthune, Herzog von Sully (1560 - 1641). In den späten Jahren seines Schaffens widmete sich dieser seiner Vorstellung einer christlichen Republik, bestehend aus mehreren gleichberechtigten Staaten - und nahm mit diesem Verwaltungsprinzip eines der Ideale der Europäischen Union vorweg. Als einer der letzten wichtigen Vertreter der Vormoderne kann der französische Geistliche und Philosoph Abbé de Saint-Pierre (1658 - 1743) genannt werden. Auch er trat für ein Bündnis zwischen den europäischen Herrschaftshäusern ein. Mittels einer gemeinsamen Verwaltung der militärischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Angelegenheiten, sollte dieses Bündnis, kontrolliert durch einen übergeordneten hohen Rat, vor allem der Friedenssicherung dienen.

All diesen Plänen gemein war ihre Struktur, welche einen von unten nach oben zu erfolgenden Aufbau vorsah. Dieses im völkerrechtlichen Sinne dem Föderalismus entsprechende Ordnungsprinzip wurde für diese Bestrebungen namensgebend, sollte allerdings bis weit in das 19. Jahrhundert in einem nur äußerst geringen Maße Beachtung erfahren (vgl. Clemens et al. 2008: 46f). All diese Modelle gingen auf die Überlegungen einzelner Personen zurück, ihren Bemühungen wurde allerdings nie die notwendige politische Bedeutung

zugeschrieben. Zu groß waren die innereuropäischen Spannungen zwischen den einzelnen Akteuren, getrieben durch den steten Kampf um Macht und Hegemonie. Dem Streben nach politischer, wirtschaftlicher und religiös-kultureller Vorherrschaft wurde vor allem auf militärischer Ebene begegnet und bedingte unzählige verlustreiche Konflikte. Der von den herrschenden Häusern geführte Reigen um die Macht beschleunigte sich, politischer Einfluss wurde immer mehr zentralisiert, aus dem feudalistischen System entwickelten sich die ersten Nationalstaaten (vgl. Elias 1997). Die politische Landkarte Europas glich einem bunten Flickwerk konkurrierender König- und Fürstentümer mit wechselnden Allianzen. Die Gefahr eines offenen Krieges, von Hungersnöten und Epidemien war stets gegeben; vor allem die europäische Bevölkerung hatte hierunter zu leiden. Noch zur Mitte des 17. Jahrhunderts sollte Thomas Hobbes (1588 - 1679) angesichts der fragilen gesellschaftlichen Ordnung, bedingt durch die seiner Erfahrung nach vorwiegend destruktive menschliche Natur, in seinem Werk „Leviathan“ (1651) die Übertragung aller Macht auf einen Souverän fordern, um so den Konflikten um Einfluss und Ruhm zuvorzukommen.

Wenngleich sich Hobbes nicht direkt auf die Idee eines gemeinschaftlichen Europas bezieht, so kann die zu jener Zeit vorherrschende Instabilität der Gesellschaft, geprägt durch kriegerische Konflikte und den hiermit einhergehenden Nöten, doch auch als bedeutsamer Faktor für die Entwicklung des Wunsches nach einer europäischen Einigung gesehen werden. Ebenso wie die Gründer der Europäischen Union erkannten bereits ihre Vordenker des Mittelalters und der Renaissance die friedenssichernde Funktion eines solchen Bundes.

Die ersten tatsächlichen Bestrebungen zur Einigung Europas ergaben sich infolge des Ersten Weltkrieges. Der Neuordnung der europäischen Machtverhältnisse, der Zusammenbruch der monarchischen Systeme in Deutschland und Österreich, die weitgehende Zerstörung der Industrie und Millionen von Toten stärkten den Ruf nach Sicherheit und somit die Überlegungen zur Errichtung eines Europäischen Staatenbundes. Es bildeten sich mehrere Interessensvertretungen, welche sich für die Einigung Europas einsetzten. Insbesondere die im Jahre 1922 von Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894 - 1972) ins Leben gerufene und bis heute bestehende Paneuropa-Union erlangte mit Ihrer Forderung nach einem gesamteuropäischen, föderalistisch geordneten Bundesstaat hohe Bekanntheit (vgl. Clemens et al. 2008: 53f). Die Paneuropa-Union war nicht zuletzt eine Antwort auf den 1919 gegründeten Völkerbund, welcher ebenfalls der Friedenssicherung dienen sollte, aufgrund seiner globalen Ausdehnung und heterogenen Zusammensetzung aber faktisch keine Handlungsmacht besaß. Die Gründung weiterer, ebenfalls mehrere Tausend Mitglieder umfassender

Organisationen wie der „Mitteleuropäische[n] Wirtschaftstagung“ (1925), der „New Commonwealth Society“ (1932) oder der „Federal Union“ (1938) verdeutlichen diesen Wunsch nach einem starken, innerlich kohärenten Europa (vgl. Clemens et al. 2008: 50f).

Durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erfuhren diese Bemühungen allerdings einen herben Rückschlag. Die meisten Organisationen mussten ihre Tätigkeiten einstellen oder wurden (vor allem auf deutscher Seite) aufgelöst und ins Exil getrieben, nur in Großbritannien und der Schweiz war es einigen Gruppierungen möglich, auch weiterhin aktiv zu bleiben. Vor allem in London fanden sich Vertreter der Exilregierungen und der Alliierten zusammen und berieten über die nach einem Sieg über die deutschen Besatzer gegebenenfalls notwendige Neuordnung Europas. Unterschiedlichste Modelle wurden vorgestellt und diskutiert. Traten die Vereinigten Staaten unter Führung von Präsident Franklin D. Roosevelt anfangs für eine föderative Einigung Europa sowie der Installation einer globalen Weltfriedensorganisation ein, so sah die Sowjetunion jede Form eines europäischen Zusammenschlusses als potenzielle Bedrohung und reagierte daher mit Ablehnung auf derlei Vorschläge. Großbritannien und Frankreich wiederum verfolgten die Idee einer gemeinsamen Union („Council of Europe“), welche, als Teil einer globalen Organisation, vor allem der Sicherung des Friedens dienen sollte (vgl. Clemens et al. 2008: 62f). Diese Funktion der Friedenssicherung war allen Modellen gemein, dennoch sollte bis 1945 kein Konsens gefunden werden. Grund hierfür war die Frage, welche Rolle Europa in der Zeit nach Krieg einnehmen würde. Sie sollte auch während des Kalten Krieges eine hohe Bedeutung erfahren.

3.1.2. Geschichte der europäischen Integration nach 1945

Neben seiner zuvor erwähnten friedenssichernden Funktion ging Entwicklung des Prozesses der europäischen Integration nach 1945 vor allem auf wirtschaftspolitische Motive zurück. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde die deutsche Ruhrindustrie, welche als einer der wichtigsten europäischen Lieferanten für Kohle und Stahl galt, von den alliierten Mächten kontrolliert. Im Jahre 1950 stellte der damalige französische Außenminister Robert Schuman den Plan vor, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde (Haute Autorité) zu stellen, in einer Organisation, die den anderen Ländern zum Beitritt offen steht“ (Hallstein 1951: 9ff). Ziel war es somit, die Kontrolle der Alliierten über das Ruhrgebiet mittels einer (west)europäischen, supranationalen Organisation zu übernehmen. Schumann, aber auch sein deutscher Kollege Konrad Adenauer, hatten mit der Gründung einer

solchen „Montanunion“ jedoch weit mehr im Sinn als einfaches wirtschaftliches Bündnis. Zu einer Zeit, als sich der Konflikt zwischen Ost und West zunehmend verschärfte und die geopolitisch wichtige Rolle Westdeutschlands immer deutlicher wurde, versprach die gemeinsame Kontrolle der Kohle- und Stahlindustrie die gegenseitige Überwachung der für eine militärische Aufrüstung notwendigen Rohstoffproduktion und diente somit auch der Friedenssicherung. Zum anderen wurde dieser Industriezweig auch als Motor für die sich bislang nur langsam erholende Wirtschaft gesehen. Tatsächlich sollte die folgende Ankurbelung der Industrie letztendlich einen der Grundsteine für das so genannte „Wirtschaftswunder“ der 1950er Jahre legen. Schließlich erfolgte am 18. April 1951 die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Neben Deutschland und Frankreich zählten Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande zu den Gründerstaaten. Das Besondere an der EGKS war jedoch weniger ihre wirtschaftsfördernde Funktion, als vielmehr der supranationale Charakter dieser Organisation. Die Gründungsstaaten einigten sich damals auf die Installation mehrerer nationenübergreifender Kontrollorgane wie zum Beispiel einer „Hohen Behörde“ als legislatives Element. Wenige Jahre später erfolgte mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957 die Einrichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Die EWG sah die Schaffung eines gemeinsamen Marktes vor, einhergehend mit dem Abbau innerer Handelsbarrieren und der Zielsetzung eines freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs. Die EURATOM diente neben ihrer wirtschaftlichen Funktion, ähnlich wie vormals die EGKS, der gegenseitigen Kontrolle und somit auch der Friedenssicherung (vgl. Clemens et al 2008: 95ff).

Einen bedeutsamen Schritt zur weiteren europäischen Integration stellte der am 08. April 1965 unterzeichnete Fusionsvertrag „zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften“ dar, welcher 1967 in Kraft treten sollte. Hierbei einigten sich die Gründungsstaaten auf die Zusammenlegung der Organe der EGKS, EWG und EURATOM. Es entstand so die Europäische Gemeinschaft, eine den drei Gemeinschaften übergeordnete Entscheidungsebene, welche mit ihrem supranationalen Charakter ein politisches Novum darstellte. Gedämpft wurden derlei Fortschritte durch innere Spannungen und Konflikte, welche nicht zuletzt im Rahmen der ersten Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien (1961 bis 1963) und der von 1965 bis 1966 von Frankreich praktizierten „Politik des leeren

Stuhls“¹ offen zutage traten und noch über mehr als ein Jahrzehnt die weiteren Verlauf der europäischen Integration bremsen sollten.

In den 1970er Jahren verlangsamte sich die institutionelle Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft. Zwar traten 1973 im Zuge der Norderweiterung Dänemark, Großbritannien und Irland der EG bei, allerdings waren dieser Erweiterung auch heftige Kontroversen während der Verhandlungen vorausgegangen. Auch die 1974 eingerichtete Institution des Europäischen Rates erfüllte nicht die hiermit verbundenen Hoffnungen und Ziele. So war dessen Arbeit, ebenso wie auch im Ministerrat, vor allem von einzelnen nationalstaatlichen Interessen geprägt und damit weitgehend handlungsunfähig. Hinzu kam die wirtschaftliche Stagnation infolge der Ölkrise ab Mitte der 1970er Jahre, was schließlich zu einer weitgehenden Lähmung der europäischen Integration führen sollte. Erst 1979 konnte diese Phase des Stillstands mit der Einrichtung eines Europäischen Währungssystems (EWS) und der erstmaligen Direktwahl zum Europäischen Parlament überwunden werden. Im Vorfeld dieser Wahlen hatten sich bereits ab 1974 die ersten Europäischen Parteien gebildet. Auch dies kann als ein bedeutsamer Moment im Prozess der europäischen Integration gesehen werden (vgl. Clemens et al 2008: 182ff).

Im Jahre 1981 erfolgte mit der ersten Süderweiterung der Beitritt von Griechenland zur EG, 1986 folgten auch Spanien und Portugal. Die Europäische Gemeinschaft befand sich zu dieser Zeit nach wie vor in einer schwierigen Phase. Die Konjunktur lag weltweit flach, die Inflationsraten stiegen stetig, die europäische Wirtschaft war durch Handelsbarrieren und Überproduktion beeinträchtigt (Schlagwörter wie Butterberge und Milchseen erreichte weite Bekanntheit) und bedurfte einer zentralisierenden Reform. So erfolgte im Jahre 1987 mit dem Inkrafttreten der 1986 ratifizierten „Einheitlichen Europäischen Akte“ (EEA) einer der bislang bedeutsamsten Schritte für die weitere Vertiefung Europas (vgl. Clemens et al 2008: 220ff). Die EEA verstand sich als Reform der Römischen Verträge und diente damit auch einer Effizienzsteigerung der Entscheidungsprozesse innerhalb der EG, ihr wichtigstes Ziel war allerdings die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes bis 1992 und damit die Erhöhung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Stärkung der wohlfahrtsstaatlichen Funktion der Mitgliedsstaaten (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 237). Vor allem das Ziel, die

¹ Infolge einer geplanten Änderung des EWG-Vertrags sollte das bislang bei Abstimmungen geltende Prinzip der Einstimmigkeit durch eine Zweidrittel-Mehrheit ersetzt werden. Differenzen über budgetäre Kompetenzen des Europäischen Parlaments verschärfen die Stimmung und führten schließlich zum Fernbleiben der französischen Delegation, was zur politischen Beschlussunfähigkeit der EWG führte.

europäischen Binnengrenzen zu beseitigen, sollte sich als tragende Säule dieser neuen Zusammenarbeit erweisen.

Als 1993 der ein Jahr zuvor unterzeichnete Vertrag von Maastricht in Kraft tritt und damit die Europäische Union (EU) begründet, wird die bis dahin vor allem von wirtschaftlichen Motiven gesteuerte Europäische Gemeinschaft endgültig um eine politische Dimension bereichert. Mit der im Vertrag vereinbarten Gründung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Einrichtung einer Unionsbürgerschaft erfüllte sich schließlich auch das Bestreben der damaligen Mitgliedsstaaten, die Integration der Europäischen Union zu vertiefen und weiter voranzutreiben (vgl. Clemens et al 2008: 225ff). Hinzu kommen neue Kompetenzen bei der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, zum Beispiel eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik oder die Bekämpfung der internationalen Kriminalität betreffend. Mit dem Schengen-Abkommen wurde der Abbau der innereuropäischen Grenzen weiter vorangetrieben, dieses trat im Jahr 1995, zehn Jahre nach seiner Unterzeichnung, in Kraft.

Mit dem Vertrag von Maastricht lässt sich somit eine deutliche Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses feststellen. Vor allem der Unionsbürgerschaft als neues Element einer supranationalen Identität kommt eine besondere Bedeutung zu. Mit ihr verbinden sich neue Freizügigkeitsrechte auf transnationaler Ebene, damit verbunden das Recht auf freie Mobilität innerhalb der Europäischen Union sowie neue politische Rechte, zum Beispiel das aktive und passive Wahlrecht bei europäischen Wahlgängen (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 238). Auch die Kompetenzen des Europäischen Parlaments werden weiter ausgebaut. Ziel ist es, die Europäische Union „zu einem wirkungsvollen Vertreter europäischer Interessen auf der internationalen Ebene zu machen“ (Mau/Verwiebe 2009: 239).

1995 kommt es zu einer neuen Erweiterungswelle der EU, mit dem Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden steigt die Zahl der Mitglieder auf nunmehr fünfzehn (vgl. Clemens et al 2008: 231f). Im Jahr 1998 wird als währungsstabilisierendes Instrument der EU schließlich die Europäische Zentralbank gegründet; sie bereitet die für den 01.01.2002 datierte Einführung einer gemeinsamen Währung in Form des Euro vor und führt die europäische Integration auf wirtschaftlicher Ebene weiter fort. Eine neue Phase in der Entwicklung der Europäischen Union eröffnete sich mit der Osterweiterung der Europäischen Union. Nach langjährigen Verhandlungen werden die zehn Beitrittskandidaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern am 01.01.2004 in die EU aufgenommen, der

Beitritt von Rumänien und Bulgarien folgt im Jahr 2007. Das hohe Tempo der EU-Erweiterung hat sich bis heute wieder etwas verringert; als offizielle Beitrittskandidaten werden im Moment Island, Kroatien, Mazedonien, Montenegro sowie die Türkei gehandelt. Für die kommenden Jahre sind aktuell keine Beitritte weiterer Mitgliedsstaaten geplant.

Betrachtet man die jüngsten Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union, so war die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon für die weitere Vertiefung der europäischen Integration von besonders hoher Relevanz. Nachdem die Verträge von Amsterdam (1997) und Nizza (2003) nur in geringen Maße die von vielen als notwendig erachteten Reformen (zum Beispiel eine Demokratisierung des Ministerrats durch eine neue Stimmengewichtung) mit sich brachten, wurde der Ruf nach einer effizienteren, demokratischeren, bürgernäheren und transparenteren Union immer lauter, ebenso wurde auch eine eindeutige Klärung der jeweiligen Zuständigkeitsbereiche von Union und Mitgliedsländern gefordert (vgl. Clemens et al 2008: 234ff). Dies mündete nach langen Verhandlungsjahren in dem am 21. Juni 2007 beschlossenen Vertrag von Lissabon, dessen Ratifizierung sich allerdings aufgrund der nachträglichen Einwände einzelner Mitgliedsstaaten noch mehr als zwei Jahre verzögern sollte. Im Zentrum dieses Vertrags steht eine weitere Demokratisierung des europäischen Politsystems, die Einrichtung neuer repräsentativer Organe wie etwa der Position des EU-Ratspräsidenten oder der „Hohen Vertretung“ für Außen- und Sicherheitsanliegen. Zudem wurde die Zuständigkeit der EU klar begrenzt, einer möglichen Aushöhlung der nationalstaatlichen Souveränität der Mitgliedsstaaten wurde somit entgegengetreten.

Fasst man die Historie der europäischen Integration zusammen, so lässt sich von Beginn an vor allem auf wirtschaftlicher Ebene ein wachsender Zusammenschluss der europäischen Staaten feststellen. Die Gründung der EGKS als supranationale Organisation, welche nicht nur der Förderung der europäischen Wirtschaft dienen sollte, sondern zudem auch eine friedenssichernde Funktion erfüllte, stand am Anfang dieses Prozesses. Ihr folgte der schrittweise, teils von Machtkämpfen und internen Differenzen überschattete Ausbau dieser Organisation auf räumlicher wie auch politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftskultureller Ebene. Im vorangegangenen Teil konnte aufgezeigt werden, dass die wirtschaftliche Integration zugleich auch der Wegbereiter für die weitere innere Verdichtung der europäischen Gesellschaft war. Die politische Integration - hierunter versteht sich die zunehmende Vergemeinschaftung der europäischen Staaten in allen Politikfeldern -

verstärkte sich mit der Ausweitung der Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft und erfuhr durch schnelle Wachstum der EU, einhergehend mit dem Verträgen von Maastricht und Lissabon ab Mitte der 1980er Jahre eine deutliche Beschleunigung (vgl. Clemens et al 2008: 251ff). Das Wegfallen von politischen oder wirtschaftlichen Grenzen initiierte die Bildung eines neuen, größeren Handlungsraumes - für welchen die Spielregeln der Interaktion zum Teil noch gefunden oder zumindest angepasst werden müssen. Auch für die gesellschaftliche und kulturelle Integration Europas ergaben sich hier neue Herausforderungen. Wie bereits angeführt wurde, lässt sich die Idee eines vereinten Europas auf Jahrhunderte hinweg zurückverfolgen, ihre tatsächliche Umsetzung ist auch heute noch in einem nur geringen Maße vorangeschritten. Zwar konnte die Herausbildung eines europäischen Sozialisationsprozesses sowie die Genese einer europäischen Identität bereits in einigen Studien belegt werden, die Entstehung eines gemeinsamen Kommunikationsraums und ihre Auswirkungen auf ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der europäischen Bevölkerung werden allerdings nach wie vor heftig diskutiert (vgl. Clemens et al 2008: 281ff).

Deutlich wird, dass der Prozess der europäischen Integration unumkehrbar ist und auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlich-kultureller Ebene steten Einfluss auf seine Mitgliedsstaaten ausübt. Zugleich erfahren auch die Netzwerke zwischen den jeweiligen Nationalstaaten eine zunehmende Verdichtung. Vormalig weitgehend autonom agierende Institutionen, deren Ereignishorizont zuvor eher auf den eigenen Nationalstaat beschränkt war, finden sich nun im Zuge der europäischen Integration in ein neues, transnationales System eingebettet, dessen innere Logik eigenmächtiges Vorgehen isoliert und Kooperationen fördert. Gerade dieser Aspekt wird im Verlauf der vorliegenden Arbeit noch wiederholt angesprochen werden.

3.1.3. Die europäische Integration als Elitenprozess

Ein Punkt, auf welchen sich Parteien wie die FPÖ in ihrer Kritik gegen das politische System der Europäischen Union immer wieder richten, ist das ihrer Ansicht nach dort zu verortende Demokratiedefizit. Damit verbindet sich vor allem der Vorwurf, das politische Establishment würde die Bevölkerung der EU nur bedingt repräsentieren; die Politik der europäischen Führung wäre demnach alltagsfern und von höheren Interessen getragen. Diese Vorwürfe mögen durchaus einem populistischen Kalkül entspringen, haben aber auch einen wahren Kern. Tatsächlich wurde der Prozess der europäischen Integration innerhalb der Europäischen Union Zeit seines Bestehens vor allem von einer politischen Elite getragen, die eigentliche Bevölkerung hatte auf die

Entwicklung der EU so gut wie keinen Einfluss. Erst 1979 fanden die ersten direkten Wahlen zum Europaparlament statt, doch war diese Institution (und ist zum Teil bis heute) nur bedingt mit jenen Kompetenzen versehen, welche es zu einem wirkungsvollen Instrument der Steuerung und Kontrolle der europäischen Politik machen würden. Eine solche Bürgerferne wird heute kritisiert, in früheren Phasen der Entwicklung der Europäischen Union hatte diese aber durchaus ihre Berechtigung.

Unter Eliten versteht man im Folgenden die Inhaber der Spitzenpositionen eines Landes oder einer supranationalen Organisation, welche über die Entscheidungsmacht in strategisch bedeutsamen Bereichen der Gesellschaft (etwa in der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder der Verwaltung) verfügen (vgl. Kaelble 2007: 155f). Die politische Elite Europas hatte nach dem zweiten Weltkrieg mehrere nachhaltige Umwälzungen erlebt, etwa das Ende der Rechtsdiktaturen und die Erschaffung neuer Demokratien in Westeuropa oder das Aufkommen neuer kommunistischer Diktaturen in Osteuropa sowie deren Niedergang gegen Ende der 1980er Jahre. Hinzu kam ein deutlicher Professionalisierungsschub innerhalb der politischen Klasse. Damit verstärkte sich auch die seit Ende des 19. Jahrhunderts einsetzende Akademisierung der politischen Elite, was auch die Entstehung gänzlich neuer Karrierepfade innerhalb der Parteien begründete. Dies hatte zur Folge, dass Personen mit nicht-akademischer Bildung und Quereinsteiger nur mehr schwer in der Politik Fuß fassen konnten (vgl. ebd.: 159). Gerade in Europa hatte dies weitreichende Folgen. Dort besetzte die politische Elite nach und nach alle Spitzenpositionen in der Verwaltung und begründete damit ein in Ländern wie Österreich oder Frankreich bis heute noch spürbares Proporzsystem. Gerade dieser Umstand sollte sich auf elitenfeindliche Strömungen innerhalb der europäischen Bevölkerungen besonders begünstigend auswirken.

Einen in Hinblick auf den Prozess der europäischen Integration bemerkenswerten Aspekt stellte die Entstehung einer supranationalen politischen Elite dar. Diese war zwar auch in den nationalen Politsystemen verwurzelt, die Autonomie der Europäischen Kommission, des Europaparlaments oder des Europäischen Gerichtshofes ermöglichte es ihr jedoch, sich von der innenpolitischen Lage ihrer Herkunftsländer weitgehend loszulösen (vgl. Kaelble 2007: 164). Die Rekrutierung ihrer Mitglieder erfolgte über interne Netzwerke, offizielle Ausschreibungen oder eine demokratisch legitimierte Wahl gab es in diesem Sinne oftmals nicht, Quereinsteigern blieb der Zugang somit auch hier verwehrt. Durch diese weitgehende Abkoppelung von einer demokratischen Kontrolle ergab sich ein weit verzweigtes, von der Öffentlichkeit oftmals unterschätztes

Machtgefüge, welches den Verlauf des europäischen Integrationsprozesses fortan bestimmen sollte ² (vgl. Haller 2008: 76f; Puntcher-Riekman 2000: 130ff).

Doch stellt sich die Frage, worin dieses vorherrschende Interesse der politischen Elite an Prozess der europäischen Integration begründet war. Auf einer eher unkritischen Ebene ließe sich anführen, dass die Eliten im Sinne und zum Wohle der von ihnen vertretenen Staaten handelten. Ebenso können aber auch persönliche Vorteile wie Macht und Prestige sowie die spezifischen Interessen bestimmter einflussreicher Gruppen genannt werden. Aus politischer Sicht kann somit argumentiert werden, dass die sich mit der teilweisen Aufgabe nationaler Autonomie ergebenden Nachteile durch die Vorteile einer effektiv verwalteten, handlungsstarken supranationalen Organisation mehr als aufgewogen wurden. Es ging somit darum, auch jene politischen Ziele durchsetzen zu können, welche für einen Einzelstaat nur schwer oder gar nicht zu erreichen wären (vgl. Haller 2008: 77f). Dazu zählten auch die Abschaffung von Handlungsbarrieren, die Öffnung neuer Märkte, die Begünstigung grenzübergreifender Kooperationen oder die Koordination einer gemeinschaftlichen Außenpolitik. Ebenso muss die Europäische Union aber auch, wie schon im vorangegangenen Kapitel angeführt wurde, als friedenssichernde Reaktion auf die Bedrohung eines zu dieser Zeit expansiven Kommunismus gesehen werden. Ziel war es, Europa nach dem Zweiten Weltkrieg wieder als starken Akteur auf dem Parkett der Weltpolitik zu etablieren, um so auch gegenüber den zwei neuen Großmächten USA und Sowjetunion eine gewisse Selbstständigkeit zu bewahren. Im Kontext einer spannungsreichen globalpolitischen Konstellation kann der Prozess der europäischen Integration kann somit auch als Mittel dafür gesehen werden, Prestige, Sicherheit und Einfluss auf europäischer Ebene internationaler Ebene zurückzugewinnen und die Autonomie der europäischen Staaten zu stärken oder auszubauen (vgl. Haller 2008: 94).

So schritt die europäische Integration in den folgenden Jahren weiter voran und verblieb dabei weitgehend unter dem Einfluss der beteiligten Eliten. Der Bevölkerung der verschiedenen Mitgliedsstaaten sollte erst sehr spät die Möglichkeit zur Mitsprache gegeben werden. Einen wichtigen Schritt hierzu stellten die erstmaligen Wahlen zum Europaparlament im Jahr 1979 dar. Dennoch blieb die europäische Integration bis weit in die 1980er einer

² Auch die ökonomische Elite nahm starken Einfluss auf diesen Prozess, der Zeit seines Bestehens stets auch von wirtschaftlichen Interessen getragen wurde. Doch auch der Einfluss der intellektuellen Eliten darf hinsichtlich des europäischen Integrationsprozesses nicht übersehen werden. Sie stellten gerade in Phasen der Planung und Erweiterung in ihrer Funktion als Theoretiker und politische Berater eine einflussreiche Gruppe dar (vgl. Haller 2008: 84ff).

ein weitgehend von Eliten gesteuerter Prozess, der nur selten Gegenstand öffentlicher Diskurse war. Erst dann sollte die europäische Bevölkerung ein zunehmendes Interesse am Integrationsprozess zeigen. Als Grund hierfür kann angenommen werden, dass die Integration nunmehr eine Vielzahl der Bereiche des öffentlichen Lebens erschlossen hatte und somit auch für die Bevölkerung in ihren Auswirkungen immer greifbarer wurde (vgl. Haller 2008: 94f).

Dennoch konnte die hinsichtlich der Einstellungen zur europäischen Integration bestehende Kluft zwischen den Eliten und Bürgern Europas bis heute nicht geschlossen werden. Die Herausbildung einer europäischen Identität seitens der Bevölkerung schreitet auch heute nur sehr langsam voran (vgl. Schmale 2008: 170f). Es zeigt sich hierbei, dass die europäischen Eliten infolge ihres habituellen Settings als eine der ersten sozialen Gruppen eine Form der europäischen Identität entwickelten, sich somit mit dem Europäischen Projekt in besonderem Maße identifizierten und sich daher auch verstärkt für den europäischen Integrationsprozess einsetzten. Dies kann als einer der wichtigsten ursächlichen Faktoren für die von den politischen Eliten betriebene Abgrenzung gegenüber der europäischen Bevölkerung gesehen werden. Denn wenngleich dieses Vorgehen hinsichtlich seiner fehlenden demokratischen Legitimierung durchaus bedenklich erscheint, so erfüllte es - aus Sicht der Eliten - einen durchaus pragmatischen Zweck. Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs dominierte in der europäischen Bevölkerung nach wie vor ein von territorialen Grenzziehungen und gegenseitigen Ressentiments geprägtes Weltbild. Die Entwicklung einer supranationalen, die Autonomie einzelner Staaten beschneidenden Organisation hatte demnach trotz etwaiger politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Vorteile nur geringe Aussicht darauf, von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung getragen zu werden (vgl. Haller 2008: 95).

Mit der Entwicklung neuer Kommunikationsmedien haben sich die Möglichkeiten zur Vernetzung sozialer Gruppen deutlich erhöht, der Zugriff auf Informationen und deren Verbreitung wurde ebenso erleichtert. Die Weiterentwicklung demokratischer Verfassungen und die Einrichtung komplexer Verantwortungsstrukturen haben den Einflussbereich elitärer Schichten nunmehr auf mehrere Ebenen verteilt und damit zunehmend eingeschränkt. Auch die Möglichkeiten zur Kontrolle durch die Bürger wurden stetig ausgebaut. Aus diesem Grunde verfügen die heutigen Eliten auch nicht mehr über das gleiche Machtpotenzial wie ihre Vorgänger (vgl. Haller 2009: 64). Dennoch muss natürlich festgehalten werden, dass der Prozess der Integration auch heute noch von beachtlichen Teilen der Bevölkerung sehr skeptisch betrachtet wird und ein nur sehr geringes Maß an Vertrauen genießt. Eben diese Aspekte sollen nun in den zwei nachfolgenden Kapiteln behandelt werden.

3.2. Horizontale Europäisierung

Zentrale Voraussetzung für die grenzübergreifende Vernetzung der europäischen Rechtsparteien wie auch für andere Organisationen und Personen war der fortschreitende Prozess der horizontalen Europäisierung. Dieser begründet sich in einer steigenden Zahl an transnationalen Kontakten, Interaktionen und sozialen Beziehungen, welche die personelle Mobilität sowie den Austausch von Informationen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union begünstigen (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 270). Hat sich das vorhergehende Kapitel eher auf die historische Entwicklung einer vertikalen Integration des Europäischen Politsystems konzentriert, so soll nun beschrieben werden, in welcher Weise die horizontale Verflechtung innerhalb des europäischen Raums auch für Parteien wie die FPÖ von hoher Relevanz ist. Dabei muss festgehalten werden, dass sich der in seiner Entwicklung stetig beschleunigende Prozess der horizontalen Europäisierung nur schwer von dem Prozess der vertikalen Integration trennen lässt, da die gesteigerten Möglichkeiten zum transnationalen Austausch vor allem auch auf politische Entwicklungen zurückgehen, welche etwa die sinkende Relevanz nationalstaatlicher Grenzen oder auch den Abbau von Handelsschranken begründet haben (vgl. Bös 2000: 447f).

Auf einer solchen horizontalen Ebene lassen sich mehrere strukturelle Dimensionen unterscheiden. Auf der einen Seite steht die Infrastruktur, welche die technische Basis für eine grenzübergreifende Kommunikation und Mobilität bereitlegt (vgl. Mau/Verwiebe 2008: 271ff). Hierunter fällt auch der stete Ausbau des Straßen-, Schienen- und Flugverkehrs, aber auch neue Möglichkeiten im Bereich der Telekommunikation; die hiermit einhergehenden Investitionen in immer direktere und kostengünstigere Verbindungen treiben die Entwicklung des Personen- und Warentransportwesens ebenso voran wie die Möglichkeiten zur digitalen Kommunikation.

Auf der anderen Seite bestehen auf transnationale Erfahrungen und Begegnungen, welche eingebettet in verschiedenste personelle Netzwerke den sozialen Austausch über territoriale Grenzen hinweg ermöglichen (vgl. Büttner/Mau 2008: 274). Gefördert wird diese Entwicklung zur weiteren Verdichtung des europäischen Sozial- und Kommunikationsbereichs durch erleichterte Reisebedingungen (Schengen), Städtepartnerschaften, studentischer Mobilität (Erasmus-Programm) oder Arbeitsmigration. Aber auch zeitlich begrenzten touristischen Reisebewegungen kann hier eine hohe Bedeutung zugeschrieben werden. Wie schon im vorhergehenden Kapitel aufgezeigt werden konnte, werden diese Prozesse vor allem von höhergebildeten, tendenziell elitäreren

Schichten getragen; soziale Gruppen mit einem geringeren Bildungskapital und finanziellen Mitteln nehmen seltener an solchen Austauschprozessen teil.

Als dritte Dimension der horizontalen Europäisierung kann abschließend das Phänomen der inraeuropäischen Migration angeführt werden (vgl. Mau/Verwiebe 2008: 286ff). Diese stellt einen bedeutsamen Faktor für den transnationalen Austausch zwischen verschiedenen Regionen bzw. Gruppierungen dar. So hat sich gezeigt, dass die Bereitschaft zur innereuropäischen Mobilität bei einem Großteil der Bevölkerung der europäischen Kernländer (EU-15) kaum gegeben ist; lediglich die Gruppe der hochqualifizierten Arbeitskräfte bildet hier eine Ausnahme. Auch dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass es sich bei der innereuropäischen Migration um ein tendenziell eher elitäres Phänomen handelt. Als neuere Entwicklung kann jedoch hinzugefügt werden, dass sich dieses Bild mit der Osterweiterung der Europäischen Union etwas gewandelt hat. Aufgrund der im Moment noch gegebenen wirtschaftlichen Vorteile (bspw. Sozialleistungen oder das Lohnniveau betreffend), ist die Bereitschaft zur Migration in diesen Ländern etwas höher als im Durchschnitt, zudem finden sich in der Gruppe der Migrationswilligen auch vermehrt Personen mit mittlerem Qualifikationsniveau. Ebenso zeigten sich in diesen Ländern auch besonders deutlich die Auswirkungen der nunmehr erleichterten grenzüberschreitenden Austauschprozesse, welche sich bis auf die Mikroebene des gesellschaftlichen Alltags nachvollziehen ließ (vgl. Büttner/Mau 2008: 276f).

Dass diese transnationalen Verflechtungen immer mehr in die lebensweltliche Wahrnehmung der europäischen Bürger geraten, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass auch die europäischen Rechtsparteien rund um die Freiheitliche Partei dieser Entwicklung unterworfen sind. Die Bildung eines europäischen Kommunikationsraums führt somit nicht nur bei einzelnen Teilen der Bevölkerung, sondern auch bei Organisationen wie etwa politischen Parteien zu einer Erweiterung ihres Wahrnehmungshorizonts und fördert damit den Willen zur weiteren Vernetzung (vgl. Eder 2007: 33f).

Gerade der Aspekt der Migration erfährt hier, wenngleich aus anderer Perspektive betrachtet, eine hohe Bedeutung. Wie etwas später noch detaillierter ausgeführt werden soll (siehe Kapitel 5.5), deuten die europäischen Rechtsparteien die in Europa bestehenden Migrationsbewegungen zusehends als Bedrohung für die von ihnen als solche empfundene Heterogenität der europäischen Nationen. Hinzu kommen die sich stetig verflechtenden und übereinander liegenden Sozial- und Kommunikationssysteme, welche das territoriale Prinzip des Nationalstaats zusehends irrelevanter erscheinen lassen und - einhergehend mit fallenden Schranken im

Personen- und Warenverkehr - nationale Grenzziehungen immer weiter aufweichen bzw. übergehen (vgl. Bös 2000: 451ff).

Dieser Ansicht muss entgegengestellt werden, dass der Prozess der horizontalen Verflechtung in einem solchen Sinne im europäischen Raum schon immer Bestand hatte. Die europäischen Staaten stellten demnach nie autonome Inseln dar, sondern standen auf politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder auch künstlerischer Ebene in einem steten und belebten Austausch (vgl. Büttner/Mau 2008: 275). Die nunmehr gefallen Interaktionshürden stärken diese Entwicklung zwar, allerdings muss die Intensivierung des grenzübergreifenden Austausches nicht unbedingt als Gefährdung der nationalstaatlichen Autonomie angesehen werden, da sich hiermit ebenso auch Chancen auf transkulturelle Kommunikation und die Entstehung neuer Formen der Verbundenheit ergeben (vgl. ebd.: 277).

3.3. Subjektive Europäisierung

In den beiden vorangegangenen Kapiteln wurde der Frage nachgegangen, in welcher Weise sich der Prozess der europäischen Integration historisch gestaltet hat, von welchen Gruppen er hierbei vor allem gestützt wurde, in welchen Bereichen er heute besonders deutlich wahrnehmbar ist und inwieweit sich dies fördernd auf eine horizontale Verflechtung der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ausgewirkt hat. Aufbauend auf diesen theoretischen Darstellungen soll im nunmehr vorliegenden Teil die Frage behandelt werden, wie sich dieser Europäisierungsprozess auf subjektiver Ebene gestaltet hat und welche Implikationen sich hieraus für den weiteren Verlauf des Europäischen Projekts gewinnen lassen.

Unter dem Prozess der subjektiven Europäisierung versteht man im Allgemeinen die „wachsende Rolle Europas für die kognitiven, affektiven und normativen Wahrnehmungen und Orientierungen der Menschen und die Abschwächung der Fixierung auf den Nationalstaat“ (Mau/Verwiebe 2009: 295). Dies bezieht sich auf die Entwicklung, bei der nunmehr Europa als zusätzlicher Referenz- und Zurechnungsrahmen in Erscheinung tritt und hierbei die nationalstaatliche Ebene wenngleich nicht ersetzt, so doch zumindest überlagert. Die Frage nach der subjektiv empfundenen Relevanz Europas erscheint aus sozialwissenschaftlicher Perspektive auch aus dem

Grunde sehr interessant, als dass sich hierdurch Rückschlüsse auf den langsam voranschreitenden Zusammenschluss der europäischen Sozialstruktur mit dessen politischen System treffen. Vor dem Hintergrund, dass der europäische Integrationsprozess nach wie vor ein Elitenprojekt darstellt und eine Mitbestimmung seiner Bürger weitgehend ausschließt, stellt sich die Frage, inwieweit dieser Prozess trotzdem auch von der europäischen Bevölkerung mitgetragen wird (Wagner 2005: 9). Da die europäische Integration sich in einem immer stärker werdenden Maße auf die alltägliche Lebenswelt seiner Bürger auszuwirken beginnt, wird auch die Notwendigkeit ihrer politischen bzw. demokratischen Legitimierung immer aktuell. Wie die aktuellen Daten des Eurobarometers (2010) allerdings zeigen, ist es den europäischen Eliten bislang nur bedingt gelungen, einen mehrheitsfähigen Zuspruch für das Europäische Projekt zu erhalten. Dies begründet sich auch darin, dass sich die subjektiv empfundene Relevanz Europas zum Teil auf Faktoren stützt, welche im nationalstaatlichen Vergleich sehr unterschiedlich bewertet werden. Dies betrifft etwa Aspekte wie Gleichheitsvorstellungen, religiöse Ansichten, Personen- und Freiheitsrechte, Wettbewerbsregeln oder Umweltschutz, welche allesamt von Variablen wie dem Modernisierungsgrad, der ökonomischen Entwicklung, geographischen Lage oder auch der Dauer der EU-Mitgliedschaft abhängig sind. Hinzu kommt der Umstand, dass die Legitimationsschwäche der EU auch darin zu begründen ist, dass diese mehr durch ihren direkten Nutzen (Output-Legitimation) als durch den demokratischen Weg hin zu Entscheidungen (Input-Legitimation) begründet wird. Dieses Fehlen einer Input-Legitimation ist nicht zuletzt strukturell bedingt und wurde bis heute nicht bereinigt (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 296).

Einer der wichtigsten Indikatoren dafür, in welchem Maße das europäische Projekt vonseiten der Bevölkerung unterstützt wird, wird aus der regelmäßig durch das Eurobarometer erhobenen Bewertung der EU-Mitgliedschaft gewonnen. Hierbei wird nachgefragt, ob die Mitgliedschaft des eigenen Landes eine „gute“ oder „schlechte“ Sache darstelle. Der aktuelle Trend zeigt eine leichte Abwärtsbewegung. So haben gemäß der Erhebung von 2010 nur 49 Prozent der Bürger eine positive Meinung von der EU, rund 18 Prozent stehen ihr ablehnend gegenüber. Im vorangegangenen Jahr (2009) lag der Anteil der Zustimmungden noch bei 53 Prozent, jener der EU-Kritiker bei 15 Prozent. Anzunehmen ist, dass sich diese Entwicklung zu einem Teil auch in der aktuell noch deutlich präsenten Wirtschaftskrise sowie den Nachwirkungen der innerhalb der EU heftig diskutierten Osterweiterung begründet. Dennoch muss sich die Führung der Europäischen Union die Frage stellen, welche Mittel ihr zur Hebung der demokratischen Zustimmung zur Verfügung stehen. Nach wie vor sind die Bürger der EU der Ansicht, dass die Union in den meisten Bereichen politischer Verantwortung eine stärkere

Problemlösungskompetenz als die jeweiligen Nationalstaaten besitzt (vgl. Mau/Verwiebe 2008: 302). Hierzu gehören etwa Felder wie Sicherheit, Forschung, Umweltschutz oder Energiepolitik. Und auch im Rahmen der aktuellen Finanzkrise, welche die Eurozone in teils starke Bedrängnis geführt hat, werden der Europäischen Union in Hinsicht auf ihre Fähigkeit, gegen diese Krise wirksame Maßnahmen zu ergreifen, bessere Noten als noch vor einem Jahr ausgestellt (vgl. Eurobarometer 2010). Auch dies kann als ein (zumindest teilweise erfolgter) Vertrauensbeweis gewertet werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der subjektiven Europäisierung bezieht sich auf die Frage nach der Bildung einer europäischen Identität. Hierbei zeigt sich, dass deren Entwicklung nicht nur im nationalstaatlichen Vergleich, sondern vor allem auch in soziostruktureller Hinsicht teils sehr deutliche Differenzen aufweist. So lässt sich aufzeigen, dass sich Personen mit einem niedrigen Bildungskapitel in einem geringen Maße mit der europäischen Gemeinschaft identifizieren können als dies bei Personen mit einem hohen Bildungsabschluss der Fall ist (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 306). Dies kann auch als ein Indiz dafür gesehen werden, dass Personen mit einem höheren Bildungskapital - und einem damit zumeist einhergehend höheren Sozialkapital - durch den für sie erleichterten Zugang zu (internationalen) Medien auch eher den Zugang zu grenzübergreifenden Kommunikationsräumen und den Relevanzstrukturen einer europäischen Öffentlichkeit finden und damit die Herausbildung eines transnationalen Erfahrungszusammenhangs begünstigen (vgl. Eder 2007: 41ff).

Der sich mit dem Begriff der Identität verbindende Zugehörigkeitsgedanke verweist auch auf die Frage nach der gefühlten Gemeinschaftszugehörigkeit. Durchaus besteht auf dem Papier die Entität einer europäischen Gemeinschaft im Sinne der ihr zugehörigen Bevölkerung. Aus aktueller Sicht lässt sich allerdings für Europa keine solche Geschlossenheit innerhalb der Bevölkerung feststellen. Dies zeigt sich etwa bei den Einstellungen zum Abbau von Grenzen und der europaweiten Öffnung der Arbeitsmärkte (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 308f). Hier zeigt sich, dass die Bevölkerungen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten nach wie vor noch dazu tendieren, aus dem Ausland kommende Arbeitskräfte eher abzulehnen und eine weitgehende Abschottung der nationalen Arbeitsmärkte wie auch Sozialsysteme (etwa wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen betreffend) zu fordern. Durch den Status der EU-Bürgerschaft wurden solche Diskriminierungen unterbunden, so dass nunmehr alle Bürger der Europäischen Union auch in anderen Mitgliedsstaaten über weitgehend gleiche Rechte verfügen (nationale Wahlen ausgenommen). Und auch hier zeigen sich gerade in Hinblick auf das Bildungsniveau der

jeweiligen Bevölkerungsgruppen teils deutliche Unterschiede (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 309). Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit sich die Unionsbürgerschaft in ihrer Form als „postnationale Staatsbürgerschaft“ schlussendlich in das Ordnungsmodell des Nationalstaats eingliedern lässt (vgl. Bach 2008: 146).

Einher geht diese Frage nach dem Zugehörigkeitsgefühl mit dem Vertrauen, welches sich zwischen den verschiedenen Völkern und Staaten der Europäischen Union feststellen lässt. Das transnationale Vertrauen kann hierbei als Grundlage wie auch als Folge des Prozesses der Supranationalisierung vermutet werden (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 309). Hierbei geht es in Europa auch darum, etwaige Misstrauensstände zwischen einzelnen Staaten abzubauen, um damit den Prozess der horizontalen Europäisierung weiter voranzutreiben. Ebenso können auch die Vielzahl an ethnisch-kulturell bedingten Vorurteilen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten genannt werden (vgl. Haller 2008: 284).

Es zeigt sich, dass das Phänomen einer subjektiven Europäisierung durchaus gegeben ist und langsam voranschreitet. Die sich infolge der vertikalen wie auch horizontalen Integration der europäischen Bevölkerung ergebende Erweiterung der lebensweltlichen Referenzen und des Wahrnehmungshorizonts führt zur Ausformung neuer Loyalitäten und Identifikationsmöglichkeiten. Auf die Geschlossenheit nationaler Gesellschaften hat dies vorerst keine spürbaren Auswirkungen, vielmehr bleibt diese als zentrale Referenzebene bestehen und wird um die europäische Ebene erweitert bzw. durch diese überlagert. Welche Folgen diese sozialen Prozesse für die europäische Bevölkerung haben und inwieweit sich hieraus eine neue Form einer transnationalen Gesellschaft bilden könnte, soll nun im nachfolgenden Kapitel geklärt werden.

3.4. Genese einer europäischen Gesellschaft?

Die Frage, inwieweit sich aus heutiger Sicht die Genese einer europäischen Gesellschaft feststellen lässt, stand bereits wiederholt im Mittelpunkt sozialwissenschaftlicher Analysen und ist auch heute noch Anlass zu teils heftigen Kontroversen innerhalb der Community. Zwar bestehen keine Zweifel hinsichtlich der Tatsache, dass es sich bei der Europäischen Union als supranationale Organisation um einen in seiner Form bis dahin unbekanntem Herrschaftsverband handelt. Welche Implikationen sich hieraus ergeben, ist im Moment noch Gegenstand der

Diskussion. Im folgenden Teil soll nun, ausgehend von den vorangestellten theoretischen Grundlagen, ein kurzer Überblick zu diesem Themenbereich gegeben werden.

Über Jahrhunderte hinweg hatte Europa als ein nach innen hin territorial segmentierter Raum bestanden, dessen nationalstaatliches Ordnungsprinzip die Herausbildung voneinander abgegrenzten Sozialstrukturen mit entsprechenden Institutionen und gesellschaftlichen Hierarchien begünstigte. Ebenso kann Europa aus historischer Sicht aber auch als ein äußerst dynamischer, von militärischen Konflikten und technologischem Wettbewerb geprägter Kontinent gesehen werden, dessen einzelne Hoheitsgebiete in einem steten Wissenstransfer standen (vgl. Haller 2008: 365f). Hierauf begründeten sich erste auch gemeinsame sozialstrukturelle Eigenschaften, welche sich im Zuge der industriellen Revolution und den hiermit einhergehenden Modernisierungsprozessen weiter verdichteten und die Grundlage die Ausbildung eines weitgehend einheitlichen europäischen Wertesystems und entsprechenden Sozialstrukturen initiierten. Werthaltungen wie das Ideal geschlechtlicher Gleichbehandlung, Pressefreiheit, Recht auf Selbstverwirklichung oder Freiheit auf Religionsausübung bei gleichzeitiger Säkularisierung des öffentlichen Raums bestehen hier neben typisch europäischen Strukturmerkmalen wie der Institution des Wohlfahrtsstaats, spezifischen Formen der Familie oder einem äußerst dichten Transport- und Kommunikationssystem (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 313). Der wie bereits zuvor beschriebene Prozess der europäischen Integration basiert auf ebendiesen Gemeinsamkeiten; mittlerweile stellt sich allerdings die Frage, ob diese sozialstrukturellen Kongruenzen für einen Erfolg der gegebenen Integrationsbestrebungen ausreichen. Durchaus konnte festgestellt werden, dass in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern wie etwa dem Hochschulbereich, dem Arbeitsmarkt oder den Sozialausgaben im Bereich Alter oder Gesundheit Annäherungen vorhanden sind. Ebenso gleichen sich zum Beispiel auch die Zahlen hinsichtlich eines sich langsamen erhöhenden Heirats- und Erstgeburtsalter bei Frauen. Bei anderen demographischen Richtwerten wie der Religiosität oder auch Fertilität zeigen sich hingegen, vor allem nach der Osterweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004, teils deutliche Unterschiede. Doch auch in den osteuropäischen Ländern ist ein Wandel bemerkbar. Die Arbeitslosenzahlen nehmen ab, die Tertiarisierung nimmt stetig zu, das Bildungsniveau der Bevölkerung steigt ebenso wie die Lohngerechtigkeit (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 314). Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass Europa durchaus in einigen gesellschaftlichen Bereichen einer zunehmenden Konvergenz unterlegen ist. Aufgrund der nach innen hin in hohem Maße integrierten Nationalstaaten bestehen aber auch weiterhin Bereiche, welche sich den Tendenzen

einer zunehmenden Europäisierung weitgehend entziehen. Für Europa kann somit festgestellt werden, dass dieses im Sinne seiner segmentär geordneten Vielfalt aus Traditionen, Wertvorstellungen, Institutionen oder auch Architektur über eine „strukturierte Diversität“ (Mau/Verwiebe 2009: 315) verfügt. Auf diesem Aspekt begründet sich auch das Argument, dass Gemeinschaftlichkeit durch Rituale und Institutionalisierungen begründet wird, der Begriff der kollektiven Identität somit eher auf Ebene von kleineren Gruppen wie ethnischen Gemeinschaften, Nationen oder zum Beispiel Berufsgruppen zu suchen ist. Je größer ein Kollektiv, desto fragiler erweist es sich auch. Die Vorstellung einer transnationalen Identität, geteilt von verschiedensten Nationen und Völkern, erscheint aus einer solchen Perspektive sehr unwahrscheinlich (vgl. Bach 2008: 177f).

Die Frage nach einer möglichen Genese einer europäischen Gesellschaft verweist auch auf den zuvor beschriebenen Prozess der horizontalen Europäisierung. Die infolge des technologischen Fortschritts und dem Fallen von nationalstaatliche Grenzziehungen in Bereichen wie Handel oder Bildung stetig zunehmende Verflechtung der europäischen Staaten auf sozialer, politischer oder wirtschaftlicher Ebene führt, trotz der Wahrung bestimmter nationaler Eigenheiten, zur Erweiterung des subjektiven Lebens- und Erfahrungshorizonts einer europäischen Bevölkerung(vgl. Mau/Verwiebe 2009: 315). Die Zunahme der innereuropäischen Mobilität begründet sich nicht nur in den Bereichen Arbeit oder Freizeit (Tourismus), sondern wird auch durch entsprechende, von der Europäischen Union gesetzte Anreizsystemen wie zum Beispiel das Erasmus-Programm im Hochschulbereich gefördert. Damit, so Kritiker, beschränkt sich die Inklusionskraft dieser Prozesse allerdings tendenziell nur auf jene Bevölkerungsgruppen, welche auch transnational mobil sind (vgl. Bach 2008: 147). Noch befindet sich Europa am Beginn dieses Prozesses, welcher auf mittel- bis langfristige Sicht zu einer Erosion der Relevanz nationalstaatlicher Grenzen führen wird. Einher geht dies mit neuen Freiheitsrechten für die Bevölkerung der Europäischen Union sowie der Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit.

Europa erscheint hierdurch bereits jetzt als neue Aggregationsebene zwischen Weltgesellschaft und Nationalstaat. Auf der Grundlage seiner langen Geschichte und eines gemeinsam geteilten Wertekomplexes hat sich aus der strukturellen Diversität seiner nationalstaatlich verorteten Segmente ein durch Prozesse der Konvergenz und Divergenz nach innen hin eng verflechtes Makrogebilde herausgeformt. Dennoch stellt sich die Frage, ob diese Entwicklungen mit der Emergenz einer europäischen Gesellschaft gleichzusetzen sind. Nach wie vor ist es in der sozialwissenschaftlichen Community umstritten, inwieweit die Bildung einer europäischen

Identität innerhalb der breiten Bevölkerung tatsächlich der Realität entspricht. Die weiterhin gegebene Dominanz der Nationalstaaten, ihre nachhaltige Relevanz als identitätsstiftender Faktor sowie ihr Durchsetzungsvermögen gegen die Tendenzen der Europäischen Union, weitere politische Kompetenzen zu erwerben, stehen der Herausbildung einer geschlossenen europäischen Gesellschaft im Sinne der heutigen nationalen Gemeinschaften entgegen (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 317). Auf der andern Seite kann argumentiert werden, dass die soziale Integration erst im Anschluss an eine erfolgreiche politische Integration der europäischen Bevölkerung erfolgen kann. So konnte bereits Norbert Elias (1939, 1979) aufzeigen, dass die Entwicklung eines nationalstaatlichen Selbstbewusstseins erst mit der Soziogenese von institutionalisierten Staaten ihren Anlauf nehmen konnte. Wendet man den Blick auf das heutige Europa, so erscheinen jedenfalls Aspekte wie die Errichtung zentralisierter politischer Institutionen mit demokratischer Legitimation, gemeinschaftsbildende Traditionen und Symbole sowie Außengrenzen zur Unterscheidung der Gemeinschaft von ihrer Umwelt (nicht zuletzt auch auf territorialer Ebene) als wesentlich, um innerhalb der europäischen Bevölkerung eine entsprechende Identifikation mit einem solchen Verband hervorzurufen. Ebenso könnte man auch argumentieren, dass der europäische Integrationsprozess auch starke Parallelen zur Entstehung der Vereinigten Staaten aufweise. Dies erscheint allerdings insofern schwierig, als dass die Europäische Union, wie bereits in der Einleitung erwähnt, ein Gebilde sui generis darstelle und daher nur bedingt historische Vergleiche zulässt. Insofern stellt sich auch die Frage, inwieweit auch die Verwendung von Kriterien und Maßstäben zulässig ist, welche bislang nur auf nationalstaatlicher Ebene Verwendung fanden (vgl. Immerfall 2000: 481ff).

Das Besondere an der europäischen Gesellschaft lässt sich schließlich auch daran festhalten, dass diese ein auf mehrere soziale und politische Bezugsebenen aufgeteiltes Relevanzsystem vorweist. Europa tritt demnach auf sozialer Ebene als Erweiterung des von Inklusion und Exklusion geprägten nationalstaatlichen Bezugsrahmens auf, ohne dabei auf vergleichbar klare Grenzziehungen zu verweisen. Es erscheint somit als ein Gebilde ohne ein eindeutig bestimmtes Territorium. Zudem ist das politische System weniger zentralistisch ausgerichtet, sondern auf eine nationale, europäische und supranationale Ebene aufgeteilt (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 318f). Führt man diese Gedanken weiter, so kann man die Europäische Union momentan auch als einen Herrschaftsverband ohne entsprechende soziale Basis verstehen. Zwar wurde ein transnationaler Raum zur Ausübung politischer Macht geschaffen, dieser hat allerdings bis heute keine demokratische Legitimation erfahren (vgl. Bach 2008: 7). Die Frage nach dem Fortgang der europäischen Gesellschaftsbildung kann in

diesem Sinne vorerst nicht beantwortet werden. Feststeht, dass sich die integrative Kraft der Europäisierung auf vertikaler wie auf horizontaler Ebene, einhergehend mit der Ausbildung Europas als ergänzende Referenzebenen zur Nation, weiter verstärken wird. Inwieweit dies, wie auch von der FPÖ und anderen Rechtsparteien behauptet, den Niedergang nationalstaatlicher Autonomie und Souveränität zur Folge haben könnte, lässt sich vorerst allerdings nicht prognostizieren.

4. Methodisches Vorgehen

Zu Beginn der Forschung ergab sich die Frage, auf welche Mittel der Datenerhebung zurückgegriffen werden sollte. Auf der einen Seite bot sich eine reine Literaturliteratur an. Diese Überlegung musste jedoch nach kurzer Recherche wieder verworfen werden, da es zu diesem Thema, insbesondere in Verbindung mit der FPÖ, kaum wissenschaftliche Literatur gab. Durchaus hatten sich bereits mehrere theoretische Werke mit den Strategien und grenzüberschreitenden Aktivitäten der extremistischen Rechten in Europa befasst (diese Texte werden auch bei den entsprechenden Passagen der Arbeit Erwähnung finden), auch fand sich über die organisatorischen Verflechtungen der FPÖ vor allem im populärwissenschaftlichen Bereich einiges an Material; der Versuch, die in den vergangenen Jahren seitens der europäischen Rechtsparteien erfolgten Bemühungen um transnationale Kooperation strukturanalytisch zu erfassen, etwa am Beispiel der ITS, war bislang allerdings noch nicht unternommen worden.

Um den vorab vorgestellten Fragenkomplex in ausschöpfendem Maße zu beantworten, wurden daher zur primären Datenerhebung Experteninterviews geführt, welche um eine weiterführende Literaturrecherche ergänzt wurden. Diese stellen eine spezifische Form eines teilstrukturierten, qualitativen Interviews dar und sollen im nachfolgenden Kapitel (4.1.1.) vorgestellt werden. Als Gesprächspartner wurden namhafte Vertreter der FPÖ, SPÖ, ÖVP und GRÜNE sowie Experten aus dem Bereich der Politik-, Europa- und Nationalismusforschung eingeladen. Inhalt und Struktur der verschiedenen Interviews waren dem jeweiligen Gesprächspartner angepasst und konnten flexibel gegliedert werden; Erkenntnisse aus den ersten Gesprächen fanden mitunter Eingang in späteren Gesprächen und ermöglichten so eine erleichterte mehrperspektivische Darstellung der gewonnenen Informationen.

In einem weiteren Schritt wurden die geführten Interviews transkribiert und mittels Textanalyse ausgewertet. Diese Variante der Gesprächsanalyse ermöglicht die Auswertung großer Textmengen und dient vorrangig der Bildung von Begriffsstrukturen und thematischen Zusammenhängen. So war es möglich, ein umfassendes Bild der europapolitischen Bemühungen der Rechtsparteien unter besonderer Berücksichtigung der Freiheitlichen Partei zu erlangen; zugleich ergab sich aber auch die Gelegenheit, diese Aktivitäten mit der Europaarbeit der anderen österreichischen Großparteien zu vergleichen und entsprechend einzuordnen. Das Ergebnis der sich auf einem reflexiv-zirkulären Prozessdesign begründenden Interviewanalyse war die Bildung eines

textübergreifenden Systems von mehr als hundert verschiedenen, inhaltlich gegliederten Themen- und Subkategorien. Hierdurch war es möglich, die Inhalte der verschiedenen Interviews auf eine strukturelle Ebene zu abstrahieren und auf Ähnlichkeiten und Unterschiede hin zu vergleichen.³ Auch auf dieses Vorgehen soll nun im Rahmen des nachfolgenden Teils (4.1.2.) näher eingegangen werden.

4.1. Experteninterviews

Das Experteninterview hat in der sozialwissenschaftlichen Forschung als Form der Datenerhebung schon lange Tradition, konnte sich allerdings erst vor wenigen Jahren schrittweise als eigener Interviewtypus etablieren. Diese Entwicklung war von Diskussionen darüber begleitet worden, inwieweit ein „kodifiziertes Leitbild *des* Experteninterviews“ tatsächlich bestehen könne und ob sich dieses gegebenenfalls nicht viel mehr in einer „methodologischen Überhöhung fallspezifischer Erfahrungen“ erschöpfen würde (vgl. Bogner/Menz 2005: 33f). Weitere Zweifel bestanden hinsichtlich der Möglichkeit zur Festlegung einer bestimmten Verfahrensweise, da das Experteninterview je nach Forschungsfrage oder auch Gesprächspartner verschiedene Formen der Offenheit, Strukturierung, Auswertung und Interpretation verlangt. Als weitere Schwierigkeit ergab sich aus der Kluft zwischen den damals noch stärker um Abgrenzung bemühten Paradigmen der quantitativen und qualitativen Methodenlehre. Auf der einen Seite wegen seiner Teilstrukturierung nicht gänzlich dem qualitativen Paradigma zuordenbar, auf der anderen Seite wegen der Unmöglichkeit der Standardisierung der erhobenen Daten auch keine Methode quantitativer Prägung, galt diese Interviewform lange Zeit als methodischer Hybrid (vgl. Bogner/Menz 2005: 35). Heute ist das Experteninterview in der Forschung gerade wegen seiner Flexibilität weitgehend anerkannt, nicht zuletzt auch im Rahmen triangulativer Forschungsdesigns.

Entgegen einer dem allgemeinen Verständnis naheliegenden Vermutung besteht die Besonderheit des Experteninterviews nicht vorrangig darin, eine als Experten bzw. Expertin geltende Person zu interviewen. Vielmehr verdankt es seine spezifische Strukturierung dem ihm zugrundeliegenden Erkenntnisinteresse sowie der besonderen Form der Gesprächsführung. Expertenwissen muss sich demnach nicht unbedingt aus einer hohen beruflichen Position oder einer akademischen Bildung ergeben - ebenso kann dieses auch in einem

³ Zur technischen Unterstützung wurde hierbei auf das Textanalyseprogramm MAXQDA zurückgegriffen.

privaten Interesse oder einem speziellen Hobby begründet sein. In der subjektiven Gesundheitsforschung können auch Personen mit einem bestimmten Krankheitsbild als Experten wahrgenommen werden (vgl. Gläser/Laudel 2009: 11f). Für die Definition von Expertenwissen ist somit der Forschungsgegenstand sowie das jeweilige Erkenntnisinteresse von zentraler Bedeutung. Im Fokus des Interviews steht die Rekonstruktion von besonders umfassenden, detaillierten oder exklusiven Wissensbeständen, welche über den Experten als Medium dieses Wissens erschlossen werden. Experteninterviews dienen daher wie alle anderen Interviewformen insbesondere der Rekonstruktion explizierbarer Wissensbestände, Schwierigkeiten ergeben sich hingegen bei dem Versuch, implizites Wissen zu erfassen, da dieses oftmals hochgradig diffus ist und nur bruchstückhaft verbalisiert wird. (vgl. Gläser/Laudel 2009: 12; Pfadenhauer 2005: 114).

Als bedeutsam erscheint die Unterscheidung des Experten von jenen Personen, welche im allgemeinen Sprachgebrauch als Spezialisten bezeichnet werden. Spezialisten verfügen über ein aufgabenbezogenes, relativ genau umrissenes Teil-Wissen innerhalb eines Sonderwissensbereichs. Experten hingegen vereinen das umfassende Wissen eines gesamten Sonderwissensbereichs, welches ihnen einen Blick auf die Zusammenhänge der einzelnen, von Spezialisten vertretenen Teilbereiche ermöglicht. Eine weitere Konkretisierung erfährt das Expertenwissen durch seine Begrenzung auf einen bestimmten Typus von Problemlösungswissen. Hierbei handelt es sich nicht nur um jenes Wissen, welches dem Suchen, Erkennen und Lösen eines Problems dienlich ist. Vielmehr geht es hier auch um das grundlegende Verständnis der Zusammenhänge und Prinzipien der Entstehung und Lösung von Problemen. Ein solch exklusiver Wissensbestand ergibt sich aus privilegierten Informationszugängen, aus welchen nicht zuletzt die hohe Relevanz von Experteninterviews resultiert (vgl. Pfadenhauer 2005: 114ff).

Entscheidend für den Status einer Expertenschaft ist demnach nicht nur der exklusive Wissensbestand, sondern auch die Zuständigkeit, Fähigkeit und Bereitschaft für problemlösungsbezogene Entscheidungen. „Das Experteninterview bietet sich dementsprechend vornehmlich dann als Datengenerierungsinstrument an, wenn die exklusiven Wissensbestände von Experten im Kontext ihrer (letz-)verantwortlichen Zuständigkeit für den Entwurf, die Implementierung und die Kontrolle von Problemlösungen Gegenstand des Forschungsinteresses sind. In diesem weiten Sinne zielt das Erkenntnisinteresse des Experteninterviews auf die Rekonstruktion von (explizitem) Expertenwissen ab.“ (Pfadenhauer 2005: 116f)

Zum Interviewsetting kann angeführt werden, dass sich entsprechend der Unterteilung in standardisierte und nicht-standardisierte Befragungstechniken zwei grundlegende Möglichkeiten der Gesprächsführung anbieten. Beim Experteninterview kann es prinzipiell von Vorteil erscheinen, auf eine nicht-standardisierte Interviewform zurückzugreifen, da den Befragten auf diese Weise kein externes Relevanzsystem oktroyiert wird, sondern die Formulierung eigener Relevanzen freigestellt ist. Auf der anderen Seite hat sich jedoch gezeigt, dass Befragte ihre „subjektiven Bedeutungszusammenhänge und Relevanzstrukturen“ (Trinczek 1995) keineswegs bei weitgehender Nicht-Intervention seitens des Interviewers entfalten können. Dies begründet sich darin, dass sich die meisten Menschen ein Interview als einseitiges Frage-Antwort-Verhältnis vorstellen. Um diesem Umstand entgegenzukommen, gilt gerade die erste Phase des Interviews einer Normalisierung der womöglich als außergewöhnlich empfundenen Kommunikationsstruktur des Interviews. Hierbei wird versucht - orientiert an den üblichen, milieu- bzw. fachspezifischen Kommunikationsstrukturen des Gegenübers - eine möglichst vertraute Kommunikationssituation herzustellen. Bspw. kann für Manager oder auch Politiker festgestellt werden, dass deren Kommunikationsform eher selten eine narrative Grundstruktur aufweist (vgl. Froschauer/Lueger 2003: 58ff) Pfadenhauer 2005: 118f). Ebenfalls problematisch ist, dass Experten im Gespräch mit Nicht-Experten dazu neigen, ihre Erläuterungen mit Metaphern oder Analogien zu bereichern. Zudem neigen sie dazu, Sachlagen entsprechend zu verharmlosen oder zu dramatisieren, einhergehend mit einem teils „paternalistischen oder selbstlegitimatorischen Gesprächsverhalten“ (Pfadenhauer 2005: 119).

Ein weiterer bedeutsamer Aspekt betrifft den Status der interviewenden Person: Typischerweise erlangt der Interviewer gemäß dem Grade seiner Vorbereitung auf das Gespräch allenfalls den Status eines Quasi-Experten. Damit entspricht seine Rolle ebenso wenig der eines Laien wie der eines Experten, was in der Gesprächssituation einen gewissen Vorteil verspricht. Schließlich weisen Gespräche mit Laien für die Experten stets einen latenten Rechtfertigungsdruck auf, wohingegen Gespräche unter Experten eher durch einen gewissen Konkurrenzdruck geprägt sind. Wie sich gezeigt hat, führt das Gespräch mit einem Quasi-Experten zu einer Entlastung des Experten und damit zu der Chance, dass der interviewte Experte die ihm gestellten Fragen offener und selbstreflexiver beantworten wird. Der Erfolg des Interviews hängt somit in besonderem Maße von der Vorbildung des Interviewers ab. Je mehr sich dieser in der Lage zeigt, die ihm dargelegten Fakten im Sinne des Experten zu interpretieren, können diese auch in einen größeren Zusammenhang eingebettet werden sowie

kompetente Gegen- bzw. Nachfragen zu stellen. Im Gespräch mit Managern hatte sich gezeigt, dass diese zumeist erst dann bereit waren, weiterführendes Wissen offenzulegen, nachdem sie sich von der fachlichen Kompetenz ihres Gegenübers überzeugt hatten. Als äußerst bedeutsam hat sich in diesem Zusammenhang der Einsatz eines „gesprächssituationsflexiblen Leitfadens“ (Meiser/Nagel 1991: 449) gezeigt, dessen Erstellung jedoch ein hinsichtlich des Expertenfaches ebenso umfassendes wie einschlägiges Wissen voraussetzt (vgl. Gläser/Laudel 2009: 51f; Pfadenhauer 2005: 119f).

So wurden auch für die Gespräche mit Vertreter aus Politik und Forschung entsprechende Vorbereitungen getroffen. Noch vor den ersten Interviews erfolgte eine umfassende Recherche des aktuellen Stands der Forschung, zudem wurden Informationen über die Geschichte der europäischen Rechtsparteien - insbesondere der FPÖ - und ihrer grenzübergreifenden Aktivitäten gesammelt. Als Quelle dienten hierbei ebenso akademische Werke wie auch Presseberichte oder öffentlich zugängliche Archive der betreffenden Parteien. Auf Basis dieser Informationen wurden erste Thesen und darauf aufbauend ein vorläufiger Gesprächsleitfaden für das erste Interview formuliert (vgl. Gläser/Laudel 2009: 38). Das Ergebnis war schlussendlich ein auf die jeweils interviewte Person ausgerichteter Leitfaden, dessen einzelne Punkte keine bestimmte Reihung voraussetzten und somit je nach Gesprächsverlauf und Rahmenbedingungen flexibel eingebracht werden konnten. Als exemplarisches Beispiel hierfür kann im Anhang (C) der Gesprächsleitfaden für das Interview mit dem freiheitlichen Europareferenten eingesehen werden, welches am Beginn der Datenerhebungen stand.

Die Gespräche selbst wurden (nach erteilter Genehmigung der Interviewpartner) zur späteren Transkription digital aufgezeichnet. Zudem wurden wesentliche Eindrücke und Überlegungen zum Verlauf der Gespräche gleich im Anschluss an diese schriftlich festgehalten. Dies bezog sich auf die Frage, ob bestimmte Rahmenbedingungen womöglich Einfluss auf den Gesprächsverlauf haben konnten (z.B. weitere Anwesende, Zeitdruck, Unterbrechungen, allgemeine Stimmung, usw.). Diese Notizen konnten bei der späteren inhaltlichen Analyse gegebenenfalls eingebracht werden und Hinweise auf die korrekte Deutung bestimmter Passagen geben.

4.2. Inhaltsanalyse

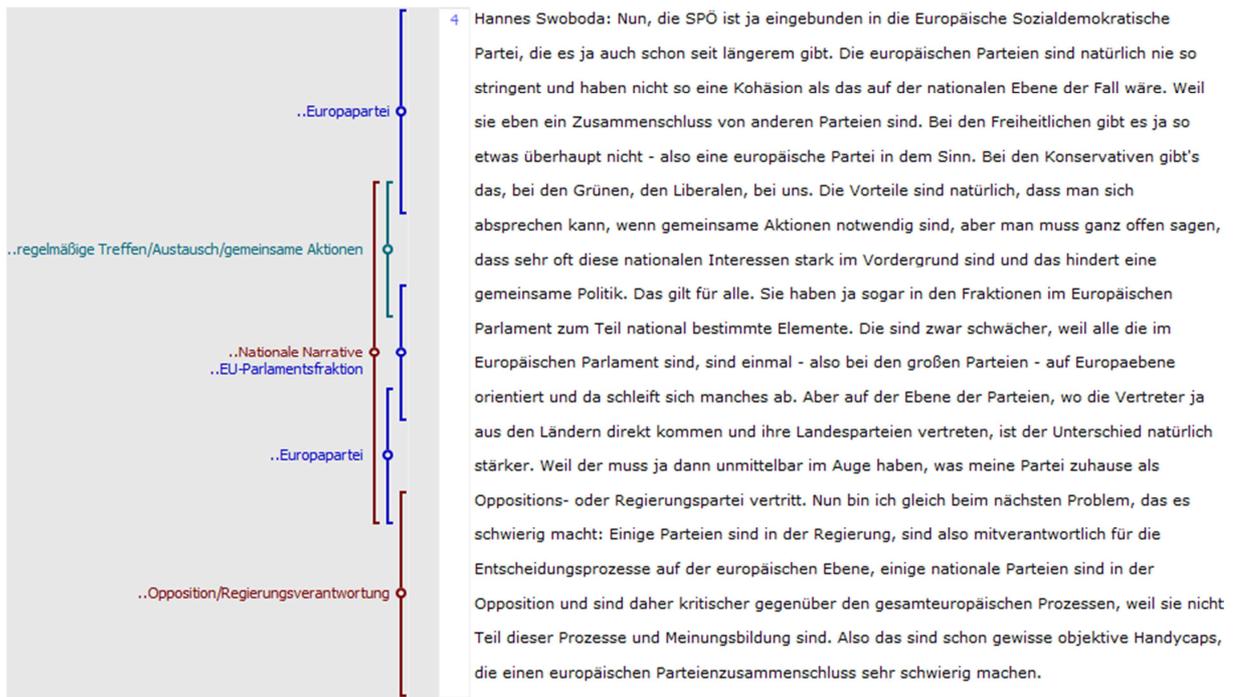
Zur inhaltlichen Auswertung der transkribierten Interviews wurde auf die Methode der Themenanalyse zurückgegriffen. Bei dieser handelt es sich um eine spezielle Form der qualitativen Inhaltsanalyse, welche sich insbesondere zur Analyse der „begrifflichen Struktur von Themen und deren Zusammenhänge“ (Froschauer/Lueger 2003: 163) empfiehlt. Da diese Form der Inhaltsanalyse vor allem dann Verwendung findet, wenn Aussagen primär auf ihren manifesten Gehalt und ihre Argumentationsstruktur hin analysiert werden sollen, erschien diese für die Beantwortung der vorangestellten Forschungsfragen besonders fruchtbar. Einher geht die Themenanalyse mit einem Kodierverfahren, welches der zusammenfassenden Aufbereitung der Inhalte und einer hochdifferenzierten Themenerfassung dient. Zudem eignet sich diese Methode zur Verarbeitung großer Textmengen, was angesichts von mehr als hundert Transkriptionsseiten als weiterer Vorteil angesehen werden konnte (Froschauer/Lueger 2003: 158, Mayring 2002: 120f).

Die mittels Kodierverfahren gestützte Themenanalyse lässt sich in folgende Arbeitsschritte (vgl. Mayring 2008: 53ff; Mayring 2002: 115f; Froschauer/Lueger 2003: 163f) gliedern:

1. Zu Beginn der Analyse wird der auszuwertende Text in einzelne Sinneinheiten unterteilt. Hierunter versteht man thematisch eindeutig voneinander getrennte Texteinheiten, aus welchen sich die einzelnen Codes bzw. Kategorien gewinnen lassen. Dazu werden die einzelnen Textpassagen zusammengefasst und unter Berücksichtigung der Forschungsfrage nach relevanten Kategorien untersucht. Die durch eine solche Explikation gewonnenen Kategorien sollen weitgehend disjunkt sein und einen klar eingrenzbaren Themenbereich beschreiben. Diese Form einer induktiven Kategorienbildung findet auch im methodischen Paradigma der Grounded Theory Verwendung und fällt dort unter die Praxis des „offenen Kodierens“ (vgl. Strauss/Corbin 1996: 43ff).
2. Werden im Zuge der Auswertung weitere Kategorien gebildet, so kann nunmehr versucht werden, diese zu ordnen und in Beziehung zueinander zu setzen. Durch die Bildung von Dach- und Subkategorien entsteht ein anfangs noch loses, fragmentarisches Netzwerk bzw. Kategoriensystem, dessen Struktur unter Umständen bereits auf latente Sinnzusammenhänge schließen lässt. Im Rahmen der Grounded Theory wird dieses Vorgehen auch als „axiales Kodieren“ bezeichnet (vgl. Strauss/Corbin 1996: 75ff).

3. Vor dem Hintergrund der zentralen Forschungsfrage wird versucht, jene Themen bestimmen, welchen im Zusammenhang des vorliegenden Textes eine besonders hohe Relevanz zukommt. Dies dient der Verortung etwaiger Zentralkategorien und kann als Vorbereitung für Schritt 5 (Schlüsselkategorien) angesehen werden.
4. Die einzelnen großen Kategorien werden nach innen hin weiter strukturiert; es kommt zur Bildung von Themen- und Subkategorien. Durch die stufenweise Zuordnung von Merkmalen, Begriffen, Themen, usw. werden die Kategorien auf den höheren Ordnungsebenen dimensionalisiert. Das Kategoriensystem wird auf diesem Wege schrittweise (re)konstruiert und um weitere Verzweigungen und Hierarchien ergänzt.
5. Die Punkte 1-4 werden für jedes weitere Interviewtranskript wiederholt. Die Auswertungen werden miteinander verglichen, die bestehenden Kategorien überprüft, die neu hinzugewonnen Themen- und Subkategorien in das bestehende Netzwerk integriert und rückwirkend auf bereits zuvor ausgewertete Texte angewandt. Lassen sich neu hinzugewonnene Kategorien in das bestehende System nicht einordnen, so muss unter Umständen die gesamte Struktur des Kategoriensystems überdacht und neu gegliedert werden. Im Zuge des Vergleichs der einzelnen Texte kristallisieren sich nun jene Kategorien heraus, welche in allen Texten eine zentrale Position einnehmen und somit den Status von Schlüsselkategorien haben.

Dieses Verfahren wurde nun in weiterer Folge auf die mittels Experteninterviews erhobenen Gesprächstranskripte angewandt. Vor allem die Gespräche mit den Vertretern aus der Politik erforderten eine besondere analytische Vorsicht, da eine gewisse parteipolitische Färbung der Gesprächstexte aus naheliegenden Gründen nie gänzlich ausgeschlossen werden konnte. Hierbei zeigte sich ein weiterer Vorteil der gewählten Methode. Da diese im Vergleich zu anderen inhaltsanalytischen Verfahren einen relativ geringen Interpretationsaufwand benötigt, kann die Färbung der Ergebnisse durch die persönliche Meinung der interpretierenden Person weitgehend ausgeschlossen werden (vgl. Mayring 2002: 114). Die auf diesem Wege gewonnenen Daten können somit auf eine manifeste Ebene abstrahiert werden, ohne dabei in tiefgreifender Weise den persönlichen Einstellungen der auswertenden Person zu unterliegen und sind zugleich auch für Außenstehende leicht nachzuvollziehen und verständlich (vgl. Froschauer/Lueger 2003: 159). Als Beispiel hierfür kann der nachfolgende Auszug aus der Inhaltsanalyse des Gesprächs mit dem sozialdemokratischen Europapolitiker Hannes Swoboda gesehen werden.



(Abb. 1: Hannes Swoboda, A3: Z 7-21)

In der wie oben ersichtlichen Form und entsprechend der zuvor erörterten Arbeitsschritte wurden in der Reihenfolge ihrer Erhebung nach und nach alle Interviewtranskripte ausgewertet. Der obige Ausschnitt der Analyse macht zugleich deutlich, in welcher Weise die einzelnen Sinneinheiten hinsichtlich ihres manifesten Gehalts ausgewertet wurden. Jede Kodiereinheit wurde wertneutral und paraphrasierend erfasst und entsprechend ihres manifesten Inhalts kategorisiert. Dabei war es durchaus möglich, dass sich aus einzelnen Passagen mehrere Kategorien ableiten ließen, da es teilweise auch zu thematischen Überschneidungen kam. Die computergestützte Auswertung ermöglichte einen vereinfachten Zugriff und wahrte die Übersicht. So konnten zum Beispiel die verschiedenen Dachkategorien sowie die ihnen zugeordneten Subkategorien auch farblich gekennzeichnet werden. Außerdem war es möglich, die einer jeweiligen Kategorie zugeordneten Aussagen aufzulisten; dies erleichterte es auch, die in allen Themenbereichen gegebene Perspektivenvielfalt erfassen zu können.

Am Anfang der Analyse stand ein sehr einfach strukturiertes, von den zentralen Forschungsfragen abgeleitetes Kategoriensystem, welches auf Basis der vorangegangenen Literaturrecherche um weitere Punkte ergänzt und nun im Zuge der Auswertung der Interviewtranskripte laufend erweitert wurde. Entsprechend der methodischen Vorgabe wurden neu hinzugewonnene Kategorien systematisch in das bestehende Kategoriensystem

eingearbeitet; ergaben sich bei dieser Einordnung Probleme, musste das System mitunter neu geordnet und strukturiert werden. Im Laufe der Analyse wurden neue Kategorien stets auch in den bereits zuvor analysierten Transkriptionen auf ihr Vorhandensein (und ihre Sinnhaftigkeit) überprüft. Infolge dieses zirkulär-reflexiven Vorgehens ergab es sich, dass jedes der Interviewtranskripte bis zum Ende der Auswertungsphase mehrere Male ausgewertet und auf etwaige weitere Inhalte untersucht wurde. Damit unterlag das der Analyse zugrundeliegende Kategoriensystem einer steten Kontrolle und Fehlerbereinigung und wurde somit laufend einer qualitätssichernden Maßnahme unterzogen.

Das Ergebnis dieser Auswertung war ein umfassendes und weit verzweigtes Kategoriensystem, welches ein sehr buntes und differenziertes Bild der freiheitlichen Bemühungen um transnationale Kooperation sowie der allgemeinen Vernetzung der Rechtsparteien in Europa wiedergab. Dieses soll nun im nachfolgenden Kapitel vorgestellt und ausführlich behandelt werden soll, wobei sich hierbei die Gliederung dieses Kapitels an der inneren Struktur des erhobenen Kategoriensystems orientieren wird.

5. Das transnationale Netzwerk der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)

Hinsichtlich der Beantwortung der zu Beginn dieser Arbeit vorgestellten Forschungsfragen erwiesen sich die wie oben beschriebene Datenerhebung mittels Experteninterviews sowie die inhaltlich-strukturelle Auswertung der transkribierten Interviews mittels Textanalyse als durchaus fruchtbar. Ausgehend von der Frage, welche Formen der Vernetzung und Kooperation der Freiheitlichen Partei grundsätzlich zur Verfügung stehen, konnten auf diesem Wege weitere, für eine gelungene Einbettung in das europäische Politsystem relevante Faktoren erkannt und beschrieben werden. Eine grafische Übersicht des wie zuvor beschrieben ausgearbeiteten Kategoriensystems findet sich im Anhang (D).

Zwischen rechtsnationalen Parteien hat es schon immer internationale Kontakte und Kooperationen gegeben. So bestanden bereits vor der tatsächlichen Demokratisierung des europäischen Raums oder gar der Gründung der Europäischen Union Verbindungen zwischen einzelnen rechts-nationalistischen Parteien. Als Beispiel sei mitunter der Antikominternpakt zwischen Berlin und Tokio von 1936, die expansive Vernetzung des italienischen Faschismus oder der deutsch-italienische „Stahlpakt“ genannt. Ebenso kann die 1951 gegründete Europäische Soziale Bewegung erwähnt werden, der nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wohl erste von Neo-Faschisten unternommene Versuch, sich neu zu formieren (vgl. Priester 2010). Natürlich kann die FPÖ in ihrer heutigen Form nicht in einer Reihe mit den faschistischen Parteien der Vergangenheit oder ihren ultranationalistischen Nachfolgern genannt werden. Ebenso muss aber auch festgestellt werden, dass die FPÖ - wenngleich sie dies stets abgestritten hat - mit ihrem Geschichtsverständnis und ihrer polarisierenden, von fremdenfeindlichen Äußerungen und mehrdeutigen Anspielungen geprägten Politik immer wieder ein thematisches wie auch personelles Naheverhältnis zu solchen Parteien gesucht hat. Auch diese Verbindungen sollen im folgenden Kapitel beschrieben werden.

Welche Ebenen bzw. Stufen der Kooperation lassen sich unterscheiden? Welche Eigenschaften lassen manche Parteien als Partner geeigneter erscheinen als andere? Worin liegen die Vorteile der verschiedenen Kooperationsformen, welche Funktion erfüllen diese? Welche Motivlagen gehen den Bemühungen um Kontakte im Ausland voraus? Welche Faktoren bedingen strukturelle Schwächen in der Organisation der gemeinsamen

Zusammenarbeit? Wodurch sind die (natürlichen) Grenzen einer transnationalen Kooperation begründet? Diese Fragen sollen im vorliegenden Kapitel ausführlich behandelt werden.

Hierzu werden in einem ersten Schritt die potenziellen Faktoren für das Erstarken der europäischen Rechtsparteien geklärt. Mit welchen gesellschaftlichen Entwicklungen hängt dieses Phänomen insbesondere im europäischen Raum zusammen? Welche Personengruppen sind gegenüber rechtspopulistischem bis rechtsextremem Gedankengut besonders affin eingestellt? In den vergangenen Jahren haben sich bereits eine Vielzahl von Studien mit dem Potenzial rechter Parteien und den Faktoren für ihren Erfolg befasst - die wichtigsten theoretischen Erkenntnisse hieraus sollen einleitend (5.1.1.) beschrieben werden.

Darauf aufbauend soll in einem nächsten Schritt die Entwicklung der freiheitlichen Europapolitik in den vergangenen Jahren behandelt werden (5.1.2.). Dass diese nicht sehr stringent war, hängt nicht zuletzt mit der Parteigeschichte zusammen. Wie noch angeführt werden soll, können rückblickend vor allem die letzten 25 Jahre als durchaus turbulent bezeichnet werden. Vor diesem geschichtlichen Hintergrund soll im folgenden Abschnitt die Entwicklung der freiheitlichen Europapolitik näher skizziert werden. Dies dient dem Versuch, die Genese des von der FPÖ mitgestalteten internationalen Parteiennetzwerks hinsichtlich seiner ideologischen Grundlagen beziehungsweise seiner inneren Logik verständlicher zu machen und in einem zweiten Schritt Überlegungen über den Fortgang dieser Bemühungen anzustellen.

Das nachfolgende Teilkapitel (5.2.) befasst sich schließlich mit den gegebenen Möglichkeiten zur transnationalen Kooperation der FPÖ. Als Basis für diese Aufstellung diene das mittels der Interviewanalyse gewonnene Codesystem. Entsprechend der Art und Form des praktizierten Austausches und dem Grade der Institutionalisierung ließen sich so insgesamt sechs verschiedene Kooperationsformen unterscheiden, welche im Folgenden hinsichtlich ihrer Besonderheiten und Unterschiede beschrieben werden. Weiters (5.3.) wird geklärt, welche Parteien für die Freiheitliche Partei überhaupt als Partner in Frage kommen. Hierbei wird der Versuch unternommen, die in Kooperation mit der FPÖ befindlichen Parteien unter Berücksichtigung der Form der Zusammenarbeit hinsichtlich verschiedener Strukturebenen zu kategorisieren und somit womöglich auch eine Antwort darauf zu geben, wie umfangreich der Pool potenzieller Partnerparteien zu bemessen ist.

Dies führt auch zu der Frage, auf welche Motivlagen die jeweiligen Kooperationen zurückzuführen sind und welche Formen der Nutzenziehung sich hierbei unterscheiden lassen (5.4.). Durch die Analyse des erhobenen Materials ließ sich eine Vielzahl unterschiedlichster Faktoren benennen, welche eine grenzübergreifende

Zusammenarbeit mit anderen Parteien begründen oder zumindest fördern. Ebenso konnte festgestellt werden, inwieweit sich mit den verschiedenen Kooperationsformen jeweils bestimmte Funktionen beziehungsweise Zielsetzungen verbinden lassen. Inwieweit sich für diese Parteien durch die Gemeinsamkeit der politischen Ausrichtung auch Überschneidungen in deren Themenspektrum ergeben und somit die Basis für eine längerfristige, institutionalisierte Zusammenarbeit begründen, wird im nachfolgenden Unterkapitel (5.5) behandelt. In welchen Bereichen herrscht weitgehende Einigkeit zwischen den Beteiligten? Lässt sich zudem beurteilen, inwieweit die Palette gemeinsamer Themen für eine langfristige Zusammenarbeit ausreicht?

Nicht weniger bedeutsam erscheint die Frage nach den Grenzen der Zusammenarbeit. Worin bestehen die formellen Hürden des politischen Systems? Inwieweit erschweren soziostrukturelle Entwicklungen die laufende Kooperation? Und ist die europäische Rechte tatsächlich so einig und homogen strukturiert, wie dies von deren Vertretern wie auch den Medien regelmäßig dargestellt wird? Der Klärung dieser Punkte dient die zum Abschluss (5.6.) angeführte Listung etwaiger Schwierigkeiten und Herausforderungen, welche sich für die FPÖ und ihre Partnerparteien im Zuge ihrer gemeinsamen Aktivitäten ergeben haben oder längerfristig ein Problem darstellen könnten.

5.1. Über das Erstarken der europäischen Rechten

Dem rechten Spektrum zurechenbare Parteien erfahren in Europa bereits seit einigen Jahren wieder vermehrten Zulauf. Nicht nur die Freiheitliche Partei Österreichs, welche spätestens seit den 1990er Jahren infolge ihrer anhaltenden Wahlerfolge auch von einer internationalen Öffentlichkeit vermehrt wahrgenommen wurde (und dabei zum größten Teil Kritik hinnehmen musste), auch die Rechtsparteien anderer europäischer Länder konnten in den vergangenen Jahren wachsenden Zuspruch verbuchen.

Einher geht dies mit der zunehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber rechten Meinungsbildern. Dies betrifft vor allem die Themenbereiche der Zuwanderung, Migration und Arbeitsmarktpolitik im nationalen Kontext, stets einhergehend mit Fragen zur sozialen Ungleichheit. Waren Äußerungen über eine womöglich fehlgeleitete Migrationspolitik bislang nur rechten Parteien zuzutrauen, so wird dieses Thema mittlerweile auch von Parteien der Mitte immer häufiger aufgenommen. Auf der einen Seite - und das kann als durchaus erfreulich

angesehen werden - wurde hierdurch ein breiter öffentlicher Diskurs initiiert; die rechten Parteien verloren zusehends ihr thematisches Monopol und müssen nun mit alternativen Lösungsansätzen konkurrieren. Bedenklich ist allerdings, dass dabei die hinsichtlich ihrer Umsicht und Komplexität recht einfach gehaltenen und eher emotionalisierend wirkenden Argumentationslinien der Rechtsparteien von den konkurrierenden Parteien zum Teil adaptiert wurden, hierdurch eine hohe Aufmerksamkeit erfuhren und somit mehr und mehr salonfähig wurden.

Inwieweit dies für den Erfolg rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien relevant ist und welche Auswirkungen dies auf die Europapolitik der freiheitlichen Partei hat, soll nun im Folgenden näher betrachtet werden. In einem ersten Schritt werden hierzu die aus soziologischer wie auch politikwissenschaftlicher Sicht verantwortlichen Hintergründe geklärt und zugleich auch eine mögliche Kategorisierung der verschiedenen Rechtsparteien vorgeschlagen. Im Anschluss erfolgt eine historische Aufarbeitung der Entwicklung der freiheitlichen Europapolitik. Hierbei soll aufgezeigt werden, inwieweit die Europäische Union über Jahrzehnte hinweg eine zentrale Rolle in der Politik der FPÖ einnahm. Ebenso wird auch geklärt, wodurch sich ihre heutige europapolitische Positionierung begründen lässt.

5.1.1. Hintergründe und Ursachen

Sei es der Front National in Frankreich, der Vlaams Belang in Belgien, die Lega Nord oder die Popolo della Liberta in Italien, die rechtskonservativen Volksparteien in der Schweiz und Dänemark, die Schwedendemokraten oder die norwegische Fortschrittspartei - ihnen allen ist ein nicht unwesentliches Maß einer äußerst rechtspopulistisch orientierten Politik gemein. Dass sich mit dieser ideologischen Ausrichtung durchaus Wahlerfolge erzielen lassen, hat sich in den vergangenen Jahren wiederholt bestätigt. Thematisch setzen diese Parteien vor allem auf Ungleichheitsfragen, welche allerdings stets von einem zumindest latent islamophoben oder allgemein fremdenfeindlichen Unterton begleitet werden. So hat sich in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Forschungsarbeiten mit der Frage beschäftigt, worin die Gründe für den Erfolg einer solcherart polarisierenden Politik zu suchen sind. Im Folgenden soll nun vor allem auf die Arbeit des Politikwissenschaftlers Herbert Kitschelt eingegangen und daran orientiert weitere aktuelle Beiträge zu dieser Frage behandelt werden.

Bereits 1997 konnte dieser in einer umfassenden Komparativstudie über die radikale Rechte in Europa (zu welcher er unter anderem Vlaams Belang, Front National, FPÖ oder Lega Nord zählt) aufzeigen, dass von den üblicherweise genannten Hypothesen über das Erstarken dieser Parteien mitunter Abstand genommen werden sollte. Kitschelt vertritt die These, dass weder rassistisch-xenophobe Reaktionen auf verstärkte Migrationsströme, noch wirtschaftliche Krisen, steigende Arbeitslosenzahlen oder etwaige Protestbewegungen gegenüber Globalisierungsgewinnern und neuen Eliten der eigentliche Grund für die stärker werdende Zustimmung der europäischen Rechtsparteien sind. Vielmehr seien die Ursprünge dieses politischen Phänomens in einem grundlegenden sozialstrukturellen Wandel zu suchen, welchen Kitschelt im Übergang zu einer postindustriellen Wirtschaft verortet. Er argumentiert, dass es für Parteien in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg am ehesten erfolgsversprechend war, sich entlang der bis dahin zur Hauptachse des politischen Wettbewerbs entwickelten Sozialismus-Kapitalismus-Achse zu positionieren. Im Laufe der Zeit entwickelte sich allerdings mit der Liberalismus-Autoritarismus-Achse eine weitere Hauptachse, welche nunmehr zunehmend an Bedeutung gewann und die Sozialismus-Kapitalismus-Achse nach und nach überlagerte. Der Parteienwettbewerb in einer solchen Gesellschaft von entwickelten Industrienationen ist demnach durch zwei wesentliche Konfliktlinien geprägt, welche ein Spannungsfeld zwischen (wirtschaftlich wie kulturell) links-liberal und rechts-autoritär positionierten Parteien generieren.

Auf Basis dieses Modells unterscheidet Kitschelt vier verschiedene Typen von Rechtsparteien: Einen Typus bilden rechtsradikal-faschistische Parteien, welche sich insbesondere durch einen ausgeprägten Anti-Liberalismus und Anti-Sozialismus definieren, einhergehend mit einer klaren Opposition gegenüber ausufernder Bürokratie und einer Dominanz des Marktes. Die Antwort hierauf bildet eine starke Gemeinschaft unter charismatischer Führung (vgl. Weber 1988: 508f). Rassistische Ideologien stellen zwar kein konstitutives Element solcher Parteien dar, sind allerdings durch die stark ethnozentrisch motivierte Gruppenbindung und der hiermit einhergehenden Unterscheidung von klaren Innen- und Außengrenzen eine nahezu logische Folge faschistischer Bewegungen. (vgl. Kitschelt 1995: 28ff) Als weiterer Typus werden wohlfahrtschauvinistische Parteien genannt. Sie fordern einen Wohlfahrtsstaat, welcher mittels eines redistributiven Sozialsystems und unter dem Ausschluss von Immigranten dem Schutze der „eigenen“ Bevölkerung vor den Risiken des Arbeitsmarktes und sozialem Abstieg dient. Wohlfahrtschauvinistische Parteien richten sich primär an Arbeiterschichten und sind daher nur begrenzt erfolgreich. (vgl. Kitschelt 1995: 22ff) Den bedeutsamsten Typus in Kitschelt's

Überlegungen stellt die „New Radical Right“ (NRR) dar. Dieser Typus „advocates rightist free market economics and „authoritarian“ hierarchical arrangements in politics, together with a limitation of diversity and individual autonomy in cultural expressions.“ (Kitschelt 1995: 2) Die NRR vereint marktliberale, politisch-autoritäre sowie xenophobe Einstellungen und wird vor allem von Angehörigen der Arbeiterschicht, von Kleingewerbe- und Landwirtschaftstreibenden gewählt. Damit stellt die New Radical Right den „master case“ rechter Parteien dar; zu ihr kann mitunter der französische Front National gezählt werden. (vgl. Kitschelt 1995: 35, 42f) Als vierten Typus führt Kitschelt abschließend jenen der rechtspopulistischen Partei an, zu welchem er unter anderem die Schweizer Volkspartei sowie die FPÖ zählt. Rechtspopulistische Parteien ähneln weitgehend dem Typus der New Radical Right, sind allerdings in einem geringeren Maße autoritär und ethnozentrisch ausgerichtet und stellen somit innerhalb der radikalen Rechten einen Grenzfall dar. Sie wenden sich insbesondere gegen das politische Establishment („anti-statist“), fordern eine leistungsorientierte Sozialpolitik und erreichen auf diesem Wege zum Teil auch jene Wählerschichten, welche anderen Typen rechter Parteien verwehrt bleiben: Höhergebildete, Angestellte, Facharbeiter und Unternehmer (vgl. Kitschelt 1995: 35, 160ff; Kailitz 2006: 289; Arzheimer 1999: 40ff).

Dieser idealtypischen Klassifizierung steht die Kritik gegenüber, dass der Rechtspopulismus in Wirklichkeit keine eigene gesellschaftspolitische Ideologie, sondern eine selbstinitiierte Verharmlosung rechtsextremistischer Tendenzen darstellt. Eine rechtspopulistische Ausrichtung ist demnach weniger eine ideologische Haltung als vielmehr die Ausformung einer bestimmten, auf die jeweilige innenpolitische Lage ausgerichteten Strategie, welche sich wesentlicher Elemente einer rechtsextremen Argumentation bedient (vgl. Braun et al 2009: 14f). Für eine sich mit diesen Themen befassende Forschung ergeben sich infolgedessen kaum vermeidbare Probleme. „Wer sich auf diesem Feld bewegt, operiert unausweichlich mit Begriffen, die sowohl mit kontroverser wissenschaftlich analytischen als auch konfliktträchtigem politischen Gehalt aufgeladen sind.“ (Braun et al 2009: 15) So ist die methodische Verwendung des Begriffs „Populismus“ in der Forschungscommunity nach wie vor umstritten, da sich dieser aufgrund seines vielschichtigen und mitunter diffusen Gehalts im Grunde einer konkreten Operationalisierung entzieht und sich daher nur bedingt als analytische Kategorie eignet (vgl. Rensmann 2006: 59). Ganz grundlegend kann jedoch festgehalten werden, dass sich alle Parteien des rechten Spektrums in verschiedenem Maße rechtspopulistischer bis rechtsextremer Elemente bedienen und zugleich in bestimmten Themenbereichen auch eindeutig demokratische Züge annehmen können (vgl. Bauer 2010: 9). Eben

diese Mischung aus rudimentärer Ideologie (die FPÖ stellt hier mit ihrer deutschnationalen Tradition eine Ausnahme dar) und populistisch-extremistischen Zügen, verbunden mit der Bemühung um ein seriöses Auftreten können durchaus der von Kitschelt definierten Kategorie einer „New Radical Right“ angenähert werden.

Fasst man den theoretischen Entwurf von Kitschelt zusammen, so zeigt sich, dass gerade in Zeiten von wirtschaftlichen Krisen und sozialen Verwerfungen Parteien mit einer tendenziell rechts-autoritären Ausrichtung einen besonders starken Zulauf erfahren. Die etwaige Angst um den Verlust des existenzsichernden Arbeitsplatzes, die Sorge um soziale Absicherung oder auch die Berichte über mögliche negative Folgen einer verstärkten Zuwanderung sind es, welche die politischen Lösungen, wie sie von Parteien wie der FPÖ vorgeschlagen werden, besonders attraktiv machen. Hinzu kommt die in solchen Krisenzeiten höhere Zahl von Protestwählern, welche sich mit ihrer Stimmabgabe indirekt gegen die Regierungsarbeit wenden. Es hat sich gezeigt, dass zu diesem Zwecke vor allem solche Wahlen genutzt werden, welche gemeinhin als „Second-Order-Elections“ gehandelt werden. Zu dieser Kategorie werden auch die Wahlen zum Europäischen Parlament gezählt. Diese sind in vielen Mitgliedsstaaten der EU aufgrund ihrer geringen Wertigkeit oftmals mehr von der jeweiligen innenpolitischen Lage geprägt; zumindest einige der für Rechtsparteien abgegebenen Stimmen entsprangen somit weniger einer europaskeptischen Haltung, sondern waren vielmehr als „Denkzettel“ für die Regierenden gedacht (vgl. Axt 2006: 122ff). Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht verwunderlich, dass die verschiedenen Rechtsparteien vor allem auf der politischen Ebene der Europäischen Union verhältnismäßig stark vertreten sind und dass viele dieser Parteien bei europäischen Wahlgängen gar stärkere Ergebnisse erzielen konnten als ihnen dies zuvor bei Wahlen auf nationaler Ebene gelungen war⁴.

Betrachtet man die konstant niedrige Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament im Verlauf der vergangenen Jahre, so zeigt sich, dass diese seit 1979 signifikant rückläufig ist. Hinzu kommt die für die Europäischen Union etwas bedenkenswerte Entwicklung in jene Richtung, dass vor allem europaskeptische Parteien an Zuspruch gewinnen und ihren Einfluss im Europäischen Parlament ausbauen konnten (vgl. Haller 2009: 484). Ganz allgemein herrscht im Moment eine ausgeprägt europakritische Stimmung, das aktuelle Eurobarometer (2010) zeigt zum Beispiel auf, dass rund 49 Prozent der österreichischen Bevölkerung mit der Art und Weise, wie Demokratie in der Europäischen Union funktioniert, unzufrieden sind.

⁴ Als Beispiel hierfür wäre etwa die betont europaskeptische United Kingdom Independence Party zu nennen, welche in Großbritannien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament von 2004 mehr als 16% der abgegebenen Stimmen erhalten hatte, bei nationalen Wahlgängen aber üblicherweise eine eher marginale Rolle spielt.

Im Sinne von Kitschelt weist all dies auf ein weiteres Erstarken der europäischen Rechtsparteien hin - zumindest auf Ebene der Europäischen Union. Die immer stärker werdende Politikverdrossenheit innerhalb der europäischen Bevölkerung, die umstrittene Rolle der EU als Zielregion globaler Migrationsströme, die hiermit einhergehenden Debatten über die Definition eines europäischen Wertesystems, des sich in seinem Tonfall radikalisierte Umgang gegenüber Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, insbesondere gegen jene mit islamischen Glaubensbekenntnis, die damit verbundenen Diskussionen über die Möglichkeit und den Maßstab einer angemessenen Integration, oder auch die noch auf Jahre hinweg spürbaren Folgewirkungen der im Jahr 2008 akut gewordenen Wirtschaftskrise - all diese Punkte können als Anzeichen dafür gesehen werden, dass das politische Gewicht von Parteien rechts-autoritärer Prägung auch in Zukunft nicht zu vernachlässigend sein wird. Vielmehr kann erwartet werden, dass diese versuchen, den neu gewonnenen Einfluss nicht nur auf nationaler, sondern vor allem auch auf europäischer Ebene auszubauen. Wie noch im weiteren Verlauf dieser Arbeit dargelegt werden soll, kommt dabei grenzübergreifenden Kooperationen eine besondere Bedeutung zu. Vorab soll noch die Entwicklung der freiheitlichen Europapolitik im behandelt werden.

5.1.2. Entwicklung der freiheitlichen Europapolitik

Die FPÖ wurde am 7. April des Jahre 1956 als Nachfolgepartei des „Verbands der Unabhängigen“ gegründet und sollte zu Beginn ihres Bestehens vor allem ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und bekennenden Großdeutschen eine neue politische Heimat bieten (vgl. Bauer 2010: 52ff). Zum ersten Bundesparteiobmann der FPÖ wurde Anton Reinthaller (1895-1958) gewählt, ebenfalls ein frühes Mitglied der NSDAP, der wegen seiner Parteifunktion zwischen 1938 und 1945 noch im Jahre 1950 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

Schon das erste Parteiprogramm der FPÖ aus dem Jahre 1957 beinhaltete (neben dem Ziel, die „deutschen Österreicher“ stets an ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Volke zu erinnern) eindeutig proeuropäische Forderungen: „Im Geiste der Freiheit bekennen wir uns zum Abendlande und wollen daher den europäischen Bund freier und gleichberechtigter Nationen und Staaten.“ (Reiter 1982: 69) Die Idee einer europäischen Gemeinschaft wurde als Mittel zur Sicherung des Friedens und Bollwerk einen sich stetig ausbreitenden Kommunismus gesehen, schließlich stelle dieser „die größte Gefahr für die Freiheit der Menschen und Völker“ dar (Reiter 1982: 69f). Mit der Forderung nach einem vereinten Europa ging aber auch die romantisch

verschleierte Vorstellung des ursprünglichen Traums von einem Großdeutschen Reich einher (vgl. Neurieser 2008: 32). Die FPÖ sollte sich somit ursprünglich bereits sehr früh für eine vollständige Integration in den europäischen Staatenverbunden einsetzen, nicht zuletzt auch wegen der sich hiermit für Österreich ergebenden wirtschaftlichen Vorteile. Als Anton Reinthaller 1958 starb, wurde diese Linie beibehalten. Sein Nachfolger wurde Friedrich Peter (1921-2005), vormals Obersturmführer der Waffen-SS, welcher sich im Laufe seiner Tätigkeit stets um ein liberaleres Image seiner Partei bemühen sollte. 1962 wurde die Vorstellung eines geeinten Europas weiter modifiziert und mit der nationalen Ausrichtung der Partei dahingehend in Einklang gebracht, als dass diese die Forderung nach (wirtschaftlicher) Integration in einer Europäischen Gemeinschaft weiter verstärkte (vgl. Neurieser 2008: 52f). Ein erster europapolitischer Erfolg aus freiheitlicher Sicht ergab sich 1963 mit der Ernennung von Willfried Gredler (1916-1994), bis dahin Klubobmann der Freiheitlichen im Nationalrat, zu einem Mitglied der österreichischen Delegation in der Beratenden Versammlung des Europarats.

Ansonsten hielt sich der Erfolg der Partei aber auch in den kommenden Jahren in Grenzen. Bei Nationalratswahlen erreichte sie bei über Jahrzehnte hinweg nie mehr als 6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dennoch konnte sie sich gegen die beiden österreichischen Großparteien SPÖ und ÖVP bewähren und sich mit der Zeit als Vertreterin des deutschnationalen „Dritten Lagers“ etablieren. Dieses hat neben dem sozialdemokratischen und christlich-sozialen Lager bis heute Bestand. 1968 kam es zu schließlich bei einem in Bad Ischl abgehaltenen Parteitag zur Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms („Bad Ischler Programm“), welches die bis dahin getätigten Versuche zur Liberalisierung der Partei in die Schranken wies und die deutschnationale Ausrichtung der Partei wieder deutlich in den Vordergrund rückte. Doch auch in diesem Programm wurde die freiheitliche Orientierung an Europa klar betont. (vgl. Neurieser 2008: 59f). Friedrich Peter sollte sich im Rahmen seiner Tätigkeit als Parteiobmann immer wieder dafür aussprechen, dass der Liberalismus vor allem in Bezug auf das Ideal der Freiheit und die Idee eines vereinten Europas selbstbestimmter Nationen zu verstehen sei.

Im Jahre 1970 stellte die FPÖ anlässlich der Nationalratswahl ihr Wahlprogramm „Formel 70“ vor, auch dieses sah eine weitere Integration Österreichs in die Europäische Staatengemeinschaft vor (vgl. Reiter 1982: 190ff). Infolge dieser Nationalratswahl erfuhr die FPÖ erstmals einen gewissen Aufschwung, nachdem sie eine Minderheitsregierung der SPÖ unter Bruno Kreisky als Kanzler stützte. Friedrich Peter wie auch die FPÖ sollten

in den folgenden Jahren vor allem von Seiten der Sozialdemokratischen Partei wiederholt Unterstützung⁵ erfahren. Im Jahre 1978 legte Friedrich Peter das Amt des Parteibmanns schließlich nieder, sein Nachfolger wurde Alexander Götz. Während seiner kurzen Amtszeit konzentrierte sich Götz vor allem auf die konservativ-deutschnationale Ausrichtung der Partei, ebenso wurde aber auch die Rolle der FPÖ als Europapartei weiter bestärkt. Die Europapolitik wurde demnach als nationales Anliegen eingestuft, Ziel war auch hier die möglichst weitgehende Teilnahme an der europäischen Integration (vgl. Neurieser 2008: 79f). Als Zeichen dieser Bemühungen ist auch der zu dieser Zeit erfolgte Eintritt in die Liberale Internationale (LI) zu sehen, einem globalen Bündnis liberaler Parteien (siehe 5.2.5). Kontakte zu dieser Organisation bestanden schon zuvor; bereits 1964 war von der FPÖ hierzu ein eigener Verein namens „Österreichische Gruppe der Liberalen Weltunion“ eingerichtet worden. Dennoch war der Eintritt in die LI unter teils starken Vorbehalten von Vertretern beider Seiten geschehen. Und so sollte erst unter der Führung von Norbert Steger ab dem Jahr 1980 der tatsächliche Versuch unternommen werden, die FPÖ aus dem deutschnationalen Eck herauszuholen und ihr ein betont liberales, eher bürgerliches Image zu verleihen (vgl. Neurieser 2008: 83f).

Die Neuorientierung der Partei sollte sich wenige Jahre später bewähren. Im Jahre 1983 beteiligte sich die FPÖ erstmals an einer Regierung, damals unter Führung der SPÖ. Kanzler wurde der Sozialdemokrat Fred Sinowatz (ab 1986: Franz Vranitzky), Vizekanzler wurde Norbert Steger. Infolge dieser Regierungsverantwortung kam es 1985 zum Beschluss eines neuen Parteiprogramms, welches das liberale Image der Partei auch programmatisch begründen und den Anspruch der FPÖ als staatstragende Kraft weiter legitimieren sollte (vgl. Neurieser 2008: 93). Auch in diesem Programm bekannte sich die FPÖ zur europäischen Gesellschaft und deren Werten: „Im Streben nach einer größtmöglichen Teilnahme unseres Landes an der europäischen Integration halten wir auch eine Mitgliedschaft Österreichs in der EG - selbstverständlich unter dem Neutralitätsvorbehalt - für möglich und notwendig.“ (Pollak/Slominski 2002:180).

Nachdem Jörg Haider, unterstützt vom deutschnationalen Flügel, im Jahre 1986 bei einem Parteitag in Innsbruck die Parteiführung mittels einer Kampfabstimmung übernommen hatte, sollten diese Bemühungen vorerst fortgesetzt werden. Noch ein Jahr später - die FPÖ war mittlerweile wieder in Opposition, nachdem sich Bundeskanzler Franz Vranitzky infolge der Parteiübernahme durch Haider dazu entschlossen hatte, das

⁵ Besondere Aufmerksamkeit erfuhr der im Jahr 1975 von Simon Wiesenthal vorgelegte Bericht über die Tätigkeiten von Friedrich Peter während des zweiten Weltkriegs. So soll dieser als Mitglied der Waffen-SS an Massenmorden beteiligt gewesen sein oder zumindest von diesen gewusst haben. Bruno Kreisky, selbst jüdischer Abstammung, unterstellte Wiesenthal daraufhin Verleumdung und beschuldigte ihn selbst der Kollaboration mit den Nationalsozialisten. Kreisky wurde später wegen übler Nachrede gerichtlich zu einer Geldstrafe verurteilt.

Koalitionsabkommen mit der FPÖ zu kündigen und Neuwahlen auszurufen - brachte die FPÖ im Nationalrat einen Antrag ein, welcher die Regierung dazu aufforderte, zu einem „frühestmöglichen Zeitpunkt Beitrittsverhandlungen aufzunehmen“ (Pollak/Slominski 2002:180).

Dies sollte sich bald ändern. Nachdem zu Beginn der 1990er Jahre die Zustimmung zu einem EU-Beitritt innerhalb der österreichischen Bevölkerung im Sinken begriffen war, vollführte die FPÖ ihren ersten großen populistischen Schritt und wandte sich nun zum Zwecke einer kurzfristigen Stimmenmaximierung gegen das europäische Integrationsprojekt (vgl. Pollak/Slominski 2002: 180). Unter der Führung von Jörg Haider erfuhr die FPÖ eine neue Ausrichtung, sie definierte sich nunmehr vor allem als Arbeiterpartei und vollzog in den folgenden Jahren eine zunehmende Radikalisierung. Im Jahr 1993 erklärten mehrere Abgeordnete des liberalen Flügels infolge des von der FPÖ initiierte Volksbegehrens „Österreich zuerst“⁶ ihren Austritt aus der Partei und gründeten das Liberale Forum. Infolge dieser Abspaltung trat die FPÖ unverzüglich aus der Internationalen Liberalen aus - und kam so einem Ausschluss, ebenfalls durch das Volksbegehren begründet, zuvor (vgl. Pelinka 2002: 283). Tatsächlich erfuhr das europapolitische Engagement der Partei zu dieser Zeit einen radikalen Wandel. Als Preis für ihre nunmehr äußerst populistische Strategie gab sie ihre weltanschaulich liberale Positionierung weitgehend auf und wendete sich nun, nachdem sie über Jahrzehnte hinweg einer der aufgeschlossenen Befürworter eines Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft war, gegen die europäische Integration. Die freiheitliche Politik konzentrierte sich nun auf einen neuen Österreichpatriotismus, welcher die nationale Identität hervorhob und vor äußeren Einflüssen zu schützen versuchte. Auch dies hatte ein durchaus populistisches Kalkül, da sich die FPÖ nunmehr als einzige österreichische Partei gegen die Europäische Union wandte und sich dadurch als Vertreterin der Europaskeptischen profilieren konnte (vgl. Frölich-Steffen 2004: 288f).

An dieser Einstellung gegenüber Europa sollte sich in den kommenden Jahren wenig ändern. Im Jahre 1997 wurde ein neues Parteiprogramm („Linzer Programm“) beschlossen, welches von der Orientierung an Europa wieder weiter Abstand nahm, zugleich aber auch die Bedeutung Europas als Ursprung einer christlich-antiken Werteordnung betonte (vgl. Neurieser 2008: 135). Ihren politischen Höhepunkt erreichte die FPÖ bei den Nationalratswahlen im Jahre 1999, wo sie mit 26,91 Prozent aller abgegebenen Stimmen den zweiten Platz

⁶ Von den Medien auch „Ausländer-Volksbegehren“ genannt, stellte diese Initiative den bisherigen Höhepunkt der fremdenfeindlichen Politik der FPÖ dar. Sein Wortlaut suggerierte eine direkte Verbindung zwischen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Phänomenen wie etwa der hohen Arbeitslosenrate, Missbrauch von Sozialleistungen, Kriminalität oder Schwarzarbeit. Das Volksbegehren wurde von 7,35% (416.531 Stimmen) der österreichischen Bevölkerung unterzeichnet und wird heute allgemein als Niederlage für die FPÖ gewertet.

belegte und zusammen mit der drittplatzierten Österreichischen Volkspartei unter Wolfgang Schüssel (ÖVP) als Kanzler die erste schwarz-blaue Regierung bildete. Ab 1999 war die FPÖ auch im Europäischen Parlament mit mehreren Abgeordneten vertreten, diese verhielten sich allerdings weitgehend passiv und unterhielten (zumindest offiziell) kaum Kontakte zu anderen europäischen Parteien. Infolge ihrer Regierungsbeteiligung verlor die FPÖ erstmals seit Jahren wieder an Zustimmung und musste bei Wahlen wiederholt Niederlagen hinnehmen. Innere Spannungen zwischen Jörg Haider und der freiheitlichen Regierungsmannschaft führten 2002 schließlich zur Eskalation, bei einem im steirischen Knittelfeld einberufenen „Sonderparteitag“ wendete sich die Parteibasis gegen seine Regierungsmitglieder. Diese zogen hieraus die Konsequenz und erklärten ihren Rücktritt. Die daraufhin folgenden Neuwahlen bescherten der FPÖ eine schwere Niederlage. Sie fiel in der Wählerzustimmung auf 10 Prozent (-16,9) zurück, wurde allerdings unter dem Verzicht auf einige Ministerposten erneut Regierungsmitglied. Die Freiheitliche Partei war somit mit einem Schlag auf den harten Kern ihrer Stammwählerschaft reduziert worden und beriet nun über die Möglichkeiten einer politischen Neuausrichtung. Diese Beratungen arteten jedoch nach kurzer Zeit in einen heftigen Richtungsstreit aus. Der deutschnationale Flügel befürwortete eine Stärkung des dritten Lagers, moderatere Parteimitglieder argumentierten für eine wertkonservative und wirtschaftsliberale Partei (vgl. Neurieser 2008: 148ff). Am Höhepunkt dieser Differenzen wurde Andreas Mölzer auf Betreiben Haiders hin wegen mit Vorwurf des parteischädigenden Verhaltens aus der FPÖ ausgeschlossen.⁷ Kurz darauf verließen Haider und die freiheitlichen Regierungsmitglieder die Partei und gründeten das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ). Neuer Parteiohmann der zu dieser Zeit schwer angeschlagenen FPÖ wurde der dem äußerst rechten Parteiflügel zuzuordnende Wiener Landesparteivorsitzende Heinz-Christian Strache. Unter seiner Führung gelang es, einhergehend mit einer erneuten Radikalisierung, die Partei wieder zu stabilisieren.

Für die Entwicklung der freiheitlichen Europapolitik erscheinen die Jahre seit der Abspaltung des BZÖ insofern interessant, als dass seitdem wieder verstärkt Akzente für eine europaweite Vernetzung mit anderen Rechtsparteien forciert wurden. Zentral erscheint hierbei die Person von Andreas Mölzer. Er hatte, wie schon in der Einleitung erwähnt, bereits 2001 anlässlich einer Feier zum vierjährigen Bestehen der von ihm geleiteten konservativ-deutschnationalen Wochenzeitschrift „Zur Zeit“ mehrere rechtsnationale Parteien, darunter auch den belgischen Vlaams Blok, zu einem gemeinsamen Treffen eingeladen und erste persönliche Kontakte geknüpft.

⁷ Kurz nach der Abspaltung des BZÖ wurde Andreas Mölzer wieder in die Partei aufgenommen.

Bei den Europawahlen 2004 gelang es Mölzer mittels eines über die „Zur Zeit“ geführten Vorzugsstimmenwahlkampfes, vor den eigentlichen Spitzenkandidaten Hans Kronberger gereiht zu werden und so als einziger Kandidat der FPÖ in das Europäische Parlament einzuziehen. Dort intensivierte Mölzer in weiterer Folge seine Netzwerkarbeit und stellte Kontakte zu weiteren Rechtsparteien her, welche seine Vorstellung von nationalstaatlicher Autonomie und eines Europas der Vaterländer unterstützen und teilen. Die hieraus resultierende, im Jahr 2005 publizierte Wiener Erklärung sowie die im Jahr 2007 gegründete Europaparlamentsfraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ gehen ebenso auf sein Engagement zurück wie die noch später folgenden Bemühungen um Zusammenarbeit und Kooperation.

Wichtig erscheint jedenfalls die Erkenntnis, dass sich die Freiheitliche Partei nach Jahren eines strikten Österreichpatriotismus wieder aus der selbstgewählten Isolation befreit hat und sich nun seit 2001 in zunehmendem Maß um eine Einbettung in das europäische Parteinetzwerk bemüht. Zwar bleibt sie ihrer Rolle einer europa- und integrationskritischen Partei treu, dennoch lassen sich hinsichtlich ihres neu gewonnenen europapolitischen Engagements auch Zeichen der programmatischen Öffnung erkennen. Wie noch im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit aufgezeigt werden soll, befindet sich die FPÖ heute inmitten eines komplexen, sich langsam verdichtenden internationalen Netzwerks, bestehend aus verschiedensten Kooperationsformen mit wechselnden Partnern, begründet in unterschiedlichen Motiven und Zielsetzungen, aber auch verbunden mit organisationsspezifischen Hürden und Herausforderungen. Der nachfolgende Teil sieht sich in diesem Sinne vor allem als Beitrag dazu, ebendieses Netzwerk unter besonderer Berücksichtigung der Freiheitlichen Partei zu entwirren und geordnet darzustellen. Welche Implikationen sich hierdurch für eine etwaige Europastrategie der FPÖ ergeben, soll abschließend im Fazit der Arbeit behandelt werden.

5.2. Formen der Zusammenarbeit und Kooperation

Hierbei stellen formlose bzw. informelle Treffen die einfachste Form der Zusammenarbeit dar. Bereits etwas komplexere und hinsichtlich ihres Nutzens ergiebigere Formen nehmen bilaterale oder auch föderative Bündnisse an. Eines der mächtigsten Instrumente auf EU-Ebene stellt die Teilnahme an einer Parlamentsfraktion des Europaparlaments dar. Dieser übergeordnet, wenngleich in mancher Hinsicht weniger einflussreich, kann der Zusammenschluss zu einer Europapartei angesehen werden. Als weitläufigste, hinsichtlich ihres tatsächlichen

Einflusses aber ebenso eingeschränkte Möglichkeit der Kooperation kann abschließend noch die Mitgliedschaft in einem globalen Bündnis genannt werden.

5.2.1. Bilaterale Beziehungen, „Freundschaften“

Als sich in den vergangenen Jahren Medienberichte über bilaterale Verbindungen der FPÖ zu anderen Rechtsparteien in Europa häuften, fand, wie der Blick auf entsprechende Meldungen zeigt, vor allem der Begriff der „Freundschaft“ regelmäßige Verwendung. Diese Definition wurde nicht zuletzt von Vertretern der FPÖ geprägt und stellt die vergleichsweise einfachste und somit wohl auch unverbindlichste Möglichkeit der Kooperation dar.

Bilaterale Beziehungen werden vor allem zu geographisch naheliegenden Schwesterparteien unterhalten, können mitunter aber auch weltumspannend sein. Als einzige der im Folgenden noch vorgestellten Kooperationsformen weisen bilaterale Beziehungen bzw. „Freundschaften“ abgesehen von schriftlichen Absichtserklärungen zumeist keinen nennenswerten Institutionalierungsgrad auf. Weder gibt es bestimmte funktionstragende Organe, noch haben sich andere die Zusammenarbeit stützende Strukturen herausgebildet. Der formlose Charakter solcher Verbindungen bringt es mit sich, dass diese in einem nur sehr begrenzten Maße für politische Vorhaben oder Aktionen von direktem Nutzen sein können. Das Fehlen einer tatsächlichen Organisation, von Gremien oder Ausschüssen begründet zudem stark dezentralisierende Tendenzen. Wie noch angeführt werden soll, ist gerade das rechte Parteienspektrum äußerst heterogen geordnet - einigen wenigen gemeinsamen Themenbereichen steht somit eine Vielzahl an Differenzen und Streitpunkten gegenüber. Ist es dadurch auf der einen Seite schon schwer, mehrere oder gar alle Schwesternparteien sozusagen an einen Tisch zu bekommen, so kann auf der anderen Seite der Versuch, innerhalb einer solchen Gruppe im Nachhinein strukturierende Elemente zu etablieren, mit nur äußerst geringen Erfolgchancen bedacht werden.

Was oftmals bleibt, sind mehr oder weniger unregelmäßige Treffen, welche insbesondere dem Austausch von Erfahrungen und Informationen dienen. Diese Zusammenkünfte sind von zwei wesentlichen Faktoren abhängig. Einerseits sind diese sehr personengebunden, also nicht direkt in die Parteistruktur eingebettet, sondern gehen oftmals auf die persönlichen Netzwerke einzelner Parteimitglieder zurück. Andererseits sind diese auch sehr

anlassbezogen, ergeben sich beispielsweise nur bei größeren Veranstaltungen wie Parteitagungen, Kongressen oder Konferenzen. Diese beiden Faktoren bedingen einen unstrukturierten, weitgehend nicht institutionalisierten Informationsaustausch, welcher aufgrund seiner Abhängigkeit von bestimmten Personen allerdings auch sehr schnell labil werden kann. Der Nutzen solcher Freundschaften soll durch die voran gestellten Defizite allerdings keineswegs geschmälert werden. Informelle Treffen bieten den jeweiligen Parteien die Gelegenheit zu einem gegenseitigen Kennenlernen und sind die Basis für eine etwaige zukünftige Zusammenarbeit. Sie fördern erste Kontakte oder halten diese aufrecht und dienen zugleich einem anfänglichen Informationsaustausch. Zudem kommen solche bilateralen Verhältnisse vor allem dann zum Tragen, wenn bestimmte Themen oder Problemlagen auf Regierungsebene nur noch schwer lösbar sind. Als Beispiel hierfür können der österreichisch-tschechische Konflikt um das grenznahe Kernkraftwerk Temelin oder die Streitigkeiten um die versuchte Übernahme des ungarischen Öl- und Gaskonzerns MOL durch die österreichische OMV genannt werden. Ist zwischen den Außenministerien aufgrund des innenpolitischen Drucks keine lösungsorientierte Kommunikation mehr möglich, kann hier oftmals über persönliche Parteikontakte auf eine informelle Verhandlungsebene ausgewichen werden.

Für die FPÖ lassen sich eine Vielzahl solcher bilateralen Beziehungen nennen. Sie unterhält mitunter langjährige Freundschaften zu Parteien wie der Schweizer Volkspartei, dem Vlaams Belang, der Lega Nord, dem Front National, der Serbischen Fortschrittspartei, der Partei Einiges Russland, der dänischen Volkspartei, der griechischen LAOS, der bulgarischen Ataka oder auch der südafrikanischen Freiheitsfront. Die meisten Kontakte können hierbei auf die Netzwerke der freiheitlichen Abgeordneten im EU-Parlament, insbesondere von Andreas Mölzer, zurückgeführt werden. Diese Beziehungen zählen, wie schon im Kapitel zur Entwicklung der freiheitlichen Europapolitik angeführt wurde, zugleich auch zu den ältesten bestehenden Kontakten der FPÖ. Aber auch in der jüngeren Zeit wurde eine Vielzahl neuer Kontakte zu europäischen Rechtsparteien geschlossen.

Als besonders medienwirksam erwies sich ein Besuch des Salzburger FPÖ-Landesparteiobmanns Karl Schnell bei der deutschen rechtsradikalen Partei „Die Republikaner“. Diese veranstaltete unter Leitung ihres Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer am 21. Juni 2008 im deutschen Rosenheim einen „Europakongress“, zu welchem Schnell, seines Zeichens auch stellvertretender FPÖ-Bundesobmann, als Gastredner eingeladen wurde (vgl. Hägler 2008). Ebenfalls anwesend waren Vertreter der Lega Nord, der Deutschen Konservativen, der

Südtiroler Freiheitlichen oder des Vlaams Belang. Eines der zentralen Themen dieses Kongresses war die Forderung nach einem Europa, welches, gestärkt durch die Vielfalt der Nationen, „in der Tradition des christlichen Abendlandes steht“ (Rolf Schlierer). Dieses „Europa der Vaterländer“ wurde als Alternative zu einer multikulturellen, bürokratisch überladenen und von einem Demokratiedefizit gezeichneten Europäischen Union vorgestellt. Auch gegen einen etwaigen EU-Beitritt der Türkei und die nach Ansicht der Anwesenden allgemein voranschreitende Islamisierung Europas wurde Position bezogen. Ebenso wurde auch zur Bildung einer „europäischen Front“ (Filip de Winter) gegen illegale Einwanderung und zur Rückbesinnung auf die Identität und Souveränität des Nationalstaats aufgerufen. (vgl. Die Republikaner 2008).

Spätestens jetzt wird deutlich, dass dieser Kongress im Lichte der zunehmenden Vernetzung der europäischen Rechten einige durchaus bemerkenswerte Aspekte widerspiegelt: Auf der einen Seite stimmen die während dieser Veranstaltung thematisierten Thematiken weitgehend mit jenen Zielen überein, welche bereits in der 2005 veröffentlichten „Wiener Erklärung“ formuliert wurden und auch in den Grundstatuten der EU-Parlamentsfraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ Eingang fanden. Dies bezeugt nicht zuletzt das für die europäischen Rechtsparteien nach wie vor gemeinschaftsbildende Potenzial der in dieser Erklärung gesammelten Forderungen als Basis einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Ebenso bemerkenswert ist auf der anderen Seite, dass sich bereits wenige Monate nach Auflösung der zuvor erwähnten EU-Parlamentsfraktion zumindest einige der damals beteiligten Parteien wieder offiziell zusammenfanden um über Chancen und Möglichkeiten einer am Nationalstaat orientierten „Euroregionalen“ zu diskutieren. So wird die Forderung nach einer weitgehenden Autonomie des Nationalstaats zwar hochgehalten, ebenso ist aber auch klar, dass die Notwendigkeit einer europäischen Einheit nicht verneint werden kann, sondern vielmehr unterstützt und mitgestaltet werden muss - was allerdings nur mittels einer Bündelung der einzelnen Kräfte möglich erscheint. Vor diesem Hintergrund lassen sich auch alle darauffolgenden Treffen und gemeinsamen Veranstaltungen europäischer Rechtsparteien betrachten.

Die FPÖ nimmt beim Aufbau eines solchen Parteinetzwerks eine nicht unwesentliche Rolle ein. Wie die im Folgenden noch näher beschriebene Analyse des erhobenen Materials zeigen konnte, weisen die freiheitlichen Bemühungen um grenzübergreifende Kooperationen einige wesentliche Stringenzen auf, welche nicht zuletzt auf ein gewisses strategisches Vorgehen verweisen und somit auch die Möglichkeiten und Grenzen des freiheitlichen Handlungsrahmens bei Fragen zur Transnationalisierung deutlich machen.

Einer dieser strategischen Angelpunkte, soviel sei vorweggenommen, begründet sich in der Hochhaltung des Ideals der völkischen Selbstbestimmung und betrifft die mitunter weitreichende Unterstützung von separatistischen Bewegungen und Parteien. So verwunderte es auch nur im ersten Moment, dass sich die FPÖ anlässlich des militärischen Konflikts zwischen Georgien und Russland im August 2008 als neutraler Vermittler anbot.

Hintergrund dieses Konflikts war die Unabhängigkeitserklärung der kaukasischen Provinzen Südossetien und Abchasien, welche sich bis dahin allerdings auf dem Hoheitsgebiet von Georgien befanden. Osseten und Abchasier, beide stellten in den jeweiligen Regionen die Mehrheitsbevölkerung, drängten bereits seit Zerfall der Sowjetunion nach staatlicher Autonomie und gerieten so immer wieder in Auseinandersetzung mit der georgischen Verwaltung. Im Juli 2008 spitzte sich die Situation zu und mündete im Kaukasuskrieg (07. bis 16. August), welchen die beiden abtrünnigen Regionen unter Beistand des russischen Militärs (Russland hatte ein geopolitisches Interesse an deren Autonomie) innerhalb weniger Tage für sich entscheiden konnten⁸.

Infolge ebendieses Konflikts lud die FPÖ Vertreter der georgischen pro-russischen Oppositionspartei „Industry Will Save Georgia“ (Mretsveloba Gadaarchens Sak'art'velos) sowie Maxim Shevchenko, den Präsidenten des russischen Institutes für Europaangelegenheiten, Religion und Politik, zu Gesprächen ein (vgl. Freiheitliche Partei Österreichs 2008). Schon ein Blick auf die Gästeliste macht recht deutlich, dass die von der FPÖ eingenommene Rolle nicht wirklich jener eines neutralen Vermittlers entsprach. Vielmehr wurde hier eine Plattform geschaffen, welche durchaus medienwirksam die Forderung nach staatlicher Autonomie und Selbstbestimmung für Abchasien und Ossetien unterstützte und dabei im weiteren Verlauf etwaige alternative Perspektiven auf die dortige innenpolitische Lage oder gar Argumente der georgischen Regierung entweder ignorierte oder dem politischen Mainstream zuschrieb (vgl. Freiheitliche Partei Österreichs 2009a). Im Mai 2009 inszenierte die FPÖ eine zweite Friedenskonferenz, zu welcher neben den bereits angeführten Akteuren auch zwei russische Duma-Abgeordnete der Partei „Vereinigtes Russland“ eingeladen wurden. Ebenso erschienen die Botschafter Russlands, Griechenlands, Serbiens und Italiens zu dieser Konferenz (vgl. Freiheitliche Partei Österreichs 2009b). Wenige Monate später, am 5. März 2010, luden Heinz Christian Strache und Gogi Topadse, Vorsitzender der zuvor erwähnten Oppositionspartei „Industry Will Save Georgia“, zu einer Pressekonferenz ein, im Rahmen derer sie die „Formulierung einer gemeinsamen Partnerschaft“ bekanntgaben. Diese

⁸ Bis heute (Dezember 2010) wurden die Republiken Abchasien und Ossetien von nur vier Staaten (Russland, Nicaragua, Venezuela und Nauru) völkerrechtlich anerkannt, gelten aber de facto als von Georgien unabhängig (vgl. Die Welt 2010)

Zusammenarbeit sollte dem Zwecke dienen, „im Rahmen der Möglichkeiten einen Austausch [zu] pflegen und Projekte für die Bereiche Wirtschaft, Bildung und Jugend zu organisieren“ (Neue Freie Zeitung 2010)

Inwieweit die freiheitlichen Bemühungen um eine friedliche Lösung in der Ossetien- und Abchasien-Frage sowie um eine Aussöhnung zwischen Russland und Georgien Früchte getragen haben könnten, muss angesichts der Abwesenheit georgischer Regierungsvertreter bezweifelt werden, ist für die vorliegende Arbeit aber auch nicht weiter von Belang. Viel bedeutsamer erscheint, dass das Ideal der völkischen Autonomie sowie die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung für die Freiheitliche Partei als Anlass und Brückenschlag dazu diene, mit einer ideologisch wie geographisch nicht unbedingt nahestehenden Partei eine langfristige bilaterale Verbindung einzugehen.

Ähnlich dürfte sich dies auch bei den Kontakten zur spanischen „Plattform für Katalonien“ („Plataforma per Catalunya“ - PXC) verhalten haben. Auch diese als rechtsextrem eingestufte Partei zeigt deutliche separatistische Züge und fiel im spanischen Wahlkampf nicht zuletzt durch fremden- und insbesondere islamfeindliche Parolen auf. Im Mai 2010 gaben FPÖ und Plataforma per Catalunya die Unterzeichnung eines sogenannten „Freundschaftsabkommens“ bekannt. Wie schon zuvor im Falle der bei einem Parteikongress der Republikaner prolongierten Forderungen finden sich auch in der von den beiden Parteien veröffentlichten schriftlichen Absichtserklärung inhaltlich weitgehende Übereinstimmungen mit der Wiener Erklärung. Gefordert werden vor dem Hintergrund der „unveräußerlichen Werte des Christentums, des Friedens und der Freiheit in Europa und angesichts der Bedrohung der europäischen Werte durch Globalisierung, Masseneinwanderung und das Vordringen des radikalen Islam“ mitunter die Absage gegenüber einem europäischen zentralistischen Superstaat, ein sofortiger Einwanderungsstopp in alle Staaten der Europäischen Union, eine pro-natalistische Familienpolitik sowie die Schaffung eines Europas der freien und unabhängigen Nationen im Rahmen eines Staatenbundes souveräner Nationalstaaten. So betonte auch Heinz-Christian Strache anlässlich der Bekanntgabe dieses Abkommens wiederholt, dass die Akquirierung neuer „Verbündete[r] im Kampf für unsere Anliegen quer durch ganz Europa“ ein bedeutsames Element für die freiheitliche Partei und ihre europapolitische Ziele darstelle (vgl. Freiheitlicher Parlamentsklub 2010a).

Nicht weniger Aufmerksamkeit erfuhr Ende Jänner 2010 eine vom freiheitlichen Außenpolitik-Sprecher Johannes Hübner gehaltene Rede bei einer Wahlkampfveranstaltung der neofaschistischen ungarischen Jobbik-

Partei (vgl. Die Presse 2010a). Dieser Rede war wenige Wochen zuvor der Besuch einer Delegation der Jobbik im Parlamentsklub der FPÖ vorausgegangen. Im Gespräch mit dem freiheitlichen Europareferenten erwähnte dieser, dass man sich der umstrittenen Positionierung dieser Partei durchaus bewusst sei, man sich aber natürlich dennoch erste Kontakte und Gespräche mit potenziellen Partnerparteien nicht verwehren ließe.

Ebenso wurden auch regelmäßige Kontakte zu der als extremrechts eingestuften deutschen Kleinpartei „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen“ (kurz: pro NRW) dokumentiert. Die pro NRW ging aus der 1996 gegründeten und seit 2004 im Kölner Stadtrat vertretenen Bürgerbewegung Pro Köln hervor. Beiden Bewegungen steht der Jurist Markus Beisicht vor, welcher schon des Öfteren bei diversen Veranstaltungen der FPÖ zu Gast war.

Zudem findet seit 2001, als Andreas Mölzer erstmals ein Treffen der europäischen Rechtsparteien organisierte, bis heute zumindest einmal jährlich eine solche Zusammenkunft statt. Die Zusammensetzung der teilnehmenden Parteien wandelte sich hierbei von Treffen zu Jahr mitunter sehr stark; insbesondere der erst vor wenigen Jahrzehnten demokratisierte osteuropäische Raum, aber auch Italien, stellen durch ihre politische Instabilität einen nicht unwesentlichen Risikofaktor für langfristige Kooperationen dar (vgl. A1, Z 103-120). Hinzu kommen wandelnde Allianzen, einhergehend mit gegenseitigen Abgrenzungen, welche zur Abwesenheit einzelner Parteien bei solchen Veranstaltungen führen. Als Beispiel hierfür sei das Treffen der europäischen Rechtsparteien im Jahr 2010 in Wien genannt. Mit dem Ziel, über mögliche Wege der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zu diskutieren, fanden sich Ende Oktober 2010 auf Einladung der FPÖ zahlreiche Vertreter namhafter Rechtsparteien in Wien ein. Im Gegensatz zu 2008 standen der französische Front National und die bulgarische Ataka allerdings nicht auf der Gästeliste, und auch die ungarische Jobbik wurde nicht eingeladen. Argumentiert wurde dies mit der Erklärung, dass man zwar durchaus zu allen gleichermaßen national-patriotisch gesinnten Parteien gute Beziehungen pflege, man aber zu dieser Veranstaltung keine anti-europäischen Parteien einladen wollte. Hinzu kamen aber auch Absagen wie jene des rechtspopulistischen Niederländers Geert Wilders, welcher zwar als äußerst islamkritisch gilt, sich aber nicht zu den Reihen der Europäischen zählt und es üblicherweise vorzieht, sich nicht mit Vertretern anderer Rechtsparteien sehen zu lassen (vgl. Die Presse 2010c).

Sieht man einmal davon ab, dass der freundschaftliche Kontakt zu möglichst vielen anderen Parteien für die eigenen Reihen natürlich nur von Vorteil sein kann, so lässt sich ebenso aber auch feststellen, dass ebendiese

Freundschaften oftmals nur mangels einer formal organisierten Zusammenarbeit, bedingt durch äußerst heterogenes Parteienspektrum, in den Vordergrund treten. Im Rahmen der zur Datenerhebung geführten Experteninterviews und anschließenden Analyse wurde deutlich, dass solche informellen Arrangements bei der FPÖ einen weitaus höheren Stellenwert genießen als dies bei den anderen österreichischen Großparteien der Fall ist. Wie noch näher beschrieben werden soll, wird die Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen Parteien bei zum Beispiel der SPÖ oder der ÖVP vor allem über transnationale Organisationen wie jene der Europapartei oder EU-Parlamentsfraktion koordiniert. Freundschaftsabkommen oder bilaterale Bündnisse spielen hier im Rahmen einer weitgehend etablierten Organisation mit stabilen Strukturen keine wesentliche Rolle mehr.

5.2.2. Parteienbündnisse: Allianzen, Föderationen

Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft haben Parteienbündnisse in Europa zusätzlich an Bedeutung gewonnen (vgl. Geiger et al 2010). Schon zuvor ließen sich die Parteien Europas entsprechend ihrer Ideologie und gesellschaftspolitischen Ziele in verschiedene Gruppen einteilen, welche in unterschiedlichem Maße organisiert waren. Traditionell wies hier vor allem die politische Linke eine besonders starke Vernetzung auf. Heute findet sich nahezu jede größere Partei als Teil der einen oder anderen nationenübergreifenden Interessensgemeinschaft wieder.

Unter der wie folgt beschriebenen Kategorie versteht man den organisatorischen Zusammenschluss mehrerer politischer, sich zumeist ideologisch nahestehender Parteien, welche zum Zwecke eines gegenseitigen Austausches von Informationen und der Verfolgung gemeinsamer Ziele eine weitgehend strukturierte, überregional koordinierte Verbindung eingegangen sind, von der Europäischen Union allerdings nicht als politische Partei anerkannt werden und daher auch keine finanziellen Förderungen erhalten. Die Zusammenarbeit mehrerer nationaler Parteien im Rahmen eines Parteienbündnisses erfordert infolge der Notwendigkeit zur transnationalen Koordination ein im Vergleich zu den vorab angeführten Freundschaften und bilateralen Bündnissen hohes Maß an Organisation und Abstimmung.

Zugleich erhöht sich aber auch das Risiko einer strukturellen Instabilität, da die einzelnen Mitglieder zwar ein formelles Bündnis mit erklärten Zielen und offiziellen Statuten eingehen, sich aber dennoch keineswegs verpflichtet oder aufeinander angewiesen sind und daher nicht selten innenpolitischen Erwägungen folgen. Zwar

gehen der Gründung einer solchen Parteienföderation Verhandlungen voraus, im Rahmen derer die verschiedenen Parteien, welche meist schon zuvor durch eine Vielzahl bilateraler Kontakte untereinander vernetzt sind, das Spektrum gemeinsamer Positionen und Themengebiete klären und auf deren Basis die Ziele einer etwaigen Zusammenarbeit in einem formellen Programm festlegen. Interne Differenzen und das Aufkommen neuer Streitthemen lassen sich für den weiteren Verlauf einer Kooperation aber dennoch nicht ausschließen. Vor allem die ausgeprägte Heterogenität unter den Rechtsparteien und die Labilität der noch jungen osteuropäischen Demokratien bergen hier ein nicht leicht kalkulierbares Risiko. Die tatsächliche Handlungsfähigkeit und das politische Gewicht einer solchen Allianz sind somit nur begrenzt und haben, ähnliche wie bilaterale Bündnisse, vor allem symbolischen Wert. So geht es auf der einen Seite darum, nach außen hin Einigkeit und Verbundenheit zu demonstrieren und damit der innenpolitisch nicht immer unumstrittenen Positionierung der eigenen Partei ein Stück internationale Legitimation zu verschaffen. Auf der anderen Seite kommt einer Parteienföderation aber auch dadurch eine hohe Bedeutung zu, als dass diese oftmals die Vorstufe zu einer wie im nachfolgenden Kapitel beschriebenen Europapartei bilden.

So ging auch der im Februar 2004 gegründeten European Green Party (EGP) eine Europäische Föderation Grüner Parteien (EFGP) voraus. Die EFGP entstand 1993 und sollte nach den ersten politischen Erfolgen grüner Bewegungen in den 1980er-Jahren⁹ die Vernetzung der verschiedenen nationalen Parteien fördern und intensivieren. Der grundlegende Vorteil dieser Organisation war deren föderalistisches Prinzip, welches dem damals sehr ausgeprägten Pluralismus der betreffenden Parteien entgegen kam. So war es möglich, die zu diesem Zeitpunkt oftmals erst im Aufstieg befindlichen Bewegungen an der Gesamtorganisation partizipieren zu lassen und zugleich in einem möglichst hohen Maße zu unterstützen. Dadurch konnten an dieser Föderation auch Parteien teilhaben, deren Länder (noch) nicht Mitglied der Europäischen Union waren.

Ebenso verhielt es sich mit der 1965 aus der Nouvelles Équipes Internationales (NEI) hervorgegangenen Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD). Diese Parteienkonföderation kann als Vorläufer der 1978 gegründeten Europäischen Volkspartei (EVP) gesehen werden (vgl. Kaiser 2001: 697f). Infolge der politischen Umwälzungen in Osteuropa ab Ende der 1980er-Jahre sollte die EUCD bis zu ihrer Auflösung 1998

⁹ Die österreichischen Grünen (seit 1993: „Die Grünen - Die grüne Alternative“) fanden ihr Initial nicht zuletzt in den Protestbewegungen gegen das geplante Kernkraftwerk Zwentendorf (1978) sowie in der Besetzung der Hainburger Au (1984). 1986 gelang den bis dahin konkurrierenden Parteien „Vereinigte Grüne Österreichs“ (VGÖ) und „Alternative Liste Österreichs“ (ALÖ) vereint unter der Führung von Freda Meissner-Blau der erstmalige Einzug ins Parlament.

eine bedeutsame Rolle bei der Integration der dort neu entstandenen Schwesternparteien spielen. Nachdem sich schlussendlich die meisten osteuropäischen Länder im Laufe der 1990er-Jahre um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union bewarben und die jeweiligen Parteien nunmehr der EVP beitraten, wurde die EUCD aufgelöst bzw. ging ebenfalls in die Europapartei über (vgl. Hanley 2002: 246f).

Ähnliche Organisationen wie die EFGP oder EUCD lassen sich auch für die sozialdemokratische, liberale oder konservative Parteienfamilie beschreiben. Gemein ist all diesen Föderationen, dass deren Bedeutung mit der Gründung entsprechender Europaparteien deutlich abgenommen hat.

Wendet man den Blick wieder auf die europäischen Rechtsparteien, so finden sich hier nur wenige parteiübergreifende Organisationen. Durchaus gibt es die wie schon zuvor erwähnten mehr oder weniger regelmäßig stattfindenden Zusammenkünfte von Vertretern der betreffenden Parteien, allerdings ohne dass diese institutionalisiert oder von einer übergreifenden Vereinigung organisiert wären. Zwar gab es erstmals bereits 1984 eine rechtsextreme Fraktion im Europäischen Parlament (Group of the European Right), eine darüber hinausgehende Organisation sollte sich im Gegensatz zu anderen Gruppierungen allerdings niemals herausbilden.

Dem Front National, welcher bereits in der Group of the European Right eine tragende Rolle gespielt hatte, sollte auch bei allen zukünftigen nennenswerten Netzwerken rechter Parteien eine hohe Bedeutung zukommen. So auch als Initiator der am 9. Oktober 2005 gegründeten EuroNat. Neben dem Front National traten diesem Bündnis Parteien aus fünf weiteren Nationen bei: die italienische neofaschistische Fiamma Tricolore, die British National Party, die rechtsextremen schwedischen Nationaldemokraten, die spanischen Democracia Nacional sowie die niederländische Nieuw Rechts (vgl. EuroNat 2010). Zwar handelt es sich hier demnach um ein vergleichsweise kleines Parteienbündnis, bedeutsam erscheint allerdings, dass sich nur wenige Wochen nach der Gründung von EuroNat mehrere namhafte Vertreter europäischer Rechtsparteien in Wien zu einem „Kontaktforum“ zusammenfanden und an einem gemeinsamen Grundlagenkatalog für zukünftige Kooperationen arbeiteten. Am Ende dieses Kongresses stand, wie bereits erwähnt, die Veröffentlichung der Wiener Erklärung, die schließlich fast allen nachfolgenden Kooperationen rechter Parteien als Arbeitsgrundlage dienen sollte. So auch der 2007 gegründeten Europaparlamentsfraktion ITS, in der sich mit Front National und Fiamma Tricolore auch zwei Mitglieder von EuroNat wiederfanden. Die Aktivitäten von EuroNat selbst hielten sich weitgehend in

Grenzen. Weitere Mitglieder wurden seit seiner Gründung nicht mehr aufgenommen; die letzte offizielle Pressemeldung stammt vom Februar 2006 (vgl. EuroNat 2010). Da sich auch sonst nur wenige weiterführende Informationen über dieses Bündnis finden, lässt sich über die Zukunft von EuroNat nur mutmaßen. Auf dem Papier besteht es bis heute, da sich aber mittlerweile eine neue, größere Allianz gebildet hat (in der sich auch einige EuroNat-Mitglieder wiederfinden), ist es sehr fraglich, ob dieses Projekt von seinen Initiatoren wieder zu neuem Leben erweckt wird.

Ende Oktober 2009 fand in Budapest eine von Jobbik und Front National gemeinsam einberufene Pressekonferenz statt, bei welcher die beiden Parteien die Gründung der „Allianz der europäischen nationalen Bewegungen“ (AMNE - Alliance des mouvements nationaux européens) bekanntgaben (vgl. Priester 2010). Die bei der konstitutionellen Sitzung der Allianz proklamierten Forderungen decken sich auch hier weitgehend mit den jenen der Wiener Erklärung (vgl. Der Standard 2009b). Vorrangiges Ziel dieses Parteienbündnisses sollte dessen offizielle Anerkennung als Europäische Partei sein. Als weitere Mitglieder der AMNE wurden die gleichnamige belgische Schwesternpartei des Front National, die italienische Fiamma Tricolore sowie die schwedischen Nationaldemokraten genannt. Mit anderen Parteien stand man zum Zeitpunkt der Pressekonferenz noch in Verhandlungen. So traten dieser Allianz wenige Zeit später vier weitere rechtsextreme bis ultranationalistische Parteien bei, hierzu zählen die portugiesische „Partido Nacional Renovador“, die spanische „Movimiento Social Republicano“, die „British National Party“ sowie die „Allukrainischen Vereinigung Swoboda“. Andere prominente Rechtsparteien, welche mit den zuvor genannten Akteuren üblicherweise in einem Atemzug genannt werden - zum Beispiel Vlaams Belang oder FPÖ - sind in dieser Allianz überraschenderweise nicht vertreten. Zwar standen auch diese in Verhandlungen mit den Initiatoren der AMNE, entschieden sich aber letztendlich gegen einen Beitritt.

Angesichts ihres ansonsten durchaus bemühten europapolitischen Engagements fällt auf, dass sich die freiheitliche Partei hier in einer gewissen Zurückhaltung übt. Über die Beweggründe für dieses Vorgehen ließen sich nur wenige Indizien sammeln. So erwähnt der freiheitliche Europareferent, dass die FPÖ an der Entstehung der AMNE nicht unbeteiligt war, die Initiative zu dieser aber schließlich von Bruno Gollnisch (FN) ausging. Auch werde die Notwendigkeit einer rechten Europapartei nicht unbedingt gesehen. Der Assistent von Andreas Mölzer im Europaparlament gab wiederum an, dass die Absage der FPÖ zum einen durch Zweifel an der

Stabilität und dem Erfolg einer solchen Kooperation begründet sei, zum anderen aber auch das zukünftige politische Gewicht der geplanten Europapartei zu hinterfragen wäre; zudem spielten auch innenpolitische Erwägungen eine Rolle (vgl. A2: Z 111-121). So hält sich die FPÖ im Moment im Hintergrund, beobachtet die weitere Entwicklung der AMNE und hält sich die Möglichkeit einer Mitgliedschaft für den Fall entsprechender Erfolgsaussichten offen. Ob diese Konstellation tatsächlich eintreten wird, muss aus heutiger Sicht zumindest bezweifelt werden. Lediglich drei der neun bestehenden Mitgliedsparteien konnten bei der letzten Europaparlamentswahl Mandatare nach Brüssel entsenden, gar nur eine Partei ist im nationalen Parlament seines Heimatlandes vertreten.¹⁰ Der tatsächliche Erfolg der AMNE wird also schlussendlich daran zu bemessen sein, ob sie durch die EU als europäische Partei anerkannt wird. Ob dies gelingen wird ist bis heute eher fraglich, im Detail soll hierauf noch in einem nachfolgenden Kapitel (5.2.4.) eingegangen werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die auf Initiative von Front National und Jobbik hin unternommenen Bestrebungen einiger Rechtsparteien, mit einer gemeinsamen Allianz die Basis für eine spätere Europapartei zu schaffen, durchaus vom Willen zu einer langfristigeren Kooperation zeugen, zugleich aber auch die Labilität und Unbeständigkeit eines solchen Netzwerks offenbaren. Durchaus kann eine solche Allianz somit auch als Test- bzw. Anlaufphase für eine weitere, tiefergehende Kooperation gesehen werden. Dass derlei Unternehmen nicht immer erfolgreich sein müssen, verdeutlicht die wenige Jahre zuvor gegründete EuroNat, welche ebenfalls auf Bestreben des Front National gegründet wurde und deren Aktivitäten nur wenige Monate nach ihrer Entstehung wieder verebbten. So erscheint auch die Zurückhaltung der FPÖ verständlich, wenn sie mit dem sofortigen Beitritt in ein solches Parteienbündnis vorerst zögert. Hinzu kommen hier natürlich auch innenpolitische Überlegungen. Alle Mitgliedsparteien der AMNE genießen aufgrund ihrer extremistischen Ausrichtung einen äußerst schlechten Ruf, zudem ist das politische Gewicht der meisten Parteien auch in ihren Herkunftsländern kaum wahrnehmbar. Eine offizielle Verbindung mit diesen Parteien würde demnach keinen unmittelbaren Vorteil, dafür aber aller Voraussicht nach öffentliche Kritik und damit unabsehbare Imageschäden im eigenen Land mit sich bringen.

¹⁰ Nach der letzten Wahl 2009 konnten lediglich die British National Party (2 Mandate) sowie der französische Front National und die Jobbik-Partei (jeweils 3 Mandate) eigene Abgeordnete in das Europäische Parlament entsenden. Auf Ebene der nationalen Parlamente ist im Moment (01.10.2010) nur die Jobbik mit eigenen Abgeordneten vertreten. Fiamma Tricolore, Partido Nacional Renovador, der belgische Front National, die schwedischen Nationaldemokraten und die ukrainische Swoboda lagen bei den jeweils letzten nationalen Parlamentswahlen weit unter der Ein-Prozent-Marke.

Dennoch zeigt sich, dass Parteienbündnisse, Föderationen oder Allianzen gerade für ein noch im Aufbau befindliches Netzwerk wie jenes der europäischen Rechtsparteien von durchaus hoher Bedeutung sein können. Ist es heute bei den etablierten Großparteien aus beispielsweise konservativen, liberalen, sozialistischen oder grünen Kreisen zumeist der Fall, dass zur transnationalen Kooperation vor allem auf Europaparteien (oder direkter: auf die jeweilige Fraktion im Europaparlament) zurückgegriffen wird, so erweisen sich einfachere parteiübergreifende Organisationen aufgrund ihres tendenziell föderalen Charakters gerade für die Unterstützung aufstrebender Kräfte als sehr hilfreich. Die tatsächliche Effektivität eines Parteienverbands bemisst sich schlussendlich an der Zahl seiner Mitglieder, an deren politischem Gewicht, am (offiziell anerkannten) Grade der Organisation und - damit verbunden - am direkten Einfluss auf die verschiedenen Mechanismen des europäischen Politsystems. Für Parteinetzwerke mit europapolitischen Ambitionen können somit Allianzen wie AMNE oder EuroNat nur das Zwischenstadium einer fortlaufenden Entwicklung sein. Ein Verbleib auf dieser Ebene ist natürlich möglich, Einfluss und realpolitischer Handlungsraum bleiben dann allerdings (ebenso wie finanzielle Subventionen) enger begrenzt. Deutlich wurde jedenfalls, dass sich namhafte Vertreter der europäischen Rechtsparteien durchaus höhere Ziele gesetzt haben. Welche Rolle die FPÖ hierbei spielen wird, bleibt allerdings abzuwarten.

5.2.3. EU-Parlamentsfraktion

Das auf EU-Ebene mächtigste und zugleich auch sinnvollste Instrument zur Vernetzung nationaler Parteien stellt die Kooperation im Rahmen einer Fraktion des Europaparlaments dar. Strukturtheoretisch gesprochen handelt es sich hierbei um eine supranationale Institution, deren Ordnungsprinzip an der politischen Ausrichtung der Mandatare - und nicht an deren nationaler Zugehörigkeit - orientiert ist. Den Fraktionen kommen, um die Handlungsfähigkeit des Parlaments sicherzustellen, zentrale Rechte zur Steuerung des internen Ablaufs zu, weshalb die Geschäftsordnung auch starke Anreize zur Bildung von Fraktionen setzt. So lenken Fraktionen die Arbeit von Ausschüssen und haben die Möglichkeit, Einfluss auf Vorschläge für Rechtsakte zu nehmen oder alternative Entschließungsanträge einzureichen. (vgl. Europäisches Parlament 2009: 31, 38f). Sie haben zudem das Recht, Anfragen oder Änderungsanträge an den Rat oder die Kommission zu stellen und dürfen auch Kandidaten für die Position des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Quästoren des Parlaments vorschlagen

(vgl. ebd.: 22, 68, 74, 89). Eine weitere wichtige Aufgabe betrifft die Zusammenarbeit zwischen Fraktionen und den jeweiligen nationalen Parlamenten.

Wesentlich wird die Rolle von Fraktionen vor allem auch bei der Mitarbeit in den zwanzig ständigen Ausschüssen (sowie zwei ständigen Unterausschüssen), welche thematisch geordnet die inhaltliche Arbeit des Parlaments vorbereiten und damit eines der wichtigsten parlamentarischen Elemente darstellen. Dazu entsenden die verschiedenen Fraktionen in jeden Ausschuss sachlich versierte Abgeordnete, von denen dann eine Person zum Ausschussvorsitzenden gewählt wird; außerdem wird für jede zu erstellende Beschlussvorlage ein eigener Berichterstatter ernannt. Die Besetzung der einzelnen Ausschussvorsitzenden durch Mitglieder der verschiedenen Fraktionen erfolgt nach einem Punktesystem unter Berücksichtigung der Stärke einer jeden Fraktion. Innerhalb der Fraktionen wird hierbei zudem das Gewicht der einzelnen nationalen Gruppierungen beachtet (vgl. ebd.: 147f). So ergibt es sich, dass die größten Fraktionen im Europäischen Parlament auch die meisten Ausschussvorsitzenden und Berichterstatter stellen. Hinzu kommt, dass sich die größeren Gruppierungen die „populären“ Ausschüsse untereinander aufteilen, kleinere Fraktionen somit eher mit weniger öffentlichkeitswirksamen Themengebieten betraut werden. Weiters werden von den verschiedenen Fraktionen für jeden zu erstellenden Bericht eines Ausschusses eigene Schattenberichterstatter ernannt, welche im Auftrag ihrer Fraktion den Fortgang der jeweiligen Berichte verfolgen und im wechselseitigen Kontakt mit dem offiziellen Berichterstatter versuchen, eigene Vorschläge und Anliegen einfließen zu lassen (vgl. Europäisches Parlament 2009: 115f).

All dies verdeutlicht, dass die Fraktionen innerhalb des Europäischen Parlaments die wesentlichen Entscheidungsträger darstellen, weshalb für jede Partei die Mitgliedschaft in einer Fraktion als einziger langfristig praktikabler Zugang zu den wichtigsten parlamentarischen Mechanismen sowie zu weiteren finanziellen Mitteln erscheint¹¹. Wenngleich die für fraktionslose Mandatäre geltenden Minderheitsrechte im Europäischen Parlament im Vergleich zu den meisten nationalen Parlamenten ungleich mehr politischen Handlungsraum sichern, so sind die Rechte einzelner Abgeordneter aber dennoch deutlich beschnitten (vgl. Wessels 2008: 146).

¹¹ Gemäß der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments (2009) können die zuvor genannten Anfragen, Vorschläge und Anträge nur von einer Fraktion oder aber einer festgelegten Zahl von Abgeordneten (üblicherweise 40) eingebracht werden. Die zweite Variante erfordert allerdings einen ungleich höheren Organisationsaufwand und muss nicht immer von Erfolg sein.

Um als Fraktion anerkannt zu werden, muss eine Gruppierung im Moment mindestens 25 Mandatare mit ähnlicher politischer Zugehörigkeit aus zumindest einem Viertel der Mitgliedsstaaten (zurzeit sieben) unter sich vereinen (vgl. Europäisches Parlament 2009: 28). Jede Fraktion stellt einen eigenen Fraktionsvorsitzenden (zumeist aus jener Mitgliedspartei mit den meisten Abgeordneten kommend), welchem offiziell die Leitung der Gruppe übertragen wird. Damit verbindet sich die nicht zu unterschätzende Aufgabe, die aus verschiedenen nationalen Parteien stammenden Abgeordneten zu koordinieren und konsensorientiert auf gemeinsame Vorhaben auszurichten; durch die in einer Fraktion gegebene Vielfalt von nationalpolitischen Hintergründen ein nicht immer leichtes Unterfangen (vgl. Wessels 2008: 147). Wie noch angeführt werden soll, stellt diese Schwierigkeit gerade für rechtsnationale Gruppierungen eine nicht unwesentliche Hürde dar.

Trotzdem kam es natürlich im Laufe der Geschichte des Europäischen Parlaments bereits wiederholt auch zur Gründung rechtsnationaler Fraktionen. Neben der bereits erwähnten Rechtsfraktion „Identität, Tradition, Souveränität“, welcher ja bekanntermaßen im Jänner 2007 gegründet und im November desselben Jahres wieder aufgelöst wurde, ist hierbei auf jeden Fall die „Group of the European Right“ (GDE - Fraktion der Europäischen Rechten) zu nennen. Sie wurde nach der Europawahl 1984 gegründet und sollte bis zur nächsten Europawahl 1989 Bestand haben. Die GDE war die erste Fraktion rechtsextremer Parteien im Europaparlament und auch damals schon ging die Initiative vom französischen Front National aus (vgl. Hainsworth 2006: 83f). Nachdem die neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) nach der Europawahl 1979 als erste Rechtspartei eigene Abgeordnete in das Europa entsenden konnte, sollte es schließlich dem 1984 hinzugekommenen Front National gelingen, zusammen mit der MSI, der griechischen Nationalen Politischen Union (Ethniki Politiki Enosis - EPEN) sowie der nordirischen Ulster Unionist Party (UUP)¹² erstmals eine formell institutionalisierte Zusammenarbeit rechtsnationaler Parteien auf EU-Ebene zu konstituieren. Der Front National stellte damals mit zehn Mandataren mehr als die Hälfte der insgesamt siebzehn Fraktionsmitglieder, weshalb Jean-Marie Le Pen auch den Vorsitz der GDE übernahm.

Zwar konnten bei der darauffolgenden Europawahl 1989 mit den deutschen Republikanern und dem belgischen Vlaams Belang weitere Rechtsparteien in das Parlament einziehen, dennoch musste die Group of the European Right nach anfänglichen Verhandlungen aufgelöst werden. Mit EPEN und UUP waren nun zwei ehemalige

¹² Die Ulster Unionist Party trat der Fraktion erst 1985 bei. Zuvor war sie Mitglied in der Fraktion der Europäischen Demokraten (ED), schied aus dieser allerdings aus Protest gegen den englisch-irischen Vertrag (dieser gewährte der irischen Regierung in Dublin zusätzliche politische Rechte in Nordirland) aus und wechselte anschließend zur nationalistisch-autonomen GDE.

Fraktionsmitglieder aus dem Europäischen Parlament ausgeschieden. Hinzu kamen Streitigkeiten über den von der FN gestellten Anspruch auf den Fraktionsvorsitz. Nachdem die Republikanern auch noch eine Diskussion über die Autonomie der in Südtirol verbliebenen deutschsprachigen Minderheit begannen, entschied sich die italienische MSI schließlich gegen eine weitere Teilnahme an dieser Verbindung (vgl. Fieschi et al 1996: 235f). Dieser interne Konflikt verdeutlicht bereits recht früh, welche Risiken und latenten Streitpunkte sich im Rahmen einer Kooperation zwischen betont patriotisch-heimatverbundenen Parteien ergeben können und sollte eine Vielzahl späterer Konflikte (bspw. die Südtirol-Frage betreffend) vorweg nehmen. Nach dem Ausstieg der MSI kam es schließlich zur Gründung der Technischen Fraktion¹³ der Europäischen Rechten. Diese Fraktion vereinte Mandatare des Front National, des Vlaams Belang sowie der Republikaner unter sich und konnte in nur geringem Maße an die Erfolge der GDE anschließen. Bereits nach kurzer Zeit wurden die mit einer technischen Fraktion verbundenen Schwächen offensichtlich. Aufgrund ideologischer Unterschiede und verschiedenen europapolitischen Präferenzen kam es zu internen Streitigkeiten, die schließlich zum Ausstieg der Republikaner führen sollten (vgl. ebd.: 236). Der Front National führte die Fraktion zwar gemeinsam mit dem Vlaams Belang weiter bis zur nächsten Europawahl 1994, durch die fortan nicht mehr gegebene Möglichkeit zur Bildung technischer Zusammenschlüsse sollte es nun allerdings mehr als ein Jahrzehnt dauern, bis es mit der Gründung der ITS wieder eine Fraktion europäischer Rechtsparteien geben sollte.

Die Geschichte der ITS ist hier bereits an wiederholter Stelle behandelt worden und soll daher nun nur mit den wesentlichsten Fakten aufgegriffen werden. Als wichtig erscheint, dass es mit der 2005 erfolgten Veröffentlichung der Wiener Erklärung und unter tatkräftiger Mitwirkung der FPÖ erstmals gelungen war, sich auf mehrere grundlegende Ziele und Forderungen einer europäischen Rechtsbewegung zu einigen. Fortan sollte die Wiener Erklärung nahezu allen transnationalen Projekten rechtsnationaler bis -extremer Parteien als Grundlage für gemeinsame Vorhaben dienen. So auch der ITS, welche für die FPÖ den bisherigen Höhepunkt ihrer europapolitischen Bemühungen darstellt, deren Lebenszeit und realpolitischer Erfolg allerdings aufgrund interner Differenzen als nur äußerst begrenzt bezeichnet werden kann. Es zeigte sich, dass das fortwährende Bestehen einiger historischer Konfliktlinien für die europäischen Rechtsparteien sich auch heute noch als schwierige Hürde für gemeinsame Projekte herausstellt. Hinzu kommt die, wie die Vertreter der FPÖ in den

¹³ Mittels „technischer“ Zusammenschlüsse konnten sich eigentlich fraktionslose Mitglieder aus verschiedenen Lagern die mit dem Status einer Fraktion verbundenen Privilegien und Vorteile im Europäischen Parlament sichern. Diese Möglichkeit wurde allerdings 1994 mit einer Novelle der parlamentarischen Geschäftsordnung abgeschafft.

Interviews wiederholt betonten, teils noch ungenügende Verlässlichkeit der aus den jungen osteuropäischen Demokratien stammenden Partnerparteien.

Bis heute hat es keine weitere vergleichbare Fraktion der europäischen Rechtsparteien gegeben. Die meisten der damals in der ITS vereinten Parteien sind, sofern sie bei der Europawahl 2009 wiedergewählt wurden, heute fraktionslos und werden somit der Gruppe der sogenannten Non-Inscrits zugerechnet. So auch die Freiheitliche Partei, welche für die aktuelle Legislaturperiode (2009 - 2014) mit Andreas Mölzer und Franz Obermayr nunmehr zwei Abgeordnete in das Europäische Parlament entsenden konnte. Wie bereits zuvor im Detail angeführt wurde, stehen den Non-Inscrits im Vergleich zu den bestehenden Fraktionen nur begrenzte Mittel zur politischen Mitgestaltung zur Verfügung. Zwar können auch sie im Parlament Anfragen oder Abänderungsanträge einbringen, da sie aber keine ins Gewicht fallende Stimmgruppierung sind, werden solche Beiträge im Plenum zumeist nicht berücksichtigt. Ebenso bleiben sie bei Verhandlungen und Resolutionen unbedacht und sind auch bei den Präsidialsitzungen nicht anwesend. Außerdem erhalten sie weniger finanzielle Mittel und auch keine zusätzlichen Mitarbeiter für ihre parlamentarische Tätigkeit¹⁴. Ein weiterer Nachteil kann darin gesehen werden, dass auch die Reden bei Debatten im Plenum nach Fraktionsstärke verteilt werden. Zwar wird hierbei die Gruppe der Fraktionslosen wie in der Geschäftsordnung vorgesehen quasi als eigene Fraktion behandelt, da die 27 Non-Inscrits des Europäischen Parlaments aber eine äußerst heterogene Gruppe mit teils gegensätzlichen politischen Ausrichtungen darstellen, können diese ihre Rolle im Parlament nur selten geint wahrnehmen. Ein vergleichbares Problem ergibt sich bei der Mitarbeit in den Ausschüssen. Zwar entsenden auch die Non-Inscrits als Quasi-Fraktion Mitglieder in die verschiedenen Ausschüsse und können gemeinsame Schattenberichterstatter ernennen, allerdings kann in diesem Fall nicht davon ausgegangen werden, dass diese auch im Sinne aller Fraktionslosen die Arbeit der Berichterstatter überwachen und entsprechende Kompromisse erarbeiten. Dieses Problem fand auch im Gespräch mit Ulrike Lunacek Erwähnung:

„Was es auch gibt ist, dass die Parteien Shadows benennen, also Schattenberichterstatter. Mit denen verhandle ich dann, wenn ich Berichterstatterin bin. Aber mit wem von den Fraktionslosen sollte ich denn

¹⁴ Prinzipiell verfügen alle Mitglieder des Europäischen Parlaments über dasselbe Budget inklusive pauschaler Beträge für die Anstellung eigener Assistenten sowie einer Spesenvergütung. Fraktionen werden allerdings entsprechend ihrer Größe zusätzliche Mitarbeiter und finanzielle Mittel zugesprochen, bspw. für die Mitarbeit in den verschiedenen Ausschüssen.

verhandeln? Die benennen dann zwar in einem Plenum jemanden, der für sie spricht, aber mit wem soll ich denn verhandeln, wenn sie keine Fraktionsstrukturen haben?“ (Ulrike Lunacek; A4, Z 81-84)

Fasst man all diese Schwierigkeiten und Nachteile für fraktionslose Mitglieder des Europäischen Parlaments zusammen, so verwundert es nicht mehr, dass die Freiheitliche Partei nach dem Scheitern der ITS auch weiterhin darum bemüht ist, den Anschluss an eine neue Rechtsfraktion zu erreichen. Dass die freiheitlichen Abgeordneten Andreas Mölzer und Franz Obermayr bis heute fraktionslos geblieben sind, lässt sich vor allem in der politischen Isolation rechter Parteien sowie in deren teils gegenseitigen Ausgrenzung begründen. So stand die FPÖ nach der Europawahl 2009 in Verhandlungen mit der nationalkonservativen, europaskeptischen Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ (EFD), zu deren Mitgliedern mitunter auch Lega Nord, LAOS, UKIP oder die Dänische Volkspartei zählen.¹⁵ Infolge der durchaus guten Kontakte zu diesen Parteien erschien auch eine Mitgliedschaft der FPÖ nicht unwahrscheinlich, letztendlich scheiterten die Verhandlungen aber am Veto der ebenfalls zur EFD zählenden Partei der „Wahren Finnen“ sowie der niederländischen „Reformierten Politischen Partei“ („Staatskundig Gereformeerde Partij“ - SGP). Ausschlaggebend dürfte das im österreichischen Ausland überwiegende Meinungsbild sein, dass die FPÖ ein nicht zu vernachlässigendes Naheverhältnis zur Ideologie des Nationalsozialismus pflege (vgl. Der Standard 2009a). Dies dürfte auch die SGP - wegen ihres politischen Programms und diverser radikaler Forderungen selbst nicht unumstritten¹⁶ - schließlich dazu bewogen haben, eine Kooperation mit der FPÖ abzulehnen.

Der Freiheitlichen Partei bleibt die Teilnahme an einer Fraktion somit auch weiterhin verwehrt. Zwar kann vonseiten der FPÖ argumentiert werden, dass sich das Europäische Parlament auch ohne Fraktionsteilnahme als wichtige Plattform zur Einflussnahme und weiteren Vernetzung anbietet; der realpolitische Handlungsraum bleibt aber trotzdem bescheiden. Die sich aus der Logik der parlamentarischen Mechanismen ergebende Notwendigkeit, sich zu Fraktionen zusammenzuschließen, kann und wird auch von der FPÖ nicht verneint werden. Fraktionen haben einen überwältigenden Anteil an der Meinungsbildung im Europäischen Parlament, eine Einflussnahme auf die meisten politischen Prozesse ist einzelnen fraktionslosen Abgeordneten fast

¹⁵ Die EFD kann als Nachfolgerin der Fraktion „Unabhängigkeit und Demokratie“ (Ind/Dem, 2004-2009) sowie der Fraktion „Europa der Demokratien und der Unterschiede“ (EDU, 1999 - 2004) angesehen werden.

¹⁶ Bei der SPG handelt es sich um eine ultrakonservative, calvinistisch-radikale Partei, welche unter anderem für die Etablierung einer staatstragenden Theokratie sowie für die Abschaffung gleicher demokratischer Rechte für Mann und Frau steht. Bis heute hat die Partei keine einzige weibliche Abgeordnete. Weiters fordern sie die Abschaffung jeglicher Werkstätigkeit am Sonntag (weshalb auch der Zugriff auf die offizielle Partei-Website am Tage des Herrn nicht möglich ist). (vgl. SGP 2010, Lucardie 2006: 334f)

unmöglich. Nur ein gemeinschaftliches und konsensorientiertes Vorgehen birgt die Chance, dass einzelne Vorhaben und Beiträge in den Plenarsitzungen auch positiv behandelt werden. Dass dies gerade für Zusammenschlüsse rechter Parteien eine gewisse Herausforderung darstellt, ist auf die bei Fraktionen des Europaparlaments gängigen Prozesse zur internen Meinungsbildung zurückzuführen, verbunden mit der Heterogenität des rechten Parteienspektrums. So entspricht das dortige Abstimmungsverhalten in keiner Weise der in vielen nationalen Parlamenten gegebenen fraktionellen Geschlossenheit. Bei Abstimmungen im Europaparlament kommt es daher regelmäßig innerhalb der einzelnen Blöcke zu Enthaltungen oder gar Gegenstimmen, was zumeist durch unterschiedliche Einschätzungen oder auch innenpolitische Abwägungen bedingt ist.

Aufgrund gegenseitiger Ausgrenzungen ist es der FPÖ nach 2007 bis heute nicht mehr gelungen, als Mitglied einer Fraktion im Europäischen Parlament an den politischen Prozessen auf EU-Ebene maßgebend teilzuhaben. Gleichwohl würde ein solcher Zusammenschluss ein immenses Potenzial bergen. Auch Anton Pelinka schätzt, dass eine Fraktion, welche die Parteien des rechtspopulistischen bis rechtsextremen Spektrums unter sich vereinen könnte, aktuell die viert- bis fünftstärkste Kraft im Europäischen Parlament sein würde (vgl. B3, Z 92-95). Dass es zu einer derartigen Zusammenarbeit noch kommen wird, muss vom aktuellen Standpunkt aus allerdings bezweifelt werden.

5.2.4. Europapartei

Politische Parteien auf europäischer Ebene nehmen eine äußerst wichtige Rolle im Prozess der europäischen Integration ein. Erstmals im Vertrag über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht) von 1992 bedacht, sind sie heute wie in jedem anderen politischen System einer der wesentlichen Entscheidungsträger. Schon zuvor waren Parteien ähnlicher politischer Ausrichtung in einfachen Zusammenschlüssen der jeweiligen Parteienfamilien organisiert, und bereits 1974 war als erster europäischer Parteienverband der „Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ (Bund) gegründet worden. In den darauffolgenden Jahren kam es zur Gründung mehrerer transnationaler Parteienverbände. Infolge des im Jahre 1976 gesetzten Beschlusses, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments nunmehr über Direktwahlen zu bestimmen, erfuhren einen deutlichen Bedeutungsschub (vgl. Wessels 2008: 296f). Noch im selben Jahr wurden

Europäische Volkspartei (EVP) und die Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft (FLIDPEG) gegründet; die Europäische Demokratische Union (EDU) folgte 1978¹⁷, die Europäische Föderation Grüner Parteien (EGP) 1979, die Europäische freie Allianz (EFA) schließlich 1981. Wie bereits die Namen dieser Vereinigungen deutlich machen, hatten diese (mit Ausnahme der EVP) einen mitunter stark föderativen Charakter und konnten somit noch nicht als gesamteuropäische Partei angesehen werden. Zwar bemühten sich die neu gegründeten Verbände in den darauffolgenden Europawahlen um ein gemeinsames Programm für ihre Mitgliedsparteien, es ließ sich aber dennoch nicht vermeiden, dass der Wahlkampf schlussendlich vor allem durch nationale Themen geprägt wurde - ein Umstand, der sich bis heute bei allen weiteren Europawahlen fortsetzen sollte (vgl. Oppelland 2006: 457f).

Mit dem 1992 ratifizierten Vertrag von Maastricht wurde die Position europäischer Parteien weiter gestärkt. So heißt es dort in Artikel 191: „Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration in der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“ (Geiger et al 2010) In weiterer Folge kam es zur Neugründung mehrerer Parteienbündnisse. Der bis dahin eher lose und föderal organisierte Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft wurde zur Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), die Föderation der Demokratischen Parteien zur „Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei“ (ELDR), und auch die bereits zuvor erwähnte Europäische Föderation Grüner Parteien (EFGP) wurde neugegründet. Einzig die bereits von Anfang an als supranationale Partei konzipierte EVP war bereits vor dem Maastrichter Vertrag tief in das europäische Politsystem integriert und konnte daher von einer Neufassung seiner Statuten absehen (vgl. Oppelland 2006: 460f).

Im Juni 2004 erfolgte schließlich die Gründung einer neuen Europäischen Grünen Partei (EGP). Sie folgte der EFGP und sollte die auf supranationaler Ebene laufende Integrationskraft ihrer Vorgängerin fortführen, dabei allerdings in stärkerem Maße auch auf grenzübergreifende, zentralisierende Elemente zurückgreifen. So einigte man sich im Rahmen des Gründungskongresses auch auf ein gemeinsames Wahlprogramm und die Übernahme einheitlicher Kampagnen, mit welchen die einzelnen Grünparteien bei den kommenden Europawahlen antreten würden. Die Betonung des transnationalen Charakters und die Wahrnehmung integrativer (oder auch: europäisierender) Mechanismen stellt eine neue Entwicklung im europäischen Parteiensystem dar und findet sich

¹⁷ Maßgeblichen Anteil an der Gründung der EDU hatte die Österreichische Volkspartei. So fand die Gründung der EDU am 24. April 1978 auch in Salzburg statt; wo Josef Taus, der damalige Bundesobmann der ÖVP, als erster Präsident der EDU gewählt wurde. Nach seinem Rücktritt rund ein Jahr später übernahm Alois Mock als neuer ÖVP-Obmann diese Funktion und sollte der EDU bis 1998 vorstehen.

auch bei anderen Europaparteien wie etwa der EVP oder den Europäischen Linken (EL) wieder. Inwieweit sich diese Entwicklung fortführen wird, kann aus heutiger Sicht allerdings noch nicht bestätigt werden. Tatsächlich führt die wissenschaftliche Community schon länger einen Diskurs darüber, ob es sich bei den europäischen Parteien hinsichtlich ihrer praktischen Umsetzung nicht eher um eng kooperierende Verbände nationaler Parteien oder gar um eine neuartige Organisationsform *sui generis*, und weniger um transnationale Parteien handelt (vgl. Oppelland 2006: 462).

Wendet man den Blick auf die Aktivitäten und Aufgabenbereiche der verschiedenen Europäischen Parteien, so ergibt sich ein sehr vielseitiges, teils auch sehr verschiedenes Bild. Eine ihrer primären Funktionen besteht darin, den jeweils beteiligten Mitgliedern ein Forum zur Meinungsbildung, Diskussion und inhaltlichen Abstimmung zu bieten. Gemeinsam verfasste Manifeste oder Wahlprogramme sind das Produkt solcher Diskurse und dienen den einzelnen Nationalparteien als Basis einer so weit als möglich einheitlichen innenpolitischen Ausrichtung (vgl. Wessels 2008: 298f). Regelmäßige Treffen und eine klare Organisationsstruktur sichern den Austausch von Ideen und Informationen. Die Europäischen Parteien dienen auch insoweit einer verstärkten Integration ihrer Mitglieder, als dass ihnen auch oftmals nationale Parteien angehören, welche noch nicht den Schritt in das Europaparlament geschafft haben. Ein wichtiger Faktor ist natürlich auch jener der gegenseitigen Vernetzung. Diese dient der europaweiten Umsetzung gemeinsamer Aktionen wie auch dem Versuch, der Arbeit in den nationalen Parlamenten eine gewisse europäische Färbung zu verleihen. Als Beispiel hierfür kann eine von der EGP initiierte Protestaktion genannt werden, als nach der Ermordung der russischen Journalistin Anna Politkowskaja im Jahr 2006 mehrere nationale Grünparteien in ganz Europa zeitgleich vor russischen Botschaften für mehr Pressefreiheit demonstrierten. Dass diese Form der gemeinsamen Präsentation auch bei den Grünparteien nicht ganz unproblematisch sein kann, wurde von der Politikwissenschaftlerin Sonja Puntscher-Riekmann im Gespräch betont:

„Die ganze Formation der Grünen war nicht selbstverständlich, gerade zwischen den Parteien aus Skandinavien, Zentral- und Südeuropa gab es da massive Differenzen. Nicht nur thematisch, sondern auch bei den Wahlergebnissen. Die stärksten sind immer die Deutschen, die Niederländer, die Österreicher und die Skandinavier, während die Südeuropäer stets miserable Wahlergebnisse haben. Das heißt, die können schon gar nicht so bestimmend sein in einem Diskurs.“ (Sonja Puntscher-Riekmann, B2, Z 283-287)

Die Funktion der konzeptionellen Abstimmung fand auch im Gespräch mit MEP Hannes Swoboda (SPÖ) Erwähnung. So wurden von der SPE infolge der mit 2008 in Europa einsetzenden, weltweiten Finanzkrise für alle Mitglieder entsprechende Arbeitskreise eingerichtet und Seminare angeboten. Zudem wurde auch eine Reihe gemeinsamer Aktionen gesetzt, welche zum Beispiel die Möglichkeit einer europaweiten Finanzregulierung thematisiert haben. Von Seiten des Internationalen Sekretärs der ÖVP, Patrick Voller wurde zudem angeführt, dass die zum Beispiel die EVP mit dem „Center for European Studies“ ein Forschungsnetzwerk betreibt, welches sich im Sinne eines Think Tank vor allem längerfristigen Fragen und Herausforderungen wie demographischen Entwicklungen, Steuerfragen oder gesellschaftliche Reformen widmet.

Ähnliche Aktivitäten lassen sich in unterschiedlichem Ausmaß für alle Parteien auf europäischer Ebene beschreiben. Allen Parteien gemein ist jedenfalls das Ziel, durch konzentrierte überregionale Aktionen bei einer europäischen Öffentlichkeit ein Bewusstsein für grenzübergreifende Themen und Anliegen zu schaffen. Wie bereits im theoretischen Abschnitt der vorliegenden Arbeit angeführt wurde, befindet sich die europäische Öffentlichkeit noch in einer frühen Phase ihrer Entwicklung. Die Entscheidung der Europäischen Grünen Partei, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auch auf gemeinsam geführte Wahlkämpfe zu setzen, hat einen neuen politischen Kommunikationsraum auf transnationaler Ebene eröffnet und dazu geführt, dass auch andere Parteien nunmehr auf dieser Ebene agieren. Inwieweit dies einen verstärkenden Effekt auf die weitere Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit haben wird, bleibt allerdings noch abzuwarten.

Angesichts all dieser durchaus positiven Funktionen muss aber ebenso auch das vergleichsweise geringe(re) politische Gewicht der Europäischen Parteien in ihrer aktuellen Form betont werden. Durchaus konnten die Europaparteien in den vergangenen Jahren stetig an struktureller Tiefe und integrativer Kraft gewinnen und haben etwaige bilaterale Bündnisse überflüssig gemacht. Der im Vergleich zu den Fraktionen nur beschränkte Zugang zu den wesentlichen politischen Mechanismen der Europäischen Union führt allerdings dazu, dass die Kohärenz innerhalb einer Europäischen Partei zum Beispiel nicht mit jener von Fraktionen im Europäischen Parlament verglichen werden kann. Hieraus ergibt sich, dass das vorrangige Ziel aller Parteien in der Teilnahme an einer der im Europaparlament vertretenen Fraktionen besteht. Die Mitgliedschaft in einer Europäischen Partei verspricht zwar ebenso politische wie auch strukturelle Vorteile, gerade für kleinere Bewegungen sind die

Anreize zur Gründung einer Europapartei allerdings eher gering und haben im Vergleich zur parlamentarischen Arbeit auf EU-Ebene eher nur symbolischen Wert.

Um offiziell den Status einer Europapartei zu erlangen, muss ein Parteienbündnis „in mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten durch Mitglieder des Europäischen Parlaments oder in den nationalen Parlamenten oder regionalen Parlamenten oder Regionalversammlungen vertreten“ sein oder „mindestens drei Prozent der abgegebenen Stimmen in jedem dieser Mitgliedsstaaten erreicht“ haben (vgl. Europäisches Parlament 2007: 4). Da eine politische Partei auf europäischer Ebene neben den zuvor genannten Funktionen und Aufgabenbereichen auch finanzielle Anreize bietet, haben nunmehr neben den bereits vertretenen Parteienfamilien auch einige Parteien des rechtsnationalen Spektrums die Gründung eines solchen Verbands in Angriff genommen. Hierbei handelt es sich um die bereits zuvor erwähnte „Allianz der europäischen nationalen Bewegungen“ (AMNE), welche unter der Führung von Front National und Jobbik initiiert wurde.

Die Chance dieser Allianz, noch offiziell den Status als Europapartei zugesprochen zu bekommen, kann aus heutiger Sicht nur als sehr gering beschrieben werden. Zum einen sind von den aktuell neun Mitgliedern im Moment lediglich drei Parteien im Europäischen Parlament oder in den jeweiligen nationalen Parlamenten vertreten. Zum anderen ist zu erwarten, dass die meisten Mitglieder aufgrund ihrer zuweilen sehr extremistischen und regional begrenzten Themenpolitik eine eher geringe Konsensbereitschaft in Europafragen mitbringen und daher auch nicht als verlässliche Partner für ein solch transnationales Bündnis erscheinen. Auch ist der tatsächliche Nutzen einer solchen Verbindung nicht gänzlich klar. So führt der Politikexperte Anton Pelinka in Bezug auf die geplante Europapartei der Rechten an:

„Das ist natürlich möglich, die Frage ist nur: Was ist die Substanz? [...] Das sieht man letztlich auch bei der Europäischen Volkspartei oder den Europäischen Sozialisten - ja, es gibt dann vor den Gipfelkonferenzen des Europäischen Parlaments gelegentlich Treffen der Regierungschefs, dass sich die einmal zusammensetzen. Aber darüber hinaus ist die Rolle der Fraktion im Europäischen Parlament ungleich wichtiger als die Rolle einer Europäischen Partei.“ (Anton Pelinka, B1, Z 118-123)

Da aus heutiger Sicht nicht zu erwarten ist, dass zumindest sieben der neun Mitgliedsparteien der AMNE in absehbarer Zukunft einen oder mehrere Abgeordnete auf nationaler oder europäischer Ebene stellen werden,

besteht die aktuell wohl einzige wahrscheinliche Chance der AMNE darin, weitere, bereits etablierte und bei europäischen wie nationalen Wahlen erfolgreiche Parteien anzuwerben. Sollte dies nicht gelingen, so ist zu erwarten, dass diese Allianz ähnlich wie die ihr vorgegangene EuroNat sozusagen im Sand verlaufen wird. Die Freiheitliche Partei hat bereits deutlich gemacht, dass die Notwendigkeit einer Europäischen Partei der rechtsnationalen Bewegungen im Moment nicht unbedingt gesehen wird und daher auch eine Teilnahme an der AMNE nicht drängt. Sollten sich demnach nicht in näherer Zukunft die äußeren Bedingungen und Anreize für eine solche Allianz ändern, kann die weitere Entwicklung dieser Allianz eher nur pessimistisch betrachtet werden.

5.2.5. Globales Bündnis

Für die letzte Ebene der Vernetzung und Kooperation kann die Kategorie globaler Bündnisse genannt werden. Zwar sind heute fast alle großen Parteienfamilien auch durch eine eigene weltumspannende Organisation vertreten, wie in den Gesprächen mit österreichischen Parteienvertretern und Politikexperten allerdings deutlich wurde, spielen diese für die meisten Parteien heute eine eher nur geringe Rolle.

Als ältester noch bestehender globaler Dachverband politischer Parteien kann die Sozialistische Internationale (SI) genannt werden, bei welcher zum Beispiel auch die Sozialdemokratischen Parteien Österreichs und Deutschlands Vollmitglied sind. Sie wurde am 14. Juli 1889, dem 100. Jahrestag des Sturms auf die Bastille, gegründet und verstand sich von Beginn an als Kopf einer grenzübergreifenden Bewegung (vgl. Meyer 2008: 47f). Die programmatische Kapitalismuskritik sowie die aus der französischen Revolutionsparole entlehnten Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gaben den einzelnen Parteien den Anspruch einer internationalen Bewegung, was sich auch als (theoretisch) beste Voraussetzung für einen globalen Parteienzusammenschluss erweisen sollte (vgl. Krell 2007: 450). Allerdings zeigte sich bald, dass das Prinzip einer internationalen Solidarität als wesentliches Verbindungselement zwischen den einzelnen Parteien aufgrund realpolitischer Faktoren nur begrenzt von Erfolg sein konnte. Der Versuch, auf eben diesem Prinzip einen zentralisierten Zusammenschluss zu begründen, musste aufgrund der Heterogenität der beteiligten Parteien aufgegeben werden. Heute zählt die Sozialistische Internationale - welche bis heute alle drei Jahre (zuletzt 2008

in Athen) einen internationalen Kongress veranstaltet - mit rund 170 Mitgliedsparteien und -organisationen zu den erfolgreichsten globalen Parteienverbänden.

Eine weitere durchaus erfolgreiche weltumspannende Organisation ist die „International Democrat Union“ (IDU). Sie wurde 1983 gegründet und kann als Weltverband der bürgerlich-konservativen und christdemokratischen Parteien angesehen werden. Sie zählt heute mehr als 80 Mitgliedsparteien aus über 60 Ländern, darunter mitunter auch die deutsche CDU oder die Republikanische Partei der Vereinigten Staaten. Eines der Gründungsmitglieder und bis 1987 auch erster Vorsitzender dieser Organisation war Alois Mock, damals Bundesparteiobmann der ÖVP, welcher bereits bei der 1978 gegründeten European Democrat Union (EDU) maßgeblich mitgewirkt hatte (vgl. International Democrat Union 2010). Die ÖVP ist bis heute Vollmitglied in diesem Verband und nimmt hier verschiedenste Strukturen und Angebote wahr. Zentral sind die dreimal jährlich stattfindenden Treffen, welche vor allem um das gegenseitige Kennenlernen und den Aufbau persönlicher Netzwerke geht; wo sich aber auch beispielsweise die Campaign-Manager verschiedener Parteien in Arbeitsgruppen zusammenfinden um Erfahrungen und Informationen austauschen (vgl. A5, Z 17-22, 37-40).

Ebenso kann hier auch die „Liberal International“ (LI) angeführt werden. Sie wurde 1947 gegründet und ist der Weltverband der liberalen Parteien. Ihr gehören unter anderem die deutsche FDP und das österreichische Liberale Forum an. Vorrangiges Ziel der Liberalen Internationale ist es, Werte wie jene der Menschenrechte, Toleranz, Chancengleichheit und freien Marktwirtschaft zu unterstützen und durch Teilhabe an den internationalen Netzwerken weiter zu fördern (vgl. Liberale Internationale 2010). Ein bemerkenswertes Detail am Rande ist, dass auch die FPÖ über lange Jahre Mitglied dieser Organisation war (siehe 5.1.2). Damals noch verstärkt wirtschaftsliberal und weniger populistisch ausgerichtet, trat sie im Jahr 1979 der LI bei und stand somit auch mit anderen Liberalen Parteien Europas jahrelang in mehr oder weniger engen Kontakt. Mit dem Aufstieg des rechten Lagers ab Mitte der 1980er Jahre verschlechterte sich das Verhältnis zur LI allerdings zunehmend; im Jahr 1993 erfolgte schließlich die Abspaltung des Liberalen Forums und die FPÖ traten um einem drohenden Ausschluss zu vermeiden, aus der LI wieder aus.

Für Parteien des rechten Politspektrums findet sich auf globaler Ebene bis heute keine mit der SI oder IDU vergleichbare Organisation. Dies bedingt sich, wie auch schon auf regionaleren Organisationsebenen, vor allem

in der starken Heterogenität der rechten Parteien untereinander. Im Gegensatz zu den - als Beispiel - sozialdemokratischen Parteien finden sich hier fast keine thematischen Überschneidungen, welche gemeinschaftsstiftend als Basis für eine weltumspannende Kooperation genutzt werden könnten. Die Frage nach dem Bestehen solcher globalen Konstanten ist seit geraumer Zeit auch Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung und innerhalb der wissenschaftlichen Community nicht unumstritten. So wird unter anderem die These diskutiert, ob sich für einen solchen Zusammenschluss die von fast allen rechten Parteien betriebene Globalisierungskritik eignen könnte. Schließlich würden sich hierdurch die „sonst trennenden ultranationalistischen Positionen zu einer auch grenzüberschreitend mobilisierbaren Gemeinsamkeit in der politischen, ökonomischen und kulturellen Globalisierungsdebatte im Kampf gegen einen global verorteten Feind [verwandeln]“ (Greven/Grumke 2006: 10). Der Gedanke, das Phänomen der Globalisierung könne den Rechtsparteien als gemeinsames Feindbild dienen und so zumindest in einigen Themenbereichen eine weltumspannende Kooperation ermöglichen, erscheint auf den ersten Blick nicht uninteressant und findet, wie später noch angeführt wird, auch bei den betreffenden Parteien starken Anklang. Trotzdem stellt sich hierbei aber auch die Frage, wie ein solches Phänomen, das sich heute über alle Funktionssysteme der modernen Gesellschaften erstreckt und dennoch kaum direkt erfassbar ist, Basis konkreter politischer Kooperationen und daraus resultierender Maßnahmen sein kann. Zudem kommen transnationale Kooperationen rechter Parteien infolge ihrer oftmals populistischen Tradition vorwiegend dann zustande, wenn sich aus diesen Zusammenschlüssen auch kurzfristig Vorteile für die eigene Politik ergeben. Global agierende Organisationen hingegen bedingen einer langfristigen Planung und ideologischen Einigkeit, welche in der Vielfalt rechter Parteien und der von ihnen vertretenen gesellschaftspolitischen Interessen kaum bestehen kann.

Natürlich muss aber auch danach gefragt werden, inwieweit für Parteien wie die FPÖ tatsächlich die unmittelbare Notwendigkeit besteht, sich auf globaler Ebene zusammenzuschließen. Wie bereits angeführt wurde, spielen globale Verbände auch für andere Parteien keine wesentliche Rolle und kommen vermehrt erst dann zu tragen, wenn eine Partei eine Regierungsverantwortung trägt und als Akteur im internationalen Politsystem auf entsprechende Netzwerke zurückgreifen muss. Für die rechten Parteien ergibt sich hier zum einen das Problem, dass von diesen nur die wenigsten über ein mit der FPÖ vergleichbares politisches Gewicht verfügen und somit als interessanter Partner in Frage kämen. Zum anderen fällt es im Vergleich zu anderen großen Parteienfamilien auch weit schwerer, außerhalb Europas entsprechende Partnerparteien zu finden. Als

einer der wenigen nennenswerten Partner im europäischen Ausland kann die japanische „Issuikai“ genannt werden. Hierbei handelt es sich um einen Dachverband japanischer nationalistischer Gruppierungen, welcher zuletzt im August 2010 in Tokio eine Konferenz zum Thema „Die Zukunft nationaler Bewegungen“ organisierte. Unter den Gästen fanden sich neben den beiden EU-Abgeordneten Andreas Mölzer und Franz Obermayr von der FPÖ auch mehrere Vertreter bereits zuvor erwähnten „Allianz der europäischen nationalen Bewegungen“: British National Party, Front National, Jobbik, Vlaams Belang, Fiamma Tricolore, Svoboda und Partido Nacional Renovador (vgl. Jungnikl 2010). Als bezeichnend erscheint, dass bei diesem Kongress vor allem globalisierungskritische Themen behandelt wurden. So hielt auch Andreas Mölzer einen Vortrag über die „Bekämpfung der negativen Folgen der Globalisierung und die Erhaltung der kulturellen Identität“ und setzte so auf eine wesentliche Gemeinsamkeit der anwesenden Rechtsparteien (vgl. Mölzer 2010a).

Dennoch kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die rechten Parteien Europas durchaus darum bemüht sind, auch auf globaler Ebene Partner zu suchen und Netzwerke aufzubauen, wenngleich dies aufgrund dem Fehlen entsprechender Parteien nicht immer leicht fällt. Beispiele wie die oben angeführte Konferenz oder die Kontakte der FPÖ zur südafrikanischen Freiheitsfront-Partei deuten durchaus an, dass sich auch auf dieser Ebene erste lose Netzwerke gebildet haben. Die Gründung einer strukturell gefestigten und (vor allem) effektiven „Rechten Internationale“ bleibt aber auch auf lange Sicht sehr unwahrscheinlich.

5.3. Mögliche Partner und deren Legitimation

Unter Berücksichtigung des vorangegangenen Kapitels (5.2.) soll nun der Versuch unternommen werden, die mit der FPÖ in verschiedensten Formen der Kooperation stehenden Parteien zu benennen und auf etwaige Gemeinsamkeiten oder auch etwaige Widersprüche und Besonderheiten hin zu untersuchen. Mit welchen Partnern werden tiefere Bündnisse eingegangen? Bei welchen Parteien wird eine intensivere Zusammenarbeit eher vermieden? Worin begründet sich dies und inwieweit lassen sich die jeweiligen Partner unterscheiden? Wie wird die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Parteien von Seiten der FPÖ argumentiert?

Wie die Analyse der geführten Interviews zeigte, ist für die Freiheitliche Partei vor allem die Frage nach der politischen Legitimation etwaiger Partner von hoher Bedeutung. Da die FPÖ für ihre Verbindungen zu diversen

rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien aus ganz Europa regelmäßig im Fokus der Medien und öffentlichen Kritik steht, legt sie üblicherweise sehr großen Wert auf die Betonung, dass es sich bei diesen Kontakten stets um demokratisch legitimierte Parteien handelt.

„Also ein relevanter Punkt ist immer eine demokratische Legitimierung in einem europäischen Land. Das ist auch unseren Gegnern immer entgegen zu halten. Wenn da jemand sagt: "Ja aber warum reden Sie beispielsweise mit Vlaams Belang, die sind ja so böse und so rechtsextrem." Naja, aber der hat in Flandern siebzehn Prozent Wählerzuspruch und ist demokratisch legitimiert. Also werden wir auch mit denen reden dürfen und darüber hinaus.“ (Wendelin Mölzer, A1, Z 83-85)

Diese Notwendigkeit zur öffentlichen Rechtfertigung betrifft gerade die engsten und wichtigsten Partner der FPÖ - und unterscheidet sie auch deutlich von anderen österreichischen Großparteien. Kaum eine im österreichischen Parlament vertretene Partei wird aufgrund ihrer internationalen Netzwerkarbeit derart häufig und direkt angegriffen wie dies bei der FPÖ der Fall ist. Besonders oft stehen die Kontakte zum eben genannten Vlaams Belang, zum Front National sowie zur Lega Nord im Mittelpunkt der Kritik, weshalb nun vorab eine kurze Beschreibung dieser Parteien erfolgen soll.

Der Vlaams Belang (bis 2004: Vlaams Blok) ist einer der ältesten und auch umstrittensten Partner der FPÖ. Sie unterhalten seit 2001 eine „Freundschaft“ und haben im Jahr 2007 auch schon in einer Fraktion des Europäischen Parlaments (ITS) zusammengearbeitet. Bei dieser Partei handelt es sich um eine betont separatistische Bewegung, welche 1979 gegründet wurde und sich für ein autonom verwaltetes Flandern sowie die Auflösung des „historischen Irrtums“ Belgien einsetzt. Mit dieser Forderung verbinden sich allerdings nicht nur ethnozentrische, sondern vor allem auch sozioökonomische Überlegungen (vgl. Stöss 2006: 541). In Laufe der 1980er-Jahre nahm der Vlaams Belang immer deutlichere rechtsextreme Züge an und konnte hiermit im flämisch geprägten Teil Belgiens auch durchaus Gewinne erzielen. Die weitgehend populistisch geführten Wahlkämpfe sind vor allem auch dem Bereich der Migration gewidmet und haben durch offen fremdenfeindliche bis rassistische Äußerungen bereits wiederholt für Aufsehen gesorgt (vgl. Hecking 2006: 47, 58). Seit der letzten Wahl im Juni 2010 ist der Vlaams Belang mit zwölf Mandataren im belgischen Parlament vertreten. Für das Europäische Parlament konnten 2009 zwei Mandate gewonnen werden.

Ein nicht weniger wichtiger Partner ist, gerade wegen seines europapolitischen Engagements und weitreichender Netzwerke, der französische Front National. Dieser „Prototyp für eine nationalistische und neorassistische Partei“ (Stöss 2006: 541) gilt als das Lebenswerk seines langjährigen Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen und ist aufgrund seines nationalistisch-autoritären, extrem ethnozentrischen und systemkritischen Politprogramms auch international äußerst umstritten. Zwar erreichte der Front National bei nationalen Wahlen bis heute wiederholt durchaus beachtliche Stimmanteile, aufgrund des in Frankreich geltenden Mehrheitswahlsystems konnte dies allerdings fast nie in eine entsprechende Präsenz von Abgeordneten umgesetzt werden¹⁸. Das Potenzial der Partei zeigte sich aber auch bei den französischen Präsidentschaftswahlen, bei denen Le Pen wiederholt als Kandidat seiner Partei antrat und stets einen Stimmanteil im zweistelligen Prozentbereich erzielen konnte¹⁹ (vgl. Höhne 2006: 177f). Le Pen kann als einer der wichtigsten Netzwerker der europäischen Rechten angesehen werden. Seine anhaltenden Bemühungen initiierten bereits mehrere grenzübergreifende Organisationen rechter Parteien, darunter die EuroNat, die AMNE, sowie alle drei bislang gegründeten rechtsextremen Fraktionen des Europaparlaments: die GDE (1984-1989), die GTDE (1989-1994), und die ITS (2007). Seine Tochter Marine Le Pen dürfte diese Linie fortführen. Möchte die FPÖ ihr europapolitisches Engagement weiter ausbauen, so führt auch heute noch kein Weg an dem Front National vorbei.

Ebenso muss an dieser Stelle auch die Lega Nord genannt werden. Ähnlich wie der Vlaams Belang zeigt auch sie mit ihrer Forderung nach einer stärkeren Autonomie Norditaliens föderalistische bis leicht separatistische Züge, und auch hier resultiert diese Forderung vor allem aus sozioökonomischen Vorbehalten; in diesem Fall gegenüber dem rural geprägten Süden Italiens. Nichtsdestotrotz ist aber auch sie aufgrund ihrer einschlägigen Haltung zu Migrationsfragen und ihrer offenen Fremdenfeindlichkeit zur Gruppe der rechtsextremen Parteien zu zählen (vgl. Stöss: 541). Die Lega Nord ist im Moment die drittgrößte Partei Italiens und seit 2008 mittels einer Koalition mit der Popolo della Libertà von Silvio Berlusconi in Regierungsverantwortung. Auch bei den Europawahlen und der allgemeinen grenzübergreifenden Vernetzung ist diese Partei durchaus erfolgreich. Zurzeit ist sie mit neun Mandataren im Europäischen Parlament vertreten und Mitglied der Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“, welcher bekanntermaßen im Jahr 2009 auch die FPÖ beitreten wollte, schlussendlich aber am Widerstand der niederländischen SGP und der Partei der „Wahren Finnen“ scheiterte.

¹⁸ Lediglich 1986 konnte der Front National 34 Mandate erringen, bei allen anderen Parlamentswahlen erhielt er entweder nur ein Mandat (1988, 1997) oder ging gänzlich leer aus.

¹⁹ Bei seinem ersten Antritt im Jahre 1988 erhielt Jean-Marie Le Pen im ersten Wahlgang 14,4 Prozent der Stimmen; 1993 erreichte er 15 Prozent; 2002 waren es im ersten Wahlgang sogar 16,9 Prozent (mehr als der damals ebenfalls angetretene sozialistische Premierminister Lionel Jospin), in der Stichwahl unterlag er schließlich dem damals amtierenden Präsidenten Jacques Chirac mit 17,8 Prozent.

Der weiteren Kooperation im Europäischen Parlament stand dies, wie auch Bernhard Tomaschitz im Gespräch anführte, nicht im Wege:

„Nichtsdestotrotz gibt aber seitens der FPÖ hervorragende Kontakte zur EDF. Einerseits zur Dänischen Volkspartei, und auch italienischen Lega Nord, diese Kontakte bestehen schon seit vielen Jahren. Andererseits gibt es sehr gute Kontakte zum Vlaams Belang, früher Vlaams Blok, zur französischen Front National und recht gute, wenn auch nicht so enge Kontakte, zur bulgarischen Ataka.“ (Bernhard Tomaschitz, A2, Z 22-26)

Weitere bereits erwähnte Parteien, zu denen die FPÖ mehr oder weniger enge Kontakte unterhält, sind Ataka (BUL), BNP und UKIP (beide GB), Dänische Volkspartei (DK), Einiges Russland (RU), Fiamma Tricolore (I), Freiheitsfront (ZA), Industry Will Save Georgia (GEO), Jobbik (H), LAOS (GR), Plataforma per Catalunya (E), ProNRW bzw. ProKöln (BRD), Schweizer Volkspartei (CH) sowie die Serbische Fortschrittspartei (SRB). Zudem bestehen laut Angabe des Freiheitlichen Europareferenten auch vereinzelte persönliche Kontakte zur Republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten (vgl. A1: Z 38-41). Bis auf wenige Ausnahmen sind all diese Parteien auch untereinander in verschiedenem Maße vernetzt oder sogar Mitglied eines offiziellen Parteienverbands. Trotzdem fällt es - gerade wegen der ausgeprägten Heterogenität - sehr schwer, diese Akteure auf einer abstrakteren Ebene zu kategorisieren und in Hinblick auf ihre Verbindung mit der FPÖ etwaige verbindende Eigenschaften zu benennen.

Ein durchaus naheliegender und auch weitgehend zutreffender Schluss ist die Vermutung, dass es sich bei all diesen genannten Partnern um äußerst nationalistisch bis ethnozentristisch ausgerichtete Parteien handelt und sich eben hieraus ein gemeinsames Interesse als Grundlage einer weiterführenden Zusammenarbeit ableiten lässt. Auf den ersten Blick erscheint diese Erklärung durchaus als ausreichend, doch ergibt sich bei näherer Betrachtung die Vermutung, dass dieser Faktor eventuell doch zu kurz greift (siehe Kapitel 5.5). Im Gegensatz zum Front National, der ja stetig um neue Kontakte bemüht ist, geht die FPÖ teils eher zögerlich vor - womöglich steckt hier aber auch ein gewisses strategisches Vorgehen dahinter. Als Beispiel hierfür sei die einstweilige Absage an die von Front National initiierte AMNE genannt, welche aufgrund des eher nur geringen politischen Gewichts ihrer Mitglieder aus heutiger Sicht keine großen Aussichten auf Erfolg hat. Auf der anderen Seite aber geht die FPÖ auch eigene Wege und verbündet sich mit Kleinstparteien aus Spanien oder

Georgien. Wie im nachfolgenden Kapitel (5.4) noch verdeutlicht werden soll, hat es den Anschein, dass die FPÖ im Moment vor allem ohne Mitwirkung der üblichen Big Player unter den europäischen Rechten ihr außenpolitisches Profil schärfen und ein eigenes, auf Wien hin ausgerichtetes Netzwerk aufbauen will.

Sollte sich diese Vermutung bestätigen, so wird die FPÖ auch in den kommenden Jahren weiterhin versuchen, Partnerschaften mit politisch ähnlich ausgerichteten Parteien zu schließen, welche noch nicht so stark in das bestehende Gefüge der europäischen Rechtsparteien eingebettet sind. Ebenso wird sie sich auch vermehrt um langfristige Kooperationen mit vielversprechenden politischen Newcomern bemühen. Als jüngstes Beispiel hierfür kann die im Oktober bekanntgegebene Zusammenarbeit mit der deutschen Bürgerbewegung Pro Nordrhein-Westfalen (pro NRW) genannt werden (vgl. Der Standard 2010). Aber auch die nach wie vor bestehenden Kontakte zu den etablierten europäischen Rechtsparteien werden, beispielsweise auf die Möglichkeit einer Neugründung einer gemeinsamen Fraktion im Europäischen Parlament bezogen, auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Welche Position die Freiheitliche Partei zukünftig im Kreise ihrer Partnerparteien einnehmen wird, ist aber auch von innenpolitischen Faktoren abhängig. Hierauf soll später nochmals im Speziellen eingegangen werden.

5.4. Motivlagen und Nutzenziehung

In den beiden vorangegangenen Teilen wurde dargelegt, welche Formen der transnationalen Kooperation für die Freiheitliche Partei bestehen und welche Partner hierbei von besonderer Bedeutung sind. Nunmehr soll auf einer etwas abstrakteren Ebene der Frage nachgegangen werden, welche speziellen Motivlagen sich mit diesem europapolitischen Engagement verbinden. Die Antwort hierauf soll nun in einem ersten Schritt unter Zuhilfenahme der von Murray Edelman entwickelten Theorie einer „symbolischen Politik“ gesucht werden. Es geht in diesem Sinne vor allem darum, welcher direkte Nutzen sich für die FPÖ aus ihrer Netzwerkarbeit insbesondere innerhalb der Europäischen Union ziehen lässt und inwieweit sie sich auf dieser Systemebene unter den gegebenen Umständen profilieren kann.

Zusammengefasst besagt das von Murray Edelman (1976) geprägte Konzept der „symbolischen Politik“, dass sich das Handeln der politischen Akteure in der Übernahme von vordefinierten Rollen begründet. Die

Rollendefinitionen wirken sich auf die Interaktionen innerhalb des politischen Systems aus und prägen die dort gegebenen Herrschaftsverhältnisse. Anhand dessen wird bereits deutlich, dass sich Edelman bei seinen Ausführungen vor allem auf die Theorie des Symbolischen Interaktionismus von George Herbert Mead bezieht. Nachvollziehbar erscheint dies vor allem dann, wenn Edelman versucht, politische Handlungen als Ausdruck „dramatisierter, inszenierter oder symbolisierter“ Rollenbilder zu erklären (vgl. Sarcinelli 2005: 135f). Ein einfaches Beispiel hierfür wäre das Verhalten eines politischen Akteurs in Oppositions- oder Regierungsverantwortung; ebenso sind auch Wahlkampfkampagnen zu nennen, welche sich üblicherweise mit vielfältigster Symbolik der Vermittlung einer eindeutigen (und zumeist sehr kurzen) Botschaft widmen. Etwas pessimistisch, aber auch in der heutigen Zeit nicht unberechtigt, basiert Edelmanns Theorie auf der Annahme, dass die innere Logik des politischen Systems zu komplex sei, als dass sie für die breite Öffentlichkeit ohne weiteres nachzuvollziehen wäre. Anstelle von konkreten Nachrichten trete so das „Panoptikum“ einer abstrahierten symbolischen Szenerie in den Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung. „Öffentlich vermittelte Politik wird zum Ritual, zu einem Schauspiel politischer Legitimationsbeschaffung und zum manipulativen Instrument der Interessensdurchsetzung für Eliten“ (ebd.: 138). Die von den Akteuren gebrauchten Symbole und Rituale reduzieren die Komplexität des Systems und erleichtern auf diesem Wege die Kommunikation nach außen, zugleich dienen sie aber auch dem Zweck, das politische System und damit auch die eigene Rolle nach außen hin zu legitimieren und die innersystemischen Mechanismen im Hintergrund zu belassen. Von einer solchen symbolischen Politik zu unterscheiden ist das Element einer instrumentellen Politik. Sie bezeichnet den tatsächlichen Nutzen, welchen ein interagierender Akteur durch die Bedienung der ihm zur Verfügung stehenden systemischen politischen Mechanismen erzielen kann (vgl. Stüwe 2004: 35f). Hierzu zählen etwa die sich im Europäischen Parlament bei entsprechender Fraktionsstärke ergebenden Vorteile bei der Ernennung von Ausschussvorsitzenden und Berichterstattern sowie der höhere Anteil an Redezeit im Plenum.

Natürlich handelt es sich bei diesem Konzept um eine idealtypische Betrachtung, welche in diesem Sinne zwar auch nicht in der Realität erfahrbar ist (ein Aspekt, der auch von Edelmanns Kritikern angesprochen wurde), aber durchaus - wie jeder theoretische Idealtypus - zum Zwecke des Vergleichs und der Analyse auf real existierende Phänomene übertragen werden kann. So auch im Falle der Freiheitlichen Partei Österreichs.

5.4.1. Symbolische Politik

Da der Freiheitlichen Partei der Zugriff auf die meisten politischen Mechanismen auf transnationaler Ebene (insbesondere der EU) verwehrt bleibt, weisen ihre dortigen Aktivitäten im Moment vor allem symbolischen Charakter auf. Wie bereits aufgezeigt wurde, kann die FPÖ im Europäischen Parlament aufgrund ihrer isolierten Position als fraktionslose Partei in realpolitischer Hinsicht kaum etwas bewirken. Umso wichtiger (und in gewisser Weise auch vernünftiger) erscheint es daher, dieses Defizit an substanziellen Erfolgen durch ein hohes Maß an symbolischer Politik auszugleichen. Eine Vielzahl von Indikatoren, gewonnen aus den Gesprächen mit Politikern und Experten, bestätigen diese Situation. Denn wenngleich die FPÖ bei den vergangenen Wahlen zum Europäischen Parlament vor allem aus Protest gegen etwaige Missstände in der EU gewählt wurde, müssen deren Mandatare ihre Rolle als Abgeordnete des Parlaments wahrnehmen und am europäischen Politsystem partizipieren. Dass sich hierdurch hinsichtlich der Performance und öffentlichen Wahrnehmung nicht unwesentliche Probleme ergeben, betonen auch Sonja Puntischer-Riekmann und Hannes Swoboda im Gespräch:

„Und daher ist das Mitarbeiten [im Europäischen Parlament, Anm.] auch das Gerechwerden einer Rolle die sie ja auch im nationalen Kontext immer wieder beanspruchen, nämlich die des Kontrolleur gegenüber den Mächtigen. Also diese seltsame Spaltung in der Haltung: Wir sind nicht mächtig, sondern die anderen, und müssen sie daher kontrollieren.“ (Sonja Puntischer-Riekmann, B2: Z 19-21)

„Natürlich kann man wie ein anderer Fraktionsloser, nicht von der FPÖ, nämlich Hans Peter Martin, einfach die Kronen Zeitung verwenden und, sag ich jetzt mal, Geschichten erzählen. Das hat aber wiederum mit den Entscheidungen im EU-Parlament nichts zu tun. Die laufen nicht so, wie man es irgendwo in den Medien will, sondern die laufen natürlich aus der Dynamik eines Parlaments heraus.“ (Hannes Swoboda, A3: Z 45-49)

Dass die Rolle eines „Kontrolleurs gegenüber den Mächtigen“ aus der Position eines Non-Inscrits heraus nur schwer wahrgenommen werden kann, fällt in dieser Situation nicht weiter ins Gewicht. Vielmehr geht es um eine Frage der mit einer entsprechenden Kommunikation gegebenenfalls erreichbaren öffentlichen

Wahrnehmung²⁰. So zählt für die Freiheitliche Partei auch schon die einfache Präsenz ihrer Abgeordneten auf dem internationalen Parkett zu einem positiven Akt symbolischer Politik - und wird medial entsprechend kommuniziert. Als rechtspopulistisch agierende Partei nützt sie vor allem die in Österreich weit verbreitete kritische Haltung gegenüber der Europäischen Union aus - und steht damit auch in der Gunst der größten Tageszeitung des Landes. Eine vergleichbare Strategie verfolgt auch eine andere österreichische Partei im Europaparlament, die „Liste Dr. Hans-Peter Martin“. Auch ihre Abgeordneten sind fraktionslos und haben daher nur in einem äußerst geringen Maße direkten Einfluss auf die parlamentarische Meinungsbildung. Für beide Parteien erscheint es daher umso bedeutsamer, die eigene Rolle zu stilisieren und gegenüber der Wählerschaft auf nationaler Ebene zu legitimieren.

Auch die von der FPÖ und anderen - vorwiegend europäischen - Rechtsparteien betriebene Vernetzungsarbeit dient im Moment noch zu weiten Teilen dem Zwecke einer symbolischen Politik. Denn wenngleich der Grad der Vernetzung stetig zunimmt und damit auch die Möglichkeit einer effektiven Zusammenarbeit immer wahrscheinlicher wird, fehlt es der internationalisierten Rechten nach wie vor an realpolitischem Gewicht und Einfluss. Dennoch sollte der Nutzen einer solchen symbolischen Politik nicht unterschätzt werden, da mit dieser eine Vielzahl von durchaus positiven Nebeneffekten einhergehen.

Für die Freiheitliche Partei kann als einer der wichtigsten Nebenaspekte angeführt werden, dass durch das gemeinsame Auftreten mit anderen europäischen Rechtsparteien der Versuch unternommen wird, sich als seriöse, rechtsdemokratisch-patriotische Partei zu präsentieren, deren Anliegen und Forderungen keineswegs einer extremen, dem nationalsozialistischen Gedankengut nahestehenden Minderheit entspringen, sondern von einer Vielzahl anderer politisch legitimierter Parteien geteilt werden. Eine solche Profilierung signalisiert: Man ist nicht alleine in Europa, sondern Teil einer umfassenderen, an Stärke und Einfluss gewinnenden Bewegung nationaler Kräfte. Die FPÖ wendet sich somit gegen den Vorwurf der politischen Isolation und begegnet damit auch jenen Stimmen, welche ihr den Einfluss auf überregionale, insbesondere EU-politische Vorgänge absprechen und damit suggerieren, dass die bei Europawahlen für die FPÖ abgegebenen Stimmen im Grunde ohne Wirkung bleiben.

²⁰ Betrachtet man die von Andreas Mölzer (2010b) auf seiner Homepage veröffentlichten Statistiken über seine Aktivitäten im Europäischen Parlament, so wird ebendieser Aspekt besonders deutlich: Zwar hat Andreas Mölzer demnach im Vergleich zu den anderen österreichischen EU-Abgeordneten die meisten Reden im Parlament gehalten, die meisten schriftlichen Erklärungen abgegeben und auch die meisten parlamentarischen Anfragen gestellt - das realpolitische Gewicht dieser Aktivitäten hält sich allerdings deutlich in Grenzen.

Das europapolitische Engagement der FPÖ könnte zudem auch der Stärkung der eigenen Reihen dienen. Nachdem die Freiheitliche Partei im Jahr 2005 nach der Abspaltung des BZÖ in eine äußerst kritische Situation geraten und auf den engsten Kern ihrer Wählerschaft reduziert worden war, galt es für den neuen Parteiohmann Heinz-Christian Strache zunächst, ebendiesen Kern zu sichern, um auf diesem den Wiederaufbau der Partei zu begründen. Wie auch der Politikwissenschaftler Peter Ulram betont, kann die nach der Ära Haider wiederaufgelebte Vernetzungsarbeit mit Parteien wie dem Vlaams Belang oder dem Front National auch als deutliches Signal an die Altkader gesehen werden, da diese in der inneren Parteistruktur Schlüsselpositionen besetzen und somit gerade in organisatorischer Hinsicht von hoher Bedeutung sind (vgl. B1: Z 191-215). Die Aufwertung des sogenannten Dritten Lagers, zu dem auch Andreas Mölzer zu zählen ist, spiegelt sich bis heute in der Personalpolitik der FPÖ wieder - so auch nach der Nationalratswahl 2009, als mit Martin Graf ein Mitglied der deutschnationalen Burschenschaft „Olympia“ zum Dritten Nationalratspräsidenten ernannt wurde.

Die Konsolidierung der europäischen Rechten erfüllt somit neben dem (möglichen) realpolitischen Gewinn an Einfluss und Macht auch einen subtileren Zweck; die sich hiermit eröffnenden Perspektiven sowie die demonstrative Einigkeit werden vor allem auf kommunikativer Ebene genutzt und sind entsprechend symbolisch geladen. Auf der einen Seite der Versuch einer Neuprofilierung und Suche nach einem Weg aus der Isolation auf nationaler wie europäischer Ebene, auf der anderen Seite aber auch strategische Überlegungen zum innerparteilichen Machtgefüge.

Bei den Wahlen zum Europaparlament - welche aufgrund der geringen Wahlbeteiligung nach wie vor als „Second-Order-Elections“ gelten - konnte die FPÖ bislang vor allem von der in Österreich weit verbreiteten kritischen Haltung gegen die Europäische Union profitieren. Allerdings sind die freiheitlichen Mandatäre, wenngleich zumeist aus europakritischen bis antieuropäischen Intentionen gewählt, als Mitglieder des Europäischen Parlaments nunmehr selbst Teil des europäischen Politsystems und damit, wenn auch ohne direkten Einfluss, an dessen Fortentwicklung beteiligt. Umso mehr gilt es daher, der selbsterwählten Rolle des Kontrolleurs gerecht zu werden bzw. dieses Bild zum Zwecke der Wählermobilisierung und weiteren Bedienung europapolitischer Ressentiments unter Maximierung der medialen Aufmerksamkeit zu betonen. Gerade aus diesem Grund ist es aber noch immer fraglich, wie sich diese Bemühungen um grenzübergreifende Kooperationen in das politische Profil einer klar positionierten „Heimatpartei“ integrieren lassen.

5.4.2. Instrumentelle Politik

Zwar stehen der FPÖ im Vergleich zu den meisten anderen im Europäischen Parlament vertretenen Parteien nur wenige Mittel zur direkten politischen Einflussnahme zur Verfügung, dennoch sollte der direkte Nutzen, welcher sich aus den verschiedenartigen Kooperationen mit den europäischen Rechtsparteien ergibt, nicht unterschätzt werden. Die meisten der nachfolgend genannten Aspekte fanden im Rahmen der vorliegenden Arbeit bereits Erwähnung und sollen nun nochmals im Detail behandelt werden. Viele der von der Freiheitlichen Partei auf europäischer Ebene unternommenen Aktionen haben ebenso symbolischen wie auch instrumentellen Wert, eine gänzlich disjunkte Trennung der mittels Datenanalyse erhobenen Kategorien war somit nicht immer einfach. So dienen auch die bereits zuvor erwähnten Treffen von freiheitlichen Parteimitgliedern mit Vertretern anderer Rechtsparteien eben nicht nur der eigenen Profilierung oder der Stärkung der inneren Reihen, sondern erfüllen auch ganz klar instrumentelle Zwecke.

Auf der einen Seite - und dies gilt für alle behandelten Formen der Kooperation - dient die Vernetzung einzelner Parteien primär dem wechselseitigen Austausch und damit dem Gewinn von Informationen. Hierunter fällt ebenso der Austausch von Erfahrungen wie die gegenseitige Absprache für das Vorgehen bei gemeinsamen Aktionen. Wird dies im Falle von bilateralen Beziehungen oder Freundschaften zumeist informell oder bei unregelmäßig arrangierten Treffen gelöst, so erfolgt der Informationsaustausch auf Ebene der Europaparteien oder Fraktionen des Europaparlaments bereits weitgehend institutionalisiert im Rahmen von langfristig eingerichteten Arbeitskreisen, themen- und sachorientierten Seminaren oder regelmäßig stattfindenden (Vorstands-)Treffen oder Kongressen. Je höher der Grad der Institutionalisierung, desto leichter fällt den beteiligten Parteien die gegebenenfalls notwendige Koordinierung und gemeinsame Ausrichtung. Gerade bei Abstimmungen im Europaparlament wiegt der Faktor der inneren Geschlossenheit besonders schwer. Das (nicht immer nur durch nationale Prämissen begründete) Abweichen einzelner Mandatäre kann oft nicht vermieden werden, weshalb die Fraktionsdisziplin für die parlamentarische Entscheidungsfindung von besonderer Bedeutung ist.

„Wir sind die, die in den meisten Fällen gemeinsam abstimmen. Aber wir stimmen auch nicht immer alle gleich ab. [...] Aber wir diskutieren die heiklen Sachen alle gemeinsam durch in der Fraktion. Wo es einfach unterschiedliche Meinungen gibt, nicht nur aufgrund von nationalen Interessen, sondern auch aufgrund

unterschiedlicher Einschätzungen. Und dann gibt es oft auch Abstimmungen wie zum Beispiel letzte Woche, wo es um den Versuch der Einschränkung von Kinderpornographie ging. Und da ist der Vorschlag, dass die Seiten blockiert werden sollen. Jetzt sagen aber unsere Internetexperten, [...] dass das zu wenig ist. [...] Man müsste diese Seiten also eigentlich vom Server löschen. [...] Und dann haben wir eben die Debatte, dass wir versuchen, mehrheitlich dafür zu stimmen, dass die Seiten gelöscht werden. Aber wenn uns das nicht gelingt, und die größeren Parteien vorschlagen, die Seiten weiterhin zu blockieren, wie stimmen wir dann ab? Sind wir dann trotzdem dafür, oder nicht? Wir haben es noch nicht gänzlich ausdiskutiert, die Abstimmung in Straßburg ist nächste Woche; da kann es schon sein, dass ein paar dafür und ein paar dagegen stimmen.

(Ulrike Lunacek, A4: 101-114)

Allianzen, Föderationen oder globalen Bündnisse wiederum kommt vor allem dann eine höhere Bedeutung zu, wenn es ums Netzwerken und gegenseitige Kennenlernen und damit um die Schaffung einer Grundlage für etwaige zukünftige Kooperationen geht. Aber auch die jeweiligen nationalen Parteiakademien und Think Tanks der Europaparteien erfüllen im Sinne eines zusätzlichen Informationsgewinns eine wichtige Rolle. Zum Tragen kommen diese Institutionen zur Wissensgenerierung gerade dann, wenn es um längerfristige Problemstellungen und Fragen geht, welche sich nicht auf die Dauer einer Legislaturperiode beschränken und unbeeinflusst von den Überlegungen und Entscheidungen des politischen Tagesgeschäfts behandelt werden sollen.

Auf der anderen Seite ergeben sich durch solche grenzübergreifende Zusammenschlüsse aber auch ganz klare Vorteile durch neu hinzugewonnene Ressourcen. In den vergangenen Jahren wurden seitens der Europäischen Union in verstärktem Maße Anreize zu solchen Kooperationen geschaffen (vgl. B4, Z 29-31). Fraktionen des Europäischen Parlaments haben deutlich mehr Einfluss auf die politischen Mechanismen als dies der Gruppe der Non-Inscrits gegeben ist, zudem werden ihnen in finanzieller wie auch personeller Hinsicht mehr Ressourcen bereitgestellt. So stehen jedem Mitglied einer Fraktion neben dem für alle Mandatäre gleich bemessenen Basisbudget zusätzliche Mittel zur Verfügung, aus welchen zum Beispiel auch fraktionseigene Übersetzer, Berater oder Assistenten finanziert werden. Aber auch durch die innere Logik des Europäischen Parlaments werden die Fraktionen deutlich bevorzugt. Sei es bei der Besetzung der wichtigsten Positionen im Parlament, bei der Verteilung der Redezeiten im Plenum oder bei der Vergabe der verschiedenen Ausschüsse und der Ernennung von Ausschussvorsitzenden und Berichterstatter: der Einfluss der Fraktionen auf die

parlamentarische Meinungsbildung wurde in den vergangenen Jahren immer weiter gefestigt und gestärkt. Selbiges gilt in vermindertem Maße auch für Europäische Parteien, welche ebenfalls von der EU finanziert werden und die für ihre Aktivitäten (wie eben die dort eingerichteten Think Tanks) weitere Förderungen beanspruchen können. Neben dem hohen Symbolwert und dem realpolitischen Machtgewinn einer vereinten Bewegung der europäischen Rechten können ebenso aber auch die hiermit verbundenen finanziellen Förderungen als Motivlage gesehen werden.

All dies kumuliert in einer privilegierten Organisation mit stabiler Infrastruktur, welche einen schnellen Austausch von Informationen und eine verbesserten Kommunikation ermöglicht und - als wesentlicher Punkt - auf europäischer Ebene ein höheres politisches Gewicht einnimmt. Da mittlerweile eine Vielzahl national-relevanter Themenlagen (Handel, Wissenschaft und Bildung, Migration, usw.) immer stärker auf Ebene der Europäischen Union eingebettet sind, ist das seitens der europäischen Rechtsparteien gegebene Interesse um Partizipation und damit einhergehend die Bemühung um einen offiziell anerkannten Zusammenschluss durchaus nachvollziehbar. Persönliche Kontakte einzelner Parteimitglieder sind für die Parteien somit ebenso von Bedeutung wie institutionalisierte Kommunikationssysteme innerhalb etablierter Organisationen. Schließlich wird hierdurch auch der Zugriff auf die wesentlichen Mechanismen des europäischen Politsystems und damit das Einbringen nationaler Interessen wesentlich erleichtert. Ebenso würde auch eine europapolitische Reform von innen, wie sie von der FPÖ und anderen Rechtsparteien gefordert wird, immer mehr in den Bereich des Möglichen wandern. Europa wird demnach durchaus als Global Player anerkannt, wenngleich bestimmte Aspekte der europäischen Integration zuweilen deutlich kritisiert werden.

Aber [...] in gewissen Bereichen sind wir sehr wohl der Meinung, dass eine europäische Integration notwendig ist. Das betrifft zum Beispiel die Frage der Migrationspolitik, wo es derzeit seitens der Europäischen Union Bestrebungen gibt, im Asylwesen eine sehr lockere Politik zu betreiben und wo wir der Meinung sind, dass es europaweit eine einheitlich sehr harte Asylpolitik geben sollte. Darüber hinaus geht es [...] sehr wohl darum, dass man eine europäische Integration weiterführt, dass diese notwendig ist, um den Frieden in Europa zu erhalten - auch um ein starker Spieler auf der Welt zu sein. Aber eben immer unter Berücksichtigung der europäischen Vielfalt und der Souveränität der europäischen Völker. (Wendelin Mölzer, A1: Z 23-30)

Abschließend kann - als weitere Folge einer solch überparteilichen, in unterschiedlichem Maße koordinierten Zusammenarbeit - auch der Aufbau einer europäischen Öffentlichkeit als ein Teilaspekt instrumenteller Politik genannt werden. Mittels grenzüberschreitender Aktivitäten und der Behandlung transnationaler Themenlagen haben die verschiedenen Parteienbewegungen Europas - zum Beispiel bei Wahlen zum Europaparlament - die Möglichkeit, für ihre politischen Ziele und Forderungen unter der europäischen Bevölkerung Resonanz zu finden und damit auch mehr Einfluss auf das politische System Europas zu erhalten. Bislang wird ein solches Konzept eines gemeinsamen europäischen Wahlprogramms nur von den Europäischen Grünen konsequent umgesetzt, auf mittelfristige Sicht hin ist es jedoch zu erwarten, dass dies auch von anderen Europäischen Parteien aufgegriffen wird. Die Genese eines solchen europäischen Kommunikationsraums ist bereits mehrfach im Rahmen sozialwissenschaftlicher Studien behandelt worden und stellt - gerade in politischer Hinsicht - eine der spannendsten noch offenen Fragen in der Entwicklung der Europäischen Union dar (vgl. Gerhards 2002; Fraser 2007; Kantner 2007; Tobler 2010).

Zusammengefasst muss allerdings festgehalten werden, dass sich für die FPÖ wie auch ihre Partnerparteien kaum Elemente einer instrumentellen Politik jenseits des Informationsaustausches feststellen lassen. Zwar dienen die wenigen hier bestehenden Bündnisse und Allianzen durchaus auch als Basis gemeinsamer Vorhaben und Aktivitäten, ihr tatsächliches Gewicht ist jedoch jenseits ihrer symbolischen Bedeutung äußerst gering. Die Anerkennung als offizielle Europäische Partei oder auch als Fraktion des Europäischen Parlaments bleibt ihnen aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl vorerst ebenso verwehrt wie der hiermit einhergehende Anspruch auf finanzielle Förderungen und der direkte Zugriff auf die politischen Mechanismen der Europäischen Union. Ob die FPÖ und mit ihr andere europäische Rechtsparteien in absehbarer Zukunft auch einen substanziellen Nutzen aus ihren europapolitischen Bemühungen und ihrer Vernetzungsarbeit ziehen können, ist somit aus heutiger Sicht fraglich.

5.5. Gemeinsame Themenfelder

In den vorangegangenen Kapiteln konnte mitunter aufgezeigt werden, worin die Motive für eine organisierte Zusammenarbeit der europäischen Rechtsparteien zu suchen sind. Zum einen kann hierbei angeführt werden,

dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren immer mehr an legislativer Macht und Einfluss hinzugewonnen hat und so auch von eher national orientierten Parteien nicht mehr ignoriert werden konnte. Zum anderen haben sich durch die Etablierung der EU (in symbolischer wie auch instrumenteller Hinsicht) gänzlich neue Möglichkeiten und Problemfelder erschlossen, welche als zusätzlicher Anreiz zur Partizipation an diesem System dienen. Als einer der zentralen Aspekte der vorliegenden Forschungsarbeit gestaltete sich daher die Frage, auf Basis welcher Themenfelder sich die transnationalen Kooperationen der Freiheitlichen Partei mit anderen Rechtsparteien begründen und inwieweit sich hieraus auch auf ideologischer Basis etwaige gemeinsame Nenner ableiten ließen. Die Wiener Erklärung hatte hier, wenngleich ohne weitere Erläuterungen, mit ihren zentralen Forderungen bereits einige wesentliche Punkte vorweggenommen. Diese lauten im Originaltext wie folgt:

- 1. Die Schaffung eines Europas der freien und unabhängigen Nationen im Rahmen eines Staatenbundes souveräner Nationalstaaten.*
- 2. Die Abkehr von allen Versuchen, eine Verfassung für einen zentralistischen europäischen Superstaat zu schaffen.*
- 3. Die klare Absage einer schrankenlosen Ausweitung der europäischen Integration auf geographisch, kulturell, religiös und ethnisch nicht-europäische Gebiete Asiens und Afrikas wie etwa der Türkei.*
- 4. Den effektiven Schutz Europas gegen Gefahren wie etwa den Terrorismus, aggressiven Islamismus, Supermacht-Imperialismus und wirtschaftliche Aggression durch Niedriglohnländer.*
- 5. Einen sofortigen Einwanderungsstopp in alle Staaten der Europäischen Union auch im Bereich des sogenannten Familiennachzugs.*
- 6. Eine pro-natalistische Familienpolitik, die die Förderung des Kinderreichtums der europäischen Völker in der traditionellen Familie bezweckt.*
- 7. Den solidarischen Kampf der europäischen Völker gegen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung.*
- 8. Die Wiederherstellung der sozialen Systeme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und soziale Gerechtigkeit für die europäischen Völker. (Freiheitliche Akademie 2005)*

Der darüber hinausgehende Versuch, das thematische Spektrum rechtsgerichteter Europapolitik zu beschreiben, war bislang allerdings noch nicht unternommen worden. Dies erklärt sich vor allem dadurch, dass Parteien wie die FPÖ regelmäßig mit dem Vorwurf bedacht werden, dass diese aufgrund ihrer national-patriotischen Ausrichtung nur bedingt mit anderen gleichgesinnten Parteien kooperieren oder gemeinsame Projekte entwickeln könnten. Diesem Argument soll nun im Folgenden nicht gänzlich widersprochen werden; es wird aber auch aufgezeigt, dass die Basis für längerfristige Kooperationen in ihren Grundzügen durchaus gegeben ist.

So ergab die inhaltliche Analyse der geführten Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Forschung eine Vielzahl von Themen und Sachgebieten, welche sich für die FPÖ und ihre potenziellen Partnerparteien als Grundlage einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit anbieten (würden). Diese sollen nun entsprechend der bei der Datenanalyse gewonnenen Kategorien vorgestellt und beschrieben werden. Wie schon zuvor wird der Fokus der Analyse auch hier vor allem auf Kooperationen im europäischen Raum gerichtet sein.

5.5.1. Nationalstaatliche Autonomie und Souveränität

Eine der bedeutsamsten, von allen Rechtsparteien einheitlich betonte Gemeinsamkeit ist die Forderung nach nationaler Autonomie und Souveränität. Hierin ist begründet sich auch die meisten von der FPÖ begangenen Freundschaftsabkommen der vergangenen Jahre, etwa mit der spanischen „Plataforma per Catalunya“ oder der georgischen „Industry will save Georgia“, die beide deutlich separatistische Züge aufweisen.

Auf EU-Ebene verweisen die FPÖ und andere vorwiegend rechtspopulistisch bis -extreme Parteien darauf, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union insbesondere auf legislativer Ebene ein hohes Maß an Kompetenzen abgeben mussten und dadurch in ihrer Selbstständigkeit stark eingeschränkt sind. Damit verbindet sich auch der Vorwurf, dass es der EU, gemessen an dem Grade ihrer legislativen Macht, an demokratischer Legitimierung mangle und der Prozess der europäischen Integration vor allem von einer transnational orientierten Elite getragen werde. Der „Kampf gegen den Zentralismus“ (A1: Z 145-146) richtet sich auch gegen die jeweilige Regierung, welche auf nationaler Ebene als der politische Arm einer solchen Elite begriffen wird. Mit ihrem antielitären Rekurs auf das einfache Volk als schweigende Mehrheit mit „gesundem Menschenverstand“ inszenieren sich die rechtspopulistischen Parteien als Vertreter einer breiten Masse, welche als das direkte Gegenüber einer alltagsfernen Elite begriffen wird (vgl. Geden 2006: 20f).

Deutlich werden die Folgen einer solchen Kommunikationsstrategie: Sie fördert innerhalb der Bevölkerung eine vertikal verlaufende Polarisierung, welche sich schlussendlich nicht nur gegen die oberen Schichten wendet, sondern infolge ihres klar trennenden Prinzips von Exklusion und Inklusion zudem auch xenophobe Ansätze begünstigt (vgl. Pelinka 2002: 285). Auf Grundlage einer solchen Frontenbildung präsentieren sich die FPÖ und ihre Partnerparteien bevorzugt als „Kontrolleure der Mächtigen“. Dieser Aspekt wurde bereits im Kapitel zur symbolischen Politik genannt und erhält nun zusätzliche Bedeutung. Denn bei fast allen Parteien der europäischen Rechten lässt sich eine stete Kritik am etablierten System, ein Diskurs gegen die „Oberen“ und die Betonung der demokratischen Macht der minderprivilegierten Mehrheitsbevölkerung feststellen. Ebendiese Form der Opposition wird nun in ein gemeinsames europapolitisches Programm erhoben; das Feindbild einer gegen den Willen des Volkes arbeitenden politischen Klasse bleibt dabei erhalten und wird lediglich um die europäische Ebene ergänzt. Andere Parteien versuchen dies zu relativieren und betonen, dass das von der FPÖ gezeichnete Bild eines von der EU in seiner Autonomie beschränkten Staates in dieser Form nicht gegeben sei. So auch vonseiten der ÖVP:

„Nach wie vor kann man sagen, dass die Mitgliedsländer die Herren der Verträge sind. Spezielle Themen wie Ressourcen, Wasser, Verteidigung, Steuern, usw. lassen sich die Mitgliedsländer nicht aus der Hand nehmen. [...] Es stimmt, dass indirekt viel von Europa vorgegeben wird. Andererseits findet diese Überregulierung ja auch bei der Bevölkerung keinen Anklang, angefangen bei der Gurkenkrümmung bis zur Glühbirne. Aber die Tendenz ist natürlich: Wenn man mehr Europa will, muss man mehr Kompetenzen abgeben.“ (Patrick Voller, A5: Z 100-105)

5.5.2. Demokratiedefizit der Europäischen Union

All dies steht in Zusammenhang mit einem weiteren großen Themenbereich, welcher von den europäischen Rechtsparteien als Ausgangspunkt gemeinsamer Aktivitäten genutzt wird: der Kritik an den zentralistischen Tendenzen der Europäischen Union.

So wurde in den Gesprächen zur Datenerhebung deutlich, dass sich für die EU auch nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon und der hiermit einhergehenden Verstärkung der Kontrollrechte des Europäischen Parlaments durchaus eine gewisse Asymmetrie im Machtverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie feststellen

lässt. Hinzu kommen die starken Kompetenzen der nicht direkt wählbaren Institutionen des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission, deren Mitglieder zudem einem Loyalitätsprinzip unterliegen (vgl. Schmidt 2010: 402f). Die Rechtsparteien betonen auch hier ihre Forderung nach einem föderal organisierten Europa der Vaterländer; die Frage, wie sich dieses tatsächlich umsetzen ließe und welche Kompetenzen der Europäischen Union in diesem Falle zugesprochen würden, bleibt allerdings offen. Einher geht dies mit der bereits zuvor erwähnten Kritik am Demokratiedefizit der Europäischen Union. Diese Ansicht wird nicht nur von den Rechtsparteien, sondern auch von anderen Vertretern aus Politik und Forschung zumindest ansatzweise geteilt:

„Auf der anderen Seite zeigen diese Parteien natürlich schon auch gewisse Defizite der Union auf. Das berühmte Schlagwort des Demokratiedefizits ist ja auch nicht von der Hand zu weisen. Und insofern sind manche Antworten auch der Grund der Demokratie - und das ist mit der Verfassung und dann mit Lissabon passiert - sind Antworten auf diese Politik.“ (Sonja Puntischer-Riekmann; B2: Z 98-101)

Diese Feststellung ist, wie auch Maurizio Bach (2000) betont, nicht unbegründet. Das Europäische Parlament verfügt demnach in einem nur eingeschränkten Maße über legislative Macht; ihm kommt vielmehr eine Kontrollfunktion zu. Tatsächlich erfolgt die Rechtssetzung über die Europäische Kommission und den Rat der Europäischen Union. Beide Institutionen werden von den Regierungsmitgliedern der einzelnen Mitgliedsstaaten besetzt und sind somit - im Gegensatz zu den Abgeordneten im Europaparlament - nur indirekt demokratisch gewählt worden.

5.5.3. Europa der Vaterländer

Eine der wesentlichen ideologischen Grundlagen für eine Zusammenarbeit bietet das von den meisten europäischen Rechtsparteien verwendete Konzept eines „Europas der Vaterländer“²¹. Von Vertretern der FPÖ wiederholt angeführt, versteht sich dieses eher konservative, national-patriotisch geprägte Modell als Gegenentwurf zu einer sich nach innen hin verdichtenden, von zentralisierenden Tendenzen geprägten Europäischen Union. Ursprünglich geht dieses Konzept auf den französischen Präsidenten Charles de Gaulle

²¹ Die Forderung nach einem „Europa der Vaterländer“ findet auch in der rechtsextremen Szene wiederholt Verwendung. So wurden zum Beispiel auch die in Deutschland jährlich am 1. Mai stattfindenden, von NPD und freien Nationalisten organisierten Aufmärsche unter diesem Motto veranstaltet (vgl. Grumke 2009: 159).

(1890-1970) zurück, welcher 1962 seine Vorstellung eines intergouvernementalen Europas bewarb, das unter Beibehaltung der nationalstaatlichen Autonomie seiner Mitglieder der Entwicklung eines supranationalen Staatenbundes entgegenstehen sollte. War diese Gemeinschaft gemäß den originalen Plänen den europäischen Großmächten unter der Führung Frankreichs vorbehalten, so wird dieses Konzept heute von den Rechtsparteien in leicht abgewandelter Form weitergeführt und sieht nun auch die Beteiligung kleinerer Staaten wie Österreich oder Ungarn vor.²²

Wesentlich ist jedoch die mit diesem Konzept einhergehende Vorstellung über die Grenzen des europäischen Kontinents. Aus Sicht der Rechtsparteien verbinden sich mit Europa, ähnlich wie zuvor für die nationale Ebene behandelt, bestimmte gesellschaftliche Werthaltungen, welche wiederum eine spezifische europäische Identität begründen. Diese Identität und die hiermit verbundenen Werte gilt es zu bewahren; bedroht werden sie vor allem durch Zuwanderung aus dem EU-Ausland sowie durch innere Homogenisierung.

Die Erfassung Europas als Wertegemeinschaft ermöglicht den Rechtsparteien somit eine Ausweitung ihres Wahrnehmungs- und Handlungsbereichs, ohne dabei auf den für sie typischen nationalistischen Imperativ verzichten zu müssen. Ein solches Modell gewährt die Beibehaltung der gewohnt dichotomen Wahrnehmung; die Außengrenzen der EU werden als Trennlinie zwischen verschiedenen Wertesystemen mit jeweils eigener Kultur und Tradition gesehen (vgl. A2: Z 170-175). Die Vorstellung eines relativ homogenen Staatsvolks mit nationalspezifischer Identität sowie die herauf beruhende Hochhaltung des Subsidiaritätsprinzips mit der Forderung nach mehr Autorität für die EU-Mitgliedsstaaten steht demnach im Zentrum der inhaltlichen Arbeit der europäischen Rechtsparteien, kann aber zugleich auch den Keim hartnäckiger Differenzen darstellen (siehe 5.6.2).

5.5.4. Migration und Zuwanderung

Ein weiteres wichtiges Themenfeld auf nationaler wie auch globaler Ebene betrifft das soziale Phänomen der Migration. Auch hier vertreten alle Rechtsparteien eine weitgehend einheitliche Position, nämlich die Forderung

²² Dass sich mit diesem Modell gewisse Mängel ergeben, wurde im Rahmen der Experteninterviews deutlich. So zeigte sich Anton Pelinka über den freiheitlichen Wunsch nach einem föderalistischen Europa ebenso verwundert wie Sonja Puntcher-Riekmann und Josef Melchior, da sich dieses zu einer deutlich stärker zentralisierten Organisation als die heutige EU entwickeln könnte und die Mitspracherechte kleinerer Staaten im Vergleich zur aktuellen Situation deutlich beschneiden würde (vgl. A1: Z 307-318; B2: Z 158-167; B3: Z 45-53; B4: Z 52-59)

nach einer Regulierung bis hin zu einem gänzlichen Stopp der Einwanderung in die jeweiligen Länder. Die FPÖ bekräftigt dies nicht zuletzt mit dem Argument, dass durch einen Rückgang der Zuwanderung auch der Missbrauch des Sozialstaates reduziert werden könne. Ebenso werden mitunter auch eine Entspannung der Arbeitsmarktlage und rückläufige Werte in den Kriminalstatistiken versprochen. Ein weiteres Motiv könnte die aus sozialwissenschaftlichen Studien gewonnene Erkenntnis sein, dass transnationale Migration einen starken Einfluss auf das semantische „Auseinanderfallen der nationalstaatlichen Trias von Territorialität, Staatsbürgerschaft und kollektiver Identität“ (Scharenberg 2006: 76) hat - was wohl bei den meisten Rechtsparteien ein gewisses Gefühl der Beunruhigung hervorrufen dürfte.

„Grundsätzlich haben alle diese Parteien eines gemein: Migration - derzeit vor allem aus islamischen Ländern - ist negativ zu sehen und daher zu bekämpfen, zu verhindern oder gering zu halten und zu kontrollieren.“ (Anton Pelinka, B3: Z 38-40)

Damit instrumentalisiert die FPÖ vor allem jene sozialen und ökonomischen Ängste, welche nicht zuletzt seit der Osterweiterung der EU sowie der Öffnung der europäischen Ostgrenzen immer konkretere Formen angenommen haben und vor allem in Westeuropa (weniger im skandinavischen Raum) von verschiedenen Rechtsparteien erfolgreich aufgegriffen wurden (vgl. Frölich-Steffen 2003: 286; Rippl et al 2007: 15ff). Auch die von der Lega Nord betriebenen Kampagnen gegen afrikanische Einwanderer lassen sich hier einreihen.

Dass dies ein eher populistisches Kalkül beinhaltet und die Diskussion hierüber stets auch von fremdenfeindlichen Äußerungen und emotionalisierenden Parolen begleitet wird, ist bereits in einer Vielzahl von Studien und Kommentaren behandelt worden und soll an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden.

Wichtig erscheint vielmehr, dass das Thema der Migration für die europäischen Rechtsparteien neben der Betonung der nationalen Autonomie eine der zentralen inhaltlichen Überschneidungen darstellt (vgl. Scharenberg 2006: 70ff). Einher geht dies mit einer ausgeprägten Elitenkritik, welche im Moment zwar den meisten rechtspopulistischen Parteien eigen ist, im Falle einer Regierungsverantwortung allerdings schnell abgelegt werden kann und daher keinen langfristig stabilen Faktor darstellt. Weitaus stabiler gestaltet sich somit die Anti-Migrationspolitik der Parteien. Diese stützt sich seit einigen Jahren immer mehr auch auf religiöse Determinanten und konnte so die Bildung transnationaler Kooperationen zusätzlich begünstigen. Diese

Betonung der religiösen Dimension von Zuwanderung verweist zugleich auf einen anderen wichtigen Themenbereich.

5.5.5. Christliches Abendland vs. Islam

Die Betonung religiöser Zugehörigkeit stellt eine eher neue Entwicklung in der freiheitlichen Migrationspolitik dar. Zwar ist die FPÖ als rechtspopulistische Partei schon immer fremden- und ausländerfeindlichen Tendenzen unterlegen und hat ihre Politik eines Ausschlusses „der anderen“ bis heute stetig verstärkt (vgl. Pelinka 2002: 284f), allerdings geschieht dies seit einigen Jahren unter neuem Vorzeichen. War die zu Beginn der 1990er Jahre unter der Führung von Jörg Haider verfolgte Exklusionsstrategie noch vorwiegend an ethnisch-kulturellen Grenzziehungen orientiert, so rückte nach der Jahrtausendwende langsam eine kulturell-religiöse Dimension in den Vordergrund. So verwundert es auch nicht, dass selbst die ihrer Tradition nach stark antiklerikal geprägte FPÖ sich in den vergangenen Jahren im öffentlichen Diskurs immer öfter auch christlich-religiöser Symbole bedient hat²³. Erst im Jahre 1998 sollte das von ihren Vertretern heute immer wieder verwendete Schlagwort einer „christlich abendländischen Wertegemeinschaft“ auch in einem offiziellen Parteiprogramm Erwähnung finden (vgl. Betz 2002: 256).

Inwieweit diese Verschärfung letztendlich auch mit den Anschlägen vom 11. September 2001 und nachfolgenden Ereignissen in Verbindung steht, lässt sich an dieser Stelle nur mutmaßen. Feststeht, dass die Rechtsparteien den (radikalen) Islam in den vergangenen Jahren nicht nur auf nationalstaatlicher Ebene immer häufiger als zentrales Feindbild für sich erkannt haben (vgl. Häusler 2008: 155ff). Auch auf europäischer Themenebene rückt die von fremden- und ausländerfeindlichen Kommentaren begleitete Debatte über Einwanderung und Integration immer mehr ins Tagesgeschehen. Dies verweist auch auf das populistische Kalkül der Rechtsparteien - denn sogar die FPÖ hatte in den 1990er Jahren unter der Führung von Jörg Haider die Möglichkeit eines türkischen EU-Beitritts noch befürwortet (vgl. B3: Z 40-42).

²³ Seit 2005 macht die FPÖ mittels islam-feindlicher Wahlkampf slogans („Daham statt Islam“, „Pummerin statt Muezzin“) immer wieder von sich reden. Damit sollen nicht nur die traditionellen Wähler der FPÖ, sondern auch (christlich geprägte) Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund angesprochen werden. So lässt sich auch FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache seit 2008 in Wahlkampfphasen medienwirksam mit der Brojanica - einem serbisch-orthodoxen Gebetsarmband - ablichten, um seine Solidarität mit dem serbischen Volk zu bezeugen. Zudem unterhält die FPÖ engere Kontakte zur Serbischen Fortschrittspartei von Tomislav Nikolic. Diese Strategie zielt insbesondere auf die große Gruppe mittlerweile eingebürgerter Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien ab.

Ähnlich wie bei der Elitenkritik wird auch hier eine leicht zu unterscheidende Dichotomie etabliert, diesmal allerdings auf horizontaler Ebene. Die Betonung einer eigenen national-spezifischen Identität (wie auch immer sich eine solche definieren ließe), einhergehend mit der Achtung vor anderen patriotischen Bewegungen auf nationaler oder auch regionaler Ebene steht hierbei im Mittelpunkt. Zugleich steht dies auch nicht im Widerspruch zu einer Kooperation mit anderen gleichgesinnten Gruppierungen außerhalb des deutschsprachigen Kulturraumes. Durch diesen Paradigmenwechsel war es demnach möglich, neue Partner aus zuvor noch ausgegrenzten Regionen und Ländern zu gewinnen und zugleich ein neues, gemeinsames Feindbild in der Form der islamischen Glaubensgemeinschaft zu schaffen. Ihre gemeinschaftsbildende Funktion zieht dieses Weltbild aus der Annahme eines sich über Europa hinaus erstreckenden westlichen Kulturkreises (wie etwa 1996 in Samuel P. Huntington's umstrittenen Werk „Clash of Civilisations“ beschrieben), welcher der islamischen Welt diametral entgegengesetzt ist. Hierauf baut auch die als weitgehend idente Kommunikationsstrategie der Rechtsparteien auf, welche auf eine semantische Gleichsetzung von Islam und Fundamentalismus abzielt (vgl. Betz 2002: 251ff). Fortan stellte das „christlich geprägte Abendland“ (Freiheitliche Akademie 2005) einen großzügigen, von territorialen Grenzziehungen weitgehend unabhängigen Bezugsrahmen für neue Kooperationen dar, die Vorstellung einer „Islamisierung Europas“ wird als vorherrschendes „Bedrohungsszenario“ kommuniziert (vgl. A1: Z 312-313). So stellt die Islamkritik im Moment den stabilsten, weil konfliktfreiesten Faktor in der inhaltlichen Zusammenarbeit der internationalen Rechten dar²⁴. Im Gegensatz hierzu ergeben sich, wie noch angeführt werden soll, durch die frühere Praxis der gegenseitigen Ausgrenzung auch heute noch große Probleme; hinsichtlich der Diskussion um die muslimisch geprägten Bevölkerungsgruppen herrscht allerdings nach wie vor ein hohes Maß an Einigkeit.

5.5.6. Kritik am europäischen Integrations- und Erweiterungsprozess

„Die FPÖ wehrt sich dagegen, dass das nur eine Randerscheinung ist. Wir sind der Meinung, dass es quer durch Europa eine große Kritik an dieser Europäischen Union und ihrer Entwicklung gibt. Aber wir sagen Ja zu einer europäischen Integration. Wir sind eben auch der Meinung, dass es so etwas wie eine

²⁴ Bemerkenswert erscheint, dass sich auch zwischen der Rechten und islamistischen Gruppierungen einige verbindende Elemente benennen lassen, die sich unter anderen Vorzeichen zumindest für singuläre Kooperationen als durchaus tragfähig erweisen würden. Dazu zählen vor allem die gemeinsamen, ideologisch fest verhafteten Feindbilder in Form eines ausgeprägten Antimodernismus, Antiamerikanismus und Antisemitismus (vgl. Dantschke 2006: 440f).

europäische Schicksalsgemeinschaft gibt, die man auch politisch umsetzen muss. Aber zu dieser zentralistischen Europäischen Union sagen wir Nein.“ (Wendelin Mölzer, A1: Z 34-37)

Man würde die von der Freiheitlichen Partei und den meisten anderen europäischen Rechtsparteien verfolgte Europapolitik wahrscheinlich missverstehen, wenn man hieraus den Schluss zieht, dass es sich bei diesen Akteuren schlicht um eine anti-europäische Bewegung handelt.²⁵ Tatsächlich halten diese Parteien den Prozess der europäischen Integration in einigen Politikbereichen im Sinne einer weiteren Vertiefung für durchaus sinnvoll. Zu erwähnen wären hierbei etwa der Bereich der Migration, Verteidigungspolitik, Binnenmarkt, Umweltschutz oder Außenpolitik (vgl. Pollak/Slominski 2002:189).

Als grundlegend für die europäische „Schicksalsgemeinschaft“ wird deren vom christlichen Glauben geprägte Tradition gesehen, welche von den Rechtsparteien auch regelmäßig als Argument gegen eine fortschreitende Erweiterung der Europäischen Union angeführt wird. In diesem Sinne wurde infolge der Osterweiterung der EU auch die effektive Handlungsfähigkeit der EU in Frage gestellt (vgl. Bräuninger/König 2000: 112f). Im Moment richtet sich diese Kritik insbesondere gegen die aktuell laufenden Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, welche gegebenenfalls der erste islamisch-geprägte Mitgliedsstaat der EU werden würde. Auch in diesem Punkt sind sich die Rechtsparteien weitgehend einig, wenngleich dieses Thema von den Partnern aus Großbritannien oder Skandinavien als weniger akut erachtet wird. Die europäischen Rechtsparteien sehen die türkische Gesellschaft aufgrund ihrer islamischen Tradition als unvereinbar mit der europäischen Kultur an und werfen der politischen Führung Europas vor, mit dem Fortsetzen der Verhandlungen gegen die stille Mehrheit der europäischen Bevölkerung zu agieren, da dies den Fortbestand einer europäischen Identität gefährden würde. Ebenso wird auch die Thematik einer möglichen EU-Erweiterung über die südlich gelegenen Mittelmeerstaaten angesprochen und bekämpft. Die Entwicklung eines gemeinsamen Feindbildes in Gestalt des (schleichend unterwandernden, potenziell radikalen) Islams gestaltet sich somit als einer der zentralen Nenner einer internationalisierten Rechten.

Verbunden ist die Diskussion um eine mögliche Erweiterung der EU mit einem weiteren gemeinsamen Themenbereich, nämlich jenem der europäischen Integration. Dieser Prozess wurde bereits im theoretischen Teil

²⁵ Parteien wie etwa die British National Party natürlich ausgenommen. Diese fordert aus Ablehnung gegenüber der ihrer Ansicht nach in Entwicklung befindlichen „Europäischen Superstaats“ nach wie vor den kompromisslosen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union.

behandelt und bezieht sich auf die Neuausrichtung ehemals nationalstaatlich verorteter Aktivitäten auf ein neues, überregionales Zentrum und damit auf die Bildung entsprechender supranationaler Institutionen. So sehen die europäischen Rechtsparteien die Notwendigkeit für eine weitere Integration durchaus für gegeben, beispielsweise in den erwähnten Bereichen der Migrationspolitik oder Friedenssicherung. Ebenso gibt es für sie aber auch wesentliche Bereiche, in denen die fortschreitende Europäisierung weniger positiv gesehen und daher kritisiert wird. Gemein ist ihnen dabei die Betonung eines nationalstaatlichen Prinzips und damit die Opposition gegen eine weitere allgemeine Vertiefung der Europäischen Union.

5.5.7. Globalisierungskritik

Bei der Globalisierung handelt es sich keineswegs um ein neues Phänomen, sondern vielmehr um einen sich seit rund 500 Jahren stetig beschleunigenden sozialen Prozess. Jedoch werden die hiermit einhergehenden Effekte, welche etwa in der „Lockerung der Kongruenz von Flächen und Sozialraum, also von Territorialstaat und Lebensraum, sowie im Anwachsen transnationaler sozialer Räume“ (Nuscheler 2009: 25) zu sehen sind, von den Rechtsparteien nunmehr immer stärker als Gefahr nationalstaatlicher Autonomie gesehen. Damit verbindet sich auch der Umstand, dass durch die ökonomische Dimension der Globalisierung und die damit verbundene Liberalisierung des transnationalen Handels mit Gütern und Dienstleistungen ein Strukturwandel initiiert wurde, welcher sich dem steuernden Einfluss des Nationalstaats weitgehend entzieht. In den westlichen Industriestaaten hat die hierdurch verschärfte Konkurrenz vor allem wirtschaftliche Umwälzungen (bspw. in der industriellen Produktion) und Wohlfahrtsverluste zur Folge, wodurch besonders die Gruppe der sozial Schwachen und Geringqualifizierten betroffen ist (vgl. Greven 2006: 18f).

Von den Rechtsparteien wird in diesem Kontext eine Rückbesinnung auf die Vorteile nationaler Souveränität und geschützter Heimatmärkte gefordert. Dies spricht vor allem jene Gruppen innerhalb der Bevölkerung an, welche gemeinhin zu den Globalisierungsverlierern gezählt werden können (vgl. Betz 2002: 257f). Als zweiter gemeinsamer Nenner kann das Phänomen globaler Migrationsströme genannt werden. Diese stehen mit der Genese des zuvor genannten „transnationalen Sozialraums“ in enger Verbindung und stellen als eine (notwendige) Begleiterscheinung von Globalisierung wohl für alle Rechtsparteien ein rotes Tuch dar, ebenso ergaben sich infolge der globalen Migrationsbewegungen aber auch neue Chancen im gesellschaftspolitischen Diskurs. „Das Bedürfnis nach Schutz vor vermeintlichen oder tatsächlichen, äußeren und inneren Bedrohungen,

wie Abhängigkeit vom Weltmarkt, Immigration, Sozialmissbrauch, Ausländerkriminalität etc., nimmt zu und bildet einen guten Resonanzboden für nationalistische und völkische Angebote. Denn mit der Globalisierung gehen die Auflösung nationaler Grenzen, Souveränitätsverluste der Nationalstaaten zugunsten von internationalen Staatengemeinschaften und - jedenfalls in Übergangsbereichen - die Angleichung von Kulturen einher. Daher bieten sich dem Rechtsextremismus gute Chancen, den Modernisierungs- bzw. Globalisierungsverlierern oder auch den um ihre Privilegien fürchtenden Gewinnern dieser Entwicklungen den völkisch homogenen Nationalstaat als Gegengift gegen die Globalisierung schmackhaft zu machen“ (Stöss 2006: 522).

So wird das Phänomen der Einwanderung heute nicht mehr einfach abgelehnt, sondern als Folgeerscheinung der Globalisierung mit einer Vielzahl anderer gesellschaftlicher Probleme ursächlich verknüpft und so als Störfaktor innerhalb einer (idealtypischen) ethnisch-national homogenen Gesellschaft kommuniziert. Auf diese Weise erfolgt eine Ethnisierung sozialer Probleme; der neue Nationalismus dient demnach als „reduktionistische Integrationsideologie“ (Scharenberg 2006: 77). Dies deckt sich auch mit der These, dass eine der wenigen strukturellen Gemeinsamkeiten populistischer Parteien vor allem darin zu sehen ist, dass diese stets eine Form der Reaktion auf gesellschaftliche Krisen im Zuge von Modernisierungsprozessen verkörpern (vgl. Spier 2006: 33f)

5.6. Schwierigkeiten, Herausforderungen

Im vorhergehenden Kapitel wurde ausführlich dargelegt, in welchen Themenbereichen nationalstaatlicher, europäischer oder auch globaler Relevanz sich für die Parteien des rechten Spektrums, insbesondere für die FPÖ, inhaltliche Überschneidungen und gemeinsame Ziele feststellen lassen. Dadurch konnte aufgezeigt werden, worin die thematischen wie auch ideologischen Grundlagen einer etwaigen Zusammenarbeit, zum Beispiel im Rahmen einer Parteienallianz oder einer Fraktion des Europaparlaments, gegeben sind und welche Motivlagen sich kooperationsfördernd auswirken können. Diese Listung soll nun durch eine Beschreibung jener Faktoren ergänzt werden, welche sich für die Rechtsparteien und deren Bestrebungen nach langfristigen und politisch effektiven Kooperationen als Hürde erweisen können.

Auch hier konnte durch die Auswertung der geführten Interviews eine Vielzahl von Aspekten erfasst werden, welche sich entsprechend ihrer Dimensionalisierung in verschiedenster Form negativ auf geplante oder bereits bestehende Kooperationen von rechtsgerichteten Parteien auswirken. Ganz allgemein ließen sich diese Faktoren in drei große Gruppen unterteilen. Dabei handelt es sich zum einen um *formelle bzw. systeminhärente Hürden*, welche sich gerade auf nationaler wie auch europäischer Ebene ergeben können. Eine weitere große Gruppe sind die Folgewirkungen *soziostruktureller Entwicklungen*, wie sie bereits im 4. Kapitel beispielhaft angeführt wurden. Die letzte und womöglich wichtigste Gruppe stellen die sich aus der *Heterogenität der Rechtsparteien* ergebenden Einflussfaktoren dar.

5.6.1. Systeminhärente Hürden

Unter diesem Punkt sammeln sich all jene Faktoren, welche sich aus der Struktur und Logik des politischen Systems begründen. Die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten für die um Kooperation bemühten Rechtsparteien machen sich dabei einerseits auf Ebene der Organisation, andererseits auf Ebene der beteiligten Akteure bemerkbar. Die systeminhärenten Hürden zählen zu jenen Störfaktoren, welche sich nur bedingt umgehen lassen, jedoch gerade für kleinere Bewegungen und Netzwerke wie jene der FPÖ und ihrer Partnerparteien ein nicht zu vernachlässigendes Risiko darstellen.

Eine zentrale Rolle nehmen hierbei die für bestimmte Formen der Kooperation vorgegebenen formellen Anforderungen ein. Dies bezieht sich gerade auf jene Zusammenschlüsse, deren offizielle Anerkennung mit dem Zuspruch bestimmter personeller wie auch finanzieller Privilegien einhergeht. So muss etwa eine Gruppierung, um im Europäischen Parlament den Status einer selbstständigen Fraktion zu erhalten, im Moment mindestens 25 Mandatare mit ähnlicher politischer Zugehörigkeit aus zumindest einem Viertel der Mitgliedsstaaten (zurzeit sieben) unter sich vereinen (vgl. Europäisches Parlament 2009: 28).²⁶ Betrachtet man aus Sicht der FPÖ die aktuell im Europaparlament vertretenen Parteien, so würden - theoretisch - durchaus genügend Mandatare mit ähnlicher politischer Ausrichtung für die Bildung einer Fraktion zur Verfügung stehen. Allerdings muss hierbei eingewendet werden, dass mit wenigen Ausnahmen (zu welchen auch der rechtsextremistische Flügel zählt) fast alle Parteien bereits in einer Fraktion beheimatet sind und daher als möglicher Partner entfallen. Zudem ist es

²⁶ Zur Zeit des Bestehens der ITS lag diese Hürde noch bei 20 Abgeordneten aus sechs Ländern.

fraglich, ob sich infolge der innerhalb dieser Gruppierung verlaufenden Konfliktlinien tatsächlich genügend Parteien finden würden, welche miteinander kooperieren wollten.²⁷ Ein ähnliches Bild ergibt sich angesichts der Voraussetzungen zur offiziellen Anerkennung eines Parteienbündnisses als Europäische Partei. Wie bereits erwähnt wurde, unternimmt aktuell die „Allianz der europäischen nationalen Bewegungen“ (AMNE) unter Führung von Front National und Jobbik einen solchen Versuch (siehe 5.2.4). Dass diese Initiative Erfolg haben wird, muss aus aktueller Sicht jedoch stark bezweifelt werden. Eher wahrscheinlich ist es daher, dass die AMNE in ihrer jetzigen Form eines transnationalen Parteienbündnisses ohne tiefere Organisation fortbesteht und vor allem repräsentative Zwecke erfüllt, etwa für gemeinsame Auftritte bei internationalen Konferenzen. Eine weitere Möglichkeit besteht aber auch darin, dass sich diese Initiative aufgrund ihrer geringen Erfolgsaussichten wieder auflöst oder - wie einst im Falle ihrer Vorgängerin EuroNat - alle weiteren Aktivitäten einfach eingestellt werden und die Initiative langsam versandet.

Ein weiterer, sich aus der Logik des politischen System ergebender Störfaktor kann auf der Handlungsebene der Parteien verortet werden. Hierbei können zwei verschiedene Dualismen genannt werden. Einerseits handelt es sich hierbei um die Unterscheidung von Mitglieder- und Entscheidungslogik (vgl. Kohler-Koch et al 2004: 237f). Dies bezieht sich darauf, dass alle Parteien die von ihnen verfolgte Politik gegenüber ihren Wähler rechtfertigen können müssen. Gerade im Europaparlament kann dies für nationalistische Parteien zu Schwierigkeiten führen, da diese oftmals aus europakritischen Motiven gewählt werden, aufgrund der Logik der parlamentarischen Arbeit jedoch zu Kooperationen mit Parteien aus anderen Ländern gezwungen sind. Der zweite Dualismus basiert auf der Annahme, dass sich mit dem gegensätzlichen Verhältnis von Regierungsverantwortung und Opposition auch zwei durchwegs verschiedenen Rollenbilder verbinden (vgl. Edelman 1976; Luhmann 2000: 96ff) und die sich an einem Rechtsbündnis beteiligten Parteien je nach innenpolitischer Position anders verhalten werden. Als Beispiel hierfür kann die FPÖ angeführt werden, welche in der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung ab dem Jahr 2000 den Kontakt zu anderen Rechtsparteien auf ein Minimum reduzierte.

*„Nun ja, damals in der FPÖ, vor allem in der Schlussphase der Ära Haider und mehr noch unter Riess-
Passer, hat man sich eben abgeschottet. Man wollte mit den sogenannten "Schmuddelkindern" nichts zu tun
haben, obwohl man selbst in die rechte Ecke gestellt wurde.“* (Bernhard Tomaschitz, A2: 160-162)

²⁷ Auf diesen Aspekt soll im anschließenden Kapitel (5.6.2) noch näher eingegangen werden.

Infolge dessen vermieden auch die fünf nach der Europawahl 1999 ins Europäische Parlament entsendeten Abgeordneten der FPÖ nähere Kontakte zu den anderen Rechtsparteien und blieben infolgedessen weitgehend isoliert. Auch Hannes Swoboda (SPÖ) betonte, dass es in der Zusammenarbeit einen Unterschied macht, ob sich eine Partei in Regierungsverantwortung befindet und sich dadurch auch im Ministerrat mitverantwortlich für die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene zeigt, oder aber infolge einer oppositionellen Position eher kritisch gegenüber den gesamteuropäischen Prozessen eingestellt ist (vgl. A3: Z 17-21). Dies verweist zugleich auf weitere systemische Hürde von hoher Bedeutung:

„Das ist das, was Margaret Thatcher immer ihren Kommissaren zum Vorwurf machte: "They caught in process." Wenn man einmal in dieser Atmosphäre, in diesem institutionellen Setup irrt, dann verändert man den Blick. [...] Und insofern [...] ist die Ambition des Herrn Mölzer, aus dieser Rolle die er dort hat, irgendetwas zu machen. Und das geht halt nur durch eine entsprechende Kenntnis der Prozesse, Verfahren und den dafür relevanten rechtlichen Grundlagen beziehungsweise der einen oder anderen Allianz. Weil man ja auch wiedergewählt werden will und am Ende irgendetwas präsentieren muss.“ (Sonja Puntscher-Riekman, B2: 136-144)

Mit ihrer Aussage deutet Puntscher-Riekman auch die bei der FPÖ wie den meisten anderen Rechtsparteien stark ausgeprägte Personenabhängigkeit an. Jean-Marie Le Pen, Philip Dewinter, Alessandra Mussolini, Markus Beisicht, Jörg Haider, später Heinz-Christian Strache - sie alle stehen für die äußerst starke Tendenz zur Personalisierung rechtspopulistischer Politik, welche sich nicht nur in Phasen der Krise als großer Nachteil offenbaren kann (vgl. Bauer 2010: 11). Für die FPÖ trifft dies aus europapolitischer Sicht vor allem auf Andreas Mölzer zu. Er steht im Mittelpunkt des internationalen Netzwerks der FPÖ, hat dieses mitaufgebaut und wichtige Akzente für die Genese einer transnationalen Organisation rechter Parteien gesetzt. Zwar werden seit wenigen Jahren auch von Heinz-Christian Strache immer wieder Bemühungen um internationale Kontakte verfolgt, Mölzer gilt aber dennoch nach wie vor als die Schlüsselperson bei der Vernetzung der FPÖ mit anderen Rechtsparteien. Hieraus lässt sich schließen, dass diese Parteien weniger auf einer strukturellen denn vielmehr auf einer personellen Ebene miteinander verbunden sind und die sich hierauf begründenden Netzwerke eine im Vergleich mitunter ausgeprägte Labilität aufweisen können.

Fasst man dies zusammen, so ergeben sich auf systemischer Ebene folgende Hürden für transnationale Kooperationen rechter Parteien: Als einer der wichtigsten Aspekte können formelle Voraussetzungen für die Anerkennung bestimmter Kooperationsformen mit besonderen Privilegien gesehen werden. Dies betrifft insbesondere Europaparteien sowie Fraktionen des Europäischen Parlaments. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus dem Dualismus von Mitglieder- und Entscheidungslogik, durch welchen sich die programmatische Ablehnungshaltung nur schwer mit kooperativer Mitarbeit vereinen lässt. Ebenfalls problematisch kann es sein, wenn sich ein oder mehrere Partner in Regierungsverantwortung befinden, da dies, bedingt durch die Arbeit im Ministerrat, zumeist das Ende einer ausgeprägt europaskeptischen Haltung bedeutet; zudem wird der Kontakt zu potenziell problematischen Parteien in solchen Fällen eher vermieden. So hielt auch die FPÖ in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung eher Abstand zu anderen europäischen Rechtsparteien. Eine weitere Schwierigkeit kann sich aus der ausgeprägten Personenorientierung innerhalb der Rechtsparteien ergeben. Fallen Personen in Schlüsselpositionen plötzlich aus, geht hiermit auch soziales Kapital verloren, welches sich nur schwer wieder ersetzen lässt.

5.6.2. Soziostrukturelle Entwicklungen

Eine weitere Gruppe etwaiger Störfaktoren begründen sich in den Auswirkungen soziostruktureller Entwicklungen. Dabei sollen all jene gesellschaftlichen Prozesse einer genaueren Betrachtung unterzogen werden, welche sich in den kommenden Jahren unter Umständen für die Rechtsparteien und ihre Chance, sich auf transnationaler Ebene zu etablieren und Kooperationen einzugehen, als durchaus hinderlich erweisen könnten.

Die in dieser Hinsicht bedeutsamste Entwicklung stellt der Prozess der europäischen Integration dar. Dieser schreitet nach wie vor stetig voran, ein Ende ist (sofern es ein solches geben kann) nicht in Sicht. Dennoch lassen sich aus heutiger Perspektive einige wesentliche Trends aufzeigen.

So zeigen aktuelle Umfragedaten des Eurobarometers (2010), dass sich der Anteil jener Bürgerinnen und Bürger, welche die Europäische Union als „a good thing“ anerkennen, im Gesamtdurchschnitt bei rund 49 Prozent liegt. Der Anteil der neutralen Stimmen („neither good nor bad“) liegt bei 29 Prozent, die der Kritiker und Abgewandten („a bad thing“) bei 18 Prozent. Weiters nimmt die Gruppe jener, welche die Ansicht vertreten, ihre

Nation hätte von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert, mehr als 53 Prozent ein. Dem stehen 35 Prozent gegenüber, welche nicht dieser Meinung sind. Ebenso zeigen die Zahlen, dass die Europäische Union gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen als wichtiger, handlungsstarker Akteur erkannt wird und die koordinierte Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer starke Befürwortung erfährt. Zudem vertreten rund 56 Prozent aller EU-Bürger die Ansicht, dass die Globalisierung wirtschaftliche Vorteile mit sich bringe; 27 Prozent sehen dies nicht so. Auf der einen Seite lässt sich hier durchaus ein gewisses politisches Potenzial für die Rechtsparteien verorten, andererseits weisen diese Zahlen aber auch darauf hin, dass der Prozess der europäischen Integration noch über Spielraum nach oben verfügt. Entwickelt sich die Integration gemäß der bisherigen Trends weiter, so ist davon auszugehen, dass der Anteil der Europaskeptiker und Nationalpatrioten langsam zurückgehen wird. Dies begründet sich auch in dem Umstand, dass die Aufgeschlossenheit gegenüber dem europäischen Integrationsprozess mit dem Alter der befragten Person stetig abnimmt. Je jünger eine Person hingegen ist, umso eher sieht diese die Europäische Union auch als Teil ihrer Identität an (vgl. Eurobarometer 2010). Es kann in diesem Sinne davon ausgegangen werden, dass die Zustimmung zum europäischen Projekt mit dem Heranwachsen der jüngeren Generationen weiter zunehmen wird. Im selben Maße wird die im Moment von den Rechtsparteien bevorzugte Klientel der Europaskeptiker immer kleiner werden, womit womöglich auch der innen- wie europapolitische Druck auf solche Protestparteien zunehmen könnte. Angesichts einer solchen Prognose wäre langfristig ein Strategiewechsel der europäischen Rechtsparteien zu erwarten; bspw. in Form einer stärker ausgeprägten, ökonomisch begründeten Globalisierungskritik.

Einen weiteren nicht zu vernachlässigenden Faktor stellt die politische Instabilität einiger nationaler Gesellschaften dar. Als Beispiel hierfür kann etwa die italienische Politlandschaft genannt werden, welche sich infolge wechselnder Koalitionen, Parteienfusionen wie auch einer allgemein sehr dynamischen politischen Kultur seit Jahren in einer raschen, unstillen Bewegung befindet. Ebenso können an dieser Stelle die noch relativ jungen Demokratien Osteuropas genannt werden. So konnte die FPÖ in den vergangenen Jahren bereits mehrere Kontakte zu ideologisch nahestehenden Parteien in dieser Region herstellen, beispielsweise in Bulgarien, Georgien oder Rumänien. Die dortigen politischen Systeme sind allerdings, wie die Vertreter der FPÖ anmerken, noch nicht so weit konsolidiert, als dass diese Parteien bereits für längerfristige Kooperationen geeignet erscheinen. Wie es scheint, hat die Freiheitliche Partei ihre Lehren aus ihrer Beteiligung an der ITS und den Konflikten mit der Rumänischen Großpartei gezogen.

„Und dann, was vor allem die osteuropäischen Parteienlandschaft betrifft, da entstehen immer wieder relativ schnell Parteien, die erfolgreich sind und dann nach ein paar Jahren von der Bildfläche verschwinden, weil die Vertreter dieser Parteien teilweise nicht politikfähig sind oder gewisse Verwicklungen zum organisierten Verbrechen haben. Es hat sich da auf osteuropäischer Ebene auch kaum jemand etablieren können. Bis auf die Ataka, die sich sowohl bei den Nachwahlen zum Europäischen Parlament als auch bei den jüngsten EU-Parlamentswahlen etablieren konnte und auch bei den nationalen Wahlen mit zehn Prozent ins Parlament einziehen konnte. [...] Also was die Jobbik jetzt zum Beispiel betrifft: Sie haben letztes Jahr den Einzug ins Europaparlament geschafft, sie haben bei der Parlamentswahl im April einen großartigen Erfolg erzielt - aber man wird jetzt einmal beobachten müssen, wie sich diese Partei weiterentwickelt und ob sie auch weiterhin so stark im Parlament in Budapest vertreten sein wird.“ (Bernhard Tomaschitz, A2: Z 126-138)

Als letzter wesentlicher Störfaktor auf der Ebene soziostruktureller Prozesse kann der Umstand genannt werden, dass sich mit der gesellschaftlichen Entwicklung auch Schwierigkeiten bei der programmatischen Ausrichtung der Rechtsparteien ergeben können. Als Beispiel hierfür sei etwa der steigende Anteil von Personen mit Migrationshintergrund erwähnt, welche somit als stetig anwachsende Bevölkerungsgruppe mit partikularen Interessen eine immer wichtigere Rolle in der nationalen wie auch europäischen Gesellschaft (etwa bei Wahlgängen) spielen werden (vgl. Kersting 2008: 107ff). Hierin begründet sich auch die von den europäischen Rechtsparteien begangene Auswechslung des bis dahin gebräuchlichen Feindschemas „Inländer / Ausländer“ durch das auch über nationale Grenzen hinweg gemeinschaftsbildende Schema „christlich-westlich / islamisch“. Ebenso kann hier auch das seitens der Freiheitlichen Partei abrupt gestiegene Interesse an der in Österreich lebenden serbischen Bevölkerungsgruppe genannt werden. Sie stellen für die FPÖ nunmehr das Sinnbild einer christlich geprägten und damit integrationsbereiten Migrantengruppe dar - und werden entsprechend öffentlichkeitswirksam umworben. Derartige programmatische Kursänderungen offenbaren das populistische Element in der Politik der Freiheitlichen Partei besonders deutlich und stehen stellvertretend für die meisten Rechtsparteien. „Am Beispiel der FPÖ ist erkennbar, dass auch die rassistischen Feinbildkonstruktionen konjunkturellen Wandlungs- und Anpassungsprozessen an den Zeitgeist unterliegen“ (Häusler 2009: 140). Es zeigt sich, dass selbst die wenigen Konstanten im Programm einer populistischen Partei von dieser schnell abgelegt werden können, wenn sich hieraus ein zusätzlicher politischer Vorteil gewinnen lässt. Dies kann sich

unter gegebenen Umständen auch auf die Auswahl möglicher Kooperationspartner auswirken oder bereits bestehende Zusammenschlüsse gefährden.

Das Netzwerk der Rechtsparteien erscheint somit einmal mehr als ein äußerst fragiles, von wenigen gemeinsamen Sachthemen getragenes Gebilde, dessen Chancen auf politischen Erfolg und Einfluss auch durch gegebene soziodemographische Entwicklungen eingeschränkt oder zumindest gefährdet werden. Sei es die wachsende und damit auch politisch relevanter werdende Gruppe der Migranten, der demographisch bedingt schrumpfende Anteil der Europaskeptiker, der fortschreitende Prozess der europäischen Integration oder die Instabilität diverser nationalstaatlicher Politsysteme - all dies kann sich (abseits einer symbolischen Politik) auf die Netzwerkarbeit der Rechtsparteien sehr negativ auswirken. Damit sei nicht gesagt, dass die jeweiligen Parteien auf innenpolitischer Ebene nicht weiterhin erfolgreich sein könnten, etwa durch entsprechende Anpassungen ihrer Zielgruppen. Es ist allerdings fraglich, ob dann eine Zusammenarbeit der europäischen Rechtsparteien in ihrer heutigen Form bestehen könnte.

5.6.3. Heterogenität der Rechtsparteien

Die größten Hürden für eine auch langfristig erfolgreiche Kooperation ergeben sich für die Gruppe der Rechtsparteien infolge deren inneren Heterogenität. Dieser Aspekt ist im Verlauf der vorliegenden Arbeit bereits wiederholt durchgeklungen und soll nun noch einmal systematisiert zusammengefasst werden.

Tatsächlich besteht in der sozialwissenschaftlichen Forschung weitgehende Einigkeit darüber, dass die Familie der rechtspopulistischen bis -extremen Parteien eine äußerst heterogene Gruppierung darstellt (vgl. Stöss 2006: 523; Hainsworth 2008: 18f; Kitschelt 1997: 235f). Zwar lassen sich durchaus eine Reihe von gemeinsamen Zielen und Forderungen aufzeigen, diesen programmatischen Überschneidungen steht jedoch eine umfassende Zahl von Themen gegenüber, welche ein mitunter gewaltiges Konfliktpotenzial bergen. Natürlich muss an dieser Stelle eingeräumt werden, dass auch andere Parteienfamilien nicht durchwegs homogen sind - das Spektrum gemeinsamer Themen ist bei solchen Parteien allerdings bei weitem umfangreicher als dies bei den Rechtsparteien der Fall ist. Womit sich dieses inhaltliche Defizit der Rechtsparteien begründen lassen könnte, soll nun im folgenden Abschnitt geklärt werden.

Als ein Problem von besonderer Tragweite erweisen sich die nationalistischen Narrative. Hierunter versteht sich das von den verschiedenen Parteien verwendete Geschichtsverständnis, welches den territorialen Nationalstaat (in mitunter dramatisierender Weise) mit bestimmten Idealen und Tugenden wie Freiheit, Ruhm, Treue oder Heimatliebe in Verbindung setzt und hierdurch zugleich eine Abgrenzung zu anderen Staaten bewirkt (vgl. Müller-Funk 2008: 231ff). Zur Bestimmung der nationalen Identität und als Trennlinie zu anderen Gruppierungen wird somit auf die Geschichte der eigenen Gemeinschaft zurückgegriffen, nicht selten mit Bezugnahme auf historische Konflikte und Grenzziehungen. Ebendiese Betonung historischer Konfliktlinien stellt sich einer etwaigen Kooperation zwischen den verschiedenen Rechtsparteien nicht selten in Weg. So ergeben sich aus Sicht der FPÖ zum Beispiel keinerlei Probleme hinsichtlich einer Kooperation mit dem Front National, da zwischen Frankreich und Österreich (in der jüngeren Vergangenheit) keine historisch bedingten Differenzen aufliegen (vgl. A2: Z 58-63). Auf der anderen Seite kann aber auch die seit Jahrzehnten schwelende Diskussion bezüglich der territorialen Zugehörigkeit von Südtirol genannt werden, welche immer wieder zu Verstimmungen mit potenziellen Partnerparteien aus Italien führt. Ähnlich verhält sich dies auch mit Kontakten nach Tschechien.

„Das Problem ist eben, dass diese Parteien nicht über ihren Schatten springen [können]. Ich hab das einmal beobachtet - das war so ungefähr um die Zeit, als die Freiheitliche Partei wegen der Benesch-Dekrete massiv gegen den Beitritt der Tschechischen Republik aufgetreten ist. Da war ich in der Tschechischen Republik und da war eben Wahlkampf - und die tschechischen Republikaner wären eine klassische Schwesternpartei der Freiheitlichen Partei. [...] Aber die [...] waren natürlich die schärfsten Verteidiger der Benesch-Dekrete. An diesem Beispiel zeigt sich schon, dass da viele Hindernisse zu nehmen sind, die bisher eben dazu geführt haben, dass es keine stabile Fraktion dieser Parteien gibt.“ (Anton Pelinka, B3, Z 85-92)

Formen der gegenseitigen Ausgrenzung finden sich innerhalb der Gruppe der Rechtsparteien, insbesondere aufseiten des extremistischen Flügels, sehr häufig. Dies begründet sich aber nicht nur in der Betonung etwaiger historischer Konflikte, sondern kann auch eine Reaktion auf die jeweilige innenpolitische Lage einer Partei sein. So ergab es sich auch, dass die FPÖ, nachdem die österreichische Öffentlichkeit auf das Bekanntwerden vereinzelter Kontakte zur Jobbik weitgehend negativ reagierte (siehe 5.2.1.), die Bedeutung dieser Treffen relativierte und weitere Nennungen mit dieser wie auch anderen rechtsradikalen Parteien eher vermied. Ebenso

dürfte aber auch die eine oder andere Rechtspartei davor zurückschrecken, mit der FPÖ Kooperationen einzugehen, da diese gerade im Ausland einen sehr zweifelhaften Ruf besitzt.

Doch selbst im Falle eines erfolgreichen Zusammenschlusses, bspw. im Europaparlament, können sich sehr schnell Schwierigkeiten ergeben, da die betont nationalistische Ausrichtung die Möglichkeit eines gemeinschaftlichen Vorgehens in vielen Themenbereichen unwahrscheinlich macht. Bis zu einem gewissen Grade lässt sich dies natürlich für alle Parteienbündnisse feststellen, bei den europaskeptischen und nationalpatriotischen Gruppierungen wird dieses Problem allerdings besonders akut. Einige Parteien sind für Schengen, andere dagegen, einige treten für die Währungsunion ein, andere möchten den Euro abschaffen, einige befürworten eine gemeinsame Außenpolitik, andere sehen auch hier nationalstaatliche Kompetenzen gefährdet, usw. So verwundert es auch nicht, dass die bereits zuvor genannte Europaparlamentsfraktion EFD, die ja auch betont nationalkonservative und europaskeptische Parteien unter sich vereint, im vergangenen Jahr bei Abstimmungen das vergleichsweise geringste Maß an innerer Geschlossenheit offenbart. Im beobachteten Zeitraum war diese Fraktion bei nicht einmal jeder zweiten Abstimmung (47%) einer Meinung. Alle anderen Fraktionen weisen hier eine deutlich stärkere Geschlossenheit auf (vgl. VoteWatch 2010).²⁸ Dass sich diese Parteien mit ihrer einseitigen Betonung der nationalen Interessen in ein europapolitisches Dilemma manövrieren, findet auch bei Peter Ulram Erwähnung:

„Auf Europaebene ist die entscheidende Frage jene nach den nationalen Interessen. Will ich eine möglichst breite Gruppe haben, dann muss ich aber Teile von diesen Interessen wegschieben. Das geht nicht. Oder ich bleibe bei der kleinen fundamentalistischen Gruppe - dann ist das politisch in Wahrheit irrelevant. Dann sammle ich halt irgendwo meine fünf, sechs Prozent der Abgeordneten hinter mir. Nachdem es immer noch genügend andere Gruppierungen gibt, die, wenn sie sich zusammenschließen, auf bis zu fünfzig, sechzig oder siebzig Prozent kommen, ist das ein vernachlässigbarer Faktor“. (Peter Ulram, B1: Z 296-300)

²⁸ Bei Abstimmungen im Europäischen Parlament (beobachteter Zeitraum: 14.07.2009 bis 14.07.2010) weisen Grüne/EFA mit einem Wert von 0.97 die höchste Fraktionsdisziplin auf. Es folgen die S&D (0.94), PPE (0.93), ALDE/ADLE (0.91), ECR (0.86) und GUE-NGL (0.84). Mit großem Abstand folgt die EFD (0.47), welche in ihrem Abstimmungsverhalten nur noch von der Gruppe der Non-Inscrits (0.43) unterboten wird (vgl. VoteWatch 2010).

Dies führt auf Ebene der Europäischen Union dazu, dass sich die FPÖ und ihre (ehemaligen) Partnerparteien immer weiter isolieren. Auch zu einigen ehemaligen Mitgliedern der ITS bestehen heute kaum noch Kontakte. Dies betrifft insbesondere die Großrumänienpartei, welche sich aus Sicht der FPÖ als sehr unzuverlässiger Partner erwiesen hatte und letztendlich auch für das Scheitern dieser Fraktion verantwortlich gemacht wurde (vgl. A1: Z 73-77). Aber auch zu den Mitgliedern der damals von Alessandra Mussolini geführten Alternative Sociale werden heute kaum noch Kontakte unterhalten. Mittlerweile in ein von Silvio Berlusconi initiiertes Parteienbündnis einverleibt und aufgelöst, war man sich mit diesem Parteienbündnis bereits zu Zeiten der ITS zumindest hinsichtlich der zuvor erwähnten Südtirol-Frage stets uneins. Heute lassen sich von Seiten der FPÖ weitaus deutlichere Töne vernehmen. So äußert sich Freiheitliche Südtirol-Sprecher Werner Neubauer in einer jüngeren Presseaussendung äußerst kritisch über die faschistischen Strömungen in Berlusconis Popolo della Liberta, zu deren Abgeordneten eben auch Alessandra Mussolini zählt (vgl. Freiheitliche Partei 2010).

Hinzu kommt der Eindruck einer teils inkonsequenten, widersprüchlichen Ausrichtung auf innen- und europapolitischer Ebene. Gerade die in gewissen Fällen noch immer klar ethnisch-territorial definierten Feindbilder in der Politik der meisten Rechtsparteien können zu Verstimmungen bei den Partnerparteien führen; etwa wenn die FPÖ gegen Wirtschaftsflüchtlinge oder Einbrecherbanden aus Osteuropa mobilisiert. Und auch die ITS scheiterte letztendlich an den von Alessandra Mussolini geäußerten Bemerkungen über in Italien tätige rumänische Verbrecherbanden, was die Großrumänienpartei schließlich als Anlass zum Fraktionsaustritt nahm.

Doch nicht nur solche inhaltliche Differenzen, die programmatische Verpflichtung gegen die eigenen Wähler oder der sich hiermit ergebende innenpolitische Druck haben einen Einfluss auf das europapolitische Engagement, auch Konflikte innerhalb der Parteien können zu einer programmatischen Neuausrichtung und einem Wechsel der aktuell verfolgten Europapolitik führen. Die europapolitische Linie der FPÖ verdankt sich vor allem dem nach der Parteikrise von 2005 wiedererstarkten deutschnationalen Flügel. Ob dieses Engagement im Falle einer Verschiebung des innerparteilichen Machtgefüges in seiner jetzigen Form beibehalten wird, kann in diesem Sinne durchaus hinterfragt werden.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass eine auch auf lange Sicht funktionierende Kooperation rechter Parteien nach wie vor sehr unwahrscheinlich scheint. Vonseiten des freiheitlichen Europareferenten wurde angeführt, dass sich das theoretische Potenzial möglicher Partner im Europäischen Parlament an der Zahl der

europakritisch eingestellten Parteien bemessen lässt (vgl. A1, Z 162-167). Bei zusammenfassender Betrachtung der nun vorgestellten Aspekte zeigt sich jedoch, dass dies nur bedingt zutrifft, da sich mit diesen Parteien verschiedene politische Hintergründe und teils widersprüchliche Ideologien verbinden. Europaskeptizismus oder die Forderung nach mehr nationalstaatlicher Autonomie stehen somit einer Vielzahl von Themen gegenüber, die weit mehr Konfliktpotenzial bergen, als eine etwaige Kooperation vertragen könnte. Ebenso hat sich gezeigt, dass auch die Parteien der politischen Rechten, wenngleich diese demselben Spektrum zugerechnet werden können, infolge ihrer ideologischen Ausrichtung nur auf wenigen Themengebieten weitgehende Einigkeit erreichen können. Die Betonung nationalstaatlicher Interessen und die damit einhergehend geringe Bereitschaft zu Kompromisslösungen untergräbt die Idee einer Gemeinschaftsmethode und führt zur politischen Isolation. Sollten die betreffenden Parteien die Betonung ihrer jeweiligen nationalistischen Narrative beibehalten, so wird sich auch die gegenseitige Ausgrenzung der Ausgegrenzten weiter fortfahren. Ob dies im Sinne der Rechtsparteien sein kann, ist allerdings fraglich.

6. Fazit

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Vergesellschaftung der europäischen Nationalstaaten und einer steigenden Relevanz des politischen Systems der Europäischen Union hatte sich die vorliegende Arbeit zum Ziel gesetzt, die Bemühungen der Freiheitlichen Partei um transnationale Kooperationen zu anderen europäischen Rechtsparteien zu erfassen und hinsichtlich ihrer strukturellen Besonderheiten zu beschreiben. Im Mittelpunkt des Interesses lag somit eine systematische Aufbereitung der sich für die FPÖ ergebenden Möglichkeiten und Formen zur Kooperation; einhergehend mit der Frage, zu welchen Parteien hierbei Kontakte unterhalten werden. Zudem wurde erhoben, welche Motivlagen und inhaltlichen Schnittmengen solchen grenzübergreifenden Zusammenschlüsse zugrunde liegen. Ebenso wurde aber auch der Frage nachgegangen, welche Hürden sich für ein transnationales Bündnis der europäischen Rechtsparteien auf systemischer, inhaltlicher oder auch soziostruktureller Ebene ergeben können.

Um diesem durchaus vielseitigen Forschungsinteresse in gebührendem Maße nachzukommen, wurden neben einer allgemeinen Literaturrecherche mehrere Interviews mit Vertretern der FPÖ, SPÖ, ÖVP und GRÜNE sowie Experten aus dem Bereich der Politik-, Europa- und Nationalismusforschung geführt. Diese Gespräche wurden in weiterer Folge transkribiert und im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

Den theoretischen Kontext zu dieser Analyse bildete eine Historie der europäischen Integration, einhergehend mit einer Aufarbeitung der hiermit verbundenen Auswirkungen auf einer gesellschaftlich-horizontalen wie auch subjektiven Ebene. Die Ergebnisse der Analyse wurden im empirischen Hauptteil der Arbeit detailliert dargelegt und sollen nun, begleitet von den hieraus gewonnenen Schlussfolgerungen, noch einmal zusammengefasst werden. Hierbei soll mitunter auch eine Bewertung der aktuellen Europapolitik der FPÖ erfolgen, verbunden mit der Prognose zu einer etwaigen Entwicklung des freiheitlichen Parteiennetzwerkes. Im Anschluss an diese Erkenntnisse folgt eine Listung der wichtigsten sich hieraus ergebenden Fragen für etwaige Anschlussforschungen.

6.1. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Europäisierung des Nationalismus. So oder ähnlich wäre die vorliegende Arbeit nach dem Ende der Datenauswertung beinahe betitelt worden. Und in gewisser Hinsicht wäre dies ein durchaus passender Titel gewesen.

Tatsächlich zeichneten die aus der Analyse der Interviews wie auch aus weiterführenden Recherchen gewonnenen Ergebnisse ein mitunter überraschend vielschichtiges und dynamisches Bild der freiheitlichen Bemühungen um internationalen Anschluss. Zugleich ermöglichten sie auch den Einblick in die Vernetzungsarbeit der anderen extremistischen Rechtsparteien Europas. Es zeigte sich, dass diese Parteien bereits seit Jahren um langfristige Kooperationen bemüht sind und in den vergangenen Jahrzehnten bereits wiederholt Versuche unternommen haben, diese in Form einer institutionalisierten Zusammenarbeit umzusetzen (5.1).

Entsprechend der primären Forschungsfrage konnten hierbei fünf verschiedene Formen zur geordneten Kooperation unterschieden werden. Als einfachste Organisationsform lassen sich bilaterale Bündnisse bzw. „Freundschaften“ (5.2.1) nennen, sie dienen insbesondere einem ersten Kennenlernen und sollen vormals lose Kontakte durch vertrauensfördernde Maßnahmen wie etwa einen Informations- und Personenaustausch (bspw. als Gastredner bei Parteiveranstaltungen) langsam festigen. Die nächste Stufe bilden Allianzen bzw. Föderationen (5.2.2). Sie vereinen bereits mehrere Parteien unter sich und dienen, neben ersten Versuchen zu einer koordinierten Zusammenarbeit, vor allem repräsentativen Zwecken. Auf Ebene der Europäischen Union von besonderer Bedeutung sind die Fraktionen des Europäischen Parlaments (5.2.3). Sie bilden die dritte und zugleich machtvollste Form zur transnationalen Parteienkooperation. Eine weitere von der EU geförderte Bündnisform sind die Europäischen Parteien (5.2.4). Auch sie dienen vor allem der Koordination und gemeinsamen Ausrichtung; ihre Rolle dürfte in den kommenden Jahren noch zusätzliche Bedeutung erfahren. Die letzte und zugleich über die Grenzen der Europäischen Union hinwegreichende Kooperationsform stellen globale Bündnisse dar (5.2.5). Sie erfüllen einen ähnlichen Zweck die Europäischen Parteien, sind jedoch vergleichsweise lose organisiert.

In mehrerer Hinsicht zentral für die vorliegende Arbeit war die Frage nach der Nutzenziehung und den inhaltlichen Überschneidungen, welche sich für die FPÖ und ihre etwaigen Partnerparteien als Grundlage einer grenzübergreifenden Kooperation anbieten könnten (5.3, 5.4, 5.5). Hierbei kristallisierten sich sieben wesentliche Themenfelder heraus, bei welchen die europäischen Rechtsparteien weitgehend ähnliche Positionen vertreten: die Forderung nach nationalstaatlicher Autonomie und Souveränität gegenüber den zentralistischen Tendenzen der Europäischen Union, eine Bereinigung des Demokratiedefizits innerhalb des europäischen Politsystems, die föderalistische Neuordnung der Mitgliedsstaaten im Sinne eines Europas der Vaterländer, eine härtere Linie seitens der Europäischen Union im Bereich Migration und Zuwanderung, die Hochhaltung der christlich-abendländischen Kultur und dem sich hierauf begründenden Wertesystems, die Kritik am europäischen Integrations- und Erweiterungsprozess sowie eine ausgeprägte Globalisierungskritik. Diese Ergebnisse stehen auch in Einklang mit der bereits erwähnten Wiener Erklärung, welche bereits mehreren nachfolgenden Bündnissen als Arbeitsgrundlage gedient hat.

Diesen inhaltlichen Überschneidungen als Basis einer transnationalen Zusammenarbeit stehen jedoch, wie sich im weiteren Verlauf der Datenanalyse zeigte, einige wesentliche Hürden gegenüber. Zwar kann angeführt werden, dass sich die im Rahmen transnationaler Kooperationen ergebenden Schwierigkeiten zum Teil auch für Parteien wie SPÖ, ÖVP oder GRÜNE feststellen lassen; die Parteien des rechten Spektrums sind hiervon jedoch in besonderem Maße betroffen.

Zum einen betrifft dies systeminhärente Hürden und damit all jene kooperationsfeindlichen Einflüsse, welche sich aus der Struktur und Logik des politischen Systems ergeben (5.6.1). Hierunter fallen etwa formelle Anforderungen zur offiziellen Anerkennung bestimmter Kooperationsformen sowie die sich gerade für Rechtsparteien als problematisch herausstellenden Dualismen zwischen Mitglieder- und Entscheidungslogik bzw. Regierungs- und Oppositionsverantwortung, welche nicht zuletzt durch die zumeist populistische Ausrichtung der Parteien zu einem abrupten Wandel und dem Bruch mit bisherigen Partnern führen kann.

Andererseits ergeben sich auch aus aktuellen soziostrukturellen Entwicklungen teils große Herausforderungen für die zukünftige Europapolitik der Rechtsparteien (5.6.2). So konnte aufgezeigt werden, dass sich durch einen stetig voranschreitenden Generationenwechsel auch die Zustimmung zum europäischen Integrationsprozess weiter verbessern könnte und hiermit eine die Gruppe der Europaskeptiker als wichtigste Klientel der rechtsnationalen Parteien langsam schrumpfen würde. Zudem verdanken viele rechte Parteien ihren Erfolg ihrer

Rolle als Protestpartei; gerade bei Sekundärwahlen wie den Wahlen zum Europaparlament kommt diese Rolle besonders zu tragen, kann aber auch nur von kurzfristiger Dauer sein. Hinzu kommt die teils hohe Instabilität der politischen Systeme mancher nationaler Gesellschaften, insbesondere im Osten Europas, aber etwa auch in Italien. Einzelne Parteien können hier schnell erstarken, ebenso aber auch an Zustimmung verlieren. Dies kann sich mitunter negativ auf die Konstellation und das politische Gewicht einzelner Bündnisse auswirken.

Die schwerwiegendste Hürde für eine internationalisierte Rechte ergibt sich allerdings aus der Heterogenität ihrer potenziellen Mitglieder (5.6.3). Eine besondere Bedeutung kommt den hierbei sehr ausgeprägten nationalistischen Narrativen zu, welche durch ihre Betonung historischer Konflikte und Grenzziehungen ein mitunter sehr komplexes Beziehungsnetzwerk aus gegenseitigen Ausgrenzungen und Anerkennungen zwischen den verschiedenen Parteien erzeugen und sich dadurch oftmals als hinderlich für gemeinsame Projekte erweisen. Die nationalistische Ausrichtung der Parteien hat zudem zur Folge, dass eine themenorientierte Kooperation jenseits der bereits erwähnten inhaltlichen Überschneidungen unmöglich oder zumindest unwahrscheinlich ist. Hinzu kommen die teils noch immer auf nationalistischen Vorurteilen beruhenden Feindbilder der Parteien, welche das Verhältnis zu einzelnen Bündnisparteien zusätzlich trüben können. Und ebenso haben auch innerparteiliche Machtkämpfe eine Auswirkung auf die Europapolitik der jeweiligen Parteien und deren Willen zur Kooperation. Auch dies verweist auf die teils weniger auf ideologischen denn vielmehr auf populistischen Determinanten beruhende Politik dieser Akteure.

Unternimmt man nun den Versuch, das internationale Netzwerk der Freiheitlichen Partei gemäß diesen Formen der Kooperationen zu gliedern, so ergibt sich ein tendenziell eher unausgewogenes Bild.

Durchaus unterhält die FPÖ heute zu einer Vielzahl von rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien aus Europa (aber auch anderen Teilen der Welt) ein mitunter enges Verhältnis. Diese Verbindungen basieren jedoch allesamt auf eher lose organisierten, bilateralen Kontakten; die offizielle Teilnahme an einem größeren Parteienbündnis, etwa im Rahmen einer Fraktion des Europäischen Parlaments oder einer Europapartei, ist im Moment nicht gegeben. Dennoch lässt sich für das Netzwerk der europäischen Rechtsparteien bei Betrachtung der letzten Jahre eine gewisse Aufbruchsstimmung feststellen. Nachdem die FPÖ auf Initiative von Andreas Mölzer bereits 2001 erste engere Kontakte zu anderen Parteien geknüpft hatte, wurde diese Vernetzungsarbeit ab 2004 infolge des Einzugs von Mölzer in das Europäische Parlament weiter intensiviert. Als erster Erfolg dieser Bemühungen kann die im November 2005 veröffentlichte „Wiener Erklärung“ gesehen werden, in welcher sich

mehrere namhafte europäische Rechtsparteien - darunter der Front National, der Vlaams Belang, die Alternativa Sociale oder auch die bulgarische Ataka - auf gemeinsame Ziele und Forderungen einer rechtsnationalen Europapolitik einigten. Diese Erklärung bildete auch die Arbeitsgrundlage für die im Jahr 2007 gegründete (und wenige Monate später wieder aufgelöste) Europaparlamentsfraktion ITS, welche als erste rechtsnationale Fraktion seit 1994 den bisherigen Höhepunkt der freiheitlichen Europapolitik darstellt.

Bis heute hat es trotz entsprechender Bemühungen keine weitere vergleichbare Fraktion gegeben, die meisten der damals beteiligten Parteien, unter ihnen auch die FPÖ, sind im Europäischen Parlament weitgehend isoliert. Auch die Versuche zur Gründung einer Europapartei verliefen bislang erfolglos. Somit dienen im Moment die von diesen Parteien betriebenen Bündnisse und Kooperationen dem Zwecke einer symbolischen Politik und erfüllen somit vor allem eine repräsentative Funktion. Eine instrumentelle Politik im Sinne einer tatsächlichen Einflussnahme auf politische Mechanismen ist diesen Vereinigungen infolge ihres realpolitischen Gewichts nicht möglich.

Als jüngste Entwicklung im Aufbau einer europäischen Rechtsbewegung kann die im November 2009 gegründete „Allianz der europäischen nationalen Bewegungen“ (AMNE) interpretiert werden. Sie geht auf die Initiative des französischen Front National sowie der ungarischen Jobbik zurück und hat sich (ebenso wie ihre erfolglose Vorgängerin EuroNat) zum Ziel gesetzt, offiziell als Europäische Partei anerkannt zu werden. Aufgrund der momentan gegebenen Voraussetzungen für eine solche Anerkennung erscheint das Erreichen dieses Ziels im Moment allerdings sehr unrealistisch. Die FPÖ hat eine Mitgliedschaft in dieser Allianz aus verschiedenen Gründen bislang eher ausgeschlossen; zeitgleich ist sie allerdings darum bemüht, mit anderen europäischen Rechtsparteien in Verbindung zu treten und das sie umgebende Parteinetzwerk zu erweitern. Welche Implikationen sich hieraus ergeben könnten, soll im nachfolgenden Teil geklärt werden.

6.2. Schlussfolgerungen

Wie die vorliegende Arbeit in mehrfacher Hinsicht zeigen konnte, haben die europäischen Rechtsparteien nach Jahren der Isolation auch auf europapolitischer Ebene die in bestimmten Bereichen gegebene Notwendigkeit zur Kooperation erkannt und ihre Netzwerkarbeit bis heute stetig intensiviert. Einige Vertreter dieser Gruppe wie etwa der Front National unter Jean-Marie Le Pen engagieren sich bereits seit Mitte der 1980er Jahre in diesem

Bereich; andere Parteien, unter ihnen auch die FPÖ, fanden erst vor einigen Jahren den Anschluss. Es stellt sich somit abschließend die Frage, welche Schlussfolgerungen und weiterführenden Erkenntnisse sich aus den nunmehr gewonnen Ergebnissen ziehen lassen.

Betrachtet man die freiheitliche Europapolitik, so lassen sich einige wesentliche Tendenzen erkennen. Zum einen wird ersichtlich, dass sich die Bemühungen um Kooperation in den vergangenen Jahren deutlich verstärkt haben. Aufbauend auf den seit dem Jahr 2001 bestehenden Kontakten zum Vlaams Belang, Lega Nord oder Front National hat die FPÖ ihr internationales Netzwerk stetig erweitert und ist, wenngleich die realpolitischen Erfolge abgesehen von dem kurzfristigen Erscheinen der ITS nach wie vor ausbleiben, zu einem der „Big Player“ unter den europäischen Rechtsparteien geworden. Mit ihrem europapolitischen Engagement könnte die FPÖ mehrere Ziele zugleich verfolgen.

Auf der einen Seite lässt sich vermuten, dass der Aufbau dieses Netzwerks nicht zuletzt der eigenen innenpolitischen Profilierung und damit symbolischen Zwecken dient. Hierzu lässt sich etwa auch der infolge des Kaukasuskrieges unternommene (und nicht ganz unparteiische) Versuch einer Friedensvermittlung zwischen den innergeorgischen Streitparteien anführen. Ebenso wäre die am 27. Mai 2010 als freiheitliche Vorfeldorganisation gegründete „Christlich-freiheitlichen Plattform für ein freies Europa souveräner Völker“ zu nennen, deren Programm und Leitsätze ebenfalls sehr stark an die Forderungen der Wiener Erklärung erinnern.

Die Führung der FPÖ inszeniert sich hierdurch weltmännisch und kann so auf nationaler wie auch europäischer Ebene einen gewissen Wandel ihres Images initiieren. Auf der anderen Seite ist die symbolische Funktion solcher Aktivitäten aber auch darin zu sehen, dass etwa die Betonung der Dringlichkeit und Relevanz nationaler Anliegen durch das gemeinsame Auftreten mehrerer Parteien ein stärkeres mediales Echo erfährt. Vonseiten der FPÖ werden hier zum Teil neue Wege begangen. Sie vernetzt sich nicht nur mit den etablierten Rechtsparteien Europas, sondern sucht auch den Kontakt zu kleineren nationalistisch-patriotischen Parteien wie etwa der PRO NRW oder der Plataforma per Catalunya, welche von der FPÖ zum Beispiel beim allgemeinen Aufbau oder auch im Rahmen nationaler Wahlkämpfe unterstützt werden. Die sich dahinter verbergende Strategie ist klar: Mittels der Unterstützung kleinerer Parteien soll das Netzwerk der Rechtsparteien stetig ausgedehnt und das Gewicht einer solchen Vereinigung gestärkt werden. Auf mittelfristige Sicht ergibt sich hierdurch die Möglichkeit, den Kreis der heute in Europa etablierten Rechtsparteien zu erweitern und somit auch im Europäischen Parlament

wieder Fraktionsstärke zu erreichen. Ebenso, wenngleich dies von der FPÖ im Moment mit niederer Priorität behandelt wird, bestünde dann auch die Möglichkeit zur Gründung einer Europäischen Partei.

Arbeitsgrundlage für diese Kooperationen sind die wie zuvor beschriebenen Themenbereiche. Vor allem die systemische Kritik an der Europäischen Union sowie die auf mehreren Ebenen erfolgende dichotomische Feindbildung bieten ein großes populistisches Potenzial und dürften von den Rechtsparteien noch lange für ihre Zwecke instrumentalisiert werden. Insbesondere die ausgeprägte Islamkritik sowie die Frage der nationalstaatlichen Autorität, einhergehend mit einer Kritik am Prozess der Globalisierung, ermöglichen den Parteien rund um die FPÖ eine breite Gesprächsbasis. Das Feindbild eines sich stetig ausbreitenden, politisch motivierten Islamismus mit radikalen Tendenzen ist auch von globaler Relevanz und erscheint daher als durchaus praktikable Schnittstelle gemeinsamer Interessen und Ausgangspunkt vereinter Aktivitäten. Miteingeschlossen werden hierdurch nun einerseits viele rechts-nationalistischen Bewegungen der westlich geprägten Hemisphäre, andererseits aber auch islamkritische Bewegungen aus unterschiedlichsten Regionen der Welt. Sollte sich diese These bewahrheiten, so wird die FPÖ ihre Netzwerkarbeit auch in den kommenden Jahren weiter ausweiten und hierbei auf Partner zurückgreifen, welche von den meisten Beobachtern bis vor wenigen Jahren wohl nicht vermutet worden wären. Hierbei könnten etwa weitere nationalpatriotische Bewegungen aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens, des osteuropäischen bzw. ehemals sowjetischen Raums zählen. Ebenso denkbar wären aber auch - zumindest für punktuelle Kontakte - antiislamistische Bewegungen im nahöstlichen oder gar afrikanischen Raum. Für eine tatsächliche Zusammenarbeit wird dies allerdings nicht ausreichen, da eine solche Bekundung einer gegenseitigen Anerkennung noch nicht ein Konzept zur Überwindung allfälliger nationaler Narrative begründet. Solche (medial wirksame) Bündnisse dienen demnach weniger dem Zweck eines tatsächlichen Austausches als vielmehr der Absicht zu zeigen, dass man mit seiner Position nicht alleine ist. Die entscheidende Frage wird letztendlich sein, inwieweit es den rechtsnationalen Parteien möglich sein wird, die sie bislang oftmals trennenden nationalistischen Narrative zu überwinden. Gelingt ihnen dies, so dürfte sich ihr Einfluss in Europa mittel- bis langfristig verstärken.

6.3. Anschlussfragen

In Hinblick auf die nunmehr vorgestellten Ergebnisse und Schlussfolgerungen sollen nun abschließend noch jene Themen angeführt werden, welche im gegebenen Rahmen der vorliegenden Arbeit nur am Rande behandelt werden konnten und sich daher für eine weiterführende Forschung in diesem Bereich anbieten würden.

- Vertiefend: Netzwerkanalyse der europäischen Rechtsparteien.
- Einfluss nationalistischer Narrative auf den Prozess der subjektiven Europäisierung.
- Neue Exklusions- und Inklusionsstrategien rechter Parteien.
- Grenzübergreifende Unterstützung kleinerer Parteien: Motive, Mittel, Strategie.
- Sozialisation und Rekrutierungsstrategien der europäischen Eliten.
- Einfluss globaler Krisen (z.B. wirtschaftlicher Natur) auf den europäischen Integrationsprozess.
- Diskursanalyse der freiheitlichen Europapolitik 1986-2011.
- Der soziodemographische Wandel Österreichs und seine Auswirkungen auf die freiheitliche Politik.
- Die Rolle der Globalisierung in den Diskursstrategien extrem-rechter Parteien.
- Die Ausbildung transnationale Narrative als Grundlage einer europäischen Identität?
- Europäische Massenmedien und ihre Rolle für die Ausformung einer europäischen Identität.
- Bzgl. Geringe Fraktionsdisziplin der EDF im Europaparlament: welche Themen, Konflikte?
- Einfluss des europäischen Integrationsprozesses auf das Feinbildschema rechtsextremer Parteien.

Literaturverzeichnis

- Arzheimer, Kai; Klein, Markus (1999): Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich. Bestandsaufnahme und Zukunftsszenarien. In: Fritz Plasser (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich. Frankfurt am Main: Peter Lang: 31-63.
- Axt, Heinz-Jürgen (2006): Wahlen zum Europäischen Parlament: Trotz Europäisierungstendenzen noch immer nationale Sekundärwahlen. In: Derichs, Claudia; Heberer, Thomas (Hrsg.): Wahlsysteme und Wahltypen. Politische System und regionale Kontexte im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 122-144.
- Bach, Maurizio (2000): Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellungen und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40: 11-38. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bach, Maurizio (2008): Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der europäischen Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bauer, Werner T. (2010): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. Wien: ÖGPP - Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Betz, Hans-Georg (2002): Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. In: Fröschl, Erich (Hrsg.): Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. 31 (3): 251-264.
- Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang (2005): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 33-70.
- Bös, Mathias (2000): Zur Kongruenz sozialer Grenzen. Das Spannungsfeld von Territorien, Bevölkerungen und Kulturen in Europa. In: Maurizio Bach (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 429-455.
- Bräuninger, Thomas; König, Thomas (2000): Europa am Scheideweg? Erweiterungen und die Handlungsfähigkeit der Union. In: Maurizio Bach (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 112-129.
- Busek, Erhard: Die Rolle des Nationalstaates in einer globalisierten Welt. In: Bosshart-Pfluger, Catherine; Jung, Josef; Metzger, Franziska (Hrsg.) (2002): Nation und Nationalismus in Europa. Kulturelle Konstruktion von Identitäten. Wien: Verlag Huber: 843-856.
- Büttner, Sebastian; Steffen, Mau (2010): Horizontale Europäisierung und Europäische Integration. In: Eig Müller, Monika; Mau, Steffen (Hrsg.): Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 274-318.
- Clemens, Gabriele; Reinfeldt, Alexander; Wille, Gerhard (2008): Geschichte der europäischen Integration. Schöningh: UTB.
- Dantschke, Claudia (2006): Zwischen Feindbild und Partner: Die extreme Rechte und der Islamismus. In: Braun, Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 440-460.
- Der Standard (2009a): EU-Rechtsaußen-Fraktion hat Vorbehalte gegen FPÖ. In: Der Standard. 03.07.2009. Wien: Standard Verlagsgesellschaft m.b.H.
- Der Standard (2009b): Rechtsextreme Parteien gründeten in Budapest EU-weiten Verband. In: Der Standard. 24.10.2009. Wien: Standard Verlagsgesellschaft m.b.H.

- Der Standard (2010): FPÖ hilft bei Gründung einer deutschen Rechtspartei. In: Der Standard. 27.10.2010. Wien: Standard Verlagsgesellschaft m.b.H.
- Die Presse (2007): Rechte Fraktion wird ausgegrenzt. In: Die Presse. 17.01.2007. Wien: Styria Media Group.
- Die Presse (2010a): FPÖ flirtet mit rechtsextremer Partei aus Ungarn. In: Die Presse. 28.01.2010. Wien: Styria Media Group.
- Die Presse (2010b): FPÖ schmiedet Pakt mit georgischer Oppositionspartei. In: Die Presse. 05.03.2010. Wien: Styria Group.
- Die Presse (2010c): Auf Einladung der FPÖ: Rechtsparteien-Treffen in Wien. In: Die Presse. 21.10.2010. Wien: Styria Group.
- Die Republikaner (2008): Republikaner, Vlaams Belang und FPÖ: gemeinsam für „Europa der Vaterländer“. Berlin: Die Republikaner Bundesgeschäftsstelle.
- Die Welt (2010): „Wir brauchen keine diplomatische Anerkennung“. In: Die Welt. 26.08.2010. Berlin: Axel Springer AG.
- Edelman, Murray (1976): Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt am Main: Campus.
- Eder, Klaus (2007): Europa als besonderer Kommunikationsraum. In: Berliner Journal für Soziologie. Heft 17. S. 33-50. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Elias, Norbert (1939, 1976): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eurobarometer (2010): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb73/eb73_anx_full.pdf (Stand: 11.11.2010).
- EuroNat (2010): For a Europe of nations. A cooperation between European parties. www.euronat.org (Stand: 01.10.2010).
- Europäisches Parlament (2007): Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung. Brüssel: Europäisches Parlament.
- Europäisches Parlament (2009): Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments. 7. Wahlperiode. Dezember 2009. Brüssel: Europäisches Parlament.
- Fieschi, Catherine; Shields, James; Woods, Roger (1996): Extreme right-wing parties and the European Union. France, Germany and Italy. In: Gaffney, John (Hrsg.): Political Parties and the European Union. London: Routledge.
- Fraser, Nancy (2007): Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt, in: Niesen; Herborth (Hrsg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit, S. 224-253
- Freiheitliche Akademie (2005): Wiener Erklärung der europäischen patriotischen und nationalen Parteien und Bewegungen. Parteikontaktforum in Wien: 11. - 13. November 2005. Wien: APA.
- Freiheitliche Partei Österreichs (2008): Strache will „neutrale österreichische Vermittlerrolle“ im Georgien-Konflikt. Wien: APA.
- Freiheitliche Partei Österreichs (2009a): Strache: Freiheitliche Haltung zum Georgien-Konflikt bestätigt. Wien: APA.
- Freiheitliche Partei Österreichs (2009b): Strache lud zu Friedenskonferenz zu Ossetien und Abchasien nach Wien. Wien: APA.
- Freiheitliche Partei Österreichs (2010a): FPÖ-Neubauer: „Offener Brief“ an Außenminister Dr. Spindelegger - Teil 2. Wien: APA.
- Freiheitliche Partei Österreichs (2010b): Strache präsentiert „Christlich-freiheitliche Plattform für ein freies Europa souveräner Völker“. Wien: APA.

- Freiheitlicher Parlamentsklub (2010a): Strache präsentiert Freundschaftsabkommen der FPÖ mit Plataforma per Catalunya. Wien: APA.
- Freiheitlicher Parlamentsklub (2010b): FPÖ unterstützt Plataforma per Catalunya bei Wahlen in Katalonien. Wien: APA.
- Frölich-Steffen, Susanne (2004): Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. In: Sandner, Günther; Sickinger, Hubert; Liegl, Barbara (Hrsg.): Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft: 281-295.
- Froschauer, Ulrike; Lueger, Manfred (2003): Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme. Wien: UTB.
- FTD - Financial Times Deutschland (2007): Rechtsparteien im EU-Parlament verbünden sich. 15.01.2007: Hamburg: Financial Times Deutschland GmbH & Co. KG
- Geden, Oliver (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Geiger, Rudolf; Khan, Daniel-Erasmus; Kotzur, Markus (2010): EUV/AEUV: Vertrag über die Europäische Union und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Kommentar. München: Verlag C.H. Beck.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.), Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: 135-158.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Greven, Thomas; Grumke, Thomas (2006): Die globalisierte Anti-Globalisierungsbewegung der extremistischen Rechten? In: Greven, Thomas; Grumke, Thomas (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 9-14.
- Grumke, Thomas (2009): „Sozialismus ist braun“: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. In: Braun, Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 148-162.
- Hägler, Max (2008): Internationale der nationalen Parteien. Europa der Rechten. In: die tageszeitung (taz): 23.06.2008. Berlin: TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH.
- Hainsworth, Paul (2008): The Extreme Right in Western Europe. London: Routledge.
- Haller, Max (2009): Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hallstein, Walter (1951): Der Schumann-Plan. Nachschrift des am 28. April 1951 in der Aula der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Mertonstraße 17, gehaltenen Vortrags. Frankfurter Universitätsreden. Heft 5. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.
- Hanley, David (2002): Die Zukunft der europäischen Christdemokratie. In: Minkenberg, Michael; Willems, Ulrich (Hrsg.): Politik und Religion. PVS - Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 33: 231-255.
- Häusler, Alexander (2008): Antiislamischer Populismus als rechtes Wahlkampf-Ticket. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 155-169
- Häusler, Alexander (2009): Antiislamischer Rechtspopulismus in der extremen Rechten - die „PRO“-Bewegung als neue Kraft? In: Braun, Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 130-147.
- Hecking, Claus (2006): Das Parteiensystem Belgiens. In: Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard; Haas, Melanie (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 41-66.
- Höhne, Roland (2006): Das Parteiensystem Frankreichs. In: Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard; Haas, Melanie (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 161-188.
- International Democrat Union (2010): IDU - International Democrat Union. www.idu.org (Stand: 01.10.2010).

- Jungnikl, Saskia (2010): Mölzer am Yasukuni-Schrein. In: Der Standard. 20.08.2010. Wien: Standard Verlagsgesellschaft m.b.H.
- Kailitz, Steffen (2006): Das ideologische Profil rechter (und linker) Flügelparteien in den westeuropäischen Demokratien - Eine Auseinandersetzung mit den Thesen Herbert Kitschelts. In: Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht: 283-230.
- Kaiser, Wolfram (2001): Deutschland exkulpiert und Europa aufbauen. In: Gehler, Michael; Kaiser, Wolfram; Wohnout, Helmut: Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Wien: Böhlau Verlag.
- Kantner, Cathleen (2007). Europäische Medienöffentlichkeit: Folgenlose Debatten?. In: Koch-Baumgarten, Sigrid & Mez, Lutz (Eds.): Medien und Policy. Neue Machtkonstellationen in ausgewählten Politikfeldern. Frankfurt: Peter Lang: 209-224.
- Kersting, Norbert (2008): Beiräte und Kommissionen. Integration von Partikularinteressen. In: Kersting, Norbert (Hrsg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogisierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 107-122.
- Kitschelt, Herbert (In Zusammenarbeit mit McGann, Anthony J.) (1997): The radical right in Western Europe: a comparative analysis. The University of Michigan Press: Michigan.
- Kohler-Koch, Beate; Conzelmann, Thomas; Knodt, Michèle (2004): Europäische Integration - Europäisches Regieren. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krell, Christian (2007): Sozialdemokratie und Europa. Die Europapolitik von SPD, Labour Party und Parti Socialiste. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lachauer, Chloè (2005): Rechtsextreme auf dem Weg zum politischen Akteur. Marburg: Tectum Verlag.
- Liberaler Internationale (2010): Liberal International. www.liberal-international.org (Stand: 01.10.2010).
- Lucardie, Paul (2006): Das Parteiensystem der Niederlande. In: Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard; Haas, Melanie (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 331-350.
- Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Mau, Steffen; Verwiebe, Roland (2009): Die Sozialstruktur Europas. Konstanz: UTB / UVK.
- Mayring, Philipp (2002): Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Weinheim, Basel: Beltz Verlag.
- Mayring, Philipp (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 10. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Verlag.
- Meyer, Thomas (2008): Sozialismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mölzer, Andreas (2005): Europa Unser. Für ein Europa der freien Völker und der kulturellen Vielfalt. Wien: Österreichische Landsmannschaft.
- Mölzer, Andreas (2010a): Internationale Konferenz patriotischer Bewegungen in Tokyo. In: <http://andreasmoelzer.wordpress.com/2010/08/27/internationale-konferenz-patriotischer-bewegungen-in-tokyo/> (Stand: 01.10.2010).
- Mölzer, Andreas (2010b): Leistungsbilanz. Andreas Mölzer im Europaparlament. <http://www.andreasmoelzer.at/index.php?id=652> (Stand: 01.10.2010)
- Müller, Hans-Peter (2007): Auf dem Weg in eine europäische Gesellschaft? Begriffsproblematik und theoretische Perspektiven. Berliner Journal für Soziologie 17 (1): 7-31.
- Müller-Funk, Wolfgang (2008): Die Kultur und ihre Narrative. Eine Einführung. Wien: Springer-Verlag.
- Neue Freie Zeitung (2010): Strache und Topadse formulierten eine gemeinsame Partnerschaft. In: Neue Freie Zeitung. 11.03.2010. Wien: Freiheitliche Partei Österreich.
- Neurrieser, Joachim (2008): Zwischen Liberalismus und Nationalismus. Programmatische Transformierungsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers in Österreich nach 1945. Diplomarbeit. Wien: Universität Wien.

- Nuscheler, Franz (2009): Globalisierung und ihre Folgen: Gerät die Welt in Bewegung? In: Butterwege, Christoph; Hentges, Gudrun (Hrsg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- NZZ - Neue Zürcher Zeitung (2007): Rechtsextreme sind wieder eine Fraktion im Europaparlament. 15.01.2007. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Oppelland, Torsten (2006): Das Parteiensystem der Europäischen Union. In: Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard; Haas, Melanie (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 455-475.
- Pelinka, Anton (2002): Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Fröschl, Erich (Hrsg.): Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. 31 (3): 281-290.
- PEP - Pressedienst des Europäischen Parlaments (2007): Fraktion "Identität, Tradition und Souveränität" (ITS) existiert nicht mehr. Brüssel: Europäisches Parlament.
- Pfadenhauer, Michaela (2005): Auf gleicher Augenhöhe reden. Das Experteninterview - ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte. In: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 113-130.
- Pollak, Johannes; Slominski, Peter (2002): Die österreichischen Parteien und die europäische Integration: Stillstand oder Aufbruch. In: Neisser, Heinrich; Puntischer-Riekmann, Sonja (Hrsg.): Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien: WUV Universitätsverlag: 177-200.
- Priester, Karin (2010): Fließende Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 44. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Puntischer Riekmann, Sonja (2000): Die Meister und ihr Instrument. Institutionenkonflikte und Legitimitätsprobleme in der Europäischen Union. In: Maurizio Bach (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40: 130-151. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Reiter, Erich (1982): Programm und Programmentwicklung der FPÖ. Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft. Band 5. Wien: Braumüller.
- Rensmann, Lars (2006): Populismus und Ideologie. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 59-80.
- Riess-Passer, Susanne (1996): Freiheitliche Europapolitik. Wien: Freiheitliche Akademie.
- Rippl, Susanne; Baier, Dirk; Boehnke, Klaus (2007): Europa auf dem Weg nach rechts? Die EU-Osterweiterung und ihre Folgen für politische Einstellungen in Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sarcinelli, Ulrich (2005): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scharenberg, Albert (2006): Brücke zum Mainstream - Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik der Einwanderung. In: Greven, Thomas; Grumke, Thomas (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 70-111.
- Schmidt, Manfred G. (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung. 5. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schweizer, Manuel (2010): Rechtsextreme FPÖ. Zur irreführenden Verwendung des Rechtspopulismus-Begriffs. Wien: ÖGPP - Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Schwinn, Thomas (2008): Nationale und globale Ungleichheit. In: Berliner Journal für Soziologie. Heft 18: 8-31. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- SGP (2010): Een christelijk Nederland. De SGP stáát ervoor. Homepage der Staatskundig Gereformeerde Partij. www.sgp.nl (Stand: 01.10.2010).
- Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 33-58.
- Stöss, Richard (2006): Rechtsextreme Parteien in Westeuropa. In: Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard; Haas, Melanie (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 521-563.
- Stüwe, Klaus (2004): Die Inszenierung des Neubeginns. Antrittsreden von Regierungschefs in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Süddeutsche Zeitung (2007): EU-Parlament. Neue rechtsextremistische Fraktion gegründet. 15.01.2007. München: Süddeutscher Verlag.
- Tobler, Stefan (2010): Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit. Konfliktinduzierte Kommunikationsverdichtungen und kollektive Identitätsbildung in Europa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Trinczek, Rainer (1995): Experteninterviews mit Managern. Methodische und methodologische Hintergründe. In: Brinkmann, Christian; Deeke, Axel; Völkel, Brigitte (Hrsg.): Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Nürnberg: IAB: 59-67.
- VoteWatch (2010): European Party Groups Cohesion Rates. 14.07.2009 to 14.07.2010. votewatch.eu/cx_european_party_groups.php (Stand: 01.01.2010).
- Wagner, Gerhard (2005): Projekt Europa. Die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft. Berlin: Philio.
- Weber, Max (1988): Gesammelte politische Schriften. Stuttgart: UTB.
- Wessels, Wolfgang (2008): Das politische System der Europäischen Union. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wiener Zeitung (2007): Gegen Superstaat und Roma: EU-Rechtspartei formiert sich. 16.01.2007. Wien: Wiener Zeitung GmbH.
- Wimmer, Andrea; Glick Schiller, Nina (2002): Methodological nationalism and beyond. Nation-state building, migration and the social sciences. In: Global Networks 2 (4): 301-334.
- Zier, Martin (2005): Nationale Parlamente in der EU. Göttingen: V&R unipress GmbH.

Anhang

A1. Interviewtranskript Wendelin Mölzer

Gespräch mit Wendelin Mölzer, Europareferent der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)

vom 11.02.2010, Freiheitlicher Parlamentsklub, Wien

1 *I: Sehr geehrter Herr Mölzer, wie bereits angesprochen geht es mir um die auf europäischer Ebene gegebenen Formen und*
2 *Möglichkeiten zur Kooperation für die Freiheitliche Partei; und zwar ebenso auf formeller wie auf informeller Ebene. Hierzu*
3 *einleitend meine Frage: Im vergangenen Jahr fand die jüngste Europaparlamentswahl statt. Welche Ziele hat sich die*
4 *Freiheitliche Partei für die kommenden Jahre, für die kommende Legislaturperiode auf europapolitischer Ebene gesetzt?*

5 Wendelin Mölzer: Bekanntermaßen ist seit 01. Jänner 2010 der Vertrag von Lissabon gültig. Diesen haben wir in den letzten
6 Jahre aktiv bekämpft, weil wir der Meinung waren, dass der Vertrag von Lissabon einer Volksabstimmung in Österreich
7 unterzogen hätte werden müssen. Und darüber hinaus sind wir der Meinung, dass dieser Vertrag Fehlentwicklungen fortführt,
8 die schon bis dato im Europäischen Recht, aber auch in der gelebten, real existierenden Europäischen Union bestanden
9 haben, und daher auch bekämpft beziehungsweise geändert werden sollten. Es gibt da mehrere Punkte in diesem Vertrag von
10 Lissabon, die einerseits rein rechtlicher und akademisch theoretischer Natur sind, aber es wird auch eine Reihe von
11 realpolitischen Auswirkungen geben. Das, was wir bis jetzt schon gehabt haben, nämlich, dass rund 90 Prozent aller Gesetze
12 direkt oder indirekt in Brüssel grundgesetzt wurden, ist durch den Vertrag von Lissabon im Grunde genommen nur verstärkt
13 worden. Das ist also etwas, was wir uns in den nächsten Jahren anschauen müssen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in vielen
14 Bereichen wieder mehr Eigenständigkeit für die Nationalstaaten in Europa zu erlangen. Das betrifft verschiedenste
15 Politikbereiche, angefangen bei der Sozialpolitik bis hin zum Bereich der Finanzpolitik, wo wir ja theoretisch in Österreich
16 oder den anderen Nationalstaaten im Moment noch die Hoheit haben - wo es aber Tendenzen gibt die Steuer- und
17 Finanzpolitik auf Brüsseler Ebene zu heben. Das sind also sicherlich Anliegen, die uns wichtig sind. Es geht dann natürlich
18 auch in den Bereich der Erweiterungspolitik der Europäischen Union, wo wir ja schon länger das Thema des drohenden
19 Türkeibeitritts haben. Aber auch andere Ungerechtigkeiten wie zum Beispiel die Frage zur Mittelmeerunion, die von
20 Frankreich und den Mittelmeer-Anrainerstaaten angestrebt wird. Hier werden wir uns ganz klar dafür einsetzen, dass Europa
21 seine Grenzen haben muss. Und darüber hinaus ist es eben wichtig - ich kann das nur wiederholen - dass wir uns anschauen
22 müssen, wie sich dieser Vertrag von Lissabon weiter auswirkt, bzw. dass wir das, was bis jetzt schon problematisch war,
23 weiter bekämpfen. Und zwar im Sinne dessen, dass wir mehr nationale Eigenstaatlichkeit haben wollen. Aber - auch das ist
24 nicht ganz unwichtig - in gewissen Bereichen sind wir sehr wohl der Meinung, dass eine europäische Integration notwendig
25 ist. Das betrifft zum Beispiel die Frage der Migrationspolitik, wo es derzeit seitens der Europäischen Union Bestrebungen
26 gibt, im Asylwesen eine sehr lockere Politik zu betreiben und wo wir der Meinung sind, dass es europaweit eine einheitlich
27 sehr harte Asylpolitik geben sollte. Darüber hinaus geht es - und das ist für die FPÖ das Wichtigste - sehr wohl darum, dass
28 man eine europäische Integration weiterführt, dass diese notwendig ist, um den Frieden in Europa zu erhalten - auch um ein
29 starker Spieler auf der Welt zu sein. Aber eben immer unter Berücksichtigung der europäischen Vielfalt und der Souveränität
30 der europäischen Völker.

31 *I: Und in welcher Weise kommen hierfür Kooperationen mit anderen nationalen Parteien in Frage?*

32 Wendelin Mölzer: Das ist das wichtigste Thema. Der FPÖ, die in Österreich gerne als Protest- und Randpartei dargestellt
33 wird, wird immer gesagt: "Das sind nur die paar Deppen, die 25, 30 Prozent Europaskeptiker plus die paar bösen, bösen
34 Rechtsradikalen". Die FPÖ wehrt sich dagegen, dass das nur eine Randerscheinung ist. Wir sind der Meinung, dass es quer
35 durch Europa eine große Kritik an dieser Europäischen Union und ihrer Entwicklung gibt. Aber wir sagen Ja zu einer
36 europäischen Integration. Wir sind eben auch der Meinung, dass es so etwas wie eine europäische Schicksalsgemeinschaft
37 gibt, die man auch politisch umsetzen muss. Aber zu dieser zentralistischen Europäischen Union sagen wir Nein - und wir
38 wissen auch, dass es quer durch ganz Europa eine Reihe von politischen Vertretungen und eine breite Mehrheit quer durch
39 alle europäischen Völker und Staaten gibt, die in zentralen Punkten ähnlich oder gleich denken wie wir. Beispielsweise zur
40 Frage des Türkei-Beitritts, wo eine klare Mehrheit der Europäer dagegen ist. Wo es fernere Regionen, die es weniger betrifft,
41 wie Skandinavien, Großbritannien, etc., vielleicht etwas anders sehen. Aber der Großteil des kontinentalen Europas sieht das
42 zum Beispiel gleich wie die FPÖ. Auch die Frage des Zentralismus - die wird klar abgelehnt und ich glaube, da gibt es dann
43 eine Reihe von Parteien, die das ebenso vertreten. Die sind unterschiedlicher Ausprägung, unterschiedlicher Stärke. Unsere
44 konkreten Partner, die man in diesem Zusammenhang ansprechen sollte, sind zum Beispiel die dänische Volkspartei von Pia
45 Kjærsgaard, die in ganz zentralen Punkten politisch gleich denkt wie die FPÖ und die in Dänemark bei der letzten Wahl etwa
46 13 Prozent Wählerzuspruch hatte und nun eine rechtsliberale Regierung stützt. Oder auch der Vlaams Belang, der aber keine
47 Regierungspartei, sondern - das muss man ehrlicherweise dazusagen - eine separatistische Bewegung ist und den flämischen
48 Gedanken pflegt. Pro Flandern sozusagen. Der aber jetzt abgesehen von dieser separatistischen Frage in europäischen Fragen
49 gleich denkt wie wir. Aber alle diese Partner, die ich schon erwähnt habe und noch erwähnen werde sind uns auch in
50 gesellschaftspolitischen Fragen sehr nahestehend und sind Parteien, die sich so zwischen 5 und 20 Prozent des
51 Wählerzuspruchs bewegen. Die auch ähnliche Probleme haben, wenn's darum geht, dass man das politisch korrekt gibt, und
52 ähnlich bekämpft werden wie bei uns die FPÖ. Weiters: Front National zum Beispiel ist eine Bewegung, die der Jean-Marie
53 Le Pen bekanntlich in den 1970ern geboren hat, die also in ihrer besten Zeit bis zu 20 Prozent in Form der Person von Le Pen
54 Zuspruch in Frankreich erhalten hat-

55 *I: Bei Präsidentschaftswahlen.*

56 Wendelin Mölzer: Genau so ist es. Die Lega Nord in Italien, die wieder einen separatistischen Gedanken oder einen
57 Autonomiegedanken als Hauptthema hat, aber auch in der Regierung mit Berlusconi sitzt und etwa in Norditalien um die 20
58 Prozent Wählerzuspruch hat; in Gesamtitalien, glaube ich, in etwa 10 Prozent. Also man kann sagen, das sind Parteien, die
59 sich alle plus minus im gleichen Bereich wie die FPÖ befinden und auch in ganz zentralen Punkten gleiche Werte wie die
60 FPÖ vertreten. Außerhalb der europäischen Union - das ist nicht ganz unwichtig - wäre die Schweizer Volkspartei zu nennen,
61 die durchaus eine der erfolgreichsten rechten Parteien in diesem Zusammenhang ist. Die natürlich keine organisierte,
62 formelle Zusammenarbeit mit uns oder anderen europäischen Parteien sucht, mit uns aber sehr wohl einen sehr intensiven
63 Austausch pflegt, personeller und inhaltlicher Natur. Sprich: man trifft und unterhält sich regelmäßig, tauscht sich regelmäßig
64 über Probleme aus. Und die natürlich auch in ganz zentralen Bereichen, vor allem gesellschaftspolitisch aber auch
65 europakritischer Natur, mit uns sehr deckungsgleich ist. Neben diesen vier zuvor genannten Parteien gibt es noch eine Reihe
66 von Kontakten zu Parteien in Osteuropa, wo man dazu sagen muss, dass die natürlich noch so konsolidiert sind. Das sind
67 alles sehr junge Demokratien, beispielsweise die Ataka in Bulgarien, wo man schon zusammengearbeitet hat, auch im
68 Europäischen Parlament, damals eben bei der ITS, wo man aber noch schauen muss, wie sich die weiterentwickeln. Ataka hat
69 sich also beispielsweise schon relativ gut konsolidiert, muss sich aber in gewissen Bereichen vielleicht noch etwas mäßigen. -
70 was aber immer mit dem jeweiligen politischen System dort im Zusammenhang zu sehen ist. Bulgarien ist eben erst seit
71 ungefähr zwanzig Jahren eine Demokratie in unserem westlichen Sinne.

72 *I: Ähnlich Rumänien.*

73 Wendelin Mölzer: Rumänien genau das gleiche. Gut, da haben wir derzeit keine engeren Kontakte. Das war damals im
74 Rahmen der ITS sozusagen ein singulärer Kontakt [lacht]. Das hat sich damals als problematisch erwiesen, weil die im

75 Grunde genommen - überzogen formuliert - ein halbkorrupter, halbseidener Haufen waren. Das muss man ehrlich sagen. Die
76 dann auch in weiterer Folge bei Wahlen nicht mehr reüssieren konnten. Da muss man auch ehrlicherweise zugeben, dass man
77 sich das im Vorfeld vielleicht zu wenig angeschaut hat. Aber ich glaube, der Versuch war durchaus richtig. Es ist wichtig,
78 dass man eben auch in Osteuropa Kontakte sucht, weil das eben ein erheblicher Teil Europas ist. Ja, was ist noch an Parteien
79 interessant? Wir sprechen mit allen - das ist einmal ganz wichtig - die eben wie schon erwähnt in relevanten Politikbereichen
80 unsere oder ähnliche Meinungen vertreten. Wichtig dabei ist natürlich auch - und das ist ein ganz zentraler Punkt - eine
81 demokratische Legitimierung. Also mit einem Verein zu sprechen, der aus fünf Personen besteht und irgendwas sagt, das ist
82 irgendwie nicht Sinn der Sache. Das heißt nicht, dass wir mit denen nicht reden, aber es ist nicht unbedingt sinnvoll, mit
83 denen eine Kooperation zu pflegen. Also ein relevanter Punkt ist immer eine demokratische Legitimierung in einem
84 europäischen Land. Das ist auch unseren Gegnern immer entgegen zu halten. Wenn da jemand sagt: "Ja aber warum reden
85 Sie beispielsweise mit Vlaams Belang, die sind ja so böse und so rechtsextrem." Naja, aber der hat in Flandern 17 Prozent
86 Wählerzuspruch und ist demokratisch legitimiert. Ja also werden wir auch mit denen reden dürfen. Ein für uns wichtiger
87 Faktor ist dann natürlich auch der, dass wir ähnliche Positionen haben. Weiters die Parteien, mit denen wir schon konkret
88 über die ITS zusammengearbeitet haben bzw. intensivere Kontakte hatten. Es gibt also in allen Ländern in irgendeiner Form
89 Ansprechpartner. Interessant wären natürlich auch Gruppierungen wie in Großbritannien. Auf der einen Seite UKIP - United
90 Kingdom Independence Party; die eine Ein-Themen-Partei ist, muss man ehrlicherweise zugeben. Die also aus britischer
91 Sicht den Nur-Austritt ohne Wenn und Aber fordert - was uns ehrlich genommen fast zu viel ist - aber die in gewissen
92 Bereichen durchaus ähnlich denkt. Auf der anderen Seite die British National Party, die ja erst in den letzten Jahren zu einer
93 gewissen Mäßigung gefunden hat und nicht ganz zu Unrecht im Kreuzfeuer der medialen Kritik und der öffentlichen Kritik
94 gestanden ist. Aber auch mit denen sprechen wir. Die sind ja auch mittlerweile mit Nick Griffin und, ich glaube, noch mit
95 einem zweiten Abgeordneten im EU-Parlament vertreten. Dann beispielsweise in Griechenland, wo LAOS eine Gruppierung
96 ist, die auch dort relativ viele Wahlerfolge erzielt und gerade aus griechischer Sicht ein Interesse daran hat, dass bspw. die
97 Türkei nicht beitrifft. Was bei allen übrigens deckungsgleich ist, ist sicherlich die große Kritik am Zentralismus ausgehend
98 von Brüssel.

99 *I: Demnach gibt es sehr viele Kontakte auf informeller Ebene - gibt es auch hier Plattformen, über welche kommuniziert
100 werden kann? Wie regelmäßig sind diese Treffen?*

101 Wendelin Mölzer: Es ist natürlich so, dass man mangels Organisation in dem Sinne eines politischen Klubs etc. keine echten
102 Gremien hat. Was es natürlich gibt, ist ein institutionalisiertes Treffen auf Ebene des EU-Parlaments. Da kommen wir nun
103 auch kurz zur ITS, wenn ich das schon ausführen soll. Vor Gründung der ITS, also der Fraktion "Identität, Tradition,
104 Souveränität" war es so, dass es im Jahr 2000, wo die FPÖ eigentlich sehr stark im EU-Parlament vertreten war, diese
105 Kontakte aber damals unter der Führung Jörg Haiders nicht nutzen konnte. Die FPÖ war damals mit sieben Abgeordneten im
106 EU-Parlament vertreten, die aber im Grunde alle unpolitische Köpfe waren und auch nicht daran interessiert, sich in
107 irgendeiner Form mit anderen Gleichgesinnten zu vernetzen. Es gab aber auch, sozusagen parallel, schon damals mehrere
108 außerparlamentarische, informelle Kontakte und Treffen mit anderen europäischen Rechtsparteien, auf offizieller oder
109 öffentlicher Ebene. Es gab dann bspw. im Jahr 2001 ein Treffen am Ulrichberg, organisiert von der Wochenzeitung "Zur
110 Zeit" von Andreas Mölzer, wo man eben verschiedene Partner, Parteienvertreter aus Europa eingeladen hatte, um sich mal
111 Gedanken dazu zu machen, wie denn eine Zusammenarbeit aussehen könnte, wo denn die Überschneidungsbereiche sind, wo
112 man sich inhaltlich trifft. Das war eigentlich sehr erfolgreich, vor allem deswegen, weil man sich mal persönlich
113 kennengelernt hat. Das ist nicht ganz unwichtig. Also nicht nur singulär, dass irgendjemand irgendwo hinfährt und Hallo
114 sagt, sondern sich wirklich einmal in einer Runde zusammensetzt. Es hat auch insofern dann Erfolg gezeigt, als dass man seit
115 damals mit dem Vlaams Belang im Grunde genommen einen sehr intensiven Kontakt und Austausch pflegt. Der ist mangels
116 Gremium unregelmäßig geblieben und es ist auch heute wieder. Da besucht man sehr rege gegenseitig Parteiveranstaltungen, da
117 trifft man sich einmal im Rahmen einer Veranstaltung, die nicht institutionalisiert sind, sondern eben auf Gutwill organisiert
118 werden. Im Schnitt hat man eigentlich seit 2001 einmal pro Jahr eine größere Veranstaltung mit diesen europäischen

119 Rechtsparteien. Immer in unterschiedlicher Zusammensetzung, wie gesagt, weil es nicht ganz so einfach ist die konkreten
120 Partner auszumachen - gerade im Hinblick auf Osteuropa, aber auch auf die etwas instabilere politische Landschaft in Italien.
121 In weiterer Folge war es dann so, dass Andreas Mölzer im Jahr 2004 ins EU-Parlament eingezogen ist. Eine Riesenniederlage
122 für die FPÖ, weil man von sieben auf einen EU-Mandatar zurückgefallen ist. Die größte Niederlage der FPÖ überhaupt. Das
123 Interessante und Wichtige aber war dabei, dass Andreas Mölzer jemand ist, der sich eben das zum Ziel genommen hat: Er
124 kann nicht viel als Einzelner erreichen, außer vielleicht eine Vernetzung zu erwirken, was er dann ja auch bekanntlich
125 betrieben hat. In weiterer Folge hat es dann diese Konstellation einer EU-Parlamentsfraktion gegeben, der ITS, wo eben sehr
126 wohl nicht nur informelle sondern formelle Treffen vorausgegangen sind. Es gibt im EU-Parlament die sogenannten Non-
127 Inscrits, also die Fraktionslosen, die auch eine sogenannte Fraktionssitzung vor den Parlamentssitzungen haben. Im Rahmen
128 dessen hat man sich darauf geeinigt - und es ist auch heute so, wo es diese Fraktion nicht mehr gibt, dass man alle
129 Partnerparteien, die schon erwähnt wurden - dass die sich einmal im Monat in Straßburg, in der Plenarwoche, im Rahmen der
130 EU-Plenarsitzungen treffen. Da geht's nicht unbedingt um Zusammenarbeit oder über das EU-Parlament hinausgehende
131 Themen, sondern primär um Verhandlungsgegenstände, die auf dem Plenum stehen. Das sind institutionalisierte Treffen der,
132 ich wiederhole, FPÖ, Vlaams Belang, Front National, damals, in Italien war das damals noch die Alessandra Mussolini und
133 die Fiamma Tricolore von Romagnoli, die da beteiligt waren, als Einzelpersonen. Das ist eben etwas schwierig in Italien,
134 dass die im rechten Lager so zersplittert sind, damals zumindest. Mittlerweile ist es eh wieder etwas einfacher zu
135 durchblicken. Aber eben auch der informelle Kontakt zur Lega Nord, die aber zum damaligen Zeitpunkt in einer anderen
136 Fraktion war, muss man auch dazu sagen. Die nicht am Parlament teilgenommen hat. Das heißt es gab da schon so etwas,
137 und das gibt es eben immer noch, diese formellen Treffen im EU-Parlament, wo man sich zusammensetzt und über
138 Verhandlungsgegenstände im EU-Parlament austauscht.

139 *I: Wobei der Verband als technische Fraktion nicht mehr möglich ist.*

140 Wendelin Mölzer: Das ist nicht mehr möglich. Das war auch damals nicht der Fall. Die ITS war im Gegenteil zu der Fraktion
141 von Front National, Republikaner und wer weiß wer da noch dabei war Ende der 80er, die waren eine technische Fraktion am
142 Papier.

143 *I: Genau, von 1989 bis 1994.*

144 Wendelin Mölzer: Fünf Jahre waren das ziemlich genau. Die ITS ist schon eine typische Fraktion gewesen, die eben mit
145 dieser Gruppenerklärung von der ITS in sieben Punkten ganz klare Ziele definiert hat. Die eben im Bereich "Kampf gegen
146 den Zentralismus", "gegen Türkeibeitritt", "gegen die Islamisierung", "für den Rechtsstaat", um so das wichtigste zu
147 benennen, umzeichnet war. Das war definitiv eine politische Fraktion. Zerbrochen ist sie bekanntlich deswegen, weil die
148 Parteien der Großrumänen ausgeschieden sind. Angeblich aus der Motivation heraus, dass Alessandra Mussolini sich so
149 abfällig über Rumänien geäußert hätte. Die Wahrheit ist, dass sie sich abfällig über Zigeuner in Rom geäußert hat, die dort
150 ein Riesenproblem darstellen. Eigene Geschichte. Das war auch nicht der Grund - der Grund war letztlich dann der, dass
151 diese Großrumänienpartei mehr Gelder wollte, die sie aber nicht bekommen hat. Im Nachhinein wäre das eh irrelevant
152 gewesen, weil in Rumänien ein zwei Monate später die Nachwahl zum EU-Parlament erfolgte und diese Großrumänienpartei
153 dann ohnehin nicht mehr ins Parlament eingezogen wäre. Die hat's dann eh zerbröseln. So ist dann aber auch diese Fraktion
154 zerfallen. Was ganz lustig ist zur Entstehung und auch zum Ende der Fraktion: Bei der Entstehung war eine Pressekonferenz,
155 wo ungefähr 150 Journalisten aus aller Herren Länder anwesend waren. Ein Sturm durch Europa. In den Titelseiten der
156 Independence und so weiter. Also wirklich, "Gott sei bei uns!" Und wie dann die Fraktion zerbrochen ist, gut ein Jahr später,
157 gab es Standing Ovationen im EU-Parlament. Also wirklich bitterböse. Auch aus freiheitlicher Sicht bitterböse. Aus
158 demokratischer Sicht natürlich auch. Weil so ist das sicher nicht in Ordnung. Man hat dann auch in weiterer Folge im EU-
159 Parlament Adaptionen vorgenommen, um eine Fraktion zu erschweren. Zum Zeitpunkt der Gründung der ITS war das so,
160 dass man 20 Abgeordnete aus 5 Ländern benötigt hat, um eine Fraktion zu gründen. Mittlerweile braucht man eben 25
161 Abgeordnete aus 7 Ländern. Das Ganze um die Latte höher zu legen. Das gilt seit Anfang der letzten Wahlperiode und damit

162 ist es auch ein wenig schwieriger geworden. Man muss nämlich grundsätzlich sagen, dass es im Moment 30 Non-Inscrits
163 oder Fraktionslose im EU-Parlament gibt, das sind jetzt nicht alles rechtsdenkende oder EU-kritische Parlamentarier. Aber
164 ein Teil davon plus Mitglieder aus anderen Fraktionen, mit denen man problemlos eine rechtspolitische, EU-kritische
165 Fraktion gründen könnte. Das war immer schon so. Man kann also sagen, dass wenn man alles zusammen nimmt, man an die
166 100 Parlamentarier hätte. Da gibt's dann vielleicht parteipolitische Zwänge, die das so nicht zulassen, aber es wird auch jetzt
167 oder war auch schon drauf und dran nach der Neuwahl, dass es eine neue Fraktion gibt. Bekanntlich hat's in der letzten
168 Gesetzgebungsperiode das "Europa der Nationen" gegeben, wo vor allem UKIP, die Dänische Volkspartei und Lega Nord
169 vertreten waren. Diese sind dort ausgetreten. Dann war noch eine Zentrumspartei, die EU-kritisch war, eine irische
170 Zentrumspartei, so hat die geheißen, die jetzt zu den Konservativen übergetreten ist und aus dem Überbleibsel sozusagen hat
171 man eine neue Fraktion geschaffen, die auch sehr europakritisch ist, wo es lange Zeit Verhandlungen mit der FPÖ gab, die
172 dann aber von einem niederländischen Calvinisten abgelehnt wurde. Der überlegt aber mittlerweile, ob er der FPÖ vielleicht
173 doch noch zustimmt. Also da sind die Verhandlungen nach wie vor am Laufen.

174 *I: Um welche Fraktion handelt es sich hierbei?*

175 Wendelin Mölzer: Das war früher - die hatte in der vergangenen Wahlperiode einen anderen Namen - „Ind/DEM“ und heißt
176 jetzt einfach nur "Freiheit und Recht". Wäre ein durchaus passender Name, weil es eben darum geht, dass man einerseits die
177 Eigenständigkeit der Nationalstaaten pflegt und auf der anderen Seite für den Rechtsstaat eintritt. Was natürlich, wenn man
178 sich das so herunter bricht, in vielerlei Bereichen deckungsgleich mit der freiheitlichen Grammatik in Bezug auf die
179 Europäische Union wäre. Ja, soviel zum Thema was es bis dato gab. Was es derzeit gibt - und das wird auch weiterhin
180 aufrecht erhalten, egal ob die FPÖ jetzt einer EU-Parlamentsfraktion beitrifft oder nicht - sind formelle Treffen, ohne jetzt
181 einen institutionellen Charakter im Rahmen des EU-Parlaments oder des Europarats zu haben. Wo man etwa einmal im Jahr
182 eine größere Veranstaltung hat. Also die letzten Jahre war das immer im Jänner in Wien. Heuer wird das wahrscheinlich ein
183 Alpinwochenende [lacht] in Salzburg sein, also ein Ski-Wochenende.

184 *I: Hat dieses Treffen eine bestimmte Bezeichnung?*

185 Wendelin Mölzer: Nein, in dem Sinne nicht. Also es gab eben einmal im Jahr 2005 ein Treffen, wo es die Wiener Erklärung
186 als Abschluss gab. Und es gibt eigentlich kein spezielles Treffen. Man könnte am ehesten sagen, es ist ein Kontaktforum.
187 Also, wo man eben Kontakte pflegt, aber jetzt ohne dass das jetzt eine europäische Institution wäre. Aber die FPÖ an und für
188 sich sieht das schon so, dass man eben dort ein Forum bietet für gleichgesinnte Partner aus ganz Europa. Wie gesagt in
189 unterschiedlicher Zusammensetzung, das muss man einfach sagen, weil es halt schwierig ist, in der Entwicklung, grad in
190 Deutschland beispielsweise, wo es eben keine vernünftige Partei in unserem Sinne gibt. Aber es ist auch schwierig, in Italien
191 oder Osteuropa einen kontinuierlichen Partner zu finden. Muss man ehrlicherweise zugeben. Natürlich auch deswegen, weil
192 sich viele Parteien auch untereinander nicht riechen können. Das liegt natürlich an der medialen Verbrämung. Man muss nur
193 aus Österreich rausgehen. Die FPÖ ist selbst in Österreich schon manchmal "Gott sei bei uns", aber ganz schlimm wird's,
194 wenn man über die Grenze schreitet, dann ist die FPÖ natürlich das Schlimmste, was einem je passiert ist. Und unter diesem
195 Aspekt ist es auch zu verstehen, dass andere Parteien berechtigt - und doch unberechtigt - im Zweifelsfall miteinander auch
196 nicht können. Also man ist dann immer sehr vorsichtig, um keine politischen Konsequenzen zu erwarten. Ein aktuelles
197 Beispiel wäre - wie man ja den Medien entnehmen kann das ist auch gar nicht zu bestreiten - dass es seitens der FPÖ
198 Kontakte zur ungarischen Jobbik gibt - die durchaus in gewissen Bereichen interessant für eine Zusammenarbeit sein
199 "könnte", mit der wir natürlich keine Zusammenarbeit in dem Sinne pflegen, aber sehr wohl natürlich - das ist ja auch eine
200 demokratisch legitimierte Partei mit zwei drei Abgeordneten im EU-Parlament - reden. Reden darf man mit allen. Und dass
201 da gleich medial heraufinszeniert wird: "Die FPÖ arbeitet mit den bösesten Antisemiten von da bis Scheibbs"

202 *I: Was ja ebenfalls vor kurzem in den Medien behandelt wurde, war der Besuch von Markus Beisicht am heurigen WKR-Ball.*

203 Wendelin Mölzer: Das ist ein ähnliches Thema, dazu komme ich gleich. Um Jobbik abzuschließen: Jobbik ist sicher eine
204 teilweise problematische Geschichte, weil die ja sehr radikal sind in gewissen Bereichen. Wir müssen uns das noch genauer
205 anschauen. Es ist aber so, glaube ich, dass dort eine Mäßigung und auch eine Konsolidierung im positiven, demokratischen
206 Sinne vorhanden ist und wir uns das sicher mittel- oder langfristig anschauen werden für eine Zusammenarbeit. Im Moment,
207 in dieser Form, aber sicher nicht. Ehrlicherweise muss natürlich dazusagen, dass das auch unter dem Druck dessen passiert,
208 dass man dann in Österreich, naja, medial durch Mond und Sonne geprügelt wird und das brauchen wir nicht. Thema Beisicht
209 ist ganz interessant: dort haben wir seit langen Jahren einen Kontakt zur Bürgerinitiative ProKöln, die auch einen sozusagen
210 regionalen Ableger ProNRW hat. Was ja eigentlich eine sehr interessante Gruppierung ist, die da halt leider Gottes nicht
211 bundespolitisch in Deutschland von Interesse ist sondern eben nur regional- und kommunalpolitisch. Im Grunde hat diese vor
212 allem ein Thema, das ist die Bekämpfung von Moscheebau bzw. der Islamisierung. Ein absolut legitimes Thema wie wir
213 finden. Und der Herr Beisicht im konkreten Fall ist an sich ein vernünftiger, ordentlicher Kommunalpolitiker, den wir gerne
214 in unserem Kreise begrüßen. Dass da die Medien natürlich versuchen, das ganze so darzustellen [lacht] als ob die Welt
215 untergeht und die FPÖ jetzt weiß nicht was macht, das ist halt leider typisch.

216 *I: Es gab ja nun in den vergangenen zehn Jahren verstärkte Bestrebungen der FPÖ, eine institutionalisierte Kooperation auf*
217 *europäischer Ebene einzurichten. Welche Entwicklungen kann man dafür verantwortlich machen?*

218 Wendelin Mölzer: Grundsätzlich ist es so, dass unsere Gegner, und wenn man so will, auch interne Kritiker sagen: „Es ja
219 schwierig, dass man als nationale, rechte Partei, die nationale Interessen vertritt, mit anderen Nationalen oder rechteren
220 Parteien zusammenarbeitet.“ Das, sag ich einmal grundsätzlich, "is a Holler" [lacht]. Man kann, und das ist keine Frage,
221 nationale Interessen vertreten und dabei trotzdem, ganz klar und gerade weil man ein gewisses Selbstbewusstsein an den Tag
222 legt, sehr wohl mit anderen, gleichgesinnten Partnern sprechen. Das hat jetzt gar nichts mehr mit der Europäischen Union zu
223 tun, Stichwort Schweizer Volkspartei. Ich glaube, die Schweizer sind sicher jemand, die jetzt nicht in Isolation leben, aber
224 zumindest ein selbstbewusstes Auftreten haben und sich mit uns trotzdem austauschen und dabei ihre eigenen nationalen oder
225 in dem Fall eidgenössischen Werte, Ideale und Ansichten vertreten - und wir mit ihnen umgekehrt genauso. Und das kann
226 man auf alle anderen europäischen Länder auch umschlagen. Was natürlich dazukommt, das ist eine Europäisierung der
227 Politik durch die Europäische Union. Ob man die gut oder schlecht findet, ist da im Grunde genommen Nebensache. In
228 gewissen Bereichen, wie schon gesagt, ist sie sicherlich notwendig, aber es ist - wertfrei gesprochen - einmal so und in
229 diesem Kontext muss man einfach die Zusammenarbeit suchen. Man kann nicht glauben, gerade als kleines Land wie
230 Österreich, dass man in gewissen Politikbereichen in der Lage sein wird, Dinge zum Positiven zu verändern, wenn man nicht
231 vernetzt ist und Partner in anderen Ländern hat. Das ist nicht nur so im Zuge der Europäischen Union und in dieser
232 Entwicklung. Das wäre auch so, wenn man diese Europäische Union nicht hätte, dass man schauen muss, gewisse
233 Problemstellungen international zu bekämpfen oder richtig zu stellen. Es ist aber auch wichtig, dass man in andere, nicht-
234 europäische Länder Kontakte pflegt, also zum Beispiel haben wir einen guten Kontakt nach Südafrika zum Freiheitsfront.
235 Das ist eine Partei die dort seit 1994 im Parlament vertreten ist und die Interessen der Buren vertritt. Die derzeit auch in der
236 Regierung vertreten ist. Eine kleine Partei zwar, aber die auch ähnliche Probleme hat wie es in Europa gibt, dass nämlich
237 bspw. die Buren in ihrer Sprache bedroht sind. Da gibt's auch noch andere Probleme, das auszuführen, wäre aber jetzt der
238 falsche Platz. Aber es ist auch ein interessanter Kontakt, wo man Austausch pflegen kann. Aber auch bspw. in die USA, wo
239 man im Bereich der Republikaner durchaus auch Flügel hat, als Partei natürlich keinen Kontakt, aber durchaus auch zu
240 einzelnen Abgeordneten, Kongressabgeordneten etc. Kontakt pflegt, um sich auszutauschen, um unter Umständen auch
241 gemeinsam etwas weiterzubringen, wenn's um konkrete Themenstellungen geht, also jetzt nicht nur in den USA. Das ist
242 einfach eine Notwendigkeit, die sich meiner Ansicht nach ergibt. Dass man nicht kleinräumig denkt und nicht in seiner
243 eigenen Nabelschau verhaftet ist, sondern darüber hinaus versucht, Probleme zu lösen und dass das nicht irgendwo im
244 Tunnelblick passiert. Wie gesagt, die konkrete Notwendigkeit ist aber die, dass es in der Europäischen Union eine
245 Europäisierung gibt. Ich mach mir jetzt keine Sorgen, dass es in Zukunft nur mehr möglich ist, mit einer europäischen Partei

246 für gewisse Themen zu kandidieren, aber es ist sicher von Nutzen, wenn man Partnerschaften hat und wenn man diese auch
247 pflegt, ausbaut, etc.

248 *I: Inwieweit bietet die Europäische Union auch für österreichische Themen eine Plattform? Auch hinsichtlich der*
249 *Durchsetzbarkeit?*

250 Wendelin Mölzer: Das kommt immer drauf an. Da kommen wir ein wenig weg von der Frage der Vernetzung der FPÖ hin
251 zur Frage, wie europäische Politik betrieben wird oder wie die österreichische Bundesregierung österreichische Interessen auf
252 europäischer Ebene vertritt. Und da stellt sich manchmal schon die Frage..

253 *I: Besteht hier die Möglichkeit zur Gründung einer rechten Europapartei? Vor kurzem wurde auch in den Medien berichtet,*
254 *dass Front National und Jobbik im Moment dabei sind, ein europäisches Bündnis der Rechtsparteien zu gründen und dass*
255 *hier auch Gespräche mit der FPÖ geführt werden.*

256 Wendelin Mölzer: Thema Europapartei bzw. die Frage, welche über das EU-Parlament hinausgehende, Kooperationsformen
257 es gibt - da ist eben diese Europapartei zu erwähnen, die auch ein gewisses Erfordernis an demokratischer Legitimität der
258 Parteien hat. Umso eine Partei auf EU-Ebene zu gründen, braucht es sieben Länder, wo es eben solche Parteien gibt, die sich
259 zusammenschließen können. Da gibt es zwar nicht viel Geld, das ist auch nicht der Faktor. Aber es ist zumindest eine
260 institutionelle Form. Eine solche Europapartei wäre sicherlich auch für die FPÖ interessant. Aber die größte Frage ist die, wie
261 weit die europäischen Rechtsparteien, die mit uns kooperieren, dazu bereit wären dafür Ressourcen frei zu machen und
262 Strukturen zu schaffen. Das heißt, es wird sich sicherlich irgendwann einmal die Frage ergeben, wo man eine Art Zentrale
263 bildet, wo man sozusagen gemeinsam Leute hinsetzt. Wie gesagt, sei das Wien aufgrund seiner zentralen Lage, sei das
264 Brüssel, sei das sonst irgendeine europäische Stadt, wo man eben eine institutionalisierte Zusammenarbeit hat, wo es in erster
265 Linie darum geht, gemeinsam Informationen auszutauschen, Gedanken auszutauschen, Visionen zu entwickeln und in
266 weiterer Folge auch Politik zu entwickeln. Was das EU-Parlament betrifft, ist das dort sicherlich die konkreteste Möglichkeit
267 der Zusammenarbeit. Da wird es sicherlich auch darum gehen, nationale Politik zu koordinieren. Mit dem Vertrag von
268 Lissabon hat sich eine interessante Geschichte ergeben. Das ist zwar unserer Ansicht nach ein bisschen zu wenig, es gibt eine
269 sogenannte "Gelbe Karte", wo ein Drittel der Mitgliedsstaaten, also der nationalen Parlamente Einwände gegen
270 Kommissionsvorschläge erheben können. Da wird's zum Beispiel interessant werden, inwieweit die Koordination möglich ist
271 mit diesen Parteien, dass man dort gemeinsames Vorgehen schafft. Aber auch darüber hinaus wird es natürlich interessant
272 werden, inwieweit ein koordiniertes Vorgehen in gewissen Themenbereichen der Interessensvertretung Österreich, aber auch
273 gemeinsame Interessen, über den nationalen Weg sozusagen koordiniert werden kann. Das wird sicherlich interessant
274 werden.

275 *I: Das heißt, in einem ersten Schritt würde eine Europapartei gegründet werden, in einem zweiten würde dann für das*
276 *Europaparlament kandidiert?*

277 Wendelin Mölzer: Das ist die Frage, ob es darüber hinausgeht. Das habe ich vorhin schon erwähnt. Die Sorge, dass es nur
278 noch möglich ist, als gemeinsame Partei in Europa zu kandidieren, habe ich nicht. Es wird sicher Möglichkeiten geben, eine
279 gemeinsame Kandidatur zu machen. Es wird vielleicht auch Erleichterungen geben dafür. Das wird für uns sicherlich auch
280 möglich sein, gemeinsame Kandidaturen auf die Beine zu stellen, aber die Notwendigkeit, die große, sehe ich gerade noch
281 nicht. Also es ist nicht unbedingt notwendig, als europäische Rechtspartei oder wie auch immer man das dann nennen mag
282 aufzutreten, sondern da geht es wirklich darum, diesen schon erwähnten Gedanken- und Informationsaustausch und auch die
283 notwendige Koordinierung zu tätigen, um Interessen zu vertreten. Das ist sicher ein relevanter Punkt. Zur Initiative von
284 Jobbik und Front National: wir meinen, das ist ein wenig zu schnell und überhastet gewesen. Da von heute auf morgen etwas
285 auf die Beine zu stellen, und wir der Meinung sind, das ist notwendig, ja wie schon erwähnt, aber man muss sich das genauer
286 anschauen, das muss nicht von heute auf morgen passieren.

287 *I: Welche sind die Grundlagen dieses aktuellen Bündnisses? Basieren diese auf der Wiener Erklärung?*

288 Wendelin Mölzer: Das ist ähnlich. Ich wollte gerade sagen, das ist nicht unter Ausschluss der FPÖ passiert. Also es war dann
289 nur so, dass die Initiative von Bruno Gollnisch ausging.

290 *I: Welcher ja bereits Vorsitzender der ITS war.*

291 Wendelin Mölzer: Genau so ist. Und im Grunde ist es genau das, was es die Wiener Erklärung ausmacht. Plus minus, also
292 mit ein paar anderen Parteien dabei, also nicht inhaltlich sondern personell. Aber eben noch zu wenig als dass es zustande
293 kommt.

294 *I: Wie sieht nun die Zukunft für eine Fraktion der national-patriotischen Parteien in Europa aus?*

295 Wendelin Mölzer: Naja, wie schon erwähnt, das Wichtige wird eben sein, dass sich, wie andere kritische Mitbewerber das
296 schon viel länger erkannt haben, Sozialistische Internationale oder die Christdemokraten, dass eben eine institutionalisierte
297 internationale Zusammenarbeit notwendig ist. Das heißt, wünschenswert wäre es, und das wird hoffentlich auch kommen,
298 weil das Bewusstsein durch die Entwicklungen der letzten 10, 20 Jahre ja dafür glaube ich geschärft wird, dass man eben in
299 irgendeiner Form - ob das jetzt europäische Partei heißt oder in weiterer Folge auch eine Fraktion im EU-Parlament bedeutet
300 - eine Form der Zusammenarbeit findet. Und ich glaube und bin auch überzeugt davon, dass es also in irgendeiner Form, wie
301 gesagt, sei es mit einem Stützpunkt in Brüssel oder sonst irgendeiner europäischen Stadt, ich will da nicht irgendwelche
302 Vorschläge machen [lacht], eine gemeinsame Basis geben wird, wo man sich eben trifft und wo man eben Politik koordiniert.
303 Wie schon eingangs erwähnt wurde, die wichtigsten Partner, die mit uns schon jetzt auch auf informeller Basis am besten
304 zusammenarbeiten, sind eben die SVP, der Vlaams Belang, die Lega Nord, der Front National und ich glaube, dass ich mit
305 diesen vier, fünf Parteien, die sich da schon länger koordinieren und auch miteinander kooperieren, auch möglich sein wird,
306 in alle anderen europäischen Länder auszustrahlen.

307 *I: Wohin soll Europa gehen? Oftmals kam die Forderung nach einem föderalistischen, bundesstaatlichen Prinzip.*

308 Wendelin Mölzer: Ja, das liegt auf der Hand. Die FPÖ will ein föderaleres Europa, weil ein zentralistisches Europa nicht
309 funktionieren kann. Das ist unserer Ansicht nach unwahrscheinlich, weil sich ja da an allen Ecken und Enden Widerstand
310 erhebt. Wir glauben, dass es eine gute Entwicklung nehmen wird, natürlich muss man dafür hart arbeiten. Die Frage ist
311 natürlich, in welchen Bereichen man Integration möglich machen kann beziehungsweise wo es notwendig ist - Beispiel
312 Außenpolitik, Sicherheitspolitik. Ein großes Problem das wir sehen ist natürlich die Frage der Migration. Damit einhergehend
313 die Islamisierung Europas, aus der sich ein großes Bedrohungsszenario ergibt. Und wo man nicht genau weiß, wie die
314 Auswirkungen dessen, was jetzt bis dato schon geschehen ist, dann genau sein werden. Und wo man dann auch nicht genau
315 weiß, wie weit man diese Auswirkungen dann entsprechend bekämpfen bzw. verhindern kann. Aber ich glaube gerade
316 dadurch, dass es sich in diesen Fragen zuspitzt, werden sich gewisse Dinge ergeben, die eben nicht für ein zentralistisches
317 sondern für ein föderales Europa sprechen. So gesehen sehe ich die Zukunft Europas hoffentlich sehr positiv. [lacht] Bald
318 muss sich einiges ändern.

319 *I: Danke schön.*

320 Wendelin Mölzer: Danke.

A2. Interviewtranskript Bernhard Tomaschitz

**Gespräch mit Dr. Bernhard Tomaschitz, parlamentarischer Mitarbeiter von MEP Andreas Mölzer (FPÖ),
Chefredakteur der Wochenzeitung „Zur Zeit“**

vom 10.05.2010, Redaktion "Zur Zeit", Wien

1 *I: Herr Dr. Tomaschitz, seit wann arbeiten Sie mit Herrn Mölzer zusammen?*

2 Bernhard Tomaschitz: Das hat wenige Monate vor seiner Wahl in das Europaparlament begonnen. Ich hatte Anfang 2004 als
3 Mitarbeiter von "Zur Zeit" angefangen. Wenige Monate später wurde Herr Mölzer in das Europäische Parlament gewählt und
4 ich wurde dann, neben meiner Tätigkeit bei "Zur Zeit", auch parlamentarischer Mitarbeiter von ihm. Ich habe hier also eine
5 Doppelfunktion. Ich bin einerseits als Redakteur tätig, andererseits als parlamentarischer Mitarbeiter, wobei ich vor allem die
6 Pressearbeit mache, Presseaussendungen schreiben, sonstige Recherchetätigkeiten für laufende parlamentarische Anfragen
7 und der dergleichen.

8 *I: Wie ich bereits zuvor angeführt habe, gehe ich in meiner Masterarbeit der Frage nach, wie nationalverbundene*
9 *Organisationen damit umgehen, dass gewisse Entscheidungsstrukturen langsam auf eine europäische Ebene wandern.*
10 *Interessant ist dies natürlich bei nationalen politischen Parteien. Ich habe mich infolgedessen auf die Freiheitliche Partei*
11 *konzentriert; vor allem weil diese in den vergangenen zehn Jahren sehr viel in diesem Bereich getan hat, nicht zuletzt*
12 *aufgrund der Bemühungen von Herrn Mölzer, welcher ja hier eine durchaus federführende Rolle eingenommen hat. Es geht*
13 *mir demnach darum, welche Formen und Möglichkeiten der transnationalen Zusammenarbeit mit anderen Parteien sich hier*
14 *für die Freiheitliche Partei ergeben haben? Das heißt: Mit welchen Parteien ist das der Fall, auf welchen Ebenen wird hier*
15 *kommuniziert?*

16 Bernhard Tomaschitz: Herr Mölzer und Herr Mag. Obermayr, unser zweiter Abgeordneter in Brüssel, sind fraktionslos,
17 nachdem sich nach der letzten Europawahl im Juni 2009 keine Möglichkeit ergeben hat, einer Fraktion beizutreten. Es liefen
18 konkrete Gespräche mit der Fraktion "Europa der Freiheit und Demokratie" (EDF), wo vor allem die britische UKIP - die
19 United Kingdom and Independence Party - allein schon aufgrund ihrer Mandatsstärke federführendes Mitglied dieser
20 Fraktion sind. Weitere Mitglieder sind die Dänische Volkspartei oder die Lega Nord. Die Aufnahme scheiterte allerdings am
21 Widerstand zweier Kleinparteien, der Partei der "Wahren Finnen" und der niederländischen, streng christlich ausgerichteten
22 SGP, welche zum Beispiel die Bibel wörtlich nimmt und dagegen ist, dass sich Frauen in der Politik betätigen. Nichts
23 destotrotz gibt aber seitens der FPÖ hervorragende Kontakte zur EDF. Einerseits zur Dänischen Volkspartei, und auch
24 italienischen Lega Nord, diese Kontakte bestehen schon seit vielen Jahren. Andererseits gibt es sehr gute Kontakte zum
25 Vlaams Belang, früher Vlaams Blok, zur französischen Front National und recht gute, wenn auch nicht so enge Kontakte,
26 zur bulgarischen Ataka.

27 *I: Welchem Zweck dienen diese Kontakte?*

28 Bernhard Tomaschitz: Diese Kontakte dienen zum einen dem Informationsaustausch. Man unterhält sich über bestimmte
29 Themen, die von gemeinsamem Interesse sind. In der letzten Gesetzgebungsperiode war das zum Beispiel die Ablehnung des
30 Türkei-Beitritts zur Europäischen Union, die Ablehnung der EU-Verfassung, später Vertrag von Lissabon, die Ablehnung
31 bestimmter politisch-korrekturer Tendenzen innerhalb der Europäischen Union sowie der Versuch, Möglichkeiten zur
32 Veränderung Europas von innen her zu erörtern. Also weg vom Zentralismus hin zu einem Staatenbund.

33 *I: Also ein bundesstaatliches Prinzip?*

34 Bernhard Tomaschitz: Das bundesstaatliche Prinzip wird von allen europäischen Rechtsparteien abgelehnt. Man ist sich
35 natürlich klar, dass es einer grundlegenden Zusammenarbeit bedarf, vor allem in bestimmten Bereichen, in welchen die
36 einzelnen Mitgliedsstaaten überfordert wären. Zum Beispiel: Massenzuwanderung oder auch die gemeinsame Außen- und
37 Sicherheitspolitik. Es ist zum Beispiel allen europäischen Rechtsparteien klar, dass die einzelnen Nationalstaaten zu schwach
38 sind, um gegenüber anderen Weltmächten, vor allem der USA und China, aber auch Russland, aufzutreten.

39 *I: Das waren ja Punkte, welche auch 2005 in der "Wiener Erklärung" genannt werden. Erwähnt wurde hierbei auch das*
40 *"Europa der Vaterländer"-*

41 Bernhard Tomaschitz: Ja, warten Sie, ich kann Ihnen das- [steht auf und sucht in einem Aktenordner] (10s) Sie kennen die
42 "Wiener Erklärung"?

43 *I: Ja, ich habe Sie damals den Archiven der APA entnommen.*

44 Bernhard Tomaschitz: Ich kann Sie Ihnen schnell in der deutschen Fassung ausdrucken.

45 *I: Ja, sehr gerne.*

46 Bernhard Tomaschitz: Das war 2005, ein sogenanntes "Kontaktforum". Stattgefunden hat dieses in Wien, im 16. Bezirk,
47 Schloss Wilhelminenberg. Neben der FPÖ waren hier Vertreter vom Vlaams Belang, Front National, Großrumänienpartei,
48 Ataka, aus Italien die Alessandra Mussolini mit ihrer „Alternative Sociale“ und Luca Romagnoli von der Fiamma Tricolore.

49 *I: All diese Parteien waren ja später auch bei der Gründung der ITS beteiligt. Diese Fraktion bestand ja von Jänner bis*
50 *November 2007 und war - seit 1994 - die erste Rechtsfraktion im Europäischen Parlament.*

51 Bernhard Tomaschitz: Genau, von 1989 bis 1994 gab es hier eine technische Fraktion.

52 *I: Bei der Gründung der ITS war ja Andreas Mölzer federführend, siehe "Wiener Erklärung". Was konnte im Rahmen dieser*
53 *Zusammenarbeit damals erreicht werden? Wo konnten Ergebnisse erzielt werden konnten, wo gab es womöglich auch*
54 *Streitigkeiten?*

55 Bernhard Tomaschitz: Naja, wirklich viel konnte nicht erreicht werden, da die Fraktion wohl einerseits zu klein war und
56 andererseits zu kurz bestanden hatte. Die Bedeutung der ITS ist sicherlich darin zu sehen, dass es zum ersten Mal nach 10
57 Jahren wieder gelungen ist, einen Teil der Europäischen Rechtsparteien auf einen gewissen Minimalkonsens hin zu einigen
58 und im Zuge dessen auch bestimmte bestehende Ressentiments überwunden werden konnten. Denn das Problem bei den
59 europäischen Rechtsparteien ist, dass diese patriotischer gesinnt sind und darauf auch sehr großen Wert legen. Die
60 Geschichte des eigenen Landes, des eigenen Volkes spielt hier eine sehr große Rolle und das reißt natürlich auch immer
61 wieder historische Gräben auf. Es war zum Beispiel kein Problem, mit der Front National zusammenzuarbeiten, weil es eben
62 zwischen Österreich und Frankreich keine historischen Konflikte mehr gibt. Gut, es gab einmal die napoleonischen Kriege,
63 aber die liegen ja zwei Jahrhunderte zurück und die interessieren heute niemanden mehr.

64 *I: Themen, welche von den Medien relativ oft erwähnt wurden, betrafen zum Beispiel den Konflikt zwischen Österreich und*
65 *Italien angesichts der Südtirol-Frage.*

66 Bernhard Tomaschitz: Ja, da war es infolgedessen sicherlich sehr schwierig, einen Konsens zu finden.

67 *I: Wie oft wurden solche Themen in der Zusammenarbeit thematisiert?*

68 Bernhard Tomaschitz: Bei der allgemeinen Zusammenarbeit wurden solche Themen seitens der FPÖ gegenüber den Partnern
69 der ITS mehr oder weniger ausgeklammert. Natürlich hat man sich da mitunter auch für Südtirol und das

70 Selbstbestimmungsrecht ausgesprochen, aber direkt auf Fraktionsebene hat man hier nicht provoziert. Die Fraktion war ja
71 damals von der Mitgliederstärke gerade so groß, dass es sich knapp noch ausgegangen ist, das wollte man ja nicht sprengen.

72 *I: Man könnte somit sagen, dass die "Wiener Erklärung" der gelungene Versuch von Andreas Mölzer war, einen
73 gemeinsamen ideologischen Nenner für die europäischen Rechtsparteien zu finden. Welche Bedeutung würden Sie dieser
74 Erklärung für die weitere Zukunft noch zuschreiben?*

75 Bernhard Tomaschitz: Ich glaube, dass die "Wiener Erklärung" die Grundlage für eine engere Zusammenarbeit - auch auf
76 Fraktionsebene - sein kann, da hier die grundlegenden Themen und Forderungen angesprochen sind. Das Erschaffen eines
77 freien Europas, die Abkehr vom Versuch, einen zentralistischen Superstaat zu schaffen, Einwanderungsstopp, solidarischer
78 Kampf gegen die Globalisierung - also das sind Punkte, die sicherlich auch in zehn oder fünfzehn Jahren noch von großer
79 Bedeutung sein werden.

80 *I: Welche Vor- oder Nachteile ergeben sich für fraktionslose Mandatäre des Europäischen Parlaments?*

81 Bernhard Tomaschitz: Die Nachteile sind sicherlich die, dass die Ressourcen sowohl finanziell als auch mitarbeitermäßig
82 eingeschränkt sind. Dann auch bei den Redezeiten, da sind sie klar im Nachteil. Vorteile sind sicherlich darin zu suchen, dass
83 man auch auf sie Rücksicht nehmen muss.

84 *I: Ich hatte den Eindruck, dass es in den verschiedenen Fraktionen nicht in der Art und Weise einen Klubzwang gibt, wie er
85 zum Beispiel in nationalen Parlamenten gegeben ist.*

86 Bernhard Tomaschitz: Ja, gerade in einer rechtsdemokratischen Fraktion kommt es eben darauf an, dass ich - wie ich eben
87 schon erwähnt habe - gewisse historische Altlasten berücksichtigt, dass man sich halt zusammenreißt und nicht das sagt, was
88 man will. Um das kurz noch zu erwähnen: Der Grund, warum die ITS auseinander gebrochen ist war der, dass im November
89 2007 in den italienischen Medien die Schlagzeilen von einer Reihe recht grauslicher Verbrechen beherrscht wurden. Verübt
90 wurde diese von ethnischen Rumänen, ob das jetzt Roma und Sinti waren, weiß man nicht genau. Jedenfalls hat sich dann
91 Alessandra Mussolini sehr kritisch über die Rumänen geäußert, worauf die rumänischen Abgeordneten die ITS verlassen
92 haben. Dadurch ist ITS unter die erforderliche Mitgliederzahl gefallen - die lag damals bei zwanzig - und dann eben aufgelöst
93 wurde. Allerdings wäre das Ende der ITS wahrscheinlich sowieso gekommen, da im November 2007 in Rumänien die
94 Nachwahlen für das Europäische Parlament waren und die Mandatäre der Großrumänienpartei, die zuvor zu fünf vertreten
95 waren, komplett rausgeflogen sind.

96 *I: Nach dem Ende der ITS wurde die Mindestmitgliederzahl zur Gründung einer Fraktion im Europäischen Parlament ja
97 erhöht. Zuvor waren es ja zwanzig Mandatäre aus fünf Ländern, jetzt sind es fünfundzwanzig Mandatäre aus sieben Ländern.
98 Das dürfte ja auch bis zu einem gewissen Grad dem Zweck dienen, rechtsdemokratische Fraktionen zu verhindern oder deren
99 Gründung zumindest zu erschweren. Wie leicht oder wie schwer tut sich die Freiheitliche Partei eigentlich, im
100 Europaparlament Partner zu finden? Was durchaus deutlich wird, ist ja eine gewisse Tendenz zur Ausgrenzung.*

101 Bernhard Tomaschitz: Ja, wenn Sie diese Ausgrenzung ansprechen, das bezieht sich ja nicht nur auf die FPÖ, sondern ist
102 allgemein ein Problem der Rechtsparteien. Wie es der Herr Mölzer ja so schön sagt: Die gegenseitige Ausgrenzung der
103 Ausgegrenzten. Man liest da in verschiedenen Meldungen über die jeweils anderen Parteien in den Medien irgendwelche
104 Schauergeschichten: Der hat dieses gesagt, der hat jenes gesagt, der da fordert überhaupt ganz etwas schreckliches, das sind
105 alles grausliche Leute, mit denen wollen wir nichts zu tun haben. Die einzelnen Parteien unterliegen dadurch gerne der
106 Versuchung, auch sich da abzugrenzen um sich beim politischen Establishment anzubiedern, obwohl sie trotzdem die
107 Außenseiter bleiben werden. Ein Beispiel hierzu wäre die FPÖ in der Ära Riess-Passer. Damals wurde der Kontakt mit der
108 Dänischen Volkspartei von Riess-Passer abgelehnt. Die Dänische Volkspartei stützte damals die letzte rechtsliberale

109 Minderheitsregierung. Mit dem Hinweis, das sei so eine grausliche Rechts-Außen-Partei. Und das ist natürlich etwas, was die
110 etablierten politischen Kräfte gut spielen können, und das geht immer wieder auf.

111 *I: Vor zwei Monaten war den Medien zu entnehmen, dass die ungarische Jobbik und Front National versuchen, ein Bündnis*
112 *der europäischen nationalen Bewegungen zu bilden; womöglich als Vorstufe zu einer Europapartei. Inwieweit ist hierbei*
113 *auch die Freiheitliche Partei beteiligt?*

114 Bernhard Tomaschitz: Die freiheitliche Partei ist nicht beteiligt.

115 *I: Aber es gab Gespräche mit Vertretern der FPÖ?*

116 Bernhard Tomaschitz: Es gibt derzeit keine Gespräche.

117 *I: Wieso nicht?*

118 Bernhard Tomaschitz: (3s) Ganz einfach, weil man seitens der FPÖ Zweifel hat, ob diese europäische Partei überhaupt
119 zustande kommt und inwieweit diese wirklich etwas bewegen kann bzw. ob diese, wenn sie zustande kommt, von langer
120 Dauer sein wird. Da möchten wir uns eher abwartend verhalten, sich das ganze erst einmal anschauen und auch andere
121 Optionen - sollten sich welche ergeben - offen halten.

122 *I: Aber prinzipiell würde die Freiheitliche Partei einer solchen Bewegung schon offen gegenüber stehen?*

123 Bernhard Tomaschitz: Also grundsätzlich ja, aber es spielen da neben der gegenseitigen Ausgrenzung der Ausgegrenzten
124 auch innenpolitische Erwägungen eine Rolle. Und weil Sie gerade die Jobbik erwähnt haben: Man kritisiert die Jobbik nicht,
125 aber in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlgänge- sei es Burgenland, Steiermark oder Wien - da will man eben nicht, dass
126 der Wahlkampf von solchen Themen beherrscht wird. Und dann, was vor allem die osteuropäischen Parteienlandschaft
127 betrifft, da entstehen immer wieder relativ schnell Parteien, die erfolgreich sind und dann nach ein paar Jahren von der
128 Bildfläche verschwinden, weil die Vertreter dieser Parteien teilweise nicht politikfähig sind oder gewisse Verwicklungen
129 zum organisierten Verbrechen haben. Es hat sich da auf osteuropäischer Ebene auch kaum jemand etablieren können. Bis auf
130 die Ataka, die sich sowohl bei den Nachwahlen zum Europäischen Parlament als auch bei den jüngsten EU-
131 Parlamentswahlen etablieren konnte und auch bei den nationalen Wahlen mit zehn Prozent ins Parlament einziehen konnte.
132 Das ist also schon eine gewiss ernstzunehmende Kraft, und es ist auch eine Kontinuität da. Also was die Jobbik jetzt zum
133 Beispiel betrifft: Sie haben letztes Jahr den Einzug ins Europaparlament geschafft, sie haben bei der Parlamentswahl im April
134 einen großartigen Erfolg erzielt - aber man wird jetzt einmal beobachten müssen, wie sich diese Partei weiterentwickelt und
135 ob sie auch weiterhin so stark im Parlament in Budapest vertreten sein wird. Oder wird sie - wie es bei Parteien in Osteuropa
136 öfter vorkommt - in mehrere Fraktionen zerfallen? Sehr stark war vor zehn Jahren ja auch die Großrumänienpartei, die heute
137 nicht mehr im Parlament in Bukarest vertreten ist und bei der letzten EU-Wahl so mit Ach und Krach gerade einen Mandatar
138 ins EU-Parlament hat entsenden können.

139 *I: Um zum Beispiel nochmals auf Bulgarien zurückzukommen: Wie sieht hier die Zusammenarbeit aus? Ähnlich wie beim*
140 *Vlaams Belang gibt es hier, habe ich gelesen, einen Personenaustausch-*

141 Bernhard Tomaschitz: Das ist richtig.

142 *I: Welchem Zweck dient dies?*

143 Bernhard Tomaschitz: Das sind einfach vertrauensbildende, freundschaftsfördernde Maßnahmen, die dem besseren
144 Kennenlernen dienen.

145 *I: Es gibt ja, wie bereits zuvor erwähnt, keine offizielle Organisation. Was es aber schon gibt - ausgehend von Herrn Mölzer,*
146 *soweit ich weiß - dass darauf geschaut wird, dass man sich einmal im Jahr trifft. Welche Ziele werden mit diesem verfolgt?*

147 Bernhard Tomaschitz: Ja, Austausch, Kennenlernen. Auch dass man zu einem bestimmten Thema die jeweiligen Positionen
148 vergleicht. Wo gibt es hier Übereinstimmungen, wie weit reichen diese? In welchen Bereichen sind die Parteien
149 unterschiedlicher Auffassung? Das letzte Treffen war da im Jänner 2009. Da waren zum Beispiel mit dem Schweizer
150 Nationalrat Walter Wobmann auch Vertreter der Schweizer Volkspartei dabei.

151 *I: Wie kooperiert man mit der SVP?*

152 Bernhard Tomaschitz: Die Kontakte sind hier nicht so eng wie mit anderen Parteien. Es finden da gelegentliche Besuche
153 statt, auch zu Konferenzen.

154 *I: Was es ja auch gibt, ist dass sich SVP und FPÖ bei Wahlkämpfen aneinander orientieren.*

155 Bernhard Tomaschitz: Ja, vor allem in Vorarlberg aufgrund der Nähe zu der Schweiz. Das war auch beim letzten Wahlkampf
156 zur Landtagswahl der Fall.

157 *I: Die zentrale Person der freiheitlichen Europapolitik in den letzten Jahren ist ja Andreas Mölzer. Begonnen hat dies im*
158 *Jahr 2001 mit ersten Kontakten zum Vlaams Blok. Welche Gründe sehen Sie für dieses Engagement sich mit anderen*
159 *Parteien zu vernetzen?*

160 Bernhard Tomaschitz: Nun ja, damals in der FPÖ, vor allem in der Schlussphase der Ära Haider und mehr noch unter Riess-
161 Passer, hat man sich da eben abgeschottet. Man wollte mit den sogenannten "Schmuddelkindern" nichts zu tun haben,
162 obwohl man selbst in die rechte Ecke gestellt wurde. Der Herr Mölzer hatte vorher schon lose Kontakte und hat diese
163 Abschottung für einen Fehler gesehen, weil er der festen Überzeugung war und bis heute ist, dass es einfach Probleme gibt,
164 die die Nationalstaaten alleine nicht lösen können und dass es in anderen Ländern ähnliche Parteien, Bewegungen und
165 Gruppierungen gibt, die im wesentlichen dieselben Werte und Einstellungen wie die FPÖ teilen und damit auch im
166 Wesentlichen dieselben Ziele verfolgen. Daher war es einfach wichtig, dass man zuerst einmal gute Gesprächskontakte hat,
167 um dann in weiterer Folge auf welcher Ebene auch immer zusammenzuarbeiten.

168 *I: Zusammenfassend gibt es einfach Themen, welche auf nationaler Ebene nicht mehr geklärt werden können bzw. nicht mehr*
169 *in einem ausreichenden Maße mitbestimmt werden können-*

170 Bernhard Tomaschitz: Ja, das stimmt. Wenn Sie sich zum Beispiel die Wiener Erklärung anschauen [liest]: "Im Bewusstsein
171 unserer gemeinsamen Verantwortung für die europäischen Völker und für die von diesen repräsentierte Vielfalt der Kulturen
172 und Sprachen." Hier kommt das Europa der Vaterländer zum Ausdruck, und dass es ein gewisses Wertefundament gibt,
173 welches man gemeinhin als das christliche Abendland bezeichnet. Und dann, wo die Herausforderungen liegen:
174 Globalisierung, Massenzuwanderung, political correctness, und so weiter. Und daneben die Forderungen, was geändert, was
175 besser gemacht werden soll.

176 *I: Wo sieht die Freiheitliche Partei denn die Zukunft Europas? Welche langfristigen Ziele hat sich die freiheitliche*
177 *Europapolitik gesetzt? In der Wiener Erklärung wird ja abschließend genannt: "Die Wiederherstellung der sozialen Systeme*
178 *in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und soziale Gerechtigkeit für die europäischen Völker." Wie kann man sich*
179 *dies umgesetzt auf die politische Realität der Europäischen Union vorstellen?*

180 Bernhard Tomaschitz: Das ist eine gute Frage. Die FPÖ glaubt, dass die Europäische Union aufgrund all ihrer
181 Fehlentwicklungen und Irrwege gerade von innen her an Haupt und Gliedern reformiert werden muss. Obwohl man da
182 beschränkte Möglichkeiten hat, das ist ganz klar, allein von der Anzahl der Mandatare her und auch wenn man sich die

183 politischen Kräfteverhältnisse anschaut - da haben die Christdemokraten, die Sozialisten und Grünen einfach die klare
184 Mehrheit. Aber trotzdem ist es wichtig, da einfach laut die Stimme zu erheben und zu zeigen, es gibt auch Kräfte, die mit
185 dem was passiert, nicht einverstanden sind und die, wenn sie die entsprechenden Partner finden, das auch versuchen werden,
186 das zu ändern. Natürlich ist uns klar, dass das ein langwieriger und schwieriger Prozess ist und nicht von heute auf morgen
187 erreicht werden kann. Vielleicht werden wir auch nie die Möglichkeit dazu haben. Also ich kann ja nicht sagen, was in zehn
188 oder fünfzehn Jahren sein wird.

189 *I: Okay. Das wäre es nun von meiner Seite gewesen - haben Sie noch einen Punkt, welchen Sie genauer ausführen möchten?*

190 Bernhard Tomaschitz: Ja, ich würde gerne nochmal etwas konkreter auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien eingehen
191 und auf gemeinsame Initiativen, die wir gemacht haben bzw. der Herr Mölzer gemacht hat. Das sind zum Beispiel
192 Entschließungsanträge, die von den anderen Parteien, von der Parlamentsmehrheit angenommen, oder was eher
193 wahrscheinlich ist, schubladisiert wird. Aber dennoch ist es wichtig, da gemeinsam irgendetwas zu tun. [Entnimmt eine "Zur
194 Zeit"-Ausgabe (15/10) aus einem Ordner und verweist auf einen Artikel über eine gemeinsame Initiative zum europäischen
195 Grenzschutz] Hier zum Beispiel eine gemeinsame Initiative von der Freiheitlichen Delegation unter der Leitung von Herrn
196 Mölzer. Was ich auch noch nicht erwähnt habe ist, dass wir auch gute Kontakte zur griechischen LAOS-Partei pflegen. Und
197 bei dieser Initiative sieht man auch sehr genau, welche die Bereiche sind, die da halt gemeinsam unter den Nägeln brennen,
198 zum Beispiel die Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex. Auch wird die Menschenrechtslage in der Türkei kritisiert und in
199 konkretere Folge der Abbruch der Beitrittsverhandlungen verlangt, ebenso auch eine gemeinsame schriftliche Erklärung des
200 Europaparlaments, den Völkermord in Armenien zu verurteilen. (3s) Wenn Sie sich zur Gründung der ITS-Fraktion noch
201 weiter schlau machen möchten, dazu ist ab September 2006 öfters etwas in "Zur Zeit" erschienen.

202 *I: Ausgezeichnet. Vielen Dank für das Gespräch.*

203 Bernhard Tomaschitz: Danke sehr.

A3. Interviewtranskript Hannes Swoboda

Gespräch mit Dr. MEP Hannes Swoboda, Delegationsleiter der Sozialdemokratischen Partei Österreichs im Europaparlament, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas

vom 22.03.2010, Haus der Europäischen Union, Wien

1 *I: Herr Dr. Swoboda, in meiner Masterarbeit behandle ich Formen und Möglichkeiten der Kooperation, welche sich für*
2 *nationale Parteien auf transnationaler, insbesondere europäischer Ebene ergeben. Hierbei habe ich mich auf die*
3 *Freiheitliche Partei konzentriert, welche hier in den vergangenen Jahren relativ viele Initiativen gesetzt hat bzw. an solchen*
4 *beteiligt war. Um dies bewerten zu können, versuche ich auch zu ermitteln, wie sich dieser Bereich für andere Parteien ergibt*
5 *und hätte Sie daher nun einleitend gefragt, welche Möglichkeiten zur transnationalen Kooperation mit anderen Parteien sich*
6 *denn hier für die SPÖ ergeben, welche Vor- oder auch Nachteile hiermit verbunden sind?*

7 Hannes Swoboda: Nun, die SPÖ ist ja eingebunden in die Europäische Sozialdemokratische Partei, die es ja auch schon seit
8 längerem gibt. Die europäischen Parteien sind natürlich nie so stringent und haben nicht so eine Kohäsion als das auf der
9 nationalen Ebene der Fall wäre. Weil sie eben ein Zusammenschluss von anderen Parteien sind. Bei den Freiheitlichen gibt es
10 ja so etwas überhaupt nicht - also eine europäische Partei in dem Sinn. Bei den Konservativen gibt's das, bei den Grünen, den
11 Liberalen, bei uns. Die Vorteile sind natürlich, dass man sich absprechen kann, wenn gemeinsame Aktionen notwendig sind,
12 aber man muss ganz offen sagen, dass sehr oft diese nationalen Interessen stark im Vordergrund sind und das hindert eine
13 gemeinsame Politik. Das gilt für alle. Sie haben ja sogar in den Fraktionen im Europäischen Parlament zum Teil national
14 bestimmte Elemente. Die sind zwar schwächer, weil alle die im Europäischen Parlament sind, sind einmal - also bei den
15 großen Parteien - auf Europaebene orientiert und da schleift sich manches ab. Aber auf der Ebene der Parteien, wo die
16 Vertreter ja aus den Ländern direkt kommen und ihre Landesparteien vertreten, ist der Unterschied natürlich stärker. Weil der
17 muss ja dann unmittelbar im Auge haben, was meine Partei zuhause als Oppositions- oder Regierungspartei vertritt. Nun bin
18 ich gleich beim nächsten Problem, das es schwierig macht: Einige Parteien sind in der Regierung, sind also mitverantwortlich
19 für die Entscheidungsprozesse auf der europäischen Ebene, einige nationale Parteien sind in der Opposition und sind daher
20 kritischer gegenüber den gesamteuropäischen Prozessen, weil sie nicht Teil dieser Prozesse und Meinungsbildung sind. Also
21 das sind schon gewisse objektive Handicaps, die einen europäischen Parteienzusammenschluss sehr schwierig machen.

22 *I: Okay, und welche Formen der Kooperation ergeben sich hier für die einzelnen Parteien? Angefangen bei den Fraktionen-*

23 Hannes Swoboda: Ja, das muss man, glaube ich, unterscheiden. Wie ich eben gesagt habe: die Fraktion bringt ja Leute aus
24 den einzelnen Mitgliedsländern zusammen, die schon ein gewisses gemeinsames Interesse haben. Sie haben es ja oft in der
25 Fraktion, dass Leute anders stimmen als ihre Parteien zuhause, weil sie eben Teil dieser Fraktion sind. Das ist eigentlich nicht
26 mehr eine Kooperation, sondern das ist schon Gemeinschaftsmethode, die in den Fraktionen herrscht. Das ist schon ein
27 eigener Körper. Natürlich fließen bei dem einen oder anderen mehr oder weniger solcher nationaler Elemente hinein. Aber
28 das ist schon ein eigener Körper mit eigener Willensbildung und eigener Meinung. Auf Ebene der europäischen Partei ist das
29 natürlich etwas anders. Da gibt es eine Reihe von Seminaren, Arbeitskreisen, wo man eben zusammensitzt und versucht,
30 irgendwelche Konzepte abzustimmen. Es gibt Aktionen, Aktivitäten wie z.B. eine zur europaweiten Finanzregulierung. Und
31 es gibt natürlich die Versuche auch vor den Ministerräten, dass sich die jeweiligen Minister selber Couleur treffen oder
32 natürlich auch bei dem europäischen Rat, dass sich die Premierminister und Parteivorsitzenden treffen, um gewisse Dinge zu
33 koordinieren. Nochmals: für alle gilt, dass, wenn sie als nationale Vertreter auftreten, freilich immer eine Balance halten
34 müssen zwischen den nationalen Interessen, die sie jeweils haben- Sie sehen das bei Griechenland. Da ist das nicht so sehr
35 eine Frage, welche die linken und rechten Regierungen spaltet, sondern Deutschland handelt anders als Frankreich, beide
36 sind aber konservative Regierungen. Also das sind zwei Schienen bzw. Ebenen, die quer zueinander laufen. Aber wie gesagt,

37 der Unterschied zur Fraktion ist eben eine eigenständige Zusammenarbeit, während auf Ebene der Europäischen Partei das
38 viel mehr eine Kooperation von nationalen Vertretern ist.

39 *I: Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Einbringung würden sich jetzt z.B. für eine fraktionslose Person im
40 Europaparlament ergeben?*

41 Hannes Swoboda: Schauen Sie, das ist immer schwierig. Das europäische Parlament ist relativ freizügig gegenüber auch
42 Minderheitsfraktionen, also auch kleinere Fraktionen haben einen Ausschussvorsitzenden, auch kleinere Fraktionen haben
43 einen Berichterstatter. Fraktionslos ist schon sehr schwierig. Weil die haben keinen Ausschussvorsitzenden, da und dort
44 vielleicht ein Berichterstatter. Aber die Meinungsbildung geschieht natürlich im Europäischen Parlament zu 95 oder 99
45 Prozent über Fraktionen. Und daher ist außer Reden ist für Fraktionslose im Parlament möglich. Man kann natürlich wie ein
46 anderer Fraktionsloser, nicht der von der FPÖ, nämlich Hans Peter Martin, einfach die Kronen Zeitung verwenden und, sag
47 ich jetzt mal, Geschichten erzählen. Das hat aber wiederum mit den Entscheidungen im EU-Parlament nichts zu tun. Die
48 laufen nicht so, wie man es irgendwo in den Medien will, sondern die laufen natürlich aus der Dynamik eines Parlaments
49 heraus.

50 *I: Herrn Mölzer steht hierfür die "Zur Zeit" zur Verfügung.*

51 Hannes Swoboda: Ja, das ist klar - es gibt immer zwei diese zwei Seiten. Das eine ist, was man zuhause erzählt, ich versuch
52 das jetzt einigermaßen neutral zu formulieren, und das andere, was man im Europäischen Parlament erreicht oder macht. Er
53 hat gegenüber dem zuvor Erwähnten den Vorteil, dass er halt einige Gleichgesinnte hat. Nur bei ihm ist das Problem, woran
54 auch die Fraktion relativ schnell wieder zerbrochen ist, die er versucht hatte zu bilden, dass Nationalisten in besonderem
55 Maße immer an sich selbst denken. Der Nationalist, wenn er zuhause erzählt, er hat eine Fraktion von anderen Ländern hinter
56 sich, ist nicht sehr überzeugend. Denn der Nationalist soll ja nur das österreichische oder italienische oder rumänische
57 Interesse vertreten. Und wenn er nun sagt, er hat mit seinen rumänischen Kollegen etwas ausgemacht, dann ist das ja für
58 seine Wählerschaft nicht sehr überzeugend.

59 *I: Was auch relativ oft angeführt wurde war, dass die FPÖ im europäischen Bereich relativ viele Parteienbündnisse schließt.
60 Es gibt Gespräche bzw. ein Austauschverhältnis mit der Jobbik, vor kurzem wurde berichtet, dass sie auch mit der
61 georgischen Nationalpartei ein Bündnis eingegangen sind bzw. nun eingehen werden. Was mich nun interessiert hätte und
62 vielleicht können Sie mir dies beantworten, weil es solcherlei Bündnisse womöglich auch auf Ebene der Sozialdemokratie
63 gibt: Was wird da wirklich ausgetauscht? Welche Vorteile bringen solche Bündnisse mit sich?*

64 Hannes Swoboda: Naja, die Sozialdemokraten, und die ÖVP, die arbeiten ja nicht mit bilateralen Bündnissen, sondern die
65 haben die Europäische Partei. Was eben auf der Rechtsaußen-Seite nicht gibt. Daher müssen sie solche Kontakte haben. In
66 Wirklichkeit muss man auch sagen, die Jobbik-Partei, die hat jetzt kein Interesse an einem europäischen Bündnis, die will in
67 Ungarn dafür Sorge tragen, dass der ungarische Nationalismus möglichst stark zum Ausdruck kommt. In dem Fall hat das mit
68 Österreich recht wenig, sondern eher mit der Slowakei zu tun. Wenn aber derselbe Herr Mölzer versuchen würde, mit der
69 slowakischen nationalistischen Partei zusammen zu arbeiten, würde er sofort auf ein Problem stoßen: für wen ist er jetzt? Für
70 die ungarischen Nationalisten oder für die slowakischen? Das ist das Problem. Da wird - das muss natürlich er beurteilen - da
71 wird nicht viel ausgetauscht, weil was sollte schon ausgetauscht werden? Das ist glaube ich mehr eine Methode um den
72 Medien zu zeigen, dass man nicht alleine ist. Man ist auch nicht alleine mit der Ablehnung Europas. Aber das Alleinsein ist
73 ja eher ein Alleinsein in der Ablehnung von Vorschlägen, und nicht im Positiven. Was hat die Jobbik für positive Ideen für
74 Europa? Wenn ich eigentlich nur für die Ungarn bin und gegen meine Nachbarn und eigentlich den Konflikt mit diesen
75 brauche, um zu realisieren, dann habe ich kein europäisches Projekt. Und daher sehe ich nicht, was daraus entstehen sollte.
76 Das ist mehr ein Signal: Ich bin nicht allein. Und das stimmt: Er ist nicht allein in der Ablehnung der Weiterformierung
77 Europas. Aber das ist noch kein Konzept.

78 *I: Bündnisse, wie sie zum Beispiel seit rund zehn Jahren mit Vlaams Belang oder Front National bestehen, dienen eher einer*
79 *symbolischen Politik, bieten jedoch keine Substanz.*

80 Hannes Swoboda: Ja, sonst würde sie ja eine wirklich eine gemeinsame Fraktion bilden. Leute hätten sie ja genug von
81 Vlaams Blok und UKIP und den verschiedenen Gruppierungen. Aber wenn ich eigentlich einen Kampf für mich und gegen
82 die anderen führe, finde ich wenig Partner. Das ist das Grundproblem dabei.

83 I: Mir ist natürlich bewusst, dass ich Sie hier als politischen Konkurrenten befrage, aber wie würden Sie hier die Person des
84 Andreas Mölzer bzw. dessen Rolle für die Freiheitliche Europapolitik bewerten? inwieweit würde die freiheitliche
85 Europapolitik nach Andreas Mölzer fortbestehen?

86 Hannes Swoboda: Hm. Das ist schwierig. Wenn man sich zum Beispiel das Plakat anschaut, das die FPÖ für Rosenkranz und
87 Strache gemacht hat. Da steht, glaube ich: Familie, Heimat, Werte und EU. Familie ist sicherlich ein besonderer Wert für die
88 FPÖ, Heimat natürlich auch. Also sie setzen EU eigentlich gleich mit positiv besetzten Begriffen, was ja eigentlich- die Leute
89 denken wahrscheinlich nicht daran. Aber so wie es da steht bedeutet ist, dass die EU genauso ein Wert wie Familie ist.
90 Schauen Sie, ich glaube, der Herr Mölzer ist kein Antieuropäer. In dem Sinn, dass er Europa oder ein europäisches Konzept
91 total ablehnt. Er ist halt einer, der diese wage Idee vom Europa der Vaterländer hat, was ja das Problem mit sich bringt - das
92 betrifft auch Dichand und so - dass beim Europa der Vaterländer eigentlich immer nur die Großen das Sagen haben. Das ist ja
93 das Problem. Was er nicht sieht, oder nicht sehen will, ist, dass ein Europa der Vaterländer entweder kein Europa ist oder
94 eines, wo die Großen bestimmen. Nur wenn ich die Gemeinschaftsmethode habe, komme ich überhaupt weiter. Das sieht
95 man auch jetzt in der Krisensituation. Da sehe ich die Widersprüche zwischen seinem Konzept, das er aus meiner Sicht nicht
96 unehrlich meint, aber das wie gesagt keine Antwort auf die Fragen gibt, die wir haben. Aus der Wirtschaftskrise zum Beispiel
97 komme ich nicht mit einem Europa der Vaterländer heraus. Wenn ich eine gemeinsame Außenpolitik will - er will zum
98 Beispiel stark gegenüber den USA sein - das erreiche ich nicht mit einem Europa der Vaterländer, sondern nur durch ein
99 geeintes Europa. Dann ist er wieder sehr für eine Zusammenarbeit mit Russland, ist er wieder unkritisch gegenüber Russland,
100 weil das wieder mit der serbischen Linie zusammenhängt. Und da sehe ich die Widersprüche. Dass ich entweder Europäer
101 bin - da muss ich wirklich für Europa sein - oder ich komme in diesen Zwiespalt, deklaratorisch für Europa zu sein aber wenn
102 es um konkretes geht, habe ich nichts anzubieten für dieses gemeinsame Europa.

103 *I: Dieser Wunsch nach einem föderalistischen Europa, wie ihn jetzt auch Mölzer proklamiert, wäre demnach sogar zum*
104 *Nachteil von Österreich.*

105 Hannes Swoboda: Das glaube ich. Die Franzosen haben da nicht viel dagegen, und die Engländer und die Deutschen. Bei den
106 Engländern sieht man das ja deutlich. Das ist genau das Problem.

107 *I: Es hat ja vor kurzem auch vonseiten Jobbik, Front National, Vlaams Belang, usw. Bemühungen gegeben, eine quasi*
108 *Vorstufe einer Europapartei zu gründen, das "Bündnis der europäischen nationalen Bewegungen". Wie würden Sie das*
109 *beurteilen, ob hier tatsächlich eine gemeinsame Basis gegeben ist? Wo sehen Sie diese gemeinsame Basis einer solchen*
110 *Verbindung und inwieweit kann diese auch langfristig erfolgreich sein.*

111 Hannes Swoboda: Aufgrund der vorher genannten Gründe kann ich mir schwer vorstellen. Weil eben nationale Bewegungen
112 immer auch gegen andere sind. Die sind auch immer für sich selbst und gegen andere. Daher sehe ich das schwer. Sie haben
113 ja zum Beispiel bei den Grünen- die haben relativ viel Regionalisten, wie sie sagen. Und das macht dann oft Schwierigkeiten,
114 weil wenn nur eine bestimmte Region etwas zählt, bspw. das Baskenland, wieso sollte dann Europa ein Wert sein. Und dieses
115 Konzept, zu sagen, die Region und Europa ist es, da bringe ich nicht viel zusammen, weil sich der Nationalstaat nie ganz
116 ausschalten lassen wird. Und bei Österreich ist das besonders stark, dass man das glaubt und die Illusion verbreitet, wir
117 Österreicher könnten hier am Tisch hauen und schon werden alle zittern. Daher glaube ich nicht, dass da viel herauskommt.
118 Ich will es so sagen: jede heutige politische Bewegung muss ein bisschen auch ein europäisches Programm bieten. Und das

119 interessiert solche Leute nicht besonders stark, aber dass sie vor gewissen Medien und so ernst genommen werden und vor
120 diesen begründen können, wieso sie im Europäischen Parlament sitzen, was sie da machen, was insbesondere bei jenen,
121 welche zum Beispiel von UKIP kommen, sehr schwierig ist- jedenfalls glaube ich nicht, dass das erfolgreich sein kann.
122 [Break: Mobiltelefon von Hrn. Swoboda läutet, 1 Min. Gespräch] Also was ich sagen wollte war, dass ich da jetzt keine
123 Angst habe vor solchen Formierungen, das hat objektive Gründe. Das ist nicht die Frage, ob der Herr Mölzer nicht fähig ist
124 oder der Vlaams Blok nicht fähig ist. Ich glaube, aus der objektiven Situation heraus, insbesondere bei den Osteuropäern.
125 Vielleicht versteht man sich noch im Westen, aber weil es gegen Zuwanderung geht, weil es insbesondere doch von
126 Vorurteilen geprägt ist, ist es schwierig, so ein Bündnis zu eröffnen. Ein Bündnis, das über diese unterschiedlichen, etwa
127 ethnischen oder sprachlichen Gruppen hinweggeht.

128 *I: In meinem Gespräch mit dem Hrn. Dr. Ulram kam zum Beispiel auch sehr deutlich hervor, dass es eben gewisse Bereiche*
129 *gibt, wo Gemeinsamkeiten vorhanden sein - Sicherheitspolitik, Migration, staatliche Unabhängigkeit, usw. Die Frage ist nur,*
130 *ob das auf europäischer Ebene dann tatsächlich die Basis für eine längerfristige Zusammenarbeit sein kann. Trotzdem*
131 *erlangt man leicht den Eindruck, dass hier etwas in Bewegung ist. Womöglich wird das auch unterschätzt. Ich hab mich*
132 *daher gefragt, erstens, welche Vorteile erwarten sie sich davon, und welche Entwicklungen sind für diese Bemühungen*
133 *verantwortlich?*

134 Hannes Swoboda: Erstens einmal glaube ich, dass auch diese Leute wissen: Europa geht nicht vorbei. Daher müssen sie von
135 dieser ursprünglichen Idee "Ich bin dagegen, das Ganze ist ein Luftgebäude und verschwindet wieder" absehen. Das wird so
136 nicht sein. Und natürlich wollen sie daher auf dieser europäischen Ebene Einfluss haben. Zweitens wollen sie natürlich
137 gewisse Schichten ansprechen, die sagen "auf der nationalen Ebene sind's gut aber europäisch haben die eh keinen Einfluss".
138 Dem Argument "die Stimme ist weggeworfen" wollen sie ein wenig begegnen, indem sie halt versuchen, solche
139 Vereinbarungen zu treffen oder zumindest in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, dass es hier sehr wohl so ein
140 Netzwerk gibt - das es in gewissen Fragen auch gibt, das mag schon sein. Bei der Frage der Zuwanderung, ja. Aber in
141 Osteuropa ist das schon was anderes. Und wenn ich nun zum Beispiel dagegen bin, dass da in Rumänien den Moldawiern ein
142 Pass gegeben wird, da werden die Rumänen nicht mitmachen. Also bereits bei Fragen zu Sicherheit oder Zuwanderung
143 handelt es sich bereits um eine gespaltene Situation. Oder: Für die FPÖ sind die Serben das beste Volk am Balkan, die
144 anderen sagen, die wollen wir alle nicht haben. Also Sie sehen, dass, wenn man so tief emotionale und selektive Bündnisse
145 eingeht, es zu solchen Schwierigkeiten kommt. Ich behaupte nicht, dass es nicht auch bei uns oder bei anderen Parteien
146 manche differenten Auffassungen gibt. Mag sein, dass da bei der FPÖ ein Minimum an Verständnis und Unterstützung
147 herauskommt, nur: gerade der Herr Mölzer versucht das ja schon etliche Jahre. Das ist ja nicht etwas, was da jetzt so neu ist.
148 Mag sein, dass da so ein Minimum-Netzwerk zustande kommt. Aber ich bin mir nicht ganz sicher, wie weit das wirklich zum
149 Tragen kommt. Vor allem weil, selbst wenn die jetzt zusammenarbeiten, wären sie noch nicht mehr auf der europäischen
150 Ebene. Und sie sind halt in einer sehr extremen Minderheitsposition und daher sehe ich hier wenig Einfluss. Auch bei den
151 Wahlen ist es nach wie vor so, dass die Konservativen die größten Stimmengewinne haben, weil Europa mit diesen sehr stark
152 in Verbindung gebracht wird. Und wenn es um die Opposition in Europa oder die Kritik an Europa geht, ist das, glaube ich,
153 eine Kritik aus der Mitte heraus. Es sind eher die Sozialdemokraten und die Linken, also die Grünen, so dass hier für die
154 Rechten nur wenig Platz ist. Aber ich gebe zu: sicherlich hat es in den letzten Jahren einen gewissen Zuwachs gegeben und
155 den will man natürlich auch ein bisschen absichern, indem man solche Bündnisse zumindest versucht zu schließen.

156 *I: Danke für das Gespräch.*

157 Hannes Swoboda: Danke sehr.

A4. Interviewtranskript Ulrike Lunacek

Gespräch mit MEP Mag.a Ulrike Lunacek, Delegationsleiterin der österreichischen Grünen im Europaparlament, Sprecherin der Europäischen Grünen Partei

vom 14.05.2010, Wien

1 *I: Frau Mag. Lunacek, wie Sie ja wissen, beschäftige ich mich im Moment mit den Formen und Möglichkeiten zur*
2 *Kooperation nationaler Parteien in Europa. In welcher Weise kooperieren die österreichischen Grünen auf internationaler*
3 *Ebene mit anderen Parteien?*

4 Ulrike Lunacek: Auf Europaebene gibt es einmal die Europäischen Grünen. Vorsitzende ist Monica Frassoni, die vorher Co-
5 Vorsitzende der Grünen des Europaparlaments war, die es aber, weil die italienischen Grünen bei der vergangenen Wahl so
6 schlecht abgeschnitten haben, nicht mehr ins Europaparlament geschafft hat. Der Vorsitz wechselt bei uns alle drei Jahre - bis
7 Oktober des vergangenen Jahres hatte ich diesen übernommen. Und da war dann eine Überlegung von uns zu sagen, dass es
8 einen Sinn macht, wenn die Monica Vorsitzende der Europäischen Grünen Partei wird. Ich arbeite jetzt im Europaparlament,
9 und da war dann okay für mich zu sagen, dass die Monica dort weitermacht. Ich bin auch jetzt weiterhin Delegierte für die
10 grüne Fraktion im Europaparlament und seitdem ich Bundesgeschäftsführerin der österreichischen Grünen war, 1996, war ich
11 immer Delegierte für die österreichischen Grünen. Also ich hab das schon lange mitverfolgt.

12 *I: Welche Formen der Zusammenarbeit werden von den Grünen auf Europaebene noch genützt?*

13 Ulrike Lunacek: Angefangen haben wir schon in den 1980er Jahren, als die grünen Parteien gerade einmal begonnen haben,
14 auch in Gemeinderäte, regionale und nationale Parlamente einzuziehen, uns auf europäischer Ebene zu vernetzen. Es gab
15 dann seit Anfang der 1990er Jahre die EFGP, die Europäische Föderation Grüner Parteien, da war das als Föderation gedacht.
16 Da waren auch Parteien aus Georgien dabei, die damals in der Regierung waren, mit dem damaligen Premierminister Surab
17 Schwania, der leider vor ein paar Jahren bei einem ominösen Gasunfall ums Leben gekommen ist. Wir haben dann im
18 Februar 2004, als es gemäß dem europäischen Parteienstatut nun auch Europäische Parteien geben konnte, als erste der
19 politischen Familien in Rom die Europäische Grüne Partei gegründet. Und bei der sind jetzt 36 Parteien aus 32 europäischen
20 Staaten Mitglied. Wir haben in vier Staaten je zwei Parteien, das hat mit der Entstehungsgeschichte bzw. mit den nationalen
21 Begebenheiten dort zu tun. Also in Belgien, wo es eine flämische und eine deutsch-französische Partei gibt; in
22 Großbritannien, wo wir die "Scottish Green Party" und die "Green Party of England and Wales" haben; in Spanien, wo es
23 eine eigene katalanische Gruppierung gibt; und in den Niederlanden, wo es neben den "GroenLinks", die jetzt unsere
24 Hauptmitgliedspartei sind, mit "De Groenen" eine kleine Partei gibt, die Gründungsmitglied war. Das ist sozusagen die
25 Parteebene. Und da ist in den letzten Jahren sehr viel mehr an Vernetzung geschehen. Wir haben, als ich Vorsitzende war,
26 zum Beispiel eingeführt, dass wir zweimal im Jahr gemeinsame Aktionen machen, europaweit. Wir haben zum Beispiel nach
27 der Ermordung von Anna Politkowskaja gleichzeitig an einem Tag vor 15 russischen Botschaften Protestaktionen gestartet.
28 Oder wir haben rund um den Klimaschutz Aktionen gemacht. Wir machen jetzt wieder eine Aktion zum NPT-Vertrag, zum
29 Atomwaffensperrvertrag, wo auch wieder rund 18 Grüne Parteien mitmachen. Es machen nicht immer alle mit, aber doch
30 sehr viele. Um auch dieses Bild, dass wir in Europa gemeinsam auftreten, zu verstärken. Es gibt zwar Europäische Parteien,
31 aber es ist leider immer noch Tatsache, dass Parteienarbeit, auch Parlamentsarbeit, immer noch stark national gesehen wird.
32 Es gibt kaum europaweite Medien, kaum eine europaweite Öffentlichkeit, und wir versuchen über diese gemeinsamen
33 Aktivitäten hier so etwas wie auch ein europäisches Bild zu schaffen. Da geht es auch mehr darum, die europäische
34 Öffentlichkeit zu beeinflussen. Das ist der eine Teil, der wird von der Europäischen Grünen Partei organisiert. Wir sind auch
35 diejenige, die 2004 die ersten waren, die ein gemeinsames europäisches Wahlprogramm hatten, die auch eine gemeinsame
36 Kampagne geführt haben. Wo auch die Plakate, zwar mit übersetzten Sprachen, einheitlich gestaltet waren. Das heißt, die

37 Leute, die ja wie sehr viele unserer Wählerinnen und Wähler sehr mobil sind, konnten dann in den verschiedenen Ländern
38 dieselben Plakate sehen und erkennen: "Aha, das sind auch die Grünen." Also 2004 waren wir damit die ersten und einzigen.
39 Bei der Europawahl 2009 hat es schon mehrere gegeben, die das versucht haben. Aber das war für uns von Anfang an
40 wichtig, tatsächlich auch dieses gemeinsame Europäische in den Vordergrund zu stellen, das quasi mehr Wert hat als jedes
41 Land für sich allein. Auf der Ebene der Arbeit in den Parlamenten gibt es sehr viel und sehr gute Zusammenarbeit zwischen
42 der Fraktion im Europaparlament und den jeweiligen nationalen Parlamenten. Zum Beispiel im Falle der aktuellen
43 Wirtschafts- und Finanzkrise, wo in Österreich gefragt wird, was die österreichischen Grünen denn in Europa erreichen
44 möchten. Wir schauen zum Beispiel jetzt gerade, welche Grünen Parteien in welchen Parlamenten für oder gegen das
45 Griechenland-Paket stimmen und gegebenenfalls versuchen, die Leute davon zu überzeugen, dass es in Hinblick auf die
46 Europäische Eben schon gescheit wäre, wenn wir alle zustimmen, auch wenn wir nicht ganz zufrieden sind. Auch wenn wir
47 finden, eine Europäische Ratingagentur muss her, eine europäische Finanzmarktaufsicht, eine Finanztransaktionssteuer. Also
48 hier gibt es dann immer den Austausch zwischen dem, was im Europaparlament und dem nationalen Parlament passiert.
49 Gerade bei Dingen, die sehr ursprünglich grün sind, wie zum Beispiel gentechnisch veränderte Organismen oder
50 Menschenrechtsthemen. Wo dann auch die Mitarbeiter aus dem österreichischen Parlament im Europaparlament nachfragen,
51 was wir denn hier zu den verschiedenen Themen wie etwa den Gesetzesentwürfen zum Rauchverbot unternehmen. Da
52 bräuchte man noch viel mehr dazu und das ist noch lange nicht alles, was möglich ist. Aber zumindest von der Intention her
53 sind wir hier auf dem richtigen Weg. Wir organisieren auch Besuche von Leuten aus den jeweiligen nationalen Parteien.
54 Damit die auch unsere Leute kennenlernen und wissen, mit wem sie da regelmäßig korrespondieren. Und was es sicherlich
55 auch oft gibt, sind bilaterale Zusammenarbeiten. Gerade in der Zeit nach dem Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten und vor der
56 Wahl 2009 haben wir ganz stark versucht, den Grünen Parteien etwa in der Slowakei oder Tschechien konkrete
57 Unterstützung zu geben. Das heißt: hinzufahren, Aktionen zu unterstützen, Tipps bei Wahlkampagnen zu geben. Wir haben
58 Leute zu Workshops eingeladen, die bei uns bei Regionalwahlkämpfen mit dabei waren und Erfahrungen sammeln konnten.
59 Also das versuchen wir schon zu unterstützen. Wir haben auch jetzt gerade als österreichische Grüne die ungarischen Grünen
60 im letzten Wahlkampf unterstützt, das war auch das erste Mal, dass es die ungarischen Grünen ins Parlament geschafft haben.
61 Das war über viele Jahre nicht möglich und jetzt gibt es dort eine sehr starke rechtsextreme Partei - aber es sitzen nun auch
62 zwölf Grüne im Parlament. [lacht] Also da wird schon relativ viel gemacht. Nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf
63 Landesebene. Dass zum Beispiel auch die Landesgruppen aus Wien, Niederösterreich oder dem Burgenland Leute
64 austauschen, Workshops machen, zum Teil rein technischer Natur. Zum Beispiel: Wie gestalte ich einen Wahlkampf? Wie
65 beziehe ich das Internet ein? So etwas machen etwa auch die Finnen und Esten miteinander; die Schweden haben viel am
66 Balkan gemacht, da gibt es viele Kooperationen.

67 *I: Wie zuvor bereits erwähnt, steht im eigentlichen Fokus meiner Forschungsarbeit die transnationale Kooperation der*
68 *Freiheitlichen Partei. So berichteten die Medien in der Vergangenheit immer häufiger über Bündnisse mit anderen Parteien*
69 *wie der ungarischen Jobbik, dem Vlaams Belang, Front National, der spanischen oder auch georgischen Rechtspartei und so*
70 *weiter.*

71 Ulrike Lunacek: Ja, ich hab das ja auch ganz spannend gefunden. Der Herr Mölzer sitzt ja mit mir im außenpolitischen
72 Ausschuss, und dort wird dann immer Russland so verteidigt - so im Sinne "gegen USA". Und ich frage mich dann immer,
73 wie schaffen die das, so ein Vorgehen zum Beispiel gegenüber dem georgischen Partner zu rechtfertigen? Das ist völlig
74 absurd. [heiter] Aber das soll ja nicht meine Sorge sein.

75 *I: Welche Vorteile ergeben sich eigentlich im Europaparlament durch die Mitgliedschaft in einer Fraktion, vor allem im*
76 *Vergleich zu einem fraktionslosen Mandatar?*

77

78 Ulrike Lunacek: Fraktionslose haben einfach keinen Einfluss im Europaparlament. Sie sind in den Präsidialsitzungen nicht
79 dabei. Sie werden bei Verhandlungen über Resolutionen nicht wirklich einbezogen. Sie machen dann zwar oft
80 Abänderungsanträge, aber nachdem sie ja keine ins Gewicht fallende Stimmgruppierung sind, ist die Notwendigkeit, mit
81 ihnen zu verhandeln, einfach nicht sehr groß. Was es auch gibt ist, dass die Parteien Shadows benennen, also
82 Schattenberichterstatter. Mit denen verhandle ich dann, wenn ich Berichterstatterin bin. Aber mit wem von den
83 Fraktionslosen sollte ich denn verhandeln? Die benennen dann zwar in einem Plenum jemanden, der für sie spricht, aber mit
84 wem soll ich denn verhandeln, wenn sie keine Fraktionsstrukturen haben? Das ist einmal das eine. Sie haben auch was die
85 Finanzen betrifft keine Struktur. Wobei, alle Abgeordnete haben grundsätzlich dasselbe Budget, aber für die Fraktionen
86 selbst gibt es dann ja auch noch Geld für Beschäftigte. Fraktionen erhalten entsprechend ihrer Größe zusätzliche Mittel. In
87 der Fraktion haben wir auch Mitarbeiterinnen für die einzelnen Ausschüsse, und das haben die Fraktionslosen nicht. Das
88 heißt also: Sie haben keinen Einfluss. Und insofern finde ich das schon verständlich wenn sie versuchen eine Fraktion zu
89 gründen. Aber es geht auch bei wichtigen Debatten im Plenum geht es bei den Reden nach Fraktionsstärke. Da sind wir zum
90 Glück mittlerweile wieder die Viertstärksten. Und die Fraktionslosen kommen halt irgendwann einmal zum Schluss. Die
91 machen sich das dann zwar schon aus, aber das ist halt auch nur ein loser Zusammenschluss.

92 *I: Es gibt ja jetzt auch wieder eine rechtskonservative Fraktion im Parlament, bei welcher die Freiheitliche Partei allerdings*
93 *nicht Mitglied ist.*

94 Ulrike Lunacek: Genau, das ist die EFD, Europa der Freiheit und Demokratie. Da ist die Lega Nord zum Beispiel auch dabei.
95 Aber die Freiheitlichen waren ihnen wohl scheinbar zu rechts. Ich verfolge das ja nicht im Detail, aber die haben schon
96 seltsame Streits. Aber das soll mir ja nur recht sein, wenn sie sich da ständig streiten. Bei der EDF ist auch die UKIP, die
97 britische Independence Party dabei. Und dann gibt es noch die British National Party, die ja zum Beispiel keine Frauen und
98 nur Weiße in ihrer Partei zulassen. Und weder die noch die UKIP haben bei den englischen Wahlen zum Glück auch nur
99 einen Sitz gewonnen. Und die Grünen haben zum ersten Mal einen Sitz in Westminster, das erste Mal.

100 *I: Bezüglich der Heterogenität innerhalb der Fraktionen: Was bedeutet dies für die Grünen?*

101 Ulrike Lunacek: Wir sind die, die in den meisten Fällen gemeinsam abstimmen. Aber wir stimmen auch nicht immer alle
102 gleich ab. Weil unsere Fraktion besteht ja aus Grünen und europäischen Regionalisten, also der Europäischen Freien Allianz.
103 Aber wir diskutieren die heiklen Sachen alle gemeinsam durch in der Fraktion. Wo es einfach unterschiedliche Meinungen
104 gibt, nicht nur aufgrund von nationalen Interessen sondern auch aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen. Und dann gibt
105 es oft auch Abstimmungen wie zum Beispiel letzte Woche, wo es um den Versuch der Einschränkung von
106 Kinderpornographie ging. Und da ist der Vorschlag, dass die Seiten blockiert werden sollen. Jetzt sagen aber unsere
107 Internetexperten, auch unser Kollege von der schwedischen Piratenpartei, dass das zu wenig ist, da man, wenn man sich
108 auskennt, solche Sperren umgehen kann. Man müsste diese Seiten also eigentlich vom Server löschen, die sich aber oft in den
109 USA befinden, was die Angelegenheit viel kompliziert macht. Nur sagen die dann, dass das im Falle von Geheimkonten oder
110 Kriminalfällen ja auch kein Problem ist. Warum sollte das bei Kinderpornographie also nicht möglich sein? Und dann haben
111 wir eben die Debatte, dass wir versuchen, mehrheitlich dafür zu stimmen, dass die Seiten gelöscht werden; aber wenn uns das
112 nicht gelingt, und die größeren Parteien vorschlagen, die Seiten weiterhin zu blockieren, wie stimmen wir dann ab? Sind wir
113 dann trotzdem dafür, oder nicht? Wir haben es noch nicht gänzlich ausdiskutiert, die Abstimmung in Straßburg ist nächste
114 Woche; da kann es schon sein, dass ein paar dafür und ein paar dagegen stimmen.

115 *I: Aber kann es dann eben auch passieren, dass man zwar im Sinne der Fraktion stimmt, die eigenen nationalspezifischen*
116 *Interessen dafür aber vernachlässigt?*

117 Ulrike Lunacek: Das ist immer die Frage, wer denn die nationalspezifischen Interessen definiert. Aber wenn ich weiß, dass
118 die österreichischen Grünen auch eine lange Debatte geführt haben, wie es eben beim Thema Kinderpornographie im Internet
119 der Fall war, dann höre ich mir das dann schon auch vor diesem Hintergrund an und überlege mir, was das für meine

120 Wählerinnen und Wähler in Österreich bedeutet. Aber nachdem wir alle auf nationaler Ebene gewählt sind, weil es ja noch
121 kein europäisches Wahlrecht gibt, ist es schon so, dass wir das zumindest mitüberlegen.

122 *I: Einen informellen Fraktionszwang gibt es bei den Abstimmungen im Europaparlament ja nicht.*

123 Ulrike Lunacek: Nein, das sicher nicht. Aber wenn es Abstimmungen gibt, wo wir wissen, dass es da um ein zwei Stimmen
124 gehen kann, dann versuchen wir das den Leuten schon auch so zu kommunizieren, dass es jetzt um noch mal mehr geht. Das
125 ist dann oft eine Frage der Abwägung. Ich weiß zum Beispiel noch wie das war, aber da waren wir uns alle einig, als es um
126 eine Resolution ging, welche den politischen Missbrauch von Medien sollte. Das ging damals vor allem in Richtung Silvio
127 Berlusconi. Die Abstimmung dazu haben wir verloren, 358 zu 358. Da hat also eine Stimme gefehlt. Zwei portugiesische
128 Liberale hatten sich enthalten, die waren früher bei der EPP und die haben gefunden, das sei ihnen zu heftig. Und da war es
129 schon so, dass wir bei uns darauf geschaut haben, dass bei der Abstimmung alle da sind und dafür stimmen. Wenn es
130 inhaltlich so ist, dass schauen wir schon, wie viele dagegen stimmen werden. Wir machen dann auch oft so
131 Trendabstimmungen in der Fraktion und schauen, wie die Tendenz ist. Und wenn da schon eine große Mehrheit dafür ist und
132 wir wissen, dass die Abstimmung knapp wird, dann versuchen wir den wenigen, die dagegen waren, schon zu vermitteln,
133 dass es da nochmal um mehr geht. Aber zwingen können wir natürlich niemanden, das wollen wir auch nicht, wir versuchen
134 nur zu überzeugen.

135 *I: Die österreichischen Grünen waren ja ursprünglich, gerade bei der Abstimmung über einen EU-Beitritt, eher*
136 *europaskeptisch eingestellt. Welche Entwicklungen oder Tendenzen haben hier dann dafür gesprochen, diese Position zu*
137 *ändern?*

138 Ulrike Lunacek: Da war ich damals auch noch nicht dabei, das war ja 1994. Auch der Johannes Voggenhuber, mein
139 Vorgänger im EU-Parlament, war damals dagegen. Aber nicht, weil wir gegen eine gemeinsame Europäische Union waren
140 sondern weil es demokratisch zu wenig legitimiert war. Das ist auch immer noch eine Kritik. Aber es lag dann auch beim
141 Johannes zu sagen, dass zwei Drittel der Österreicher für einen Beitritt gestimmt haben, also schauen wir nun, dass wir es
142 von innen her verändern. Kritik gibt es natürlich immer noch massenweise. Aber es ist schon so, dass auch innerhalb der
143 österreichischen Grünen die Befürwortung der Europäischen Union gestiegen ist. Neben viel Negativem hat sie auch sehr
144 viel Positives vollbracht, gerade im Bereich Umwelt oder Konsumentenschutz, Frauenrechte, Lesben- und Schwulenrechte.
145 Da hätten wir in Österreich, oder auch in den neuen Mitgliedsstaaten, wohl einiges noch nicht erreicht. Dass es in vielen
146 Bereichen, gerade was die Wirtschaftspolitik betrifft, leider viel zu wenige Regeln gibt und das auch über lange Jahre
147 verabsäumt wurde, ist aber auch so. Ich glaube, dass es bei den österreichischen Grünen mittlerweile ganz klar ist, dass man
148 die EU verbessern und umgestalten muss, aber was täten wir denn ohne sie? Es ist absurd zu denken, dass es einen Sinn
149 macht, wenn wir alle wieder in unseren kleinen Nationalstaaten herumfuhrwerken würden. Insofern sind wir schon durchaus
150 auch neben der ÖVP diejenigen, die am stärksten zu einem gemeinsamen Europa stehen. Also um auf Ihre Frage
151 zurückzukommen - ich bin eben erst 1996 dazugekommen - aber als die breite Mehrheit entschieden hat, war es relativ klar
152 und deutlich für uns, wie wir weitermachen würden.

153 *I: Man könnte demnach festhalten, dass es durchaus einen Trend dahin gibt, dass bestimmte Entscheidungen weg von der*
154 *Nation hin zu einer transnationalen Ebene verlagert werden?*

155 Ulrike Lunacek: Ja, das macht auch einen Sinn. Es ist ja jetzt schon so. Wenn man sieht, wie die Welt insgesamt dasteht. Ich
156 komme aus der Außenpolitik und das heißt, dass es mir ein großes Anliegen ist, dass dieses Europa auch in der Welt
157 insgesamt eine wichtige Rolle spielt. Auch wenn es nicht immer so glaubwürdig vertreten wird. Aber grundsätzlich, mit den
158 Werten, mit der Friedensgeschichte, dass das wirtschaftspolitisch nicht immer das ist, was ich mir vorstelle, ist auch so. Also
159 Freihandel, Abschaffung von Zöllen oder Protektionismus sind auf allen Ebenen zu befürworten, wissend, dass Europa auch
160 nur deswegen wirtschaftlich so stark werden konnte, weil es ständig protektionistische Maßnahmen gab. Und jetzt den
161 Ländern der Dritten Welt zu sagen, sie müssten alle Zölle abschaffen, damit wir unsere Produkte vermarkten können, ist der

162 falsche Weg und einfach nicht legitim. Aber dafür müssen wir kämpfen. Und alleine täten wir das schon gar nicht schaffen
163 Wenn, dann geht das nur gemeinsam.

164 *I: Danke für das Gespräch.*

165 Ulrike Lunacek: Danke.

A5. Interviewtranskript Patrick Voller

Gespräch mit Mag. Patrick Voller, Österreichische Volkspartei (ÖVP), Head of European & International Affairs

vom 04.05.2010, ÖVP-Bundespartei zentrale, Wien

1 *I: Wie bereits zuvor angeführt interessiere ich mich für die Formen und Möglichkeiten der Kooperation, welche sich für*
2 *ationale Parteien auf internationaler Ebene, insbesondere in Europa, ergeben. Meine einleitende Frage daher: In welcher*
3 *Weise kooperiert die Österreichische Volkspartei mit anderen Parteien in Europa, welche Foren, Organisationen, Ebenen*
4 *kann man hier unterscheiden?*

5 Patrick Voller: Für die ÖVP ist die Kooperation mit anderen Parteien in Europa, auf der ganzen Welt, weitgehend
6 institutionalisiert. Auf Europaebene ist die ÖVP als Vollmitglied in die Europäische Volkspartei eingebettet, wo wir auch
7 einen entsprechenden Mitgliedsbeitrag zahlen. Präsident der EVP ist Wilfried Martens. In der EVP gibt es regelmäßige
8 Treffen, vor allem Vorstandstreffen - die EVP hat 10 Vizepräsidenten. Weiters gibt es auf Europaebene natürlich das
9 Europaparlament. Dort gibt es die Fraktion der EVP - vergleichbar wäre dies in Österreich mit der ÖVP und dem ÖVP-
10 Parlamentsklub. Die Fraktion vereint Mandatare der gleichen politischen Gesinnung, welche auch gemeinsam abstimmen.
11 Das war früher nicht immer ident, solche wie die britischen Tories haben mit der Fraktion EPP gemeinsam abgestimmt;
12 ähnlich die tschechische ODS, die wegen ihrer Europaskepsis zwar kein Mitglied der EVP waren, aber trotzdem mit dieser
13 abgestimmt haben. Das hat sich mittlerweile geändert und ist nun weitgehend übereinstimmend. In der Fraktion der EVP ist
14 Josef Daul Präsident und Othmar Karas einer der Vizepräsidenten. Unser Mann draußen ist dann natürlich der
15 Delegationsleiter Dr. Ernst Strasser. In der EVP selber gibt es dann natürlich Arbeitsgruppen, zum Beispiel zum
16 Klimatischen Wandel, oder zur Landwirtschaft, wo Wilhelm Molterer den Vorsitz hat, zum Parteiprogramm, wo sich auch
17 die einzelnen Campaign-Manager treffen und untereinander austauschen können. Das einmal zur Europaebene. Auf globaler
18 Ebene gibt es die 'International Democrat Union (IDU)', welche weltumspannend von Asien bis Amerika, wo beispielweise
19 die Republikaner vertreten sind, agiert. Die IDU kann als Weltorganisation der konservativen Parteien angesehen werden,
20 eines ihrer Gründungsmitglieder war übrigens Alois Mock. Auch hier ist die ÖVP als Vollmitglied vertreten. Es gibt dreimal
21 im Jahr größere Treffen, das nächste wird jetzt im Juni in Rio stattfinden. Und auch hier gibt es Arbeitsgruppen, wo sich zum
22 Beispiel die Campaign-Manager der Mitte-Rechts-Parteien weltweit austauschen können. Als dritte Ebene kann noch die
23 bilaterale Ebene erwähnt werden. Diese ist nicht so umfassend organisiert, da dies ja stets von uns und den beteiligten
24 Parteien abhängig ist. Für das kommende Halbjahr hat sich die ÖVP den Schwerpunkt gesetzt, vor allem zu jenen
25 Nachbarländern, in welchen demnächst Wahlen abgehalten werden, Kontakte aufzubauen. Dabei handelt es sich um die
26 Tschechische Republik, wo wir die KDU als Schwesternpartei haben, die Slowakei, wo wir drei Schwesternparteien haben,
27 in Ungarn wo die Fidesz eine Schwesternpartei darstellt. Also auch die bilateralen Kontakte zu unseren Schwesternparteien
28 sind uns sehr wichtig, wenngleich diese nicht ganz so institutionalisiert sind.

29 *I: Demnach können drei Ebenen - bilateral, europäisch, global - unterschieden werden. Welchem Zweck dienen die*
30 *verschiedenen Ebenen? Gibt es hier Unterschiede?*

31 Patrick Voller: Die bilaterale Ebene dient vor allem dem Kontakt zu geographisch benachbarten Parteien. Hin und wieder
32 kann man gewisse Themen oder Problemlagen auf Parteiebene leichter lösen als auf Regierungsebene. Ein Beispiel dafür
33 wäre der umstrittene Atomreaktor in Temelin. Wenn das über die Außenminister nicht möglich ist, kann man hier den
34 persönlichen Kontakt zu den Parteien nützen, um solche Probleme zu lösen. Oder wie jetzt mit der ungarischen Regierung,
35 wo das Verbrennungskraftwerk in Heiligenkreuz ein Thema ist. Oder die MOL-Übernahme durch die OMV, et cetera. Wenn
36 man Angelegenheiten wirtschaftlich oder auf Regierungsebene nicht lösen kann, helfen also sehr oft persönliche Kontakte.
37 Auf globaler Ebene ist es eben die IDU, wo es vor allem ums gegenseitige Kennenlernen, ums Netzwerken geht; im Herbst

38 werden wir vielleicht in die USA reisen. Soviel gemeinsame Themen haben wir auf dieser Ebene natürlich weniger. Aber die
39 Kontakte in die USA helfen uns beispielsweise bei der Diskussion um das SWIFT-Agreement. Gerade durch Österreichs
40 zentrale Lage können immer wieder solche Kontakte notwendig sein. Die wichtigsten Kontakte sind aber die auf - drittens -
41 Europaebene. Durch den Vertrag von Lissabon wurden erstens mal auch die nationalen Parlamente wieder gestärkt. Wenn
42 Sie einmal das Zusammenspiel zwischen dem ÖVP-Klub und dem Europa-ÖVP-Klub betrachten, so ist es wichtig, dass die
43 Kommunikation hier gut läuft und wir unsere Interessen in der Europäischen Union in der Fraktion eben abstimmen. Hier
44 komme ich auch kurz auf den Klubzwang zu sprechen, welcher ja auf nationaler Ebene geschlossener ist als dies im
45 Europäischen Parlament der Fall ist. In der EVP - aber auch in den anderen Fraktionen - kann es also durchaus zu
46 Ausbrüchen kommen, beispielsweise wenn es um Atomenergie geht, wo wir als Österreicher natürlich etwas anders gepolt
47 sind als Frankreich oder Deutschland.

48 *I: Auf die Europaebene bezogen: Welchen substanziellen Nutzen gewinnt Ihre Partei durch deren Integration in das*
49 *europäische Parteiensystem?*

50 Patrick Voller: Wichtig zu erwähnen ist, dass die EVP die stärkste Partei im Europaparlament ist, also solche hat sie auch
51 Anspruch auf das Amt des Parlamentspräsidenten. Es gibt auch - so kann man sagen - Koalitionsvereinbarungen. Es ist
52 demnach anzunehmen, dass nach dem EVP-Präsident Jerzy Buzek ein Sozialdemokrat, wahrscheinlich Martin Schulz,
53 kommen wird. Das Wahlsystem klärt auch den Anspruch auf den Vizepräsidenten; dann gibt es auch ein Punktesystem für
54 die Ausschüsse, dass also die größeren Parteien auch mehr Berichte bekommen. Die wichtigste Aufgabe eines Abgeordneten
55 ist es eben, Berichterstatter zu sein, wo man dann auch "anlobbiert" wird und europaweit mit allen Interessensvertretern
56 redet. Weiters erhält man als Fraktionsmitglied zusätzliche Mittel, es gibt Übersetzer, Berater, die nur für die eigene Fraktion
57 zuständig sind. Dann gibt es eigene EVP-Vorstands- oder -Fraktionstreffen. Zusammengefasst kann man sagen, dass man als
58 Fraktion stärkere finanzielle Unterstützung erfährt, man die interessanteren Berichte erhält, über eine bessere Infrastruktur
59 verfügt und man so auch stärker Einfluss nehmen kann.

60 *I: Das heißt, das wären jetzt auch so die groben Unterschiede zu einem fraktionslosen Mandatar des Europäischen*
61 *Parlaments.*

62 Patrick Voller: Ganz genau. Man hat weniger Berichte, weniger Gelder, weniger Netzwerk - das macht es aus.

63 *I: Aber Berichtslegungen sind an sich möglich?*

64 Patrick Voller: Berichte kann eigentlich jeder erhalten, auch wenn man in keiner Fraktion ist. Aber es ist dann eben viel
65 schwieriger, auch gute Berichte zu bekommen.

66 *I: Wie kann man sich einen "guten" Bericht vorstellen?*

67 Patrick Voller: Gute Berichte sind zuerst einmal die, die ich auch zuhause verkaufen kann, die viel in den Medien sind, die
68 auch viel Arbeit bedeuten. Zum Beispiel war die Chemikalien-Richtlinie ein Riesenthema, da hat die ganze Chemie-Industrie
69 Europas total Einfluss genommen. Oder "Basel II", an dem alle großen Banken ein Interesse gehabt haben. Natürlich geht es
70 hier um Macht, um Einfluss - und da fühlt sich natürlich jeder Europaabgeordnete geschmeichelt, wenn die Bankdirektoren
71 europaweit Schlange stehen. Und da kann man dann natürlich mehr Einfluss nehmen und gestalten.

72 *I: Wie leicht fällt es auf europäischer Ebene eigentlich nationale Interessen durchzubringen?*

73 Patrick Voller: Die Europäische Kommission darf das ja offiziell nicht. Der Vertreter aus Österreich - Gio Hahn - ist weder
74 ein Vertreter der ÖVP noch von Österreich, sondern muss die Interessen der Europäischen Union vertreten. Es ist natürlich
75 klar, dass auch die Kommissare, wenn es nationale Themen gibt, ihre Kollegen informieren. Ich nehme auch an, dass die
76 griechische Vertretung in der Kommission jetzt vermehrt ihre Kollegen informiert. Es besteht natürlich auch sehr oft

77 Einstimmigkeit in der Kommission, so gesehen werden natürlich schon auch öfters nationale Interessen indirekt eingebracht.
78 Dort wo die nationalen Interessen natürlich am stärksten vertreten werden, ist erstens das Europaparlament, das immer
79 stärker wird. Wo wir eben auch die österreichischen Parlamentarier drinnen sitzen haben. Und in diesem Dreieck der
80 Gesetzgebung ist der Europäische Rat natürlich der stärkste. Dort sind die Stimmen gewichtet, so dass auch die kleineren
81 Länder in diesem Rat überproportional vertreten sind. Auch das hilft Österreich. Aber besteht die stärkere Achse aus den
82 größeren Ländern wie Deutschland oder Frankreich, welchen es leichter fällt, nationale Interessen durchzubringen.

83 *I: Oft gibt es ja auch innerhalb der Fraktion Unstimmigkeiten, zumeist aufgrund nationaler Interessen. Kann es passieren,*
84 *dass ein von einer Fraktion beschlossenes Vorhaben dann doch nicht durchgebracht werden kann?*

85 Patrick Voller: Ja, das Spannende im Europaparlament ist, dass man sich immer für jede Abstimmung neue Koalitionspartner
86 suchen muss. Eben weil der Klubzwang nicht gegeben ist, kann es vorkommen, dass die gesamte EVP nicht einheitlich
87 stimmt, weil bestimmte Länder innerhalb der EVP-Fraktion Gruppen bilden. Auch kommt es vor, dass auch die
88 österreichischen Konservativen oder Sozialdemokraten inhaltlich verschiedener Meinung sind und unterschiedlich
89 abstimmen, beispielsweise wenn es darum geht, ob man eher die Interessen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer vertritt. Jeder
90 Abgeordnete hat sein Spezialgebiet und so kann es schon vorkommen, dass man sich nicht einmal innerhalb der
91 österreichischen Delegation einig ist. Das sind natürlich Ausnahmefälle, kommt aber vor.

92 *I: Gibt es Tendenzen dahin, dass die gesetzgebende Kraft der Nation langsam auf eine europäische Ebene wandert? Dass es*
93 *immer weniger Themen gibt, welche vom Einzelstaat gelöst werden können?*

94 Patrick Voller: Nach wie vor kann man sagen, die Mitgliedsländer sind die Herren der Verträge. Spezielle Themen wie
95 Ressourcen, Wasser, Verteidigung, Steuern, usw. lassen sich die Mitgliedsländer nicht aus der Hand nehmen. Also das bleibt
96 national. Und es war auch der EU-Ratspräsident Herman von Rompuy bei der ÖVP-Klubklausur in Loipersdorf dabei und hat
97 dort gesagt: "Es bleibt dabei. Die nationalen Parlamente sind nach wie vor das Wichtigste." Es gibt so Zahlen, dass achtzig
98 Prozent der Gesetzgebung direkt oder indirekt in Brüssel bestimmt werden, aber ich habe jetzt von einer Studie gehört, dass
99 das überschätzt wird. Es stimmt, dass indirekt viel von Europa vorgegeben wird. Andererseits findet diese Überregulierung ja
100 auch bei der Bevölkerung keinen Anklang, angefangen bei der Gurkenkrümmung bis zur Glühbirne. Aber die Tendenz ist
101 natürlich: Wenn man mehr Europa will, muss man mehr Kompetenzen abgeben. Da kommen wir zur Diskussion des Europas
102 der zwei Geschwindigkeiten: einige Länder wollen schon mehr gemeinsame Außenpolitik, wirtschaftliche Regulierung.
103 Andere Länder wie Großbritannien wollen nicht einmal den Euro. Andere sind für, andere sind gegen Schengen. Die
104 Möglichkeit ist natürlich, dass man mehrere Kreise hat und dass die, die weiter wollen, sich weiter integrieren. Aber im
105 Moment ist die Tendenz - auch durch Lissabon: mehr Kompetenzen nach Europa.

106 *I: Was ja immer wieder insbesondere von den rechtspopulistischen Parteien angeführt wird ist, dass sich die Europäische*
107 *Union hin zu einer zentralistisch agierenden Organisation entwickelt. Anstelle dessen wird von diesen Parteien ein Europa*
108 *der Vaterländer gefordert - inwieweit ist diese Sorge berechtigt, inwieweit wäre ein solches Europa der Vaterländer*
109 *sinnvoll?*

110 Patrick Voller: Ich glaube, dass Europa immer stark in der Vielfalt war, auch wir in der Volkspartei sagen aber auch, dass es
111 Grenzen gibt. Auch für uns ist diese Subsidiarität wichtig. Wir glauben, dass durch diese Subsidiaritätsklausel, die ja auch
112 durch Lissabon gestärkt wurde, das, was die Länder und Regionen besser machen können, auch auf dieser Ebene bleibt.
113 Andererseits gibt es auch Bereiche, wo man stärker zusammen arbeiten muss. Es gibt Probleme, die halt nicht vor den
114 Grenzen Halt machen. Ich sehe im Moment, dass der Vertrag von Lissabon erst einmal verdaut, einmal gelebt werden muss.
115 Hier sieht man immer noch nicht genau, wie sich die Machtverhältnisse da jetzt einspielen: Rolle der Kommission, Rolle des
116 Rats, Rolle der neuen Funktionen. Nachdem wir auch Mitgliedsländer wie zum Beispiel Tschechien oder Großbritannien
117 haben, die da eher sehr skeptisch sind, sehe ich im Moment jetzt keinen raschen Trend zu einem stärker zentralistischen

118 Europa. Und je größer die Europäische Union wird - Kroatien wird das nächste Mitgliedsland sein - umso schwieriger wird
119 das auch werden, einen Zentralstaat hier aufzubauen.

120 *I: Zu Kroatien gibt es auch bereits Kontakte von Ihrer Partei aus?*

121 Patrick Voller: Ja, da haben wir traditionell immer schon sehr gute Kontakte gehabt. Das ist natürlich die Schiene
122 "katholisches Kroatien". Alois Mock war damals als Außenminister einer der ersten, die auch Kroatien und die anderen
123 neuen Länder im Balkan anerkannt haben. Und zur HDZ, unserer Schwesternpartei dort, zu Ivo Sanader, der ja auch in
124 Innsbruck studiert hat, ein guter Freund von Wolfgang Schüssel. Also die Schiene war sehr gut. Und wir sind jetzt dabei, zur
125 Jadranka Kosor, der kroatischen Premierministerin, einen Kontakt aufzubauen. Josef Pröll wird sie ja auch in den nächsten
126 Tagen treffen, auch Ursula Plassnik hatte sich schon sehr stark für einen EU-Beitritt Kroatiens eingesetzt. Aus politischen,
127 aus historischen und sicherlich auch aus wirtschaftlichen Gründen, weil ja auch viele österreichische Firmen dort sehr aktiv
128 sind.

129 *I: Um wieder auf die EU-politische Ebene zurückzukommen: Gibt es sonst noch Institutionen, welche für die
130 Zusammenarbeit der ÖVP mit anderen Parteien relevant sind?*

131 Patrick Voller: Ja, die Think Tanks der Parteiakademien. Es gibt ein Netzwerk innerhalb der Europäischen Volkspartei, das
132 ist das 'Center for European Studies', wo zum Beispiel der Think Tank bzw. die politische Akademie der ÖVP, der Think
133 Tank der Partido Popular aus Spanien oder der UMP aus Frankreich Mitglied ist. Also da gibt es zusätzlich auf
134 Parteiakademieebene auch noch ein Netzwerk, wo man versucht, nicht nur auf die Dauer der Legislaturperioden des
135 Europaparlaments oder der Regierungen zu schauen, sondern auch für längerfristige demographische Probleme,
136 Steuerprobleme, Reform der Landwirtschaft, et cetera Papiere auszuarbeiten und nicht im Tagesgeschäft zu ersticken. Und da
137 gibt es auch vom Europaparlament einige Gelder dafür. Und ich glaube, dass man hier als Fraktionsloser auch wieder
138 schwerer an solche Gelder kommt.

139 *I: Wie kann man sich diese Akademien vorstellen? Wo sind die, wer arbeitet dort?*

140 Patrick Voller: Die sitzen in Brüssel und finanzieren sich zum einen durch die Gelder des Europaparlaments, teilweise von
141 den Mitgliedsgebühren. Das Center for European Studies hat im Moment so sieben acht Mitarbeiter mit eigenen
142 Räumlichkeiten in Brüssel, und genauso ist das dann bei den anderen Parteien auch. Präsident der politischen Akademie der
143 ÖVP ist Werner Fasslabend, dieser ist auch im Vorstand dort. Über das Center for European Studies werden dann
144 beispielsweise gemeinsame Bücher herausgebracht, werden Studien gemeinsam finanziert, usw. Einzelne Parteien haben so
145 auch die Möglichkeit, Studien in Auftrag zu geben, ansonsten läuft dies aber eher über die Europäische Volkspartei.

146 *I: Gibt es auch dort auch die Möglichkeit von Schulungen, Seminaren?*

147 Patrick Voller: Ja, die organisieren dort auch Seminare oder Konferenzen. Zum Beispiel für den nächsten EVP-Parteitag in
148 Vilnius, da gibt es von diesem europäischen Think Tank-Netzwerk auch ein Seminar zum Baltikum. Dann hat auch noch die
149 Fraktion im Europäischen Parlament ein eigenes Netzwerk für Schulungen, das ist die Robert Schumann-Stiftung. Hier
150 werden auch Jungpolitiker aus jungen EU-Mitgliedsländern oder noch nicht zur EU gehörenden Ländern trainiert und werden
151 auf diesem Wege auch schon herangeführt an das Europäische Parlament, an Europa, an die Europäische Volkspartei.

152 *I: Danke für das Gespräch.*

153 Patrick Voller: Sehr gerne.

B1. Interviewtranskript Peter Ulram

Gespräch mit Dr. Peter Ulram, GfK Austria, Leitung Politikforschung

vom 16.02.2010, GfK Austria, Wien

1 *I: Vor wenigen Tagen hatte ich mit dem Europareferenten der Freiheitlichen Partei ein Gespräch über die Formen und*
2 *Möglichkeiten zur transnationalen Kooperation mit anderen Parteien. Einerlei, ob auf formeller oder informeller Ebene. Er*
3 *hat mir dann einige Beispiele genannt oder auch über zukünftige Projekte geredet. Was ich mit Ihnen gerne besprochen hätte*
4 *betrifft den Umstand, dass die FPÖ seit etwa zehn Jahren verstärkte Tendenzen zeigt, sich auf europäischer Ebene um*
5 *Kooperationen zu bemühen. Von Anfang an war dies stets vor allem an die Person des Andreas Mölzer gebunden. Begonnen*
6 *hat dies meinem Wissen nach bei einem Treffen am Ulrichsberg anlässlich des vierjährigen Bestehens von "Zur Zeit".*
7 *Eingeladen wurden hier auch namhafte Vertreter europäischer Rechtsparteien - um eben erste Gespräche zu führen. Soweit*
8 *ich das nachvollziehen konnte, ging dies damals bis zu einem gewissen Grade gegen die aktuelle Parteilinie von Jörg Haider.*
9 *Die FPÖ hatte zur damaligen Zeit sieben Abgeordnete im EU-Parlament, welche sich dort aber kaum um Zusammenarbeit*
10 *bemüht haben, womöglich auch bedingt durch die damals aktuellen EU-Sanktionen gegenüber der schwarz-blauen*
11 *Regierung. Ich wollte Sie daher einleitend fragen, wie Sie dies damals wahrgenommen haben. Gab es hier einen*
12 *innerparteilichen Konflikt?*

13 Peter Ulram: Naja, ich kann das im Detail nicht mehr nachvollziehen, muss ich zugeben. Das ist ein bisschen lang her. Der
14 wesentliche Punkt ist hier im Prinzip immer - bevor wir dann zu den Gemeinsamkeiten kommen, die es auch gibt, die ich
15 aber vor allem in einer EU-distanzierten Haltung sehe - dass die Bewertung und die Wichtigkeit der EU stark mit der
16 innenpolitischen Bedürfnislage zusammenhängt. Als Beispiel dafür, dass transnationale Kooperationen auf innenpolitischer
17 Ebene keinen Stimmen bringen. Wenn, dann eher in einer marginalen Höhe und das ist mitunter sogar schon wieder
18 gefährlich. Im Vordergrund steht die eigene Linie. Sie haben schon das Problem der Sanktionen angesprochen: Haider war
19 darum bemüht - ich mein, das hing von seiner Tagesverfassung ab - teilweise einen seriöseren Anstrich zu bekommen und
20 nicht das Thema neu hochkochen zu lassen. Das Andere, und das ist eher ein innerparteilicher, ideologischer Konflikt der
21 FPÖ: Was heißt national? Haider hat an sich als Deutschnationaler begonnen, zumindestens bis zu dem Zeitpunkt, wo er
22 Parteiohmann zuerst in Kärnten und dann im Bund wurde. Er hat also die Stimmen der deutschnationalen Kader gebraucht.
23 Für die Wählerschaft ist das mit Ausnahme von Kärnten viel weniger relevant, weil es einfach nicht mehr genug
24 Deutschnationale gibt. Haider hat das irgendwann einmal erfasst und ist dann umgeschwenkt, was natürlich Probleme mit
25 den aufrechten Ideologen gebracht hat, zu welchen sicherlich auch deutsch-nationale Andreas Mölzer zählt. Haider war aus
26 meiner Sicht ein österreich-nationaler Chauvinist. Er hat einfach die deutsch-nationalen dahin und die österreich-nationalen
27 Chauvinisten dorthin gestellt [abwägende Gestikulation] - und dann hat er halt auf das größere zurückgegriffen. Persönlich
28 glaube ich, dass das in der Außenrezeption ein starkes Missverständnis gewesen ist, was den Haider betroffen hat. Und zum
29 Teil seiner Entourage, die er mitgenommen hat. Er war äußerst flexibel und pragmatisch in ideologischen Fragen. Wer gerade
30 der Außenfeind war, das hat somit stark gewechselt. Was sie auch von den Altkadern unterscheidet, daher die internen
31 Konflikte. Im Übrigen aber auch von vergleichbaren Parteien. Ein Beispiel war die Hochzeit vom Haider, da waren relativ
32 bekannte französische Rechtsextreme anwesend. Wir haben mit ihm geredet und er hat gemeint, auf die Front National
33 bezogen, dass diese Positionswechsel in der Front National nicht nachvollziehbar sind, weil die alten Kader noch Offiziere
34 im Algerienkrieg oder so gewesen waren. Das ist dort viel stärker geprägt und die können da nicht einfach den Außenfeind
35 wechseln. Das ist übrigens ein Kennzeichen, das die FPÖ ausmacht. Hans Christian Strache hat auch zuerst bei den Deutsch-
36 Nationalen angesetzt, hat das aber auch uminterpretiert. Es ging dann jetzt nicht mehr um die echten Österreicher oder echten
37 deutschen Österreicher oder gegen die Ausländer, sondern da wurde dann differenziert. Die bösen waren nun die Muslime.
38 Und daher sind die Serben auf einmal Bündnispartner geworden. Auch das ist für Strache erstaunlich. Jetzt kann man sagen,
39 das hat tiefere ideologische Wurzeln - das glaube ich nicht. Das ist einfach eine Veränderung des Feindbildes mit durchaus

40 wahltaktischen Überlegungen. Es kennzeichnet aber doch eine relativ starke Flexibilität. Zum Beispiel könnte auch die
41 Tochter von Le Pen nicht so leicht solche Schwenks mit vollziehen. Das bedeutet: was immer hier geschieht, es ist der
42 internen Interessenslage angepasst. Das heißt wiederum: die kann ident sein mit anderen, muss aber nicht. Das ist hier das
43 dominierende Prinzip in der Parteiführung. Es gibt natürlich Ausnahmen: Andreas Mölzer ist da natürlich ein überhaupt in
44 verschiedenster Hinsicht ein interessanter Fall.

45 *I: Der freiheitliche Europareferent hat mir ausführlich erklärt, dass es im Moment den Willen gibt, sich international, also*
46 *nicht nur auf Europaebene, mit anderen Parteien zusammensetzen. Jetzt nicht unbedingt auf einer formellen Ebene, aber*
47 *es gibt gewisse Plattformen, wo miteinander geredet wird. Es wurden hier zum Beispiel auch die US-Republikanische Partei*
48 *erwähnt, die Freiheitsfront von Südafrika, Schweizer Volkspartei, Dänische Volkspartei, Front National, die bulgarische*
49 *Ataka, und so weiter. Meine Frage wäre nun gewesen, wo Sie die Gemeinsamkeiten dieser Parteien sehen? Erwähnt wurden*
50 *immer wieder Punkte wie die Sicherheitspolitik, Außenpolitik - die Frage ist nur, inwieweit das wirklich die Basis für eine*
51 *langfristig funktionierende Zusammenarbeit sein kann.*

52 Peter Ulram: Also das erste, was man da immer noch dazu sagen muss: das sind ja ihrerseits äußerst unterschiedliche
53 Parteien. Und zwar auch nach Phasen verschieden. Es hat auch die FPÖ schon eine Reihe von Phasen gehabt, und sie wird
54 meiner Einschätzung nach auch in der Zukunft eine Reihe von Phasen haben. Das gleiche gilt auch für diese Parteien. Also
55 ich kann mir schon vorstellen, dass die FPÖ in der jetzigen Situation vergleichsweise viel Kontakte mit den Republikanern
56 pflegt, weil die im Moment also eher auf einen tendenziell fundamentalistischen Kern reduziert sind. Das wird sich
57 vermutlich wieder ändern, vermutlich spätestens dann, wenn auch sie wieder Regierungspartei werden. Und dann wird auch
58 das Interesse an intensiveren Kontakten mit der FPÖ wieder blitzartig nachlassen. Wie sich diese Parteien ja alle sehr
59 unterschiedlich entwickeln. Also ich kenne die italienische Politlandschaft recht gut. Die früheren Neofaschisten haben sich in
60 Wahrheit zu einer ziemlich seriösen konservativen Partei entwickelt - weit weniger populistisch als der Berlusconi. Die
61 werden - so bin ich persönlich überzeugt - mit der FPÖ eigentlich nichts zu tun haben wollen. Der Punkt ist, dass das
62 Spektrum von tatsächlich rechtsradikal über radikal populistisch bis halt zeitweise auf eher rechtere, bei den Republikanern
63 beispielsweise zuweilen religiös fundierte Positionen reichen kann. Und das kann aber auch in völlig andere Richtungen
64 gehen. Ich glaube daher, dass die Variationen im Prinzip weit größer sind als dies bei anderen sogenannten Parteienfamilien
65 der Fall ist. Das heißt, die europäischen Christdemokraten oder Sozialdemokraten ändern sich nicht so gravierend. Da gibt es
66 mitunter mal die eine oder andere Partei, die aus dem Schema rausfällt, aber das ist trotzdem einfach wesentlich stabiler. Das
67 ist es hier nicht und kann es glaube ich auch nicht sein. Wer weiß, in welche Richtung sich die Dänen entwickeln oder all
68 diese Dinge. Erfahrungsgemäß sind eigentlich die erfolgreicheren die, welche in dem Moment wo sie an die Regierung
69 kommen die Entscheidung fassen, sich bei den harten Oppositionswählern zu schaden, dafür aber mittelfristig zu gewinnen.
70 Manche Parteien vollziehen dies aber nicht mit. Und darum glaube ich nicht, dass das alles keine längerfristigen
71 Konzeptionen sind. Und damit im Zusammenhang stellt sich natürlich auch die Frage: Was haben sie eigentlich gemeinsam?
72 Jetzt kann man sagen, sie haben eine Law & Order-Politik. Sie sind vielfach unter Anführungszeichen "nationalistisch",
73 wobei die Frage ist, wo der Bezugspunkt liegt und welche internen oder externen Konsequenzen das hat. Bei den
74 Republikanern hat das externe Konsequenzen, aber eigentlich keine gegen Teilgruppen der Bevölkerung. Letzteres ist
75 wiederum in Europa der Fall. Da spielt das eine Rolle. Der Stellenwert von Religion ist überhaupt so ein Bereich: das geht
76 von massiv antiklerikal bei manchen Gruppierungen bis zu halt eher religiös-fundamentalistischen Positionen. Aber wenn die
77 Partei wieder in so ein Middle-of-the-way-Fahrwasser kommt, so wie die Republikaner, dann spielt das unter Umständen
78 eine nur sehr geringe Rolle. Die FPÖ müsste von der Tradition her antiklerikal sein - je nachdem, wer sich solcher Themen
79 angenommen hat und wer grad bei der FPÖ war, wie bspw. Ewald Stadler, dann ist auf einmal diese extreme religiöse
80 Konservatismus hineingekommen, der mit dem Rest der FPÖ überhaupt nichts zu tun hat. Im Moment ist der wieder weg,
81 aber auch die Geschichte davon, wer alles wohin gegangen ist, war beim Stadler- jetzt sitzt der auf einmal in einer
82 sogenannten rechts-liberalen Partei, was immer das heißt. Das nur als ein Beispiel - zum Teil hat das einen humoristischen
83 Hintergrund, aber nicht nur. Das bedeutet, es gibt einfach ideologische Versatzstücke, die manche haben, andere nicht, die

84 dann aber auch wieder verschwinden oder hervorkommen können. Außen- und Sicherheitspolitik ist im europäischen
85 Rahmen gerade noch vergleichbar, meistens ist sie EU-kritisch und bei manchen halt schon pro-NATO oder so. Wenn
86 überhaupt, kann ich mir vorstellen, dass sie einen Teil der Parteien in der EU irgendwie hinter sich versammeln können und
87 auf kulturelle Identität unter Anführungszeichen verweisen. Dass es halt eine Gemeinsamkeit gibt, wobei der Bezugspunkt
88 dann immer sehr stark variiert.

89 *I: Was hierzu in meinem Gespräch mit dem freiheitlichen Europareferenten gefallen ist, war der Begriff der*
90 *Schicksalsgemeinschaft.*

91 Peter Ulram: Ja, da geht meine Frage zurück: Was meint er damit? Es wird von verschiedenen Akteuren anders definiert.

92 *I: Es stellt sich die Frage ob dies kulturell gemeint ist, oder geografisch, oder-*

93 Peter Ulram: Die Definition ist offenbar eine unter Anführungszeichen kulturelle. Das war es aber nicht immer. Weil die rein
94 ethnisch definierte funktioniert nicht. Oder funktioniert eher nur in Randgebieten, vor allem in Osteuropa aufgrund der
95 Konflikte bspw. mit den Roma. Bei anderen Ländern ist das kein Thema. Das mit der kulturellen Definition funktioniert
96 sozusagen noch so halbwegs. Nur ist das für eine Gruppierung von Parteien natürlich zu wenig, um als Kitt zu wirken.

97 *I: Sie treffen sich dann beispielsweise bei der Meinung, dass ein EU-Beitritt der Türkei verhindert werden muss. Einig sind*
98 *sie sich bei ihrer EU-Kritik, vor allem gegen den europäischen Zentralismus. Betont wird also ein Europa der Vaterländer,*
99 *der Souveränität der Nationalstaaten, der Eigenverantwortlichkeit.*

100 Peter Ulram: Gut, das ist etwas, was sie zwangsläufig gemein haben müssen, jedenfalls so lange bis sie an einer Regierung
101 beteiligt sind. Dann ändert sich das mitunter wieder. Muss nicht, kann aber. Also ich glaube, dass das in der Bedeutung grob
102 überschätzt wird. Weil dort, wo das sehr konkrete Formen annimmt, etwa eine Fraktionsbildung im europäischen Parlament,
103 brechen dann sehr rasch Konflikte auf. Insofern haben die größeren Gruppierungen bei allen Differenzen, wenn man jetzt nur
104 auf den europäischen Rahmen beschränkt bleibt, auch ein machtpolitisch-strategisches Interesse - etwa was das europäische
105 Parlament betrifft. Und die haben damit auch ein gewisses Interesse an der Abstimmung. Das sind natürlich Klammern, die
106 sehr wichtig sind. Warum das bei den Rechten nicht gegeben ist, verweist halt wieder auf diese schwammig-variiierende
107 Geschichte.

108 *I: Was mir hierzu einfällt ist mitunter der Beschluss, die Anforderungen für eine Fraktionsbildung zu erhöhen. Von ehemals*
109 *20 Abgeordneten aus 5 Ländern auf nunmehr 25 Abgeordnete aus 7 Ländern. Womit ja vor allem die Idee verbunden war,*
110 *etwaigen Rechtsfraktionen den Zugang zum Parlament zu verwehren.*

111 Peter Ulram: Ja, gut, das mag es ihnen erschweren. Obwohl ich an sich von diesen Manövern im Regelfall relativ wenig
112 halte. Erstens einmal ist es ein prinzipielles Problem, wenn ich über die anderen entscheide - so unsympathisch mir die auch
113 immer sein mögen. Das zweite ist, dass ich dann blitzartig leicht angreifbar bin. Das Regeln der Spielregeln über die Köpfe
114 der anderen hinweg, weil's grad ins politische Kalkül passt, ist halt etwas, wo ich mich selber unglaubwürdig mache.

115 *I: Was für Auswirkungen hat beispielsweise der vor kurzem beschlossene Vertrag von Lissabon auf die nationale Autonomie*
116 *gehabt? Bspw. auf legislativer Ebene?*

117 Peter Ulram: Es hat zunächst einmal Auswirkungen auf das europäische Parlament. Da zeigen sich schon gewisse Tendenzen
118 mit einer Stärkung, obwohl das nie in unserem Sinn sein wird. Die Frage ist natürlich: Lasse ich mich als politische Kraft
119 darauf ein? Auch da ist erfahrungsgemäß wieder die Frage: pragmatisch ist es günstig, wenn ich dadurch sogar für solche
120 Gruppierungen wenn schon keine formelle so doch zumindest eine informelle Zusammenarbeit installiere. Auch wenn das
121 eigentlich unter Ablehnung des Vertrags geschieht. Das ist jetzt nicht nur ein Charakteristikum dieser Parteien. Die britischen

122 Konservativen tun sich im Moment auch leichter mit der skeptischen Haltung, solange sie in der Regierung sind.
123 Möglicherweise wird das dann doch etwas anders gesehen.

124 *I: Die UKIP hat bei der vergangene Wahl auch wieder massiv gewonnen. Zuletzt waren es rund 17 Prozent, wenn ich mich
125 recht erinnere.*

126 Peter Ulram: Ja aber da habe ich eine andere Wahlebene. Die Europawahlen sind natürlich im Verständnis der Leute, auch
127 wenn sie's nicht gerne hören, Second-Order-Elections. Das heißt, dort fällt es relativ leicht, jemanden einen Denkkzettel zu
128 verpassen, ohne sich sozusagen mit der gewählten Partei identifizieren zu müssen. Aber bis jetzt war das gerade auf
129 Europaebene vergleichsweise folgenlos. Daher war es in vielen Fällen so, dass das eher ein Abrechnungsvotum gegen die
130 jeweilige Nationalregierung war. Sehr oft hat man dann den stärksten Kritiker genommen, weil es quasi taxfrei war - es
131 konnte nicht viel passieren. Das mag sich natürlich bei einem stärkeren europäischen Parlament, wenn es so stimmt, ändern.
132 Dann ist halt die Frage, ob das einen gewissen Sog auf einen Teil dieser nationalistischen Autonomiegruppierungen ausübt
133 oder nicht. Und auch da glaube ich, das sind eher so Fragen, wo die internen, nationalen Strategien im Regelfall überwiegen.
134 Obwohl es bei den großen Parteien ein konsequentes Interesse gibt, das zu tun, ist es in den meisten Fällen auch dort so, dass
135 die zumindest auf Ebene der öffentlichen Selbstdarstellung nach wie vor die nationale Partei überwiegt. Wie das dann das
136 Abstimmungsverhalten bei konkreten Dingen sowohl das Europaparlament wie auch die Regierung betrifft, ist dann wieder
137 eine andere Geschichte. Aber trotzdem glaube ich, dass das auf absehbare Zeit der dominante Gesichtspunkt bleiben wird.
138 Und erst recht bei den Parteien, weil die noch leichter als andere in eine Zwickmühle zwischen dem, was sie im eigenen Land
139 sagen, und dem, was sie dann unter Umständen tun, geraten können. Und möglicherweise ist das eine diesbezüglich
140 unverträglichere Wählerschaft.

141 *I: Ja. Aber es könnte doch auch das Problem entstehen, dass es gewisse Sachlagen gibt, die sich auf nationaler Ebene nicht
142 mehr regeln lassen, sondern auf europäischer Ebene beantragt werden müssen. Und dazu benötigen die jeweiligen Akteure
143 Partner.*

144 Peter Ulram: Ja, also das wäre ein Incentive. Die Frage ist, wie wichtig schätzen die die supranationalen Institutionen ein -
145 das kann ich nicht beurteilen. Ich glaube aber nicht einmal, dass die FPÖ das selber weiß oder sich ernsthaft den Kopf
146 darüber zerbrochen hat. Das sind genau die Themen, die im Regelfall dann auftreten - wie gesagt bei gegebenen
147 Mehrheitsverhalten, weil im Europäischen Parlament ist es vergleichsweise irrelevant, was sie tun - das heißt, ich kann mir so
148 eine Art Fundamentalopposition erlauben. In dem Moment, wo ich national an Regierungen beteiligt bin, dann werden solche
149 Überlegungen relevant. Weil selbst wenn sie sich jetzt zusammenschließen würden, ist der politische Effekt begrenzt.

150 *I: Was für mich doch spürbar war, dass hier eine gewisse Aufbruchsstimmung da war. Da wird eine gewisse Sachlage
151 erkannt - die Rechten sind hier in der Entwicklung etwas weiter hinten als andere - und nun versuchen sie sich zu sammeln.
152 Im Moment gibt es da zwei größere Bewegungen. Zum einen gerade wieder eine Europafraktion der Rechten, wo die FPÖ
153 allerdings nicht dabei ist, welche nicht aufgenommen werden sollte: "Europa der Freiheit und Demokratien". Zum anderen,
154 was auch vor kurzem in den Medien behandelt wurde, das "Bündnis der europäischen nationalen Bewegungen". Wo eben
155 zum Beispiel Front National dabei ist, wo Jobbik dabei ist und - wie mir Wendelin Mölzer erzählt hat - die FPÖ gerade in
156 Verhandlungen steht. Die ja dann quasi ein offizielles Forum für alle Rechtsparteien in Europa sein soll, bereits jetzt mit
157 vielen Parteien in Kontakt oder auch in Verhandlungen stehen. Weiters dabei sind bereits die Dänische Volkspartei,
158 Schwedische Nationalpartei, UKIP und BNP - jedenfalls wird dies als Vorstufe einer Europapartei angesehen.*

159 Peter Ulram: Gut, also ich halte es für möglich - mit der Einschränkung, dass es aber dann bei den Akteuren Positionswechsel
160 geben mag. Die FPÖ unter Haider wäre so ein Beispiel gewesen. Mit einer etwas konsequenteren Linie, wenn sie das
161 durchgehalten hätten, dann hätten die durchaus in eine andere Richtung gehen können. Ich glaube auch nicht, dass mit
162 Ausnahme von kleinen extremen Splitterparteien - die sind halt nicht so ideologisch gefestigt, als dass eine Transformation
163 nicht möglich wäre. Also wenn eine Partei beschließt: "Es bringt mir national mehr - dann bin ich halt eine

164 rechtspopulistische Partei, aber so, dass ich auch in der Regierung sein kann", dann müsste sie konsequenterweise von dem
165 einen in das andere Bündnis wechseln. Und dann würde das wahrscheinlich auch keine Schwierigkeiten bringen. Insofern
166 glaube ich, dass es auch hier bei den Akteuren unterschiedliche Ausmaße von Flexibilität gibt. Daher können die stark
167 kontrahieren oder auch sich ausdehnen - je nach Bedarfslage.

168 *I: Also Andreas Mölzer war doch jemand, der sich in dem Moment, als er im Europaparlament angetreten war, relativ*
169 *schnell mit allen möglichen Parteien um Kooperationen bemüht hat.*

170 Peter Ulram: Ja, wenn ich das tatsächlich versuche, eine europapolitische Konzeption zu entwickeln, wird mir das Bündnis
171 mit der Jobbik nichts bringen. Ich sag das jetzt völlig wertfrei.

172 *I: Oder Verbindungen zur ProKöln oder ProNRW, welche ja eher kommunal verortet sind?*

173 Peter Ulram: Ja, das ist jetzt auch von mir relativ schwammig formuliert, aber ich glaube, das liegt zum Teil ein wenig am
174 Thema, weil eben die Bandbreite dieser Parteien eine sehr große ist. Und auch die Wählerschaft insistiert natürlich nach wie
175 vor halt die Dominanz des nationalen politischen Interesses.

176 *I: Was mir gegenüber genannt wurde, war, dass es eben diese 27 fraktionslosen Mandatäre im Europäischen Parlament gibt*
177 *und dass, basierend auf der Ausrichtung "eher konservativ", "eher national", "eher autonom orientiert" das Potenzial der*
178 *EU-Kritiker im Parlament bei etwa 100 Mandatären liegen würde.*

179 Peter Ulram: Das ist durchaus möglich, nur sind wir dann wieder beim Grundproblem: Wenn ich das möchte, dann muss ich
180 das relativ weich formulieren und habe dann auf jedenfalls Probleme mit den eigenen radikalen Rändern, weil damit werde
181 ich andere dazu nicht bekommen, die ich unter anderen Umständen vielleicht bekäme. Die britischen Konservativen werden,
182 was immer sie gerade von der FPÖ halten mögen, mit Ataka, Jobbik, usw. nichts zu tun haben wollen. Entweder beschränke
183 ich mich also auf einen sehr kleinen harten Kern - dann ist aber nichts mit den 100 Abgeordneten - oder ich muss wiederum
184 von mir radikale Ränder wegstreichen und mich dorthin bewegen. Also das mindeste, wenn sie mich fragen, wenn es
185 überhaupt Zusammenschlüsse oder Kooperationen welcher Art auch immer gibt - weil auch in Österreich stimmen FPÖ und
186 Grüne ab und zu gemeinsam, das sagt einmal gar nichts - wäre, dass es eher zwei Gruppierungen gibt, mit vielleicht
187 fließenden Grenzen.

188 *I: Wie bewerten Sie das gemeinsame Auftreten von hochrangigen Vertretern rechtsnationaler Parteien auf Veranstaltungen*
189 *wie dem WKR-Ball? Oder es gibt auch ein weiteres jährlich stattfindendes Treffen derselben Vertreter, auch organisiert von*
190 *der FPÖ, wo es gezielt darum geht, sich auszutauschen und zu koordinieren.*

191 Peter Ulram: Also das eine halte ich mal für ein deutliches Signal zu den Altkadern nach innen. Die sind immer dann
192 besonders wichtig, wenn die Partei wahlpolitische Probleme hat. Weil die bieten einen verlässlichen Kern, an dem sich fast
193 nichts ändert. Das ist zugegebenermaßen bei den anderen Parteien auch so ähnlich: Je schwächer die Partei im Moment ist,
194 umso stärker wird der Kern auch wenn er schrumpft bedient. Expandiert die Partei wieder, wird das eher weggestellt, weil
195 das das Erreichen neuer Wählerschaften stört. Und nach der Abspaltung des BZÖ von der FPÖ waren das eben genau diese
196 Kader, die zu einem Gutteil beim Strache gestanden sind. Ich mein, der Strache ist einerseits von diesen Altkadern gewählt
197 worden, andererseits von einem Haufen Regionalpolitiker und Abgeordneten, die den Untergang vor Augen hatten. So
198 ähnlich war das beim Antritt vom Haider übrigens auch. Das war eine durchaus ähnliche Konstellation. Damals ist die FPÖ
199 in der Regierung mit der SPÖ fast zugrunde gegangen, die Nationalen haben vom Steger ohnehin nie etwas gehalten und
200 dann gab es noch eine Menge Abgeordnete auf den diversen Ebenen, die gesagt haben "das ist uns völlig wurscht, wir gehen
201 alle unter" - das ist hier mit der Spaltung auch wieder passiert, als jede Menge Funktionäre gesagt haben "Naja, wo habe ich
202 mehr Chancen?" Der Strache hat bei der Trennung vom BZÖ davon profitiert, dass der Haider nie auf die Idee gekommen ist
203 - was sehr interessant ist - die Organisation zu pflegen, mit Ausnahme von Kärnten. Die Organisation war ihm in Wahrheit

204 egal. Dort sind aber die Alten gesessen überwiegend. Das ist einmal der eine Fixpunkt, wobei sich auch da die ideologische
205 Zusammensetzung ändern mag. Also ich glaub, dass die ganzen Burschenschafter - so unerfreulich das ist - in Wirklichkeit
206 irrelevant sind. Das ist also ein Traditionsverein, der zum Teil - aber nur zum Teil - auch von den Gegnern am Leben erhalten
207 wird. Also mitunter habe ich den Eindruck, die Aula von genauso vielen überzeugten Gegnern wie Anhängern gelesen. Und
208 es gibt da jede Menge wissenschaftliche Arbeiten über die Aula, die auch bald die Leserschaft der Aula übertreffen. Das ist
209 natürlich ein Spiel. Schließlich habe ich da einen wunderbaren Außenfeind - ohne die auf die gleiche moralische Ebene
210 stellen zu wollen - aber ich halte das in der Tat für überbewertet. Nichts war so schlimm für die Burschenschafter und den
211 Herrn Parlamentspräsidenten (Martin Graf, Anm.), wenn das Ereignis überhaupt ignoriert worden wäre. Okay, dann machen
212 sie's halt in der Hofburg. Ein bisschen hängt das auch mit der österreichischen Geschichte aus der NS-Periode zusammen.
213 Und damit halte ich das aber auch einfach für hysterisch überzogen. Also wenn eine extrem rechte Gruppierung im Waldorf
214 Astoria, New York, eine riesen Party macht, und sogar die Frau Palin dort auftritt, werden die sagen "Ja, na gut, sollen sie".
215 Die haben da auch zugegebenermaßen ohne die historische Belastung auch eine etwas andere Einstellung dazu.

216 *I: Also es ging auch darum, dass beim WKR-Ball mitunter der Markus Beisicht oder Filip de Winter anwesend waren und die*
217 *eben schon erwiesenermaßen Partner sind und auch bereits für dieses neu entstehende Bündnis geworben haben, bei*
218 *welchem die FPÖ ja gerade in Verhandlungen steht.*

219 Peter Ulram: Das ist, glaube ich, von diesen Ereignissen weitgehend unabhängig, ob das funktionieren würde oder nicht.
220 Meine wenn Sie so wollen etwas gelassene Haltung hängt sicher auch mit meinem Alter zusammen. Nicht, weil ich an sich
221 älter geworden bin. Sondern weil ich zu einem Zeitpunkt auf der Uni studiert habe, wo die farbentragenden
222 deutschnationalen Studenten eine politisch und zahlenmäßig tatsächlich noch relevante Gruppierung waren. Das ist es heute
223 einfach nicht mehr. Deswegen sag ich: Beeindruckt mich nicht. Das ist - etwas zynisch formuliert - eine Folklore, die
224 zahlenmäßig aus biologischen Gründen immer weniger wird. Daher teile ich auch dieses wütende Ding nicht, früher hätte das
225 noch einen nicht ganz so irrelevanten Teil der Bevölkerung betroffen. Und der Großteil der Leute, welche die FPÖ
226 inzwischen wählen, die haben damit überhaupt nichts zu tun. Das sind primär Angehörige der unteren Bildungsschicht, daher
227 der starke Arbeiteranteil. Das sind - was immer jetzt das SORA veröffentlicht - überdurchschnittlich junge - da sind sie die
228 stärkste Partei. Nur die haben mit dem auch nichts zu tun. Die Leute, die da dem Strache an irgendwelchen Märkten zujubeln,
229 ob Männlein oder Weiblein, können mit Wix und Schmiss überhaupt nichts anfangen. Für die ist das irgendwo im
230 ausgehenden Mittelalter. Die Probleme liegen woanders. Und die aufgrund des sogenannten Ausländeranteils im
231 Gemeindebau verängstigten Pensionisten haben mit dem auch nichts zu tun. Das ist denen auch egal. Im Gegenteil, wenn sie
232 noch irgendwo ideologische Restlücken haben, dann waren sie irgendwann einmal dagegen.

233 *I: Es rückt in den Hintergrund.*

234 Peter Ulram: Es rückt in den Hintergrund. Was nicht bedeutet, dass die Burschenschafts-Netzwerke nicht immer noch
235 Bedeutung haben. Bei Postenbesetzungen und so weiter - wie gesagt bei der letzten Nationalratswahl, wo dann plötzlich
236 relativ viele Leute ins Parlament geschwemmt wurden, was ja aufgrund ihrer Ausrichtung klar ist, weil sie in den etablierten
237 Institutionen zu wenig Personal hatten, auf das sie zurückgreifen können - gerade bei der schwarz-blauen Regierung wurde
238 das deutlich. Die SPÖ oder ÖVP - das sind die Ministerialbeamten, die sie eh schon immer haben, oder sie kommen aus den
239 Kammern oder von der IV oder den Gewerkschaften oder was auch immer. Das hat dann zum Teil dazu geführt, dass ein
240 Haufen der FPÖ-Mitarbeiter in Wirklichkeit von der ÖVP gestellt wurde, die dann natürlich auch geschaut haben, dass die
241 inhaltlich - locker formuliert - so wenig Blödsinn wie möglich treiben. Was sich dann mitunter auch in der inhaltlichen
242 Politik gezeigt hat. Andererseits heißt das aber auch, dass sie - wenn so wie letztes Mal deutlich dazu bekommen - zum Teil
243 auf Personen zurückgreifen, die gerade aus dem Milieu kommen und dadurch besonders stark auffallen. Sie haben zwar jetzt
244 innerhalb dieser Burschenschaften dieses Elitedenken, nur sie werden von der großen Mehrheit dessen, was jetzt die Elite ist,
245 scheel angesehen. Daher kriegen sie dort nicht das notwendige Personal und das ist aber ein echtes Problem. Nichts ist so
246 einfach, wie im Parlament im täglichen Wettkampf mit den diversen Bürokratien unterzugehen. Und in dem Moment wo es

247 nicht nur um Verbalopposition, sondern um Interessensaushandlung geht, ist das natürlich mörderisch. Also nach wie vor
248 gehe ich irgendwie von dieser traditionellen Haltung aus, dass Politik auch ein materielles Substrat hat.

249 *I: Aber stellt sich dann nicht zusammenfassend auch die Frage, welchen Vorteil die freiheitliche Partei tatsächlich aus einer*
250 *europaweiten Kooperation hat?*

251 Peter Ulram: Ich persönlich sehe momentan keinen Vorteil,

252 *I: Wieso tun die sich das dann an?*

253 Peter Ulram: Also ich glaube, dass ist zum Teil stark persönlichkeitsgebunden. Und dann gibt es diverse Mechanismen,
254 die so etwas fördern. Erstens bietet die europäische Ebene inzwischen Auftrittsmöglichkeiten, die ich sonst nicht bekomme.
255 Das ist nicht uninteressant. Für einzelne Personen, aber auch auf einem höheren Niveau. Das zweite ist - und das soll man
256 generell nicht unterschätzen - es gibt sicherlich persönliche Bekanntschaften und Beziehungen, die da irgendwie geflochten
257 werden. Und drittens - so banal das klingt - das ist nicht so unfesch. Mit dem Flieger da irgendwo hinzufahren, bei
258 irgendeiner angenehmen Veranstaltung. Es müssen nicht nur die alten Kameraden bei einem Bier sein, sondern auch etwas
259 anderes. Plus, wie gesagt, der medialen Aufmerksamkeit. Da kann man sagen, das ist weniger das materielle Substrat, weil so
260 wichtig sind die Flugtickets und das Hotel auch nicht. Andererseits ist Politik zu einem Gutteil zu Showpolitik geworden.
261 Und nicht sichtbare Politiker- sind chancenlos. Da gibt's einen gewissen Druck. Alles was die Sichtbarkeit erhöht, ist für den
262 einzelnen Abgeordneten eine gute Möglichkeit. Und geradezu eine Überlebensnotwendigkeit. Auch im internen
263 Konkurrenzprozess.

264 *I: Hier wäre wohl auch die inhaltliche Kooperation mit der SVP zu nennen, wo die FPÖ ja scheinbar regelmäßig deren*
265 *Wahlkampagnen übernimmt.*

266 Peter Ulram: Ja, das ist etwas, was ihnen dann schon hilft. Eine solche Form der Kooperation kann auch unmittelbar
267 interessensgeleitet sein. Nur da brauch ich auch irgendwie vergleichbare Parteien. Ich brauche vergleichbare Problemlagen.
268 So dass ich einen erfolgreichen Informations-, Handlungs- und sonstigen Transfer durchführen kann. Und das kann ich aber
269 nicht mit Ungarn und Bulgarien machen - aber mit der Schweiz durchaus.

270 *I: Wobei es dann aber bezeichnend ist, dass sie es durchaus auch mit anderen versuchen. Aus meinem Gespräch kam heraus,*
271 *dass sie im Moment vor allem um Kontakte in Osteuropa bemüht sind. Bulgarien, Ungarn, Georgien. Rumänien nach der*
272 *Auflösung der ITS nicht mehr ganz so. Bei Jobbik muss man noch abwarten, das ist ihnen klar, aber sie reden miteinander*
273 *und etablieren einen gewissen Personenaustausch.*

274 Peter Ulram: Also um das auf einen Punkt zu bringen: so regionale Kooperationen ähnlicher Parteien bei ähnlichen
275 Problemlagen halte ich für eine mittelfristige Möglichkeit. Das andere kann maximal sektoral sein. Weil es wie gesagt so ist,
276 dass sie sich gegenseitig recht wenig zu bieten haben. Also die Kosten/Nutzen-Rechnung geht schlecht aus; und im
277 Zweifelsfall schadet es. Es bringt nichts unmittelbares, kann aber durchaus schaden. Und vielleicht nicht in der unmittelbaren
278 Situation, aber auf die Dauer halt schon ein bisschen. Jetzt abgesehen davon - und da sind wir dann wieder beim
279 Anfangspunkt - was ist die jeweilige Bezugsgruppe? Wenn ich unter Umständen ein Problem einhandle - jetzt nicht, weil die
280 eigene Wählerschaft so entsetzt dran ist, dass ich mit den Bösen kooperiere - aber vielleicht vertreten die Bösen grad dort
281 eine Gruppe, die die eigene Wählerschaft im eigenen Land auch nicht mag. Irgendwo hat sich der Strache halt entscheiden
282 müssen, und hat sich dann halt die Serben genommen. Er hätte es ja auch mit den Kroaten versuchen können. Und ich glaub
283 nicht, dass der also die Geschichte von irgendwas und ob die eh auch katholisch sind oder nicht- Also ich hab da meinen
284 schweren Zweifel. Ich kann mich nur in dem Moment wo ich das tue - gerade in einem Feld wie Osteuropa, wo ich natürlich
285 noch ein viel größeres Mosaik an nationalistischen Gruppen zwangsläufig habe, umso höher besteht die Gefahr, dass ich mir
286 eben andere Probleme einhandle. Eben mit potenziellen Elektoraten.

287 *I: Aber zum Beispiel am Vlaams Belang halten sie ja eisern fest. Die sind sicherlich einer der medial umstrittensten Partner,*
288 *und das seit 2001.*

289 Peter Ulram: Na da tun sie sich relativ am einfachsten. Da habe ich wiederum alles in allem ein Land mit einem ähnlichen
290 Niveau-

291 *I: Wobei der Vlaams Belang ja eine separatistische Bewegung ist.*

292 Peter Ulram: Ja, aber abgesehen von bestimmten Traditionsbeständen gerate ich in Österreich mit niemand in einen
293 potenziellen Konflikt, wo es also um Wählergruppen geht.

294 *I: Das heißt, auf regionaler Ebene sehen Sie mittelfristig schon eine Möglichkeit, dass das funktionieren könnte. Auf*
295 *sektoraler Ebene sehen Sie dies eher nicht.*

296 Peter Ulram: Auf Europaebene ist die entscheidende Frage jene nach den nationalen Interessen. Will ich eine möglichst breite
297 Gruppe haben, dann muss ich aber Teile von diesen Interessen wegschieben. Das geht nicht. Oder ich bleibe bei der kleinen
298 fundamentalistischen Gruppe - dann ist das politisch in Wahrheit irrelevant. Dann sammle ich halt irgendwo meine fünf sechs
299 Prozent der Abgeordneten hinter mir. Nachdem es immer noch genügend andere Gruppierungen gibt, die wenn sie sich
300 zusammenschließen auf bis zu 50, 60 oder 70 Prozent kommen, ist das ein vernachlässigbarer Faktor.

301 *I: Europa sehen Sie demnach eher in der Hand der Sozialdemokraten, Christdemokraten, Konservativen und Liberalen. Für*
302 *die Rechtsparteien wäre hier jetzt in dem Sinne kein Platz.*

303 Peter Ulram: Daran glaube ich nicht. Die maximale Chance, die sich da ergeben kann, läge in einer dramatischen
304 Entwicklung, dass das Projekt notwendig wird. Obwohl nein- weniger dass es notwendig wird. Dann stellt sich auch das
305 Problem: Will ich weiter? Bin ich pragmatischer und stärker? Oder bin ich fundamentalistisch und werde bedeutungslos? Das
306 wird sich verstärkt mit der zunehmenden Bedeutung der europäischen Gemeinschaft stellen. Etwas anderes ist, wenn das
307 Einigungsprojekt schwere Probleme ergibt. Ich glaube das zwar nicht, aber ausschließen kann man es auch nicht. Dann mag
308 das natürlich schon eine kritische Masse erreichen - die zwar immer noch nicht einheitlich ist, weil sie ja eigentlich nur durch
309 ein Negativum verbunden ist - aber diese Spirale weiter nach unten vorantreiben kann. Weil dann wird das vielleicht auch für
310 andere politische Akteure interessant.

311 *I: Abschließend heißt das: wo sehen Sie daher die Vorteile der Bündnisse der Sozialdemokraten, Christdemokraten, usw. im*
312 *Vergleich zu den Rechtsdemokraten? Wieso funktioniert das bei denen und bei den anderen nicht?*

313 Peter Ulram: Erstens ist die Bandbreite enger. Wie gesagt, es gibt eine größere Menge gemeinsamer Interessen. Und dann
314 gibt es einzelne, die da das eine oder andere Mal herausfallen. Während bei der Rechten die gemeinsamen Interessen viel
315 geringer sind und die Bandbreite damit viel größer. Und es geht nicht um ein oder zwei, die mal aus der Reihe tanzen,
316 sondern mitunter fällt manchmal die Mehrheit bei einzelnen Sachen. Also das ist nicht ganz vergleichbar. Und damit ist auch
317 Impetus einer pragmatischen Zusammenarbeit für die Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberalen größer, weil sie
318 auch unmittelbar davon mehr lukrieren können; auch machtpolitisch. Und das ist erkennbar. Also wenn die Sozialdemokraten
319 und die Christdemokraten und/oder die Liberalen - wo sie sich halt grad positionieren - ihre Leute in die Kommission bringen
320 wollen, dann müssen sie kooperieren, sie haben aber auch einen unmittelbaren Vorteil. Was immer die Rechte unter den
321 jetzigen Machtverhältnissen tut - das wird die Zusammensetzung der Kommission also überhaupt nicht beeinflussen. Und das
322 betrifft damit auch politische Linien oder auch Mittelverteilungen - die ja bei manchen Sachen nicht so uninteressant sind.
323 Und auch die Platzierung von Leuten, was oft wichtiger ist also die einzelnen Kommissare, im Beamtenapparat. Und da
324 brauche ich auch meine Ansprech- und Bündnispartner. Und das geht dort natürlich leichter. Also ich würde sagen, bei der
325 Rechten ist das viel mehr nur symbolische Politik, bei den anderen ist das eine durchaus auch substanzielle Politik.

326 *I: Vielen Dank für das Gespräch.*

327 Peter Ulram: Danke.

B2. Interviewtranskript Sonja Puntscher-Riekmann

Gespräch mit Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntscher-Riekmann, Professorin für Politische Theorie an der Universität Salzburg, Vizerektorin für Internationale Beziehungen und Kommunikation

vom 10.04.2010, Universität Wien

1 *I: Im Rahmen meiner Masterarbeit gehe ich der Frage nach, welche Möglichkeiten sich für eine national orientierte Partei*
2 *wie der FPÖ hinsichtlich der grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit anderen Parteien ergeben. In den vergangenen*
3 *Jahren gab es ja seitens der rechtsdemokratischen Parteien immer wieder Initiativen zur Bildung von Bündnissen auf*
4 *europäischer Ebene. Welche Bewegungen, welche Dynamiken können hierfür verantwortlich gemacht werden?*

5 Sonja Puntscher-Riekmann: Was die Aktivitäten betrifft, so muss ich Ihnen jetzt ein Stück weit vertrauen, dass das auch der
6 Fall ist, denn im Detail habe ich mich hiermit nicht befasst. Was ich Ihnen geben kann ist eine Einschätzung möglicher
7 Erklärungsvarianten. Das eine ist zunächst einmal wahrscheinlich eine ganz pragmatische Haltung: "Jetzt sind wir dabei"; die
8 Austrittsoption oder Bewegungen für einen Austritt ins Auge zu fassen ist eher rhetorischer Natur aber sicherlich keine
9 wirkliche Option. Also da bedürfte es ganz anderer Dynamiken, damit man das überhaupt ins Auge fassen kann. Dazu
10 kommt ja auch, dass - wie Sie ja wissen - dieser Schwenk der FPÖ in den späten 1980er, frühen 1990er Jahren hin zu einer
11 EU-kritischen Position auch ein stark populistisches Moment hatte. Denn bis dahin war die FPÖ immer eine Pro-Europa-
12 Partei. Man hat sozusagen irgendwie gespürt, und Jörg Haider wahrscheinlich ganz besonders, hier könnte es ein kritisches
13 Potenzial geben, also mobilisieren wir das als unser WählerPotenzial. Diese pragmatische Haltung ist also mal das eine: Wir
14 sind jetzt dabei, wir werden dabei bleiben, also macht es keinen Sinn, sich darin nicht auch zu positionieren und zu
15 mobilisieren. Das zweite, und wahrscheinlich daraus kongruent Abzuleitende ist dann natürlich die Frage: Aber was heißt das
16 jetzt konkret? Mit wem alliiieren wir? Es ist auf Dauer auch unbefriedigend, zum Beispiel im Europäischen Parlament keiner
17 Fraktion anzugehören. Das schmälert ja auch den Aktionsradius. Also ist es besser, wir schließen uns zusammen und haben
18 damit auch die Grundlagen geschaffen, aus denen sich ein Potenzial lukrieren lässt und das man auch wahltaktisch umsetzen
19 kann. Und daher ist das Mitarbeiten auch das Gerechwerden einer Rolle die sie ja auch im nationalen Kontext immer wieder
20 beanspruchen, nämlich die des Kontrolleurs gegenüber den Mächtigen. Also diese seltsame Spaltung in der Haltung: Wir
21 sind nicht mächtig, sondern die anderen, und müssen sie daher kontrollieren. Und das sie das jetzt einfach auf europäischer
22 Ebene fortsetzen. Dazu kommt, dass wir natürlich in sehr vielen europäischen Staaten mit rechten oder gar rechtsradikalen
23 Entwicklungen konfrontiert sind. Der Kollege Kitschelt, ein deutscher Politologe, der in den USA sitzt und in den 1990er
24 Jahren ein Buch geschrieben hat über "The Radical Right in Western Europe". Er hat eine ganze Reihe von Bewegungen
25 dieser Art analysiert und das ist jetzt wahrscheinlich nicht am neuesten Stand aber für Sie womöglich als Hintergrundlektüre
26 interessant. Er versucht eben zu erklären, mit welchen nationalen Unterschieden diese Bewegungen, dann oft Parteien,
27 entstanden sind oder sich aus älteren Parteien neu entwickelt haben, so wie die Alleanza Nazionale in Italien oder aber auch
28 der Vlaams Blok. Das heißt, die Vorstellung, sich auf europäischer Ebene auch zu koordinieren, um die eigene Schlagkraft zu
29 erhöhen, liegt auf der Hand, würde ich einmal sagen. Dass sie sich dann durch ihren Nationalismus auch immer schwer tun,
30 eine solche Plattform auch tatsächlich zu konstruieren, ist, wenn man will, die ironische Seite der Geschichte. Was sie nun
31 konkret tun, müsste man im Einzelnen analysieren. Wie weit diese Initiativen tragen oder nicht tragen, wie ausschlaggebend
32 sie, wenn wir jetzt das europäische Parlament hernehmen, in der konkreten politischen Arbeit sind, auf welche Seite der
33 beiden großen Parteienfamilien sie sich schlagen, wenn es um konkrete Gesetzesvorhaben geht.

34 *I: Die mächtigste Form der Zusammenarbeit besteht im Moment in der Bildung einer eigenen Fraktion im Europaparlament,*
35 *wie sie für die Rechtsparteien zuletzt mit der ITS, deren Gründung mitunter auf die Bemühungen von Andreas Mölzer*
36 *zurückgeht, bestanden hat. An welcher damals auch der Front National oder die Lega Nord beteiligt waren. Diese Fraktion*
37 *ist damals nach rund zehn Monaten infolge innerer Spannungen wieder zerbrochen. Ein großes Problem ist einfach - Herr*

38 *Dr. Ulram hat dies auch ausgeführt - dass die thematischen Gemeinsamkeiten, zum Beispiel im Bereich der Sicherheits- und*
39 *Außenpolitik oder der Migration, zu wenig sind, um erfolgreich eine gemeinsame Politik zu betreiben. Jetzt wurde vor*
40 *wenigen Wochen darüber berichtet, dass die FPÖ auch mit der georgischen Nationalpartei ein Bündnis geschlossen hat, vor*
41 *kurzem gab es auch Meldungen über eine Kooperation mit der ungarischen Jobbik, welche wiederum zusammen mit der*
42 *Front National ein Bündnis der europäischen nationalen Bewegungen gegründet hat. Man sieht einfach, hier ist etwas in*
43 *Bewegung. Inwieweit steht dies in Verbindung mit einer zunehmenden europäischen Integration?*

44 Sonja Puntischer-Riekmann: Das wäre sozusagen durchaus konsistent mit dem, was ich eingangs gesagt habe. Je mehr sich
45 dieses Europa integriert ist dieser ganze Bereich der Innen- und Justizpolitik und damit der Sicherheitsfrage natürlich ein
46 logisches Operationsfeld für die Rechten. Das führt dazu, dass man auch nicht sinnvoll Politik machen kann, wenn man sich
47 ausschließlich auf der nationalen Ebene aufhält und sozusagen nur diesen innerstaatlichen Kontext berücksichtigt. Was ich,
48 wenn Sie mir erlauben, noch einen ganz kurzen Schritt zurückzugehen, noch anmerken wollte, ist, man müsste
49 wahrscheinlich auch untersuchen, was Regierungsbeteiligungen bewirken. Eben auch für die FPÖ, welche dann in der
50 Regierung war und als solche Minister stellte und damit auf europäischer Ebene im Rat agieren musste. Das verändert
51 vermutlich ein Stück weit auch die Perspektive. Ich kann als Ministerin nicht nach Brüssel gehen und sagen: "Ich will mit
52 euch allen nichts zu tun haben." Da gibt es dann auch so eine Pfadabhängigkeit des Handelns, das institutionell bedingt ist.
53 Was ich noch zur Alleanza Nazionale sagen muss, man müsste dort dann auch schauen, weil das ja ein ganz besonderer Fall
54 ist. Das Aufgehen in die Popolo della Libertá durch die Fusion mit der Forza Italia verändert ja auch wiederum deren Haltung
55 gegenüber Europa. Und gerade mit den Ambitionen von Fini, irgendwann Berlusconi zu beerben, sind wir dort in einer
56 anderen Dimension. Das ist für den Front National oder den Vlaams Belang unter Umständen anders. Die stärkere
57 Institutionalisierung der Parteien auch durch Regierungsbeteiligungen im nationalen Kontext verändert vermutlich das
58 Verhalten. Also das würde ich als Variable im Hinterkopf behalten. Was sie dann mit der Frage "Wo finden wir uns
59 thematisch, wo finden wir uns nicht?" sind Zerreißproben, die Sie im Übrigen nicht nur bei den extremen Rechten haben,
60 sondern in Wahrheit überall. Nicht alle Sozialdemokraten verfolgen dieselben Ziele, schon gar nicht alle Konservativen.
61 Denken Sie nur an die britischen Tories. Also das sind schon Dimensionen, wo Europa sozusagen erst seine Wirkung
62 entfalten muss. Und das wird mit dem Vertrag von Lissabon sicherlich verstärkt werden. Das wäre also meine
63 Arbeitshypothese. In fünf Jahren wird man mehr sehen, als es heute der Fall ist, aber insofern werden alle Parteien gewisse
64 Annäherungen vornehmen müssen, in dem Augenblick, wo die Frage der Wahlergebnisse für das Europäische Parlament
65 auch auf die Zusammensetzung der anderen Institutionen Auswirkungen haben. Das heißt: die Wahl des
66 Kommissionspräsidenten, der irgendwie die Mehrheiten im Parlament spiegeln muss, damit einhergehend die Wahl des
67 europäischen Ratspräsidenten, et cetera. Und da wird auch eine FPÖ oder werden auch andere rechte Parteien dieser Art
68 einfach als Antwortreflex versuchen, sich auf einer europäischen Ebene zu konsolidieren.

69 *I: Wo sehen Sie im Rahmen dieser subjektiven Europäisierung, dieses europäischen Integrationsprozesses, auch im*
70 *regionalen Bereich, den Handlungsspielraum der FPÖ. Was kann sie hier noch bewirken?*

71 Sonja Puntischer-Riekmann: Solange nationale Wahlen nach wie vor die First-Order-Elections bleiben - von den Wahlen zum
72 Europaparlament spricht man ja von Second-Order-Elections - würde ich sagen, dass vor allem auch soziale Krisen, soziale
73 Verwerfungen wie wir sie erleben, auf jeden Fall ein Zulaufpotenzial für rechte Parteien bewirken. Dass Zuwanderung - ein
74 klassisches Thema - ja nicht aufhören wird, sondern, wie ich annehme, verstärken wird, ebenfalls die Themen am
75 Silbertablett serviert. Bis hin zur letzten Wahl, wo Strache die Frage nach der Errettung des Abendlandes zum
76 Wahlkampfthema gemacht hat. Da gibt es also einiges, was man auf dieser Mobilisierungsebene thematisieren kann und das
77 bleibt unangetastet, auch im nationalen Kontext. Dann kommt dazu, dass sie in nahezu allen Staaten, vielleicht mit
78 Ausnahme von Deutschland, klassische konservative Parteien, aber auch sozialdemokratische Parteien diese Ausländerfrage
79 natürlich für sich entdeckt haben, auch mit relativ radikalen Lösungen. Insofern sehen sie eine Osmose zwischen den -
80 mittlerweile nicht mehr ganz so großen - Großparteien und den Rechten. Das sind dann natürlich auch Erfolge, die diese für

81 sich buchen können. Und dann bleiben bestimmte regionale Besonderheiten aufrecht. Denken Sie an die Wahlsiege der Lega
82 Nord bei der letzten Regionalwahl, wo es um einen Nord-Süd-Konflikt geht, den wir jetzt so in Österreich nicht haben
83 können, weil wir natürlich viel zu klein sind.

84 *I: Ich hätte im Moment an Kärnten gedacht.*

85 Sonja Puntischer-Riekmann: Natürlich, Kärnten ist auch wieder ein Spezialfall, der nicht ganz so einfach zu erklären ist.
86 Jedenfalls, dieser Grenzland-Mythos, den sie dort mit Leidenschaft pflegen, das lässt sich alles noch eine Weile kochen, sage
87 ich mal. Wie weit das trägt, werden wir in der Zukunft sehen. Aber bewirken können sie einiges. Und die Frage der
88 Abschottung Europas gegenüber der Außenwelt und der Angst vor Einwanderung bzw. das Nicht-Begreifen, dass wir längst
89 ein Einwanderungskontinent sind, ist Wasser auf die Mühlen der Rechten.

90 *I: Auch die britische UKIP, welche eine eher radikale Europapolitik betreibt, nämlich: "Einfach raus." ist mit ein paar
91 Mandatare im Europaparlament vertreten. Alleine sind sie zu schwach, um ihre Vorstellungen wirksam vertreten zu können,
92 also kooperieren sie mit anderen Parteien. Inwieweit wird dadurch trotz dieses kritischen Inputs das System Europa
93 womöglich sogar gestärkt?*

94 Sonja Puntischer-Riekmann: Zum einen entstehen natürlich Stärkungen durch die Opposition der anderen. Das sind sozusagen
95 die Kräfte, die, wenn sie losgelassen werden, zerstörerisch auf ein Werk wirken würden, das sechzig Jahre Aufbau hinter sich
96 hat. Also ich glaube nicht, dass die Konservativen oder Sozialdemokraten das gefährden wollen. Also insofern kommt hier
97 einfach ganz klassischer Widerstand dagegen. Auf der anderen Seite zeigen diese Parteien natürlich schon auch gewisse
98 Defizite der Union auf. Das berühmte Schlagwort des Demokratiedefizits ist ja auch nicht von der Hand zu weisen. Und
99 insofern sind manche Antworten auch der Grund der Demokratie - und das ist mit der Verfassung und dann mit Lissabon
100 passiert - sind Antworten auf diese Politik. Die Europhobie, die hier propagiert wird, muss Antworten zeitigen, weil die
101 Geschichte ansonsten wirklich in Gefahr käme. Also könnte man sagen, dass das ein positiver Integrationseffekt ist, mit dem
102 die Demokratie auf europäischer Ebene gestärkt wird. Das zweite ist ja, wenn Sie so wollen, eine paradoxe Entwicklung.
103 Dass diese Parteien sich überhaupt ins Europäische Parlament begeben. Man könnte ja auch sagen, dass ich, wenn ich mit
104 dem nichts zu tun haben will, auch nicht kandidieren werde. Jetzt ist es nun so, was die UKIP betrifft, muss man immer auch
105 das britische Wahlrecht im Auge haben, das mit seiner starken mehrheitsfördernden Dynamik solche Parteien auf nationaler
106 Ebene nicht hochkommen lassen würde. Aber auf europäischer Ebene sehr wohl, da die Briten für diese Wahl ein
107 proportionales Wahlrecht etabliert haben. Also würde ich sagen, dass institutionelle Rahmenbedingungen auch diese Parteien
108 überhaupt erst hochkommen lassen, etwa in einem Staat wie England. Das trifft natürlich auf die anderen weniger zu. Aber
109 wenn Sie an jemanden denken wie Jens-Peter Bonde, den dänischen Europakritiker, der auch der Rechten zuzuordnen ist, der
110 versteht sich selbst als starker Europakritiker, aber als einer, der aus den Institutionen heraus eine demokratisierende
111 Dynamik auslösen möchte. Also die Dinge sind widersprüchlicher oder schillernder als einfach nur schwarz oder weiß. Dann
112 kommt es ja noch darauf an, was für ein WählerPotenzial die haben. Wo vermutlich in Dänemark die Demokratiefrage eine
113 ist, die auch Wählerstimmen bringt und daher jemanden wie Jens-Peter Bonde ins Parlament bringt. Auch die UKIP muss
114 schauen - ich unterstelle jetzt natürlich großen Zynismus, der als Unterstellung wahrscheinlich übertrieben ist - was Themen
115 sind, die auf der Straße liegen. Und dazu gehörte ganz sicher das Thema Anti-Europäismus. Das würde sich jetzt wieder zu
116 dem zurückführen lassen, was ich anfangs über die FPÖ gesagt habe. Die waren nie antieuropäisch, aber plötzlich waren sie
117 es. Und da hat man schon den Eindruck, dass es auch um die Suche nach Themen geht, mit denen man mobilisieren kann.
118 Wäre das Thema ein anderes, würde man eben ein anderes nehmen. Also eine gewisse Willkür.

119 *I: Ähnlich die infolge der Regierungsbeteiligung der FPÖ initiierten EU-Sanktionen, welche ja wiederum von der FPÖ
120 ausgenützt wurden, um auch bei den Europawahlen 2001 sehr gut abzuschneiden. Sie hatten damals sieben
121 Europaparlamentarier, die aber im Grunde nichts gemacht haben, sondern sollten sich zurückhalten, haben mit niemanden
122 kooperiert. Das hat sich dann 2005 geändert, als Andreas Mölzer als einziger Mandatar für die FPÖ ins Europaparlament*

123 *einzog und relativ schnell dann auch die Initiative zur Gründung der ITS setzte. Bekannt ist, dass populistische Parteien*
124 *mitunter sehr personengebunden sein können - wie hätte eine freiheitliche Europapolitik also ohne Andreas Mölzer*
125 *ausgesehen? Oder gibt es hier eine gewisse Stringenz?*

126 Sonja Puntischer-Riekmann: Sanktionen gibt es woanders nicht, bei uns haben diese eine ganz präzise Rolle gespielt, einen
127 Katalysator. Die Personengebundenheit ist mittlerweile in allen Parteien ein Thema, nicht nur in der FPÖ. Mein Punkt ist,
128 dass wir vielleicht überhaupt von reinen Parteistrukturen als Träger von Politik vermutlich nicht mehr sprechen können. Und
129 zwar nirgends. Daher ist der Abgang bestimmter Personen in allen Parteien ein Problem. Wenn es nicht einen entsprechenden
130 Nachwuchs gibt. Interessanterweise ist ja gerade bei der FPÖ, wo man immer gedacht hat, der Abgang Haiders würde das
131 Ende von allem sein, konterkariert durch das Aufkommen von Strache - also es finden sich dann offenkundig Personen. Aber
132 ob sie diese finden, ist keine ausgemachte Sache.

133 *I: Das kann man ja fortführen. Wenn die Parteien derart personengebunden sind, was bezwecken die einzelnen Personen*
134 *damit? Welche Handlungsstrategien legen hier im Hintergrund?*

135 Sonja Puntischer-Riekmann: Lassen Sie mich diese Frage etwas abstrakter beantworten. Als jemand, der sich lange und viel
136 mit Europa befasst hat, kann ich vielleicht eine Grundtendenz angeben, die für viele oder für die meisten gilt. Das ist das, was
137 Margaret Thatcher immer ihren Kommissaren zum Vorwurf machte: "They caught in process". Wenn man einmal in dieser
138 Atmosphäre, in diesem institutionellen Setup irrt, dann verändert man den Blick. Entweder man sagt, das Europamandat ist
139 eine sine cura - ich geh dort hin und bekomme ein Gehalt, was immer ich tue. Oder aber, wenn man Ambitionen hat Politik
140 zu machen, und das würde ich auch für den Herrn Mölzer gelten lassen, dann wird man sich verändern. Weil dort zu sitzen
141 und nichts zu tun unbefriedigend ist. Und insofern würde ich sagen, ist die Ambition des Herrn Mölzer, aus dieser Rolle, die
142 er dort hat, irgendetwas zu machen. Und das geht halt nur durch eine entsprechende Kenntnis der Prozesse, Verfahren und
143 den dafür relevanten rechtlichen Grundlagen beziehungsweise der einen oder anderen Allianz. Weil man ja auch
144 wiedergewählt werden will und am Ende irgendetwas präsentieren muss. Man kann ja schlecht eine politische Karriere auf
145 europäischer Ebene anpeilen und dann sagen: Ich war jetzt fünf Jahre dort, habe aber nichts gemacht. Das bedingt auch
146 immer den Aktivismus vor Wahlen von Hans-Peter Martin, der dort auch sehr, sehr isoliert ist. Seine Leistungen sind, wenn
147 ich das richtig beurteilen kann, nicht gerade herausragend.

148 *I: Dafür hat er Kronen Zeitung hinter sich.*

149 Sonja Puntischer-Riekmann: Und er hat die Rolle des Kontrolleurs entdeckt. Wenigstens ein Jahr vor der Wahl. Mit all den
150 Dingen, die er da gemacht hat. Daher wundert es mich nicht, wenn Mölzer seine Rolle auszufüllen versucht. Was es bedeutet,
151 wenn er nicht mehr ist, das können wir dann erst sehen. Also ich nehme schon an, dass die FPÖ versuchen wird, einen
152 Nachfolger aufzubauen. Ob das dann gelingt und ob das ein Schwergewicht ist, kann man jetzt nicht beantworten.

153 *I: Was in den Raum gestellt wurde, dass die Unterstützung der Europaambitionen von Andreas Mölzer auch dazu gedient*
154 *hat, damals, in einer sehr kritischen Phase der FPÖ, die Altkader der Partei zu sichern.*

155 Sonja Puntischer-Riekmann: Das ist durchaus möglich, lässt sich aber natürlich schwer beweisen.

156 *I: Eines der erklärten Ziele von Herrn Mölzer ist die Verhinderung einer zentralistisch agierenden Union und die Förderung*
157 *eines Europas der Vaterländer. Ein möglichst föderalistisch und subsidiär geordnetes Europa.*

158 Sonja Puntischer-Riekmann: Den Begriff eines föderalistischen Prinzips würde ich hier gar nicht in Verbindung bringen. Der
159 Föderalismus zielt auf einen Bundesstaat, das Europa der Vaterländer ist etwas anderes. Da nimmt Herr Mölzer die alte
160 Chiffre des Charles de Gaulle auf, der ja ein intergouvermentales Europa im Auge hatte. Und ich würde in dieser Hinsicht
161 auch sagen, dass es das ist, was Mölzer vorschlägt, auch wenn der Begriff des Föderalismus hier nur sehr bedingt taugt. Denn
162 jede Föderation ist am Ende ein Staat mit entsprechenden zentralistischen Tendenzen. Das kennen wir ja aus der

163 Föderalismusforschung. Österreich wird ja immer als zentralistischer Bundesstaat bezeichnet. Natürlich gibt es Staaten wie
164 Deutschland oder auch die USA, die viel stärker Macht nach unten abgeben oder gar nie erst erhalten haben. Wenn Sie sich
165 das US-amerikanische Steuersystem auf Staatenebene ansehen, dann gibt es massive Differenzen. Und nichts ist schwieriger
166 für eine Zentralregierung in den USA als bundesweite Politiken durchzusetzen, wie wir ja auch gerade bei der Geschichte um
167 Health-Care erlebt haben. Aber es ist einfach mehr ein Staat. Und ich glaube nicht, dass es das ist, was Andreas Mölzer
168 vorschlägt. Das Europa der Vaterländer ist ein uralter Gedanke, der eben auf die Macht der Regierungen im Europäischen
169 Rat setzt und das geht wiederum stark zu Lasten der Demokratie. Wenn die Exekutiven zugleich Gesetzgeber werden - das ist
170 jetzt auch alles durch den Vertrag von Lissabon weitgehend hintangehalten worden. Aber der Europäische Rat ist ein starkes
171 Gremium, er ist jetzt erstmals ein Organ der Union geworden, mit dem auf eine Dauer von zwei Jahren gewählten
172 Präsidenten, und der wird schon auch seine Macht entfalten, die vielleicht eher zentralisierend wirkt als ein Herr Mölzer es
173 sich vorstellt. Es kommt nämlich noch etwas dazu. Und zwar dass die Regierungen in dem Augenblick wo sie im
174 Europäischen Rat agieren ja zum supranationalen Organ werden. Also das, was mein Kollege Stefan Grüner als Geburt des
175 supranationalen Intergouvernementalismus bezeichnet hat, ist die Realität der Union. Und daher ist das mit den Vaterländern so
176 eine Sache. Die Frage ist ja immer, wieviel Macht gehört dem Zentrum und wieviel Macht gehört der Peripherie, wenn ich
177 das so dichotomisch formulieren darf. Und da sehen wir halt, dass das Zentrum mittlerweile sehr, sehr viel Macht hat. Und
178 dass auch die Regierungen in dem Moment, wo sie im Rat agieren, dem Loyalitätsprinzip verpflichtet sind. Also ein Prinzip,
179 dass ja auch im Vertrag von Lissabon uneingeschränkt übernommen wurde. Die Union hat im Rahmen des Lissabon-
180 Vertrages nicht wirklich neue Kompetenzen erhalten. Natürlich gibt es Ausweitungen der Mitspracherechte des Europäischen
181 Parlaments, auch das wird zentralisierend wirken. Aber da müsste der Herr Mölzer irgendwie genauer sagen, was er mit dem
182 Konzept eigentlich verfolgt. Was soll die Union tun dürfen und was nicht? Lissabon hat jetzt auch mit der
183 Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente ein Stück Macht an die Mitgliedsstaaten zumindest formal
184 zurückgegeben. Was das in der Realität bedeutet, schauen wir uns jetzt an, weil das in Wirklichkeit nicht ganz einfach
185 umzusetzen ist, wenn man die Union blockieren will. Denn die Einsprüche eines einzigen Staates sind ja nur ein Stück weit
186 relevant. Wirklich relevant ist der Zusammenschluss von einem Drittel der Mitgliedsstaaten.

187 *I: Für die FPÖ ist dies natürlich noch schwieriger, da Herr Mölzer fraktionslos ist und in dem Sinne überhaupt keine*
188 *Möglichkeiten hat, sich an dem politischen Prozess maßgebend zu beteiligen. Nur Fraktionen können Ausschüsse bilden,*
189 *bekommen mehr Berichtslegungen-*

190 Sonja Puntischer-Riekmann: Genau, also insofern bleibt es eine isolierte Position, die man zwar innenpolitisch irgendwie
191 ausschlichten kann, aber jeder, der sich auskennt, weiß, dass es nicht so ist.

192 *I: Um nochmals auf diesen Versuch der Rechten, eine gemeinsame Basis zur Kooperation zu finden, zurückzugreifen. Das*
193 *Feindbild der FPÖ hat sich ja in den vergangenen Jahren etwas verändert. Waren es früher einfach nur "die" Ausländer, so*
194 *hat sich dies mittlerweile auf eine eher kulturelle Ebene verschoben, wo eher auf Religion als auf Nationalstaatlichkeit oder*
195 *Abstammung zurückgegriffen wird - was mit der EU nun auch wieder etwas schwieriger wird. Welches "Feindbild" wäre*
196 *denn als Basis für eine grenzübergreifende Kooperation - wie es zum Beispiel auch mit den rumänischen Nationalisten*
197 *bereits der Fall war - geeignet?*

198 Sonja Puntischer-Riekmann: Das wird alles ganz, ganz schwierig, weil in diesem Falle auch die einstige Klammer der
199 Ausländerfeindlichkeit nur sehr schwer zieht. Also zum Beispiel darüber zu schimpfen, dass die rumänischen
200 Einbrecherbanden über uns hereinfallen, wird schwierig in dem Moment, wo man diese Kooperationen annimmt.

201 *I: Das war dann ja auch schlussendlich der Grund für die Auflösung der ITS, als Alessandra Mussolini sich abfällig über*
202 *Rumänen bzw. Roma in Italien geäußert hat.*

203 Sonja Puntischer-Riekmann: Ja, an diesen Widersprüchen werden sie irgendwie arbeiten müssen, weil das sonst alles nichts
204 werden wird. Das Feindbild könnte der Islam sein, daher auch diese Wahlkampfstrategie, man rette das christliche

205 Abendland. Strache mit dem Kreuz in der Hand. Ein wirklich großer Schwenk für eine Partei, die immer antiklerikal und
206 agnostisch agierte. Auch das sieht man, dass man sozusagen nach Themen sucht und bereit ist, von einem Tag auf den
207 anderen seine ganze Geschichte zu revidieren. Und jetzt die Frau Rosenkranz, die ihre Kinder nicht taufen ließ, führt einfach
208 in Widersprüche. Wie sehr die Wähler das alles genau taxieren und dann auch in ihren Wahlüberlegungen honorieren oder
209 sanktionieren, kann man nur sehr schwer ausloten. Also der Anti-Islamismus oder die Islamophobie ist sicherlich eine
210 mögliche Klammer, wo sie sich mit dem Front National treffen, sicher auch mit der Alleanza Nazionale. Die Alleanza
211 Nazionale ist ja eine ganz besondere Geschichte, die man nicht so einfach subsumieren kann. Oder überhaupt: die
212 Außenwelt. Europa gegen den Rest. Afrikanische Einwanderung - in Italien ein großes Problem, bei uns eher nicht. Ob da
213 jemand wie die UKIP zu haben ist, müsste man sich im Detail anschauen. Ich würde mal sagen, Islamophobie wäre eine gute
214 Klammer für diese Parteien.

215 *I: Mit wem die FPÖ ja auch kooperiert sind kleinere, regionale Bewegungen wie Pro Köln oder Pro NRW, die auch eine*
216 *vorwiegend anti-islamische Politik betreiben und sonst kaum andere Themen besetzen.*

217 Sonja Puntischer-Riekmann: Was ich nicht abzuschätzen vermag - aber was man untersuchen müsste - wäre auch die ganze
218 Frage der Sozialstaatlichkeit. Je nachdem welche dieser Parteien man betrachtet - um jetzt auf die FPÖ zurückzukommen, die
219 ja immer auch einen im ökonomischen Sinne starken liberalen Kern innehatte. Keinen menschenrechtlichen oder
220 gesellschaftspolitischen - aber der Aufstieg Jörg Haider beginnt ja eigentlich weniger mit diesen Anklängen an den
221 Nationalsozialismus. Das war immer auch eine Rede, gehalten an die zuvor angesprochenen Altkader. Aber damit macht man
222 nicht 27 Prozent der Stimmen. Der Aufstieg begann ja mit massiven Attacken auf den Kammerstaat, auf die Bürokratie
223 dieses Landes, auf die Vielzahl von Sozialversicherungsträgern, die den armen Versicherten aussaugen. Und dann gab es eine
224 Wende, die sie auch bei Strache haben und die es auch bei anderen rechtsnationalen Parteien gab, bei Le Pen ganz besonders:
225 Wir sind die Partei des kleinen Mannes, welcher durch die Sozialversicherungsbürokratie geknechtet wird, des kleinen
226 Unternehmers, der stranguliert wird. Und ob diese Thematik eine ist, die diese Partei einnehmen könnte, vermag ich, weil ich
227 das nicht untersucht habe, nicht zu sagen. Ich habe damals über Haider im Zuge seines Aufstiegs in dieser Hinsicht auch
228 gearbeitet, wo bei seinen beständigen Wahlerfolgen vor allem die Academia des Auslands halt immer so stark auf diesen
229 nationalsozialistischen Kern abstellte und ich dann in einem Vortrag, den ich einmal in Genf gehalten hatte, gesagt habe: Das
230 ist zu wenig. Würde er als Thematik nur die ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs thematisieren, dann hätte er
231 sechs Prozent. Daher muss es mehr sein und man möge sich einmal anschauen, was an sozioökonomischen Entwicklungen
232 ihm in die Hände arbeiten. Ich bin damals furchtbar angegriffen worden, weil natürlich alle in ihm den Nazi sehen wollten
233 und ich gesagt habe: "Das ist er vielleicht auch, aber das würde nicht reichen." Und das ist jetzt so eine Ebene, die man noch
234 genauer betrachten müsste. Weil - und das gilt für Österreich im Besonderen - das Wählerpotenzial ist ein stark
235 sozialdemokratisches. Ehemalige sozialdemokratische Arbeiter. Haider hat an einer Stelle der Wahlkämpfe auch immer
236 betont, wir sind die neue Arbeiterpartei. Und damit bekommt das eine andere Dimension. Für die Lega Nord gilt das
237 hundertprozentig. Wenn Sie sich die Wahlergebnisse in Friaul ansehen, dann sind das dort die kleinen und
238 Kleinstunternehmen, welche die dort wählen. Aber auch da warne ich immer vor simplen Schlüssen: das ist dann eine Anti-
239 Rom-Geschichte. Umso ironischer, dass die Lega Nord mit Berlusconi in einem Boot sitzt. Das ist der Anti-Süden: Wir
240 Fleißigen und Tüchtigen arbeiten Tag und Nacht und sind erfolgreich; wenn wir den Süden nicht hätten, wäre Italien
241 überhaupt großartig. Was ja auch stimmt, weil wenn Sie sich die Daten anschauen-

242 *I: Der Süden Italiens ist ja äußerst rural geprägt.*

243 Sonja Puntischer-Riekmann: -ist Norditalien eine der reichsten Regionen der Welt. Also das stimmt ja auch alles. Und da
244 diese Region ebenso stark von den Klein- und Mittelunternehmen lebt, die alle die Lega Nord wählen, muss man sich auch
245 diese Dimension einmal genauer ansehen. Dann haben sie in Frankreich, das muss ich Ihnen nicht sagen, im Süden einfach
246 eine massive islamische Einwanderung oder die Reaktivierung des alten Anti-Pain-Noir-Affekts, den es in Frankreich immer
247 gegeben hat. Also es sind unterschiedliche Komponenten, die hier zu betrachten sind - heraus kommt, dass die Wahlen

248 gewinnen. Das ist der Punkt. Und das die großen Parteien dem ganz, ganz wenig entgegenzubringen haben und eher versuche
249 zu kopieren. Und dass vor allem die Sozialdemokraten daran zu Grunde gehen.

250 *I: Um nochmals auf die Frage der Kooperationen zurückzukommen: Nun gibt es unterschiedlichste Bündnisse zwischen der*
251 *FPÖ und den verschiedenen Parteien der europäischen Rechten: Dänische Volkspartei, Schweizer Volkspartei, Front*
252 *National, Lega Nord, Jobbik, auch die südafrikanische Freiheitsfront wurde letzters genannt. Es stellt sich allerdings die*
253 *Frage, welchem Zweck diese Bündnisse dienen? Was wird hier ausgetauscht, was ist die Substanz von diesen?*

254 Sonja Puntischer-Riekmann: Das ist eine gute Frage. Das müsste man sich genauer anschauen. Also wenn wir jetzt nur von
255 Parteienbündnissen reden, nicht von Fraktionen des Europaparlaments, sondern außerhalb, dann werden sie zu
256 unterschiedlichen Graden der Kooperation fähig sein. Insofern sind hier die Grünen ein gutes Beispiel, die ja bis hin zu
257 gemeinsamen Wahlplattformen, Wahlprogrammen, sogar gemeinsamen Präsentationslinien sehr eng zusammenarbeiten. Bei
258 den Sozialdemokraten ist das etwas, woran sie arbeiten. Und das ist dann aber bei Wahlen immer das gleiche, dass die sagen:
259 "Bei uns kann das aber auf keinen Fall anbringen." Da kann ja auch gut sein, man stelle sich nur die Verschiedenheit der
260 Länder und ihre sozioökonomischen und kulturellen Kontexte vor - Du kannst manche Themen einfach nicht anbringen. Was
261 im Übrigen auch eine gewisse Tendenz darstellt ist schon - jetzt nicht im religiösen, sondern im kulturell-religiösen Sinne -
262 ob es um protestantische oder katholische Wähler geht. Also nicht jedes Thema kann man in beiden "Sphären"
263 gleichermaßen positionieren. Wenn Sie Deutschland nehmen, dann haben Sie dort keine wirklich krass anti-europäischen
264 Parteien. Skeptiker wie die bayrische CSU natürlich, aber so forcierte Anti-Europäer wie die unsrigen gibt es dort nicht. Das
265 heißt, auch hier werden sich die beiden Großparteien unterschiedlich positionieren. Was die Sozialdemokraten betrifft, dann
266 können Sie sich das vorstellen. Nehmen Sie nur auf der einen Seite Deutschland, Österreich, Frankreich und England. "New
267 Labour" war in jeder Hinsicht ein Ausreißer in dieser sozialdemokratischen Familie. In Italien haben Sie wiederum nie starke
268 Sozialdemokraten gehabt. Die Formation, die sie dort jetzt sehen unter der Democratici di Sinistra ist der mühsame und bis
269 jetzt nicht gelingende Versuch, irgendwie "linke" Kräfte unter einen Hut zu bringen. Wenn Sie sich vorstellen, dass auch die
270 linken Katholiken wie Romano Prodi sich wiedererfinden mussten wie die Kommunisten. Und dann zu sagen, die müssen
271 jetzt gemeinsam mit der österreichischen oder deutschen Sozialdemokratie ein Programm machen - also ich denke, die
272 Schwierigkeiten liegen auf der Hand. Institutionell gesprochen haben sie ja im Europäischen Parlament eine
273 Machtkonzentration in den Fraktionen, die nicht durch ein Parteienwesen außerhalb des Parlaments gespiegelt werden. Die
274 müssen da drinnen zusammenarbeiten, sonst geht nichts weiter. Da die europäischen Fraktionen keiner Regierung
275 gegenüberstehen, sind sie auch in sich viel pluralistischer, als das je eine Regierungspartei sein könnte. Das heißt, sie haben
276 dort nicht geschlossene Blöcke in den Fraktionen, sondern manche stimmen unter Umständen gegen die eigene Fraktion. Es
277 ist interessant zu sehen, wie sich das im Laufe der vergangenen Jahre verändert hat und wie konsequent da die
278 Parteienfamilien abgestimmt haben. Aber wir haben seit diese ganze Frage des europäischen Demokratiedefizits
279 aufgekomen ist, immer auch die Thematik "Europa kann sich nicht demokratisieren, weil wir außerhalb der Fraktionen kein
280 funktionierendes Parteiensystem haben." Und dann kam zum ersten Mal der Parteienparagraf in den Vertrag: Auch Parteien
281 müssen sich formieren. Parteien sind - wenn ich jetzt den Wortlaut richtig im Kopf habe - ein wichtiges Element der
282 Demokratie, auch auf europäischer Ebene. Aber das kann man nicht dekretieren, sondern die müssen sich finden. Und nichts
283 ist schwieriger als das. Die ganze Formation der Grünen war nicht selbstverständlich, gerade zwischen den Parteien aus
284 Skandinavien, Zentral- und Südeuropa gab es da massive Differenzen. Nicht nur thematisch, sondern auch bei den
285 Wahlergebnissen. Die stärksten sind immer die Deutschen, die Niederländer, die Österreicher und die Skandinavier, während
286 die Südeuropäer stets miserable Wahlergebnisse haben. Das heißt, die können schon gar nicht so bestimmend sein in einem
287 Diskurs. Bei den anderen - ich habe es schon angedeutet - haben sie diese zum Teil sehr unterschiedlichen Entwicklungen.
288 Wenn man in Großbritannien gegen Margaret Thatcher eine Wahl gewinnen wollte, musste man zu anderen Strategien
289 greifen als zur klassischen Sozialdemokratie. Dann gibt es aber noch zwei Dinge, die ich ins Treffen führen würde. Wenn wir
290 eine so simple Aufteilung vornehmen, dass die Sozialdemokraten die Bewahrer des Sozialstaates sind - das ist jetzt sehr
291 primitivisiert von mir gesagt - während die Konservativen eher die Wirtschaftsparteien sind, dann müssen sie sich auch

292 anschauen, welchen wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften die jeweils zu verteidigen haben. Darüber hinaus erfolgt jede
293 Wahl auch über das Moment der Verteilung. Und verteilen tut man über den Wohlfahrtsstaat. Hier wird man schwer eine
294 europäische Dimension konstruieren können. Das ist zwar rhetorisch immer wieder thematisiert worden: "Wir brauchen ein
295 soziales Europa." Und auf der anderen Seite auch die Konservativen als sogenannte Wirtschaftsparteien sind alles andere als
296 homogen in ihren Positionen. Zum einen sind sie als Volksparteien auch auf die Erhaltung des Wohlfahrtsstaates angewiesen
297 - aus denselben Gründen wie die Sozialdemokraten - und daher dem Wettbewerb gegenüber, der durch die Union entstanden
298 ist, und der sozusagen Kernbestand des ersten Römischen Vertrags ist, skeptisch. Oder anders formuliert: Sie haben auf die
299 europäische Ebene das delegiert, was man in der Ökonomie den Ordoliberalismus bezeichnet, also Wettbewerb mit Regeln.
300 Aber dann stehen sie gegenüber einer real existierenden Klientel, die mit diesem Wettbewerb überhaupt nichts am Hut hat.
301 Denken Sie nur an die österreichische Bauwirtschaft. Die wollen nicht, dass europaweit ausgeschrieben wird, sondern wollen
302 das österreichische Kartell in dem mal der eine, mal der andere einen Auftrag bekommt und die Großaufträge alle bis in die
303 nächsten hundert Jahre genauestens programmiert sind, weiterhin erhalten. Das heißt, das liberale Programm der EU - die
304 vier Freiheiten - real zu verteidigen gegenüber einer Wählerschaft, ist auch nicht unbedingt das Lieblingsthema der
305 Konservativen. Deswegen haben wir Politologen ja immer diesen Begriff des "Integration by stairs" erfunden, nämlich die
306 Integration in aller Heimlichkeit. Weil das, was auf europäischer Ebene passiert, entsteht ja nicht, weil sich das irgendjemand
307 aus dem Ärmel schüttelt, schon gar nicht die Kommission, sondern weil die Regierungen dem zugestimmt haben. Die
308 Kommission ist sozusagen nur der wohlfeile Sündenbock. Aber am Ende muss die Kommission zu einem Gesetzesvorschlag
309 kommen, dem die Regierungen zustimmen, zumindest mit qualifizierter Mehrheit. Und in dieser Ambivalenz - dass man das
310 alles auch gegenüber einem heimischen Wahlvolk verkaufen muss - ist es schwer, sich auf große, gemeinsame Linien auf
311 europäischer Ebene zu einigen. Das gilt alles nicht für die Fraktion, weil dort müssen sie sich irgendwie zusammentun. Und
312 wenn Sie mir noch einen abschließenden Satz erlauben: Insofern ist das, was wir jetzt lange Zeit auf europäischer Ebene
313 erlebt haben, Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts. Wenn Sie sich in unseren Reichstag oder auch den Reichstag in
314 Deutschland anschauen, dann entstanden die Parteien aus den Fraktionen. Also sie hatten zuerst diese Fraktionen, die dann
315 große Parteien generiert haben, weil in dem Augenblick, wo diese Fraktionen etwas zu reden hatten - und das werden sie mit
316 dem Vertrag von Lissabon jetzt haben - werden sie sich gegenüber einem Wahlvolk anders rechtfertigen müssen. Das könnte,
317 ich betonte, könnte die Parteiformation auslösen. Einen allerletzten Satz: Worauf man sich ebenfalls jahrelang versucht hat zu
318 einigen, bislang ohne Erfolg, ist ein gemeinsames Wahlrecht für die Wahlen, aber es ist bis jetzt nicht gelöst worden. Auch
319 das schafft natürlich unterschiedliche Interessen, je nachdem wie die Wahlkreise organisiert sind. Also Wahlrechtsfragen sind
320 immer ganz, ganz wichtig in der Politik. Jetzt werden wir sehen: Das mit den Parteien wurde wieder in den Vertrag
321 hineingeschrieben, das Interesse an einem einheitlichen Wahlrecht wurde wieder bekundet. Und ob dann der Kompromiss
322 irgendwann einmal zustande kommt, steht in den Sternen.

323 *I: Danke für das Gespräch.*

324 Sonja Puntscher-Riekmann: Danke schön.

B3. Interviewtranskript Anton Pelinka

Gespräch mit Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka, Professor für Politikwissenschaft und Nationalismusstudien an der Central European University (Budapest), Direktor des Instituts für Konfliktforschung (Wien)

vom 12.04.2010, Institut für Konfliktforschung, Wien

1 *I: Sehr geehrter Herr Prof. Pelinka, für meine Masterthesis behandle ich das Thema der Kooperation von nationalen*
2 *Parteien auf Europaebene. Mein zentrales Interesse gilt hierbei der Freiheitlichen Partei - zum einen, weil es bei dieser*
3 *Partei in gewisser Weise am interessantesten sein könnte hinsichtlich dieser Thematik, zum anderen, weil die Freiheitliche*
4 *Partei aus österreichischer Sicht jene Partei ist, welche zuletzt begonnen hat, sich hier zu engagieren. Eine wichtige*
5 *Zeitmarke stellen hier die auf das Jahr 2001 zurückgehenden Kontakte zum belgischen Vlaams Belang dar. Mein*
6 *grundlegendes Interesse wäre in diesem Sinne gewesen, welche Entwicklungen hierfür verantwortlich sein könnten?*

7 Anton Pelinka: Also das eine ist sicherlich, dass parlamentarische Präsenz - speziell im europäischen Parlament - eine Art
8 Logik der Zusammenarbeit bedeutet. Wenn man hier in diesem riesigen Parlament mit ein, zwei, drei Abgeordneten allein ist,
9 dann ist deren Bedeutung Richtung Null gehend. Das heißt, wenn man das Europäische Parlament in irgendeiner Form
10 nützen will, dann braucht man Kooperation. Die naheliegendste Form wäre natürlich eine fraktionelle Kooperation, wie das
11 eben mit Ausnahme der Freiheitlichen Partei und der Liste Hans Peter Martin ja alle Parteien getan haben bzw. tun. ÖVP,
12 SPÖ, Liberale, Grüne - die sind alle eingebunden in diese Fraktionsnormalität; nicht so die FPÖ. Und das liegt natürlich
13 daran, dass zwar es relativ viele und tendenziell wachsend ähnliche Parteien gibt, sie aber deshalb trotzdem nicht von einer
14 Parteienfamilie sprechen können, weil die nationalistischen Narrative dieser Parteien oft einander ausschließen. Denken wir
15 hier nur etwa an die italienischen Neofaschisten und die FPÖ in Sachen Südtirol. Das heißt, das was fast wie eine
16 Parteifamilie aussieht, nämlich die Parteifamilie der rechtspopulistischen Parteien, ist zumindest bisher - das kann sich ja
17 noch ändern - keine solche geworden, ausgedrückt etwa in einer Fraktion des Europäischen Parlaments, weil die
18 Nationalismen dieser Parteien zu oft einander ausschließen.

19 *I: In meinem Gespräch mit dem freiheitlichen Europareferenten hat dieser angeführt, dass es Kooperationen mit Vlaams*
20 *Belang, Front National, Ataka, usw. gibt. Vor kurzem berichteten die Medien über Kontakte mit der ungarischen Jobbik oder*
21 *georgischen Nationalpartei. Im außereuropäischen Bereich wurde vom Referenten bspw. die südafrikanische Freiheitsfront*
22 *angeführt, es gibt auch - nicht offiziell, aber zu einzelnen Flügeln - lose Kontakte zur Republikanischen Partei. Welchen*
23 *Zweck haben solche Kooperationen? Was wird hier ausgetauscht?*

24 Anton Pelinka: Also außerhalb des europäischen Parlaments ist in einer solchen Kooperation kein substanzieller Nutzen
25 erkennbar. Natürlich kann man Erfahrungen austauschen, aber mir erscheint es im Wesentlichen aber doch eher im EU-
26 Kontext bedeutsam zu sein. Da gibt es Sachnotwendigkeiten. Und zwar vor allem - aber nicht nur - im europäischen
27 Parlament. Mit georgischen Parteien kann man sich natürlich schön treffen - das ist ganz nett, aber harmlos im Sinne von
28 "ohne ernst zu nehmende Konsequenzen". Und mit einzelnen Mitgliedern der Republikanischen Partei kann man sich gerne
29 treffen, aber das hat eigentlich null Konsequenz. Ganz interessant ist natürlich die Freiheitsfront von Südafrika, weil das
30 natürlich eine besondere ideologische Botschaft aussendet. Darüber hinaus sehe ich aber auch hier keine besondere
31 Bedeutung, denn die Freiheitsfront hat sicher das große Thema, wie die weiße Minderheit - bis 1994 extrem privilegiert - nun
32 ohne Privilegienstatus in Südafrika sozusagen existieren kann. Das ist ja nicht gerade etwas, das die Freiheitliche Partei
33 ernsthaft als ihr Thema sehen kann.

34 *I: Also es gibt ja eine gewisse Bandbreite an Themen, die diese rechtspopulistischen Parteien vereint: Sicherheit, Migration,*
35 *Außenpolitik, Finanzpolitik, usw. - reicht das, um eine langfristige Kooperation zu begründen?*

36 Anton Pelinka: Also bei allen Widersprüchen sehe ich bei zwei Themen ein bisschen so etwas wie einen gemeinsamen
37 Nenner. Das eine ist Anti-Migration. Das haben alle gemeinsam, wobei dann Migration je nach nationaler Betroffenheit mit
38 unterschiedlichen Schwerpunkten betrachtet wird. Grundsätzlich haben alle diese Parteien eines gemein: Migration - derzeit
39 vor allem aus islamischen Ländern - negativ zu sehen und daher zu bekämpfen, zu verhindern oder gering zu halten, zu
40 kontrollieren. Das zweite ist Anti-EU im Sinne von Anti-Vertiefung. Und wahrscheinlich - zumindest hinsichtlich einem
41 möglichen Beitritt der Türkei - Anti-Erweiterung, obwohl es da auch gewisse Brüche gibt, denn Jörg Haider war ja in den
42 1990er Jahren noch sehr für den Beitritt der Türkei. Aber die Vertiefung, dass die Europäische Union mehr ein Bundesstaat
43 werden könnte, das sehen alle diese Parteien als negativ an, das bekämpfen sie auch. Also Anti-EU, Anti-Vertiefung, Anti-
44 Migration - das ist glaube ich etwas, das diese Parteien grundsätzlich gemeinsam haben.

45 *I: Jetzt hat Andreas Mölzer in einem Interview zum EU-Wahlkampf damals angeführt, dass er das Idealbild einer EU in*
46 *einem föderalistischen Staatenprinzip sehen würde-*

47 Anton Pelinka: Das ist eine Frage der Begriffe. Wenn man den Begriff Föderalismus ernst nimmt, dann ist es ein Bundesstaat
48 - und genau das will der Herr Mölzer ja verhindern. Gemeint ist eine lockere Konföderation, wie der Europarat zum Beispiel.
49 Der Begriff Föderalismus in Bezug auf die EU kann ja nur gemeint sein als die Stärkung der Kompetenzen der Union auf
50 Kosten der nationalen Mitgliedsstaaten. Der Begriff Föderalismus hat ja sonst überhaupt keinen Sinn, wenn man ihn hier
51 nicht als eine Tendenz in Richtung der Bundesstaatlichkeit sieht. Und das ist eine Tendenz, die man beobachten kann. Aber
52 sicherlich ist die EU noch kein Bundesstaat und der Herr Mölzer und die anderen rechtspopulistischen Parteienvertreter sind
53 sicherlich strikt dagegen, dass Union ein Bundesstaat wird.

54 *I: Jetzt haben Sie es ja zuvor bereits angeführt: Jörg Haider war in den 1990er Jahren noch für einen Türkeibeitritt, das hat*
55 *sich mittlerweile ein wenig geändert. Worauf ich hinaus will ist, dass rechtsnationale Politik teils sehr personenorientiert ist.*
56 *Mit Heinz Christian Strache hat sich das Feindbild der FPÖ von einer nationalstaatlichen hin zu einer religiösen Ebene*
57 *gewandelt - dadurch kam auch Serbien plötzlich als Partner in Frage. Wie würden Sie hier die Person von Andreas Mölzer*
58 *bewerten?*

59 Anton Pelinka: Andreas Mölzer ist sicherlich insofern A-typisch für die Freiheitliche Partei, als er sich vom Anspruch her als
60 Intellektueller versteht. Der Herr Kickl könnte da vielleicht noch Erwähnung finden. Ich weiß nicht, ob sich der Herr Höbelt
61 noch als Freiheitlicher versteht, wahrscheinlich schon.

62 *I: Er ist aktuell im Unterstützungskomitee von Barbara Rosenkranz.*

63 Anton Pelinka: Ja. Jedenfalls, auf dieser Ebene der Politik ist der Herr Mölzer schon fast einsam mit seinem Anspruch - ob er
64 den einhält, das hängt natürlich von den Kriterien ab, die die Beobachter anlegen. Also einmal dieser intellektuelle Anspruch
65 und dann damit in Verbindung mit seiner nun doch schon sehr langen europäischen Erfahrung ist er so etwas wie ein
66 Außenminister der FPÖ. Was ja in schon etwas länger zurückliegenden Zeiten der Heinz Sichrovsky werden sollte- und es
67 bekanntlich nicht sehr erfolgreich geworden ist, wenn er es überhaupt geworden ist. Das ist der Mölzer. Sichrovsky war eher
68 angesetzt, um die freiheitliche Partei aus dem europäischen Ghetto herauszuholen - ist ihm eindeutig nicht gelungen. Mölzer
69 ist eher der, der sich versteht, mit gleichgesinnten Rechtspopulisten mit Schweden bis Zypern in irgendeiner Form etwas zu
70 finden und da ist er glaube ich einer der führenden Leute in Europa.

71 *I: Andreas Mölzer gehört ja doch zum konservativ-deutschnationalen Flügel der Freiheitlichen Partei. Inwieweit verträgt*
72 *sich dies mit einem europapolitischen Engagement?*

73 Anton Pelinka: Also da sehe ich insofern keinen Widerspruch, als er ja ganz eindeutig sein europapolitisches Engagement ja
74 gegen die Vertiefung der EU einsetzt. Das heißt, Andreas Mölzer stellt sich auf den Boden der Tatsachen: Österreich ist EU-

75 Mitglied, sicherlich gegen seine Stimme und seinen politischen Widerstand. Und auf dieser Ebene macht er nun eine Politik
76 die eben die Verdichtung und Vertiefung der EU gerichtet ist. Insofern ist das durchaus kompatibel.

77 *I: Andreas Mölzer war ja auch federführend bei der Gründung der vorletzten Rechtsfraktion, der ITS, welche ja nur von*
78 *Jänner bis November 2007 bestanden hat. Zuvor gab es ja eine Veröffentlichung der Wiener Erklärung, welche ja zusammen*
79 *mit anderen führenden Rechtsparteien verfasst wurde. Wesentliche Punkte von dieser waren ja bekanntlich: kein türkischer*
80 *EU-Beitritt, Europa der Vaterländer, vereinte Sicherheitspolitik, gegen Migration, usw. Wäre das ein Programm, das man*
81 *auch für spätere Fraktionen verwenden könnte?*

82 Anton Pelinka: Das ist sicherlich sinnvoll, weil der Begriff der Vaterländer, der nach meinem Wissen von Charles De Gaulles
83 stammt - nicht unbedingt ein Säulenheiliger der Freiheitlichen Partei - mit einer Tradition verbunden ist. Margarete Thatchers
84 "Betonung des nationalstaatlichen Prinzips" und damit eine Opposition gegen das, was ich eine Vertiefung der EU nenne.
85 Das ist sicherlich etwas, das hält. Das Problem ist eben, dass diese Parteien nicht über ihren Schatten springen, wenn es um
86 diese nationalistischen Narrative geht. Und ich hab das einmal beobachtet - das war so ungefähr um die Zeit, als die
87 Freiheitliche Partei wegen der Benesch-Dekrete massiv gegen den Beitritt der Tschechischen Republik aufgetreten ist. Da
88 war ich in der Tschechischen Republik und da war eben Wahlkampf - und die tschechischen Republikaner wären eine
89 klassische Schwesternpartei der Freiheitlichen Partei. Und die haben mit Jean Marie Le Pen geworben! Der war dort auf
90 Besuch. Aber die tschechischen Republikaner waren natürlich auch die schärfsten Verteidiger der Benesch-Dekrete. An
91 diesem Beispiel zeigt sich schon, dass da viele Hindernisse zu nehmen sind, die bisher eben dazu geführt haben, dass es keine
92 stabile Fraktion dieser Parteien gibt. Wenn alle, die potenziell hier von ihrer rechtspopulistisch bis rechtsextremen Position
93 hineinpassen würden, sich zusammenfinden, wäre das eine durchaus beachtliche, wahrscheinlich viert- oder fünftstärkste
94 Fraktion im Europäischen Parlament. Also diese Hürde ist noch nicht genommen und - ich bin kein Prophet - ich weiß nicht,
95 ob sie je genommen wird. Wir werden sehen.

96 *I: Der freiheitliche Europareferent hatte auch gemeint, dass, würde man alle Mandatare, welche eher diesem konservativen,*
97 *rechtspopulistischen, EU-kritischen Spektrum zuzuordnen wären, zusammenzählen, würde deren Potenzial bei etwa hundert*
98 *Mandataren liegen. Die Frage ist hier natürlich, wie realistisch das ist.*

99 Anton Pelinka: Ja. Also ich kann mir schwer vorstellen, dass da zum Beispiel die britische Independence Party oder diese
100 populistischen Splittergruppen, die im Protest gegen Chirac damals aus der gaullistischen Partei ausgezogen sind, da
101 hineinpassen. Also das ist glaube ich Wunschdenken. Es könnte die Gruppen wie Vlaams Belang, Dänische Volkspartei,
102 Ataka, Jobbik - sofern die das überhaupt wieder schaffen eine Rolle zu spielen -, vielleicht noch die Lega Nord, aber die
103 konservativen Anti-Europäer - die konsequenten Thatcheristen könnte man sagen, wie sich ja auch die British Independence
104 Party versteht, in Abgrenzung zu der British National Party - würden da nicht mehr hineinpassen. Das ist glaube ich
105 Wunschdenken. Das wären ja immerhin um die fünfundzwanzig Prozent - damit wären sie mindestens zweitstärkste
106 Fraktion!

107 *I: Es gibt ja momentan im Europäischen Parlament eine Fraktion der Rechten, der "Demokratie und Freiheit"-*

108 Anton Pelinka: Ja genau die sind es, die aber nicht in dieses rechtspopulistische Bild hineinpassen. Natürlich gibt's
109 Grauzonen und Übergänge, aber da ist die British Independence Party drinnen. Und ich glaube jetzt auch die konservative
110 Partei, die sich ja von der europäischen Volkspartei abgelöst hat.

111 *I: Da gab es ja auch Gespräche mit der Freiheitlichen Partei, allerdings hatten sich dann die Dänen vehement gegen eine*
112 *Mitgliedschaft gewehrt.*

113 Anton Pelinka: Ja, ja. Ich kann mir das schwer vorstellen, dass eine Partei, der aus guten Gründen der Nazi-Geruch anhängt,
114 in diese Gruppe der konservativen EU-Skeptiker wirklich hineinpasst.

115 *I: Ein weiteres großes Thema ist ja jenes einer Europapartei, wie sie ja bereits bei den Sozialdemokraten, Konservativen,*
116 *Liberalen oder Grünen besteht. Eine Art Vorstufe wird zurzeit von Front National und Jobbik initiiert, das "Bündnis der*
117 *nationalen europäischen Bewegungen".*

118 Anton Pelinka: Das ist natürlich möglich, die Frage ist nur: Was ist die Substanz? Im europäischen Parlament geht es um
119 Zugang zu den Mechanismen des Parlaments und schon als Vorstufe über eine Parteienfinanzierung. So ein europäischer
120 Parteienverbund - und das sieht man letztlich auch bei der Europäischen Volkspartei oder den Europäischen Sozialisten - ja,
121 es gibt dann vor den Gipfelkonferenzen des Europäischen Parlaments gelegentlich Treffen der Regierungschefs, dass sich die
122 einmal zusammensetzen. Aber darüber hinaus ist die Rolle der Fraktion im Europäischen Parlament ungleich wichtiger als
123 die Rolle einer Europäischen Partei.

124 *I: Andreas Mölzer ist ja zurzeit fraktionslos - welche Möglichkeiten sind ihm hier zur Kooperation, zur Vernetzung gegeben?*

125 Anton Pelinka: Naja, im europäischen Parlament - anders als im österreichischen Nationalrat - haben ja auch Fraktionslose
126 grundsätzlich Zugang zu Ausschussmitgliedschaften. Daher kann man hier sozusagen eher noch als Fraktionsloser überleben
127 - Hans Peter Martin macht das ja immerhin schon seit fast zehn Jahren - aber es ist behindernd. Man wird sozusagen nicht
128 politisch ausgehungert wie ein Fraktionsloser im österreichischen Nationalrat. Das sind auch diejenigen, welche kurz vor
129 dem Ende ihrer Karriere dann noch einmal fraktionslos sind. Im Europäischen Parlament kann man als Fraktionsloser
130 langlebig existieren. Ansonsten: ich sehe aus dem Dilemma keinen Ausweg - außer, es gibt dann doch etwa über die
131 Notwendigkeit der Parteienfinanzierung einen Art Zwang, diese nationalen Narrative doch hintan zu setzen. Aber das ist halt
132 das Interesse eines Andreas Mölzer, der im Europäischen Parlament sitzt. Das ist nicht unbedingt das Interesse der
133 Freiheitlichen Partei, dass sie sagt: "Okay, vergessen wir die Benesch-Dekrete." Das sehe ich eigentlich nur, damit der Herr
134 Mölzer besseren Zugang zu den Mechanismen des Europäischen Parlaments hat - die hätte er vermutlich dann. Oder dass die
135 freiheitlichen Abgeordneten dann eine bessere Finanzierungsgrundlage für ihre Gruppierung haben - das sehe ich in der
136 nahen Zukunft nicht. Also ich glaube, an dem Status Quo wird sich in der nahen Zukunft nichts ändern. Nämlich, dass es
137 immer wieder Versuche gibt und Mölzer offenbar ein führender Vertreter dieser Versuche ist, aber es wird nicht wirklich
138 möglich sein. Es ist natürlich auch ganz typisch: Mit Ataka kann sich die Freiheitliche Partei nicht verständigen, weil die
139 Narrative sozusagen historisch und geographisch auseinandergehen. Mit italienischen und tschechischen Rechtsextremisten
140 kann sich die Freiheitliche Partei ebenso nicht verständigen. Die sind zu nahe.

141 *I: Welche Mechanismen wären das im Europäischen Parlament, derer sich Andreas Mölzer bedienen könnte oder zurzeit*
142 *auch kann?*

143 Anton Pelinka: Naja, das eine ist natürlich der Zugang zu diesem Präsidium, da sind ja die Fraktionen vertreten. Nicht
144 gemeint sind damit - und deswegen kann man dort ja auch langlebig existieren - die Ausschüssen, da haben auch die
145 Fraktionslosen Zugang. Jetzt weiß ich nicht, wie das mit den Reden im Plenum ist, aber da ist der Nachteil wahrscheinlich
146 auch gering. Es sind eher die Versuche des Europäischen Parlaments - jetzt weiß ich nicht, wie weit die gediegen sind -
147 Fraktionen aus Mitteln der EU zu finanzieren und damit unabhängiger zu werden. Das ist ja der strategische Hintergrund von
148 den jeweiligen nationalen Parteien. Diese Emanzipation der Fraktionen im Europäischen Parlament wären ein wichtiger
149 Schritt in die Richtung eines eigenständigeren europäischen Parteiensystems. Und wenn man da bei keiner Fraktion ist, fällt
150 man durch. Und daher ist dieses Interesse eher präventiv.

151 *I: Wenn sich diese Europaparteien nun emanzipieren, welche Rolle würde dann in nahender Zukunft den nationalen Parteien*
152 *verbleiben.*

153 Anton Pelinka: Nun, es könnte ein wenig in die Richtung wie in den USA gehen. Da sind die Republikaner in Kalifornien -
154 die lassen sich wenig dreinreden von den Parteienzentralen in Washington. Der Zusammenhalt ist nur die Nominierung eines
155 Präsidentschaftskandidaten. Sonst sind die fünfzig staatlichen Parteien der Republikaner und Demokraten in hohem Ausmaß

156 autonom bis unabhängig. Und das könnte ich mir mittel- bis langfristig vorstellen. Dass es zwar dann sehr wohl eine
157 Europäische Partei gibt, geeint etwa durch die Kandidatennominierung für die Kommission, wenn das in der weiteren
158 Entwicklung nicht mehr über nationale Regierungen läuft. Es hat da ja schon Ansätze gegeben; das war ja schon der Konsens
159 zwischen Konservativen und Sozialdemokraten, dass das Präsidentenamt den Konservativen und das sogenannte
160 Außenministerium den Sozialdemokraten gehört. Dann ist das natürlich wichtig. Dann ist das nicht die SPÖ, die agiert,
161 sondern die Europäischen Sozialisten und Europäische Volkspartei. Also da sind schon Schritte in diese Richtung da, aber
162 das wird jetzt langfristig nichts daran ändern, dass die CDU und die spanischen Sozialisten ein hohes Maß an
163 Eigenständigkeit haben werden. Die Kandidatenaufstellungen und die Wahlkämpfe - und das ist für mich das wichtige -
164 werden ja doch regional und staatlich geschlagen und nur alle fünf Jahre oder vielleicht, wenn es mal eine Direktwahl des
165 Präsidenten geben sollte, fallen ja eher in den Aufgabenbereich der nationalen Ebenen.

166 *I: Abschließend noch eine eher spekulative Frage: Wo sehen Sie die europapolitische Zukunft der Freiheitlichen Partei*
167 *hinsichtlich Vernetzung bzw. Kooperation mit anderen Parteien?*

168 Anton Pelinka: Also ich sehe momentan, dass die Bemühungen des Andreas Mölzer ein Maximum von dem, was derzeit
169 möglich ist, herausgeholt haben. Nämlich mehr oder weniger bilaterale Kooperationen, die dann dazu führen, dass man sich
170 auch mal zu viert oder zu fünft trifft, das aber nicht - was für mich allerdings der entscheidende Qualitätssprung wäre - in
171 Richtung einer Fraktionsbildung im Europäischen Parlament geht. Das ist natürlich mittel- bis langfristig nicht
172 auszuschließen, kurzfristig gehe ich davon aus, dass das nicht möglich sein wird.

173 *I: Danke schön.*

174 Anton Pelinka: Danke.

B4. Interviewtranskript Josef Melchior

Gespräch mit Ass.-Prof. Mag. Dr. Josef Melchior, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien

vom 17.03.2010, Universität Wien

1 *I: Sehr geehrter Herr Dr. Melchior, der Freiheitliche Europareferent hat mir gegenüber erwähnt, dass die FPÖ zu*
2 *verschiedenen gleichgesinnten Parteien auf der Welt, vor allem in Europa, Kontakte unterhält bzw. Kooperationen*
3 *eingegangen ist. Gibt es hier auf Europaebene irgendeinen aktuellen Trend, welchen die FPÖ mit ihren Bemühungen zu*
4 *beantworten versucht?*

5 Josef Melchior: Naja, worauf das alles zurückgeht ist die Erstarkung von rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien in
6 ganz Europa. Diesen Trend sehen wir ja schon seit rund zwanzig Jahren. Und es ist auch nicht wirklich neu, dass sich diese
7 Parteien speziell zu den Europawahlen formieren und dort auch besonders gut abschneiden, obwohl das jetzt schon verstärkt
8 in diese Richtung geht. Das liegt auch daran, dass die Parteidynamik auf europäischer Ebene lange Zeit eben eine solche
9 war, dass die Großparteien immer stärker in die Mitte orientiert haben und dass sich auch die Sozialdemokraten durch die
10 Erweiterungswellen der letzten zwanzig Jahre stärker dem europäischen Projekt angenähert haben. Und damit fehlt Europa
11 sozusagen die integrationskritische Dimension im Parteienspektrum weg. Weil früher waren ja die sozialdemokratischen
12 Parteien vor allem diejenigen, die sozusagen europakritisch waren. Aber nachdem sie sich dann zum europäischen
13 Integrationsprozess bekannt haben, gibt es da eben eine neue Dynamik, werden diese Felder frei, sowohl rechts als auch links
14 von den Massenparteien bzw. großen Volksparteien. Und die werden eben nun zunehmend besetzt sowohl von rechten als
15 auch von linken Kräften. Aber die Rechten sind sozusagen aufgrund bestimmter Entwicklungen der Rahmenbedingung im
16 Vormarsch, werden stärker und relevanter. Das sieht man ja auf der nationalen Ebene. Das hat einerseits mit der Ausweitung
17 der Europäischen Union zu tun, andererseits mit den Krisensituationen weltweit, der Globalisierung, den weltweiten
18 Migrantenströmen, auf die sich die ja besonders stürzen. Und lange Zeit, also bis vor einigen Jahren, war es eben so, dass es
19 schon auch europakritische Parteien gegeben hat, die sich zusammengeschlossen haben. Also die, die jetzt eher den
20 Nationalstaat verteidigt haben, oder zumindest die einzelstaatlichen Kompetenzen gewahrt wissen wollten und deshalb eben
21 eher skeptisch waren. Und die wirklich rechtsextremen Parteien hatten bislang eben gar keine Chance, auf europäischer
22 Ebene zu räsieren. Also auch auf nationaler Ebene waren sie zu schwach und das hat sich eben gewandelt. Das hat sich
23 insofern gewandelt, als dass sich eben bei den Europawahlen eine Vielzahl von Parteien formiert hat, die zum rechten Rand
24 zählen. Es gibt einen Rechtsruck auch im Europäischen Parlament nach den Wahlen. Hat wahrscheinlich auch mit der
25 abnehmenden Wahlbeteiligung zu tun, dass die dann das mobilisieren und deshalb auch auf der europäischen Ebene stärker
26 werden als bislang. Und damit eröffnet sich dann plötzlich doch die Chance, sich auch auf europäischer Ebene stärker zu
27 profilieren. Was ja immer ein Problem für diese Parteien war, erstens von ihrer ideologischen Ausrichtung her, dass sie sich
28 schwer tun, sich sozusagen mit anderen zusammenzuschließen um dann gemeinsam gegen den bösen Feind EU zu kämpfen,
29 weil sie ja ideologisch zwiegespalten waren und sind. Und das ist bis jetzt auch noch der Fall. Also das ist mal ein
30 prinzipielles Hindernis. Aber auf der anderen Seite eben sind die Anreize inzwischen auch größer geworden, das zu tun. Weil
31 sie eben jetzt die Chance haben, im Parlament eventuell Fraktionen zu bilden. Und das war ja eine Hürde, die auch jetzt noch
32 schwer ist, aber immerhin, jetzt schaffen sie es schon, diese Hürde zu nehmen und sich zu formieren. Was wiederum mehr
33 Einfluss, mehr Geld, mehr Ressourcen für die Politik auf europäischer Ebene bietet. Was durchaus auch insofern interessant
34 ist, als diese Rechtsparteien aufgrund ihrer Ablehnung der EU eigentlich nicht sehr viel engagiert haben. Das ist ja auch nach
35 wie vor der Fall. Also grad wenn man da die FPÖ hernimmt, ist Mölzer allein auf weiter Flur und in der nationalstaatlichen
36 Politik wird zwar versucht, irgendwo ein Thema aufzugreifen, wie jetzt diese Lissabon-Vertrags-Debatte, die eigentlich eh
37 schon gegessen ist, aber sie wollen das trotzdem halt versuchen zu pushen. Aber sonst kommt die EU kaum vor, außer wenn
38 es halt notwendig ist, sie als Sündenbock zu brandmarken. Ja, und der Mölzer, glaube ich, ist ja relativ isoliert in der
39 Richtung. Ja, das ist es mal so im Groben.

40 *I: Im Jahr 2004 war Andreas Mölzer ja zugföhrnd bei der Formierung einer neuen europätschen Rechtsfraktion, der ITS*
41 *"Identität, Tradition, Souveränität", welche ja nach weniger als einem Jahr wieder zerbrochen ist aufgrund interner*
42 *Konflikte. Mittlerweile gibt es wieder eine neue Fraktion "Europa der Freiheit und Demokratie", an welcher die FPÖ aber*
43 *nicht beteiligt ist, da dies von zumindest einer der beteiligten Parteien verneint wurde. Die zweite große aktuelle Bewegung,*
44 *welche ja von Front National, Jobbik, usw. ausgeht, ist das "Bündnis der nationalen europätschen Bewegungen", wie es ja*
45 *auch vor wenigen Wochen in den Medien behandelt wurde, mit welcher die FPÖ zur Zeit in Verhandlung steht. Meine Frage*
46 *ist nun, wo Sie denn diese gemeinsame ideologische Basis sehen, und ob diese für eine längerfristige Zusammenarbeit*
47 *ausreicht?*

48 Josef Melchior: Hm. Also die gemeinsame ideologische Basis ist schon relativ klar. Sozusagen das nationale Element und der
49 Versuch der Abwehr der Bedrohungen, die eben durch europäische Integration und Globalisierung entstehen. Die
50 Vorstellung ist immer noch, dass es so etwas geben kann, auch in der jetzigen Zeit, also ein relativ abgeschlossenes,
51 homogenes Staatsvolk, das sich selbst regiert und möglichst geringen Einflüssen von außen ausgesetzt ist.

52 *I: Dieses föderale Prinzip spielt hier eine große Rolle.*

53 Josef Melchior: Ich glaub nicht wirklich, dass sie mit diesem föderalen Prinzip sehr weit kommen werden, gerade im
54 europäischen Kontext. Das ist ja schon fast paradox, wenn sie das verwenden. Üblicherweise, im Mainstream der
55 Verwendung steht ein föderales Europa für ein viel stärker zentralisiertes Europa, wo die beteiligten Staaten ihre Souveränität
56 letztendlich aufgeben. Also das ist schon der Versuch einer besonderen Lesart dieses Prinzips, wobei sie sich natürlich immer
57 auf dieses Subsidiaritätsprinzip berufen. Also das heißt, das ist eigentlich schon wieder ein Zugeständnis, dass sie nämlich
58 einsehen, es gibt Probleme, die Europa gemeinsam bewältigen muss, und man kann das nicht zurückschrauben. Worauf sie
59 sich dann fokussieren ist die kulturelle Ebene. Ökonomisch, da müssen wir, weil wir sonst nicht konkurrenzfähig sind.
60 Politisch notwendigerweise, ein notwendiges Übel, um diese Ökonomie irgendwie zu regulieren. Aber kulturell wollen wir
61 unsere Identitäten bewahrt wissen. In der Formulierung ist das ja durchaus konsensfähig, weil das ja im Wesentlichen
62 niemand anders will, auch keine der Mainstreamparteien. Und das ist ja durchaus ein Grundbaustein der Europäischen Union
63 und das macht es auch besonders, im Unterschied zu anderen, ähnlichen Zusammenschlüssen oder föderativen Bewegungen,
64 weil hier ja nie das Ziel war, die Nationalstaaten letztlich abzuschaffen - außer den Föderalisten ganz am Anfang. Aber die
65 Frage ist eben, was impliziert das dann? Außer, dass man damit politisches Kleingeld machen will und das reduziert sich
66 dann letztendlich auf die Ausländerpolitik. Wobei sie auch hier eigentlich Probleme haben müssten mit ihrer Ideologie, auch
67 sie trauen sich ja nicht, die EU-Ausländer als Ausländer zu titulieren. Das war ja lange Zeit gang und gebe: Wir sind
68 Österreicher und das sind die Deutschen, die Italiener, und alle anderen und auf die schaut man chauvenistischerweise hinab.
69 Das funktioniert in der EU nicht und das wird auch gar nicht mehr eingefordert, sondern jetzt versucht man die Grenze halt
70 woanders zu ziehen.

71 *I: Über Religion.*

72 Josef Melchior: Genau, das ist eine Grenze. Oder: EU-Ausländer sind jetzt sozusagen die Bösen, die man raushalten will.

73 *I: Da wird sich die Schweizer Volkspartei aber ärgern.*

74 Josef Melchior: Ja, genau. Also das ist sozusagen dieser Minimalkonsens, den es vielleicht gibt. Ob der langfristig tragfähig
75 ist, wage ich zu bezweifeln. Eben weil es eben schon von vornherein inkonsequent gedacht ist, wo grenzt man das jetzt
76 wirklich ab. Aber dann vor allem, weil diese Parteien, diese Kleinparteien von ihren Strukturen her im Moment einfach
77 immer noch zu sehr personenfixiert sind, auf Führungsfiguren konzentriert sind und sich deshalb sehr schnell in so
78 Grabenkämpfe verwickeln und es schwer abzusehen ist, dass die wirklich eine gemeinsame politische Plattform bilden
79 könnten, die sozusagen Forderungen, Alternativen auf europätscher Ebene konsistent vertreten kann. Also da scheint einfach
80 die Programmatik auch zu fehlen, die das leisten könnte. Das auch als attraktive politische Position zu formulieren. Deshalb

81 denke ich, sie leben ja quasi auch davon, dass sie immer auf der nationalen Ebene punkten, gerade bei den Wahlen. Um eben
82 im Speziellen ihre Interessen, das heißt die der eigenen Staatsbürger oder -völker, auf europäischer Ebene zu artikulieren und
83 da ist sehr wenig Spielraum für Kooperation.

84 *I: Das war auch ein Punkt, welchen der Hr. Dr. Ulram angeführt hatte. Er hatte gemeint, dass die großen Fraktionen eine*
85 *ganz andere Basis haben. Dass diese eher ideologisch fixiert sind, wohingegen ein Bündnis von populistischen Parteien in*
86 *dem Sinne undenkbar oder langfristig nicht tragbar wäre, weil diese eben auf der einen Seite personenorientiert, auf der*
87 *anderen Seite nationen-orientiert sind. Und was er erwähnt hat, und vielleicht können Sie mir das auch noch kurz ausführen,*
88 *war, dass es einen Unterschied gibt zwischen einer Politik der Symbolik und einer Politik des Substrats gibt. Wo es eben*
89 *entweder um symbolische Politik oder aber europaweite machtpolitische Interessen geht.*

90 Josef Melchior: Ja, sie können das ja im Moment eigentlich nur symbolisch ausnützen, und daher beschränkt sich auch das,
91 was sie miteinander anfangen können, auf wenige Momente, die sich eben auch von Fall zu Fall unterscheiden. Das ist ja
92 auch ein Zeichen dieser Parteien, dass sie anlassfallbezogen irgendetwas herausnehmen, was für sie passt, aber im nächsten
93 Augenblick ist es eben etwas anderes. Und das die alle zufällig das gleiche für wichtig erachten und als politisch relevant
94 betrachten, ist ja sehr unwahrscheinlich. Also insofern gibt es gemeinsame Symbole gegen die man eben kämpfen kann, wie
95 jetzt eben den Lissabonner Vertrag. Aber das ist eben auch grad wieder ein Beispiel: Das ist eine punktuelle Aktion, die man
96 setzen kann, aber daraus leitet sich keine Politik ab, das verliert dann letztendlich. Weil, es ist klar, dass man das verlieren
97 wird, aber man versucht es eben damit zu mobilisieren, Stimmung zu machen, letztendlich nur auf nationaler Ebene. Ja, und
98 wenn sie die Substanz ansprechen: Was soll da eine gemeinsame Substanz sein? Sie können entweder europäische
99 Regelungen per se bekämpfen, was sie aber auch nicht wirklich machen können, weil dann können sie ja nicht wirklich
100 mitmachen, weil sie sich dann selber abschaffen. Wo sind die Grenzen da zu ziehen? Wenn man das wirklich mit dem
101 Subsidiaritätsprinzip betrachtet, dann ist das für jedes Land eine andere Geschichte, wie sie das bewerten. Ob irgendeine
102 Regelung auf europäischer Ebene sinnvoll ist oder nicht, das wird sehr unterschiedlich bewertet werden, nehme ich einmal
103 an. Also, an substanzieller Politik scheint da wenig möglich zu sein, außer wenigen Politikbereichen, wie eben Migration,
104 wobei die EU da aber schwach ist, also selber wenig Kompetenzen hat; Schutz der Außengrenzen, da könnten sie sicherlich
105 eine gemeinsame Linie finden, oder es wäre zumindest möglich. Und dann, hört es sich schon langsam auf. Das ist dann
106 natürlich keine gute Basis für eine längerfristige Kooperation.

107 *I: Was mir nun Wendelin Mölzer erzählt hat war, dass es ja Kontakte gibt zu Parteien wie der Südafrikanischen*
108 *Freiheitsfront, Einzelpersonen der Republikanischen Partei, innereuropäisch die Schweizer Volkspartei, Dänische*
109 *Volkspartei, Front National, die italienischen Rechten; im Moment bemühen sie sich um eine verstärkte Kooperation in*
110 *Osteuropa, beispielsweise mit der georgischen Nationalpartei. Was ich Sie nun fragen wollte: Wissen Sie, wie sich diese*
111 *Kooperationen äußern? Was da jetzt wirklich damit beschlossen wird, was da ausgetauscht wird?*

112 Josef Melchior: Nein. Das habe ich nicht verfolgt, das weiß ich jetzt nicht genau. Ich mein: was können sie tun?

113 *I: Bei der Schweizer Volkspartei ist zum Beispiel bekannt, dass die FPÖ ein gewisses Anlehungsbedürfnis zu deren*
114 *Wahlkampagnen hat, aber ansonsten-*

115 Josef Melchior: Ja, ich weiß nicht, ob das sehr viel bringen würde, wenn sie sich gegenseitig in den Wahlkämpfen
116 unterstützen [lacht]. Das ist dann wahrscheinlich auch kontraproduktiv. Was können sie machen? Sie können Informationen
117 austauschen, wo welche Maßnahmen laufen und was erfolgreich ist und was nicht. Aber, mehr kann ich da jetzt auch nicht
118 sagen. Wie haben die das erklärt?

119 *I: Was zum Beispiel erwähnt wurde, war ein Personenaustausch. Man besucht sich gegenseitig auf Veranstaltungen, hält*
120 *mitunter Reden, es gibt jährlich gemeinsame Treffen; wobei ich aber eben jetzt nicht weiß, ob das in diesem Sinne eine*
121 *Kooperation sein kann.*

122 Josef Melchior: Ja, genau. Ich mein, das hat die FPÖ ja im Europawahlkampf versucht und da haben sie ja auch ein Treffen
123 hier veranstaltet. Aber wie sich zeigt, war das folgenlos. Man hat gedacht, dass das vielleicht auch ein bisschen das Standing
124 erhöht. Die Legitimation, wir sind nicht die Bösen, wie wir immer dargestellt werden, weil schaut's, in den anderen Ländern
125 gibt's die gleichen Leute, die auch dieselben Interessen vertreten. Um eben Legitimation zu holen. Aber ich denke, das ist
126 gerade bei der Klientel, die die ansprechen, eher von begrenzter Wirkung.

127 *I: Aber trotzdem gibt doch wirklich stete Verbindungen, beispielsweise zum Vlaams Belang. Der ja wirklich seit mehreren*
128 *Jahren bereits als europäischer Partner angesehen wird. Aber selbst da ist nicht klar, was hier tatsächlich ausgetauscht*
129 *wird.*

130 Josef Melchior: Ja, stimmt genau. Das ist vielleicht auch bezeichnend. Ich hab mir diese Mölzer-Homepage angeschaut und
131 dort werden diese Beziehungen eben als Freundschaften bezeichnet. Als den Freund von dort und dort und dort. Das ist ja
132 auch schon wieder interessant. Also offensichtlich braucht man da einfach gegenseitige Bestätigung, und, naja. Vielleicht
133 darf man das insofern nicht unterschätzen, wenn man sich so das ganze rechte Eck anschaut. Da gibt es ja auch Bemühungen,
134 sich sozusagen einfach die Ideologie im Netz und international zu verbreiten und da unterstützt man sich schon gegenseitig.
135 Also ich glaube schon, dass es wichtig ist, auch für diese Gruppen, sich zu vernetzen und vielleicht auch gewisse Synergien
136 herauszuholen, indem man dadurch größer wirkt als man ist.

137 *I: Was mir da wiederum einfällt ist, das der freiheitliche Europareferent in Bezug auf das Europaparlament gemeint hat,*
138 *dass die FPÖ an sich fraktionslos ist, hier aber dennoch ausgezeichnete Möglichkeiten für informelle und formelle Kontakte*
139 *bestehen. So gibt es einmal im Monat eine Plenumsitzung aller Fraktionslosen. Die sind natürlich nicht alle europakritisch,*
140 *aber ein gewisser Teil halt schon. Jedenfalls hat er mir vorgerechnet, dass, würde man alle europakritischen Abgeordneten*
141 *im Parlament zusammenzählen, das Potenzial auf Höhe der freiheitlichen Interessen bei etwa 100 Mandataren liegt. Die*
142 *Frage ist dann aber wiederum, inwieweit man dieses Potenzial tatsächlich politisch umsetzen könnte und inwieweit auf*
143 *Europaebene die Möglichkeiten gegeben sind, um sich in dem Sinne dann auch wirklich zu vernetzen.*

144 Josef Melchior: Ja die Möglichkeiten sind schon gegeben, nur der Punkt ist: klar gibt es in jeder Partei auch europaskeptische
145 Gruppen, aber das ist dann ein Issue unter vielen. Und der Punkt ist: Für wenige Parteien ist es das oberste Issue. Und das
146 sind eben eher nur die Rechtsparteien. Das Beste, was man erhoffen kann ist, dass man bei Abstimmungen zu ganz konkrete
147 Punkten ein paar Skeptiker sozusagen herausschießt aus den Fraktionen der anderen. Aber wirklich alle auf einen Punkt zu
148 bringen - das ist ja eher eine Milchmädchenrechnung, weil das ja viel zu eindimensional gedacht ist. Das spielt's sicher nicht.

149 *I: Ich werde nächste Woche Hrn. Hannes Swoboda treffen. Das dient dann vor allem dem Vergleich - welche Möglichkeiten*
150 *man da nun wirklich hat, wie man das nützen kann, usw. Da habe ich mir dann halt auch die Frage gestellt, wie man das*
151 *angleichen kann. Es ist ja auch in nationalen Parlamenten so, dass man dann halt doch bei sehr vielen Themen einer*
152 *Meinung ist.*

153 Josef Melchior: Naja, also die prinzipielle Frage ist nach wie vor die der Fraktion. Die Fraktion ist ja einerseits das stärkste
154 Instrument, das jetzt wirklich für die Vernetzung von nationalen Parteien zur Verfügung steht, und gleichzeitig auch das
155 sinnvollste. Und wenn man das nicht schafft, heißt das ja schon mal was, dann muss man eben auf andere Formen
156 zurückgreifen. Und wenn man das nicht schafft, heißt das aber gleichzeitig, dass man limitiert ist in den Chancen der
157 Koalitionsbildung, in den Chancen, Abstimmungen wirklich zu beeinflussen. Weil dann ist man letztendlich auf sich allein
158 gestellt und kann nur hoffen, weil ja, Absprache hilft wenig, wenn man den anderen nicht überzeugen kann und sagt,
159 entweder ist man eh der gleichen Meinung, aber überzeugen wird man die anderen nicht, wenn's da keine Ressourcen gibt,
160 keine Strukturen, die irgendsowas wie Fraktionszusammengehörigkeit schaffen kann. Also dementsprechend denk ich ist es
161 auch- auf informeller Ebene kann man manches machen, aber gut- das ist wirklich das allerwenigste. Und dem steht sowieso
162 nie etwas entgegen. Aber es geht immer um die Frage vom Mobilisieren von Ressourcen.

163 *I: Ja, also was mir jetzt noch eingefallen ist - wir haben es eh schon erwähnt gehabt: dieses Bündnis der nationalen*
164 *europäischen Bewegungen, was ja quasi eine Vorstufe für eine Europapartei sein könnte und in welcher sich ja Front*
165 *National, Jobbik, Dänische Volkspartei usw. bereits verbündet haben.*

166 Josef Melchior: Ja aber die Front National ist ja, soweit ich weiß, eh auch bei dieser Fraktion dabei.

167 *I: Die sind auch dort dabei. Aber es soll nun noch eine quasi Europapartei geben.*

168 Josef Melchior: Ja, das gibt's ja auch bei den anderen. Die Sozialdemokraten waren, glaube ich, in den Fünfzigerjahren die
169 ersten, wo sich so ein quasi Dachverband der nationalen Parteien formiert hat. Ist wahrscheinlich zumindest mittelfristig eine
170 Option, die man auch von den Rechten andenken kann- und offensichtlich ist das der Versuch, auch in diese Richtung zu
171 gehen. Das Problem dort ist, dass der Anreiz noch geringer ist, sich wirklich zusammenzuschließen. Erstens ist das
172 Verhältnis von solchen Dachverbänden nationaler Parteien- die sind eigentlich relativ parallel strukturiert zu den Fraktionen
173 im europäischen Parlament. Man versucht das zunehmend zu verknüpfen, aber letztendlich sind das parallele Organisationen.
174 Das sind andere Personen, die Chefs von den europäischen Dachparteien sind oft gar nicht im europäischen Parlament,
175 sondern in irgendeiner nationalen Partei führend. Also da ist ein gewisses Problem. Es gibt aber sozusagen einen Anreiz das
176 zu machen, nämlich vor dem Hintergrund des Demokratiedefizits und dieses Aufbaus von immer mehr Macht auf der EU-
177 Ebene ist die Idee schon immer im Raum und das wird verstärkt forciert, um so etwas wie ein integrierteres Parteiensystem in
178 Europa schaffen will. Und das ist mittelfristig nur möglich, wenn die nationalen Parteien den Willen haben, eine eigene
179 Struktur da aufzubauen und eben seit dem Maastrichter Vertrag gibt's hier so was wie eine Referenz zu den Europaparteien.
180 Und seit neuestem, seit Nizza, gibt es auch finanzielle Mittel dafür. Und das heißt, das gibt's so was wie einen Nukleus an
181 Institutionellem, den man eben wiederum ressourcenmäßig anzapfen kann, um da ein bisschen was weiterzubringen. Das
182 große Problem, speziell für die Rechtsparteien wird sein, dass die Gelder nur dann zur Verfügung stehen, wenn man erstens
183 groß genug ist, aber dann auch nur für Zwecke, die nicht den nationalen Parteien zugutekommen. Also das heißt, sie müssten
184 eben schauen- die anderen tun sich ja genauso schwer damit: Was macht man jetzt? - Jetzt macht man halt so etwas wie eine
185 europäische Parteienakademie oder so etwas in der Richtung, als Ausbildungsstätte für Parteifunktionäre, die vielleicht mal
186 auf Europaebene aktiv werden wollen, oder auch nicht. Also man sieht hier schon die Schwierigkeiten und, ob das der
187 Hintergrund ist, dass sie jetzt versuchen, so etwas wie einen riesen Zusammenschluss zustande zu bringen, vielleicht ist es
188 das. Aber sie werden sich da wahrscheinlich auch schwer tun.

189 *I: Bei der Betrachtung von all dem habe ich immer ein wenig das Gefühl - ich weiß nicht, ob man das ein Paradoxon nennen*
190 *kann, aber es geht ein wenig in die Richtung - dass die europakritischen Parteien versuchen, sich auf Europaebene zu*
191 *formieren, weil sie einfach auf nationaler Ebene bei gewissen Sachlagen nicht mehr das erreichen können was sie wollen.*
192 *Und um eben die europäische Integration zu kritisieren, formieren sie sich auf europäischer Ebene.*

193 Josef Melchior: Ja, das ist ein wenig paradox.

194 *I: Man könnte doch daher zu dem Schluss kommen, dass die Kooperation von rechtsnationalen Parteien auf europäischer*
195 *Ebene den Prozess der europäischen Integration ja eigentlich fördert.*

196 Josef Melchior: Ja, in gewisser Weise stimmt das durchaus, weil sie eben diesen Spagat machen müssen. Klar, solange man
197 mitspielt, unterstützt man es auch, wenngleich man es von innen kritisiert. Also, ich glaube, das ist auch ihre Schwäche
198 letztendlich: Um diesen Spagat zustande zu bringen, wird es immer ein Gezerre da und dort geben. Also ich denke, dass die
199 ganze Bewegung, die da jetzt entstanden ist, eben der Versuch ist, eine Chance auf Ressourcen zu nützen, die man bisher
200 nicht hatte. Eben überraschenderweise so stark geworden zu sein, dass man jetzt fast was machen muss; dass man sich eben
201 nicht zurückziehen kann und im nationalstaatlichen Rahmen bleibt.

202 *I: Die britische UKIP hatte bei der vergangenen Europawahl rund 17 Prozent erreicht.*

203 Josef Melchior: Ja genau, also eigentlich ist das ein starker Auftrag und sie sind dann, wenn man so will - ich weiß nicht, ob
204 Ihnen das geläufig ist - diese Unterscheidung zwischen Mitgliederlogik und Entscheidungslogik. Damit sind alle
205 Organisationen erfasst, die irgendwelche Interessen artikulieren wollen. Nämlich, sie müssen einerseits ihre Politik
206 rechtfertigen gegenüber den Mitgliedern, müssen sagen "Das ist gut, was wir machen.", auf der anderen Seite müssen sie sich
207 den Spielregeln der Entscheidungsfindung anpassen. Und das kann oft zuwider laufen. Wenn man Kompromisse eingehen
208 muss, die dann sehr sehr schwer zu verkaufen sind. Und ähnlich ist es in diesem Fall. Auf der einen Seite haben sie einen
209 klaren Auftrag zu kritisieren, auf der anderen Seite müssen sie sich den Spielregeln anpassen, wenn sie was erreichen wollen.
210 Was wiederum bedeutet: eine Anpassung und ein Aufgeben von gewissen Zielen.

211 *I: Man könnte dies fortführend ja die Theorie formulieren, dass eben diese populistischen Parteien, welche ja mit ihren*
212 *Themen und Feindbildern recht anpassungsfähig sind, sich ja womöglich auch einmal der EU anpassen könnten. Also sofern*
213 *diese nationale Entscheidungsebene der europäischen tatsächlich einmal weitgehend weichen sollte, dass sie auch hier*
214 *versuchen werden, mitzuziehen.*

215 Josef Melchior: Das wäre eine interessante These, nur glaube ich, dass die ideologische Basis doch stärker ist als der
216 Populismus. Sonst wären sie nur noch populistisch und damit unglaubwürdig und dann würden sie auch den Rückhalt
217 verlieren. Also ich denke schon, dass sie eine gewisse ideologische Basis brauchen, und der müssen sie bis zu einem
218 gewissen Grad treu bleiben. Ich glaube eher, dass sie sich eher, wenn es in diese Richtung ginge, dass die europäische Ebene
219 immer wichtiger würde, dass sie sich dann wirklich einmal zurückziehen und sagen, wir kämpfen nur auf nationaler Ebene
220 dagegen. Weil wir den Nationalstaat nicht verlieren wollen, oder so. Das wäre möglich, aber ich glaub nicht, dass es soweit
221 kommen wird.

222 *I: Das ist klar. Aber man könnte sich dann ja auch fragen, ob die Zukunft der FPÖ womöglich tendenziell in der Rolle einer*
223 *europäischen Regionalpartei liegen könnte.*

224 Josef Melchior: Gewagte These! Im Moment sehe ich das nicht, kann ich mir auch schwer vorstellen. Sie tun sich ja auch
225 schwer, sich auf österreichischer Ebene zu organisieren und stabil aufzubauen. Okay, ich mein, die FPÖ hat eine lange
226 Tradition, aber ich sehe den Populismus nicht so im Vordergrund. Ich denke, das war unter Haider stärker als es jetzt der Fall
227 ist. Ich glaub, das war jetzt eher der Rückzug aus dem allzu flexibel-populistischen auf einer eher noch kleineren Kernbereich
228 von Themen, auf den man sich setzen will. Und ich glaub, das begrenzt den Handlungsspielraum.

229 *I: Worauf ich hier hinaus wollte war die Frage, wo Sie die Zukunft der europäischen Partei sehen würden, welche*
230 *Möglichkeiten ihr hier offen stehen.*

231 Josef Melchior: Ja, ich mein, die offenstehenden Möglichkeiten sind sicher, dass sich doch einmal einer Fraktion anschließen.
232 Dass sie sich bewähren, außerhalb, bis sie dann akzeptiert werden in dem erlauchten Kreis der Rechtsparteien auf
233 europäischer Ebene. Das sehe ich schon als Chance, und ich denke auch, dass sie in diese Richtung jetzt ein wenig arbeiten.
234 Also dass sie ihre Stigmatisierung ein wenig ablegen wollen und etwas staatsmännischer auftreten und die Kanten ein wenig
235 abschleifen. Und dann denke ich mir schon, dass sie, wenn sie nach wie vor so stark werden wie es ja anzunehmen ist, dass
236 sie über kurz oder lang sehr wohl einer Fraktion anschließen werden. Das, denke ich mir, wäre schon möglich.

237 *I: Dann habe ich noch eine abschließende Frage: Inwieweit nimmt die subjektive Europäisierung zu? Inwieweit identifizieren*
238 *sich die Menschen jetzt auch als Europäer?*

239 Josef Melchior: Ja, wenn man sich da die Umfragedaten anschaut, gibt's eigentlich eine relativ stabile Situation mit leichten
240 Verschiebungen da und dort, aber es ist nach wie vor so, dass sich über 40 Prozent ausschließlich mit der nationalen Ebene
241 identifizieren, und dann immerhin etwa 30 Prozent beides, und eine ganz verschwindende Minderheit, die sich nur
242 europäisch definiert. Also das heißt, es gibt einen gewissen Spielraum für europäische Integration. Es kommt drauf an, wie

243 das eben kommuniziert und aufgebaut wird. Dass es mehrere Loyalitäten geben kann, ist sicherlich unbestritten, es gäbe auch
244 genug andere Beispiele. Ich glaube nicht, dass man hieraus direkt etwas politisch ableiten kann, was das jetzt an
245 Integrationsmöglichkeiten eröffnet. Das ist wieder eine andere Geschichte. Was schon eine Tendenz ist, generell, dass die
246 jungen Leute das stärker integrieren und als normale Komponente ihrer Identität sehen, die EU in ihrer Existenz auch nicht
247 mehr in Frage stellen und da gibt's eben diese These, dass wenn die neuen Generationen heranwachsen, auch die
248 Europazustimmung graduell wachsen wird. Wobei es auch hier interessante Rückschläge gibt wie bei den Referenden wie
249 zum Beispiel Irland, wo interessanterweise die Jungen am skeptischsten waren und mit Nein gegen den Vertrag gestimmt
250 haben. Aber ich glaub, dass ist trotzdem eher die Ausnahme. Aber dass der generelle Trend trotz all der Skepsis in Richtung
251 stärkere Akzeptanz geht, das denke ich schon.

252 *I: Vielen Dank für das Gespräch.*

253 Josef Melchior: Danke sehr.

C. Beispiel für Interviewleitfaden



Maximilian Freissler, Bakk.

Email: maximilian.freissler@unvie.ac.at

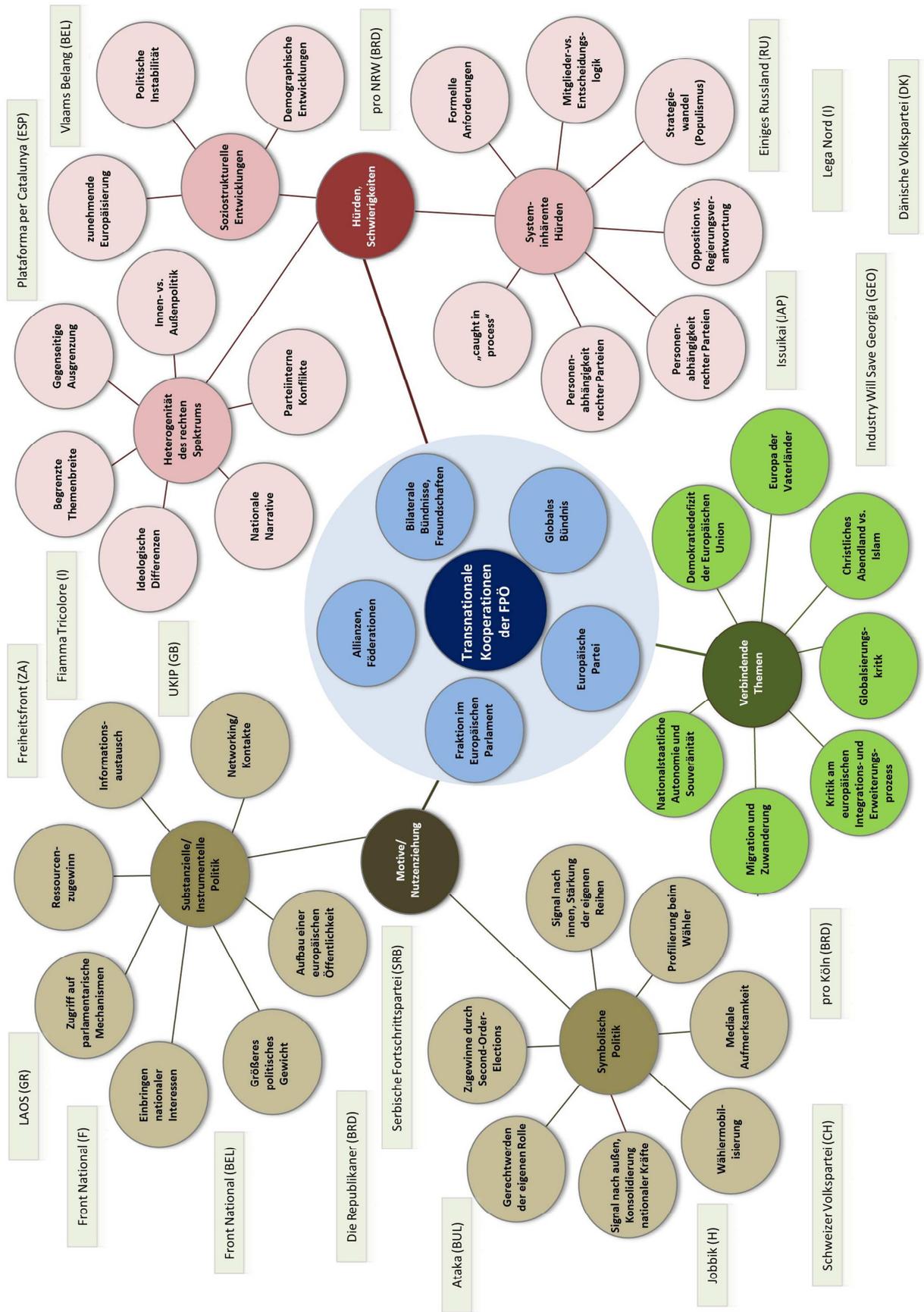
Datenerhebung zur Masterarbeit: *"Formen der Kooperation national-patriotischer Parteien in der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung der Freiheitlichen Partei Österreichs."*

Gesprächsleitfaden

Wendelin Mölzer, freiheitlicher Parlamentsklub

- Welche europapolitischen Ziele hat sich die FPÖ für die kommenden Jahre gesetzt?
- Inwieweit kommen für die Vertretung der österreichischen Interessen auch andere europäische Parteien als Partner in Frage?
- Welche Möglichkeiten zur parteilichen Kooperation bieten sich der freiheitlichen Partei in Europa?
- Seit rund zehn Jahren erfolgen seitens der FPÖ verstärkte Bemühungen um eine dichtere Zusammenarbeit mit anderen Parteien in Europa. Welche Entwicklungen sehen Sie hierfür verantwortlich?
- Wie viel Raum ist im Europäischen Parlament für österreichische Themen gegeben?
- Welche Möglichkeiten zur Mitgestaltung ergeben sich für einen Non-Inscrit des Europäischen Parlaments?
- Im Europäischen Parlament hat es in der Vergangenheit bereits wiederholt Versuche zur Einigung der patriotischen und nationalen Parteien gegeben. Zuletzt im Rahmen der ITS, deren Gründung nicht zuletzt den steten Bemühungen von Andreas Mölzer zugeschrieben wird. Wie würden Sie seine damalige Rolle und die von ihm gesetzten Akzente beschreiben?
- Mit der Europawahl 2009 wurde das für eine Fraktionsgründung notwendige Minimum auf 25 Abgeordnete aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten angehoben. Welche Auswirkungen hat dies auf die Möglichkeiten einer organisierten Zusammenarbeit für die Freiheitliche Partei?
- Wie kam es zu der Auflösung der ITS?
- Wo sehen Sie die Basis einer Organisation der national-patriotischen Parteien in Europa?
- Welche Folgen hat der nunmehr in Kraft getretene Vertrag von Lissabon für Österreich?
- Welche Kompetenzen können der Europäischen Union zugesprochen werden, welche sollten besser den einzelnen Mitgliedsstaaten vorbehalten werden?
- Was verbindet die Nationen Europas, wo sehen Sie hingegen Differenzierungslinien?
- Inwieweit ist eine Neuauflage der ITS bzw. eine Fraktionsbeteiligung der FPÖ wahrscheinlich? Welche Vor- oder auch Nachteile würden sich hieraus für die Freiheitliche Partei bzw. deren Mandatäre ergeben?
- Gibt es abseits des Europäischen Parlaments weitere Formen der Kooperation zwischen der FPÖ und anderen Parteien Europas?

D. Grafik: Codesystem



Abstract

Titel: *Für ein Europa der Nationen. Zur Kooperation rechtsnationaler Parteien in der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung der Freiheitlichen Partei Österreichs.*

Typ: Masterarbeit am Institut für Soziologie, Universität Wien

Autor: Maximilian Freissler

Betreuung: Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe

Jahr: 2011

Keywords: Europäisierung; Europäische Union; Freiheitliche Partei Österreichs; Globalisierung; Nationalismus; Neue Rechte; Politisches Netzwerk; Rechtspartei; Rechtspopulismus; Rechtsradikalismus; Transnationale Kooperation

Inhalt: Als ein von der Politik initiiertes, mehrere Ebenen umfassendes Gebilde *sui generis* mit supranationalen Entscheidungsstrukturen und sich teils überlappenden Autoritäten stellt die Europäische Union hinsichtlich ihrer Entwicklung und Struktur etwas gänzlich Neues dar. Angesichts der Vergemeinschaftung der europäischen Staaten auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlich-kultureller Ebene befasst sich die vorliegende Arbeit mit der Frage, wie rechtsnationale Parteien auf den kontinuierlichen Rückgang nationalstaatlicher Autonomie reagieren und inwieweit sich auch für diese eine gewisse Form der Europäisierung feststellen lässt. Im Fokus der Untersuchung standen hierbei die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die sich für sie ergebenden Möglichkeiten und Formen zur Kooperation; einhergehend mit der Frage, zu welchen Parteien hierbei Kontakte unterhalten werden. Zudem wurde erhoben, welche Motivlagen und inhaltlichen Schnittmengen solchen grenzübergreifenden Zusammenschlüsse zugrunde liegen. Ebenso wurde aber auch der Frage nachgegangen, welche Hürden sich für ein transnationales Bündnis der europäischen Rechtsparteien auf systemischer, inhaltlicher oder auch soziostruktureller Ebene ergeben können. Zu diesem Zweck wurden, neben einer allgemeinen Literaturrecherche, Interviews mit Vertretern der im Europäischen Parlament vertretenen österreichischen Großparteien sowie Experten aus dem Bereich der Politik-, Europa- und Nationalismusforschung geführt und inhaltsanalytisch ausgewertet.

Lebenslauf

Persönliche Information

Name: Maximilian Freissler
Geburtsdatum: 31.01.1984
Geburtsort: Kitzbühel, Österreich

Ausbildung

WS 2008/09 - WS 2010/11 Masterstudium der Soziologie, Universität Wien
WS 2005/06 - SS 2008 Bakkalaureatsstudium der Soziologie, Universität Wien
1998/99 - 2002/03 HTBLuVA Mödling, Abteilung Wirtschaftsingenieurwesen

Berufstätigkeit

2010 - laufend Medienanalyst, Meta Communication, 1010 Wien
2010 Tutor, VO „Struktur und Entwicklung der Gegenwartsgesellschaft:
Europa im Wandel“, Institut für Soziologie, Universität Wien
2007 - 2011 Studierendenberatung, Institut für Soziologie, Universität Wien
2008 - 2010 Vertretung der Wiener Fakultät für Sozialwissenschaften an der
Bildungsmesse „best3“
2005 - 2010 Freier Mitarbeiter der Büroadministration, GfK Austria Media Research -
Fernsehforschung, 1030 Wien

weitere Tätigkeiten:

2007 - 2011 Österreichische HochschülerInnenschaft: Studierendenvertretung,
Kommissionsarbeit (Berufungskommissionen, Studienkonferenz,
Curricula-AG), Organisation und Leitung von Tutorien,
Studierendenberatung, Organisation von Weiterbildungsseminaren, etc.
2008 - 2010 Redaktionsmitglied der zwischen[]räume: studentische Fachzeitschrift
der Wiener Fakultät für Sozialwissenschaften